

Krzysztof Pilawski/Holger Politt

# Polens Rolle rückwärts



**Der Aufstieg der Nationalkonservativen  
und die Perspektiven der Linken**

Krzysztof Pilawski / Holger Politt  
Polens Rolle rückwärts

*Krzysztof Pilawski*, polnischer Publizist, nach 1990 Korrespondent der linksgerichteten Tageszeitung »Trybuna« in Moskau; Veröffentlichungen zur polnischen Linken und zu geschichtspolitischen Strategien der Nationalkonservativen.

*Holger Politt*, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von 2002 bis 2009 deren Büroleiter in Warschau. Heute befasst er sich u.a. mit dem polnischen Werk von Rosa Luxemburg, das in großen Teilen in Deutschland noch unbekannt ist.

Krzysztof Pilawski / Holger Politt

# **Polens Rolle rückwärts**

Der Aufstieg der Nationalkonservativen  
und die Perspektiven der Linken

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

**www.vsa-verlag.de**

Die in diesem Band abgedruckten Fotos stammen aus dem Bestand der Autoren.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Umschlagfoto: PiS-Anhänger demonstrieren am 13. Dezember 2015 in Warschau, dem 34. Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen  
(Foto: Mateusz Włodarczyk/dpa)  
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISBN 978-3-89965-702-9

# Inhalt

Einleitung .....	7
Krzysztof Piławski <b>Anatomie des politischen Erfolgs</b> .....	11
<i>Erster Teil</i>	
Budapest in Warschau .....	11
Polen im Aufbau, Polen im Verfall .....	21
Haltestelle Radom .....	24
Abseits des Wandels .....	27
Die Welt der Arbeit .....	33
Das schmale Portemonnaie .....	36
Kapital und Vaterland .....	38
Die Rückkehr des Staates .....	42
Die Jugend schaut nach rechts .....	44
»Flüchtlinge, haut ab!« .....	50
<i>Zweiter Teil</i>	
Dem »großen Polen« verpflichtet .....	55
Im Zeichen des Kreuzes .....	66
Carl Schmitt in Polen .....	73
Im Zeichen Piłsudskis .....	80
Verbotener Kommunismus .....	85
Republik der Verschwörer .....	96
Der Mythos von Smolensk .....	101
<i>Dritter Teil</i>	
Welche Kraft könnte PiS in die Schranken weisen? .....	108
Im Zeichen der Freiheit .....	111
Die verlorene Linke .....	122
Hochmut kommt vor dem Fall .....	134

Holger Politt	
<b>Über ein ungleiches Quartett</b> .....	138
An der Schwelle der Unabhängigkeit .....	140
Im Bannkreis der Arbeiterbewegung .....	143
Nationalaufstand oder Revolution? .....	147
Russlands Revolution in Polen .....	153
Krieg, Zarensturz, Unabhängigkeit .....	157
Nationalstaat und offene Perspektive .....	159
<b>Glossar</b> .....	163
<b>Literatur</b> .....	173

# Einleitung

»Ich frage Sie: Können Sie leugnen, dass er uns alle in die Tasche steckt? Ich drücke es derb aus, und doch können Sie es, soviel ich sehe, nicht leugnen. Er steckt uns in die Tasche, und irgendwoher kommt ihm das Recht zu, sich über uns lustig zu machen. Woher? Wieso? Inwiefern? Natürlich nicht vermöge seiner Gescheitheit.«

Thomas Mann (aus dem Roman »Der Zauberberg«)

Gleich nachdem eine Mehrheit der Wähler in Großbritannien und Nordirland im Juni 2016 für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gestimmt hatte, beeilte sich Jarosław Kaczyński, noch einmal die Position der polnischen Nationalkonservativen zur Mitgliedschaft in der EU zu bekräftigen. Ein Austritt Polens aus der EU stehe nicht zur Debatte, niemand im Regierungslager hege solche Absichten, allerdings müsse sich die Gemeinschaft von Grund auf erneuern, gleichsam neu gründen.

Polens starker Mann strebt seit Jahren eine Union der Vaterländer an, in der die nationalen Souveränitätsrechte kaum noch angetastet werden, also der Nationalstaat wieder in alte Rechte eingesetzt wird. Für gefährlich hielt und hält er die weitergehende EU-Integration, die zulasten der nationalen Souveränität gehe und unweigerlich jene Mitgliedsländer ungerechtfertigt bevorteile, die ohnehin die stärksten Potenziale haben – also nunmehr Deutschland und Frankreich, insbesondere aber Deutschland. Für die polnischen Nationalkonservativen war deshalb die Mitgliedschaft Großbritanniens und Nordirlands so außerordentlich wichtig, denn erstens konnte dadurch das Übergewicht von Berlin und Paris entscheidend gemildert werden und zweitens vermutete man in den vorherrschenden Positionen Londons etwas, was den eigenen Nationalinteressen sehr entgegenkomme. Mit dem Austritt der Briten verlieren Polens Nationalkonservative nun einen wichtigen Verbündeten, soweit es um die Vision eines Europas der Vaterländer geht.

Dennoch sieht Jarosław Kaczyński nun seine Stunde gekommen, wird doch mit einem Male von allen Seiten eingeräumt, dass sich die gewachsenen EU-Strukturen verändern müssten. Er will die Chance also beim Schopf packen, aus der zu einem erheblichen Teil bereits integrierten

Gemeinschaft einen Verbund völlig souveräner Nationalstaaten zu machen. Bleiben sollen der gemeinsame Markt, der freie Kapital- und Personenverkehr und die auf Hilfe und Unterstützung der schwächeren Länder ausgerichtete Haushaltspolitik, die aber auf ein vernünftiges Maß zurückgefahren werden müsse. Bei allen anderen Fragen, die ausreichend im Rahmen der Nationalstaaten geregelt werden könnten, solle Brüssel sich künftig zurück- oder besser: ganz heraushalten. Nur so könne beispielsweise der schädliche Einfluss, den Deutschland vermittelt über Brüssel wegen seines übermächtigen Potenzials in anderen, wirtschaftlich deutlich schwächeren Ländern ausübe, zurückgedrängt werden. Einen gewissen Schutz nach außen fordert Kaczyński dabei auch, so an der EU-Ost- bzw. Südflanke, denn das übersteige wiederum die Kraft der einzelnen Nationalstaaten. Kurzum, die bisherige EU-Integration, der Polen nun seit dem Beitritt 2004 unterliege, sei gescheitert, was der Austritt der Briten hinreichend beweise, denn es seien Entwicklungen befördert worden, die die einzelnen nationalen Gemeinschaften in ihrer Identität entscheidend beeinträchtigten oder sie überforderten. Um also dem Austritt weiterer Mitgliedsländer vorzubeugen, müsse eine Neugründung der Union erfolgen, in der die 2004 und später beigetretenen Mitglieder trotz ihrer vergleichbaren wirtschaftlichen Rückstände tatsächlich gleiche politische Mitspracherechte hätten. Wieder bringt er die bei jeder Gelegenheit angesprochene gleiche Augenhöhe der EU-Mitgliedsländer ins Spiel und behauptet, über die Mittel zu verfügen, sie zu erreichen.

Da Jarosław Kaczyńskis Nationalkonservative seit den beiden wichtigen Wahlen im Frühjahr und Herbst 2015 alle entscheidenden Machtpositionen in Polen in den Händen halten, ist diese Positionierung ernst zu nehmen. Großbritanniens Austritt aus der Gemeinschaft stärkt zumindest im polnischen Fall nicht die Befürworter bisheriger und weitergehender EU-Integration, sondern in erster Linie deren entschiedene Gegner. Bis zum britischen Referendum war die politische Szenerie in Polen klar unterschieden: Die Regierungsgegner zeigten bei ihren Protesten neben den polnischen Nationalfarben auch das blaue Fahnenstück der EU, mit dem der Weg, den Polen seit 1989/90 zurückgelegt hat, entschieden bekräftigt wurde. Die Kaczyński-Leute mobilisierten ihrerseits allein mit den weiß-roten polnischen Farben, womit insgeheim ausgedrückt werden sollte, wie fraglich der konsequent auf die EU-Mitgliedschaft ausgerichtete Weg der letzten Jahrzehnte gewesen



»Er steckt uns in die Tasche«, Warschau, Sommer 2016

sei. Jetzt werden sie zudem behaupten, allein die Nationalfarben seien der Garant, eine Europäische Union aufrechtzuerhalten. Den Gegnern aber werden sie vorhalten, mit dem Weg seit 1989/90 sei die nationale Identität fahrlässig untergraben worden, obwohl der Sieg über die VR Polen ein eindeutiger Befreiungsakt im Unabhängigkeitskampf gewesen sei, der aber zu großen Teilen wieder verraten worden sei. Und jetzt erweise sich, dass auch die Behauptung, nur dieser Weg habe die EU-Integration Polens sichern können, von Grund auf falsch sei, denn die auf die enge Verflechtung der Gesellschaften abzielende EU-Integration sei gescheitert und untergrabe zudem den Bestand der Gemeinschaft. Es scheint so, als sei es Kaczyński gelungen, den wichtigsten Rückhalt der Gegner unschädlich zu machen oder gar auf seine Seite zu ziehen. Insofern wird künftig das Zeigen des EU-Tuches nicht mehr ausreichen, denn die Dinge in Polen, um die es jetzt geht, müssen selbst und viel deutlicher beim Namen genannt werden. Das EU-Blau war eine Chiffre, die über manche Verlegenheit hinweghalf, die es ermöglichte, dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Interessenlagen heraus und mit unterschiedlichen politischen Positionen sich gegen das Regierungslager

versammeln konnten und versammelten. Von nun an wird der Weg der Kaczyński-Opposition schwieriger, steiniger. Hintergründen und Zusammenhängen, denen in der tagesaktuellen Berichterstattung nicht immer der gebührende Platz eingeräumt werden kann und die im westlichen Ausland häufig unbekannt sind, spürt in diesem Band das von Krzysztof Pilawski verfasste Kapitel »Anatomie des politischen Erfolgs« nach. In vielen Ländern Europas stärken sich rechtsnationale und rechtspopulistische Strömungen – die Krankheit ist in vielen Ländern die gleiche, doch die Ursachen sind immer verschiedene.

Zu den Stärken des nationalkonservativen Regierungslagers zählt die Geschichtspolitik, der instrumentalisierte und vorbedachte Umgang mit Geschichte. Niemand sonst dringt so ungeniert ein in den Steinbruch der Geschichte, an dessen Pforte keiner mehr steht, der etwas überwachen würde, sodass die Nationalkonservativen seit Jahren herausholen können, wonach immer ihnen der Sinn steht. Und hierin sind sie gleichermaßen erfindungsreich, ausgebufft und ausdauernd, weshalb ihnen in dieser Übung niemand mehr das Wasser reichen kann. Nicht auszuschließen ist allerdings der Tag, an dem eine Kaczyński-Geschichtspolizei diesen Steinbruch wieder abriegeln könnte, um zu verhindern, dass andere den nationalkonservativen Geschichtspolitikern auf die Schliche kämen. Denn das Geschichtsbild, das sich die Kaczyński-Leute über die Jahre zusammengebaut haben, ist so übersteigert wie baufällig, es steht auf wackligen Füßen, wird zum Entsetzen der Regierungsgegner derzeit aber von einem Großteil der jungen Menschen in Polen gestützt. Gekittet wird mit giftigem Antikommunismus, der es bis in die Kleiderordnung geschafft hat, zählt doch das patriotische Label »Red is bad« insbesondere bei jungen Leuten mittlerweile zu den erfolgreichsten Modemarken des Landes.

Welche Linien sich hier auftun und wie eigentlich einander ausschließende Prozesse zusammenfanden, ist ebenfalls Gegenstand des Buches. Neben den Linien, die von der Gegenwart zurückführen, verweist Holger Politt in dem Kapitel »Über ein ungleiches Quartett« auf die umgekehrte Richtung – auf Linien, die aus Polens komplizierter Geburtsstunde bürgerlicher Verhältnisse bis in die Gegenwart hineinführen.

Dem Buch beigelegt ist ein Glossar, in dem die angeführten politischen Parteien und wichtige Organisationen in kurzer Form erklärt werden.

*Warschau, im Juli 2016*

Krzysztof Pilawski

# Anatomie des politischen Erfolgs

## Erster Teil

### Budapest in Warschau

»Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Tag kommen wird, an dem auch wir in Warschau Budapest haben werden. Früher oder später werden wir siegen, denn wir haben einfach Recht«, so Jarosław Kaczyński unmittelbar nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen 2011, die für PiS verloren gingen. An diesem Wahlabend glaubten ihm wohl nur die treuesten Anhänger aufs Wort, denn die Partei hatte gegenüber den letzten Parlamentswahlen 900.000 Stimmen verloren.

Nach dem Scheitern der ersten PiS-geführten Regierung im Herbst 2007 befand sich die Partei in ständiger Defensive und verlor ein ums andere Mal wichtige Wahlgänge gegen die Wirtschaftsliberalen der PO. Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2009 errang PiS 15 Abgeordnetensitze, die Konkurrenz von PO aber 25, also die Hälfte aller polnischen Abgeordnetensitze. Im Frühjahr 2010 musste Jarosław Kaczyński, kurz nachdem sein Zwillingbruder Lech Kaczyński als amtierender Staatspräsident bei dem verheerenden Flugzeugunglück in Smolensk ums Leben gekommen war, eine empfindliche Niederlage einstecken: Er verlor gegen den PO-Kandidaten Bronisław Komorowski das Rennen um das vakante Präsidentenamt knapp in der Stichwahl. Der Stich war besonders empfindlich, da Komorowski weithin als jemand angesehen wurde, der klar im Schatten von Donald Tusk stehe, dem damaligen Ministerpräsidenten und Erzfeind von Jarosław Kaczyński. Einige Monate später verlor PiS auch bei den in Polen so wichtigen Selbstvertretungswahlen auf der Lokal- und Regionalebene: In 14 der 16 Wojewodschaften hatte PO die Nase vorn. Das Ausmaß der Niederlage wurde besonders spürbar durch den Machtverlust in der traditionell konservativ geprägten Karpaten-Wojewodschaft ganz im Südosten des Landes, die bislang als uneinnehmbare PiS-Hochburg galt.

Das Jahr 2010 war für Jarosław Kaczyński somit das Jahr einer schweren persönlichen Tragödie – mit dem Unfalltod des Zwillingbruders – und

politischer Niederlagen. Diese schienen sogar seine Position in der Partei zu gefährden, die er selbst 2001 gegründet hatte und in der er seitdem als unumstrittene Führungsfigur galt. Ende 2010 kam es schließlich zu einer ersten organisatorischen Abspaltung von PiS – ein zuvor kaum vorstellbarer Vorgang. Zwar kam diese sich liberaler dünkende Alternative 2011 nicht mehr ins Parlament, aber der Spaltpilz war gelegt. Nach den Parlamentswahlen 2011 wirkte er weiter, denn über 20 Abgeordnete verließen kurz nach den Wahlen die Fraktion von PiS und riefen die Partei »Solidarisches Polen« ins Leben, in der sich namhafte bisherige PiS-Führungsleute wiederfanden. Mit dem Parteinamen wollten sie auf den Anspruch verweisen, den einst PiS erhoben hatte – nämlich das solidarische Polen zu vertreten.

Die politische Situation für Jarosław Kaczyński verschlechterte sich zudem nach dem triumphalen Siegeszug, mit dem in Ungarn Viktor Orbán bei den Parlamentswahlen 2010 an die Machthebel zurückkehrte. Dessen nationalkonservative Partei Fidesz erreichte nicht nur die absolute Mehrheit der Parlamentssitze, sondern auch noch die sogenannte Verfassungsmehrheit von mindestens zwei Dritteln der Abgeordnetensitze. Am politischen Himmel im Osten Mitteleuropas ging ein neuer nationalkonservativer Stern auf, der Jarosław Kaczyński in den Schatten stellte. Selbst er musste die Überlegenheit des 14 Jahre jüngeren Orbán anerkennen, der sich dank seiner gediegenen Englischkenntnisse auch auf dem Parkett der europäischen und internationalen Politik zu bewegen weiß. Auch deshalb rief Kaczyński im Herbst 2011, als die Nationalkonservativen in Polen mit neun Prozentpunkten deutlich hinter Donald Tusks regierenden Wirtschaftsliberalen zurückgeblieben waren, trotz Ungarn als ein Muster aus, dem man nun an der Weichsel nachzueifern wolle. In den Folgejahren tauchte dieses undeutliche Gespenst eines neuen Budapest an der Weichsel immer wieder in den PiS-Papieren und -Stellungnahmen auf. Polittourismus an die Donau, den nationalkonservative und überhaupt nationalistische Kräfte aus Polen nun kräftig belebten, wurde zu einer dauerhaften Einrichtung. Zum Verkaufsschlager in Polen avancierte das Buch »Viktor Orbán. Ein Stürmer in der Politik« von Igor Janke.

Anders als Orbán interessiert sich Jarosław Kaczyński kaum für Fußball. Würde man ihn dennoch in die Startelf aufnehmen, hätte er allerdings die Kapitänsbinde verdient, denn er wäre der Ideengeber, der geschickt die Bälle zu verteilen verstünde und, falls nötig, auch ein-

mal selbst das gegnerische Tor zu attackieren wüsste. Außerdem wäre Kaczyński bis zur letzten Sekunde der Partie überzeugt, im Recht zu sein, also unbedingt auf Sieg spielen zu müssen.

Nach den verlorenen Parlamentswahlen von 2011 galt es zunächst, die Situation in den eigenen Reihen zu stabilisieren. Die ergebensten Anhänger, die entschieden in die rechtskonservative und antilibérale Richtung ausschlugen, konnte Kaczyński nun mit dem Zündstoff aus Smolensk binden. Er machte sich dabei die plump gestrickte Legende zunutze, wonach die Flugzeugkatastrophe, bei der am 10. April 2010 der polnische Staatspräsident und die gesamte, fast 100-köpfige Delegation den Tod fanden, ein Ergebnis der Übereinkunft polnischer und russischer Regierungseliten gewesen sei, die sich gegen das patriotische Lager mit den Kaczyński-Brüdern an der Spitze richtete.

Die PiS-Partei ignorierte hartnäckig die Regierungskommission zur Aufklärung der Ursachen der Katastrophe und rief stattdessen eine eigene parlamentarische Kommission ins Leben. Unter Führung von Antoni Macierewicz (der 2015 zum Verteidigungsminister ernannt wurde) sollten Beweise vorgelegt werden, wonach es kurz vor dem Absturz der Präsidentenmaschine an Bord gleich zu mehreren Explosionen gekommen sei. Jeweils am 10. jeden Monats organisiert PiS bis heute vor dem Sitz des Staatspräsidenten in Warschau Gedenkveranstaltungen, auf denen an die Flugzeugkatastrophe erinnert wird und auf denen Jarosław Kaczyński immer wieder die Gelegenheit nutzt, seine leidenschaftlichsten Anhänger mit verquerten politischen Thesen zu mobilisieren. Allerdings hätte diese treueste Anhängerschar nie ausgereicht, die Macht zu gewinnen. Von entscheidender Bedeutung war hier die soziale Rhetorik, der sich PiS seit 2005 erfolgreich bedient.

2012 brachte die Tusk-Regierung gegen den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften eine Rentenreform durch das Parlament, bei der das gesetzliche Renteneinstiegsalter für Frauen von ehemals 60 und für Männer von ehemals 65 Lebensjahren auf nun einheitliche 67 Lebensjahre heraufgesetzt wurde. In dieser Situation schlüpfte PiS schnell und geschickt in die Rolle jener politischen Kraft, die sich dieser spürbaren Beschneidung sozialer Rechte glaubhaft entgegenstellte. Erleichternd kam der krisenhafte Zustand hinzu, in dem sich die linksorientierten Kräfte seit bereits geraumer Zeit befanden. Jedenfalls gelang es dem PiS-Chef schnell, in der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, er und seine Partei stünden aufseiten der gewöhnlichen, »einfachen« Bür-

ger, während die Wirtschaftsliberalen in der Regierung nur noch die Interessen einer kleinen Minderheit vertreten würden. Überhaupt, so seine radikale Schlussfolgerung von nun an, hätten die PO-Leute unverdientermaßen den allergrößten politischen Nutzen aus den Systemveränderungen nach 1989 ziehen können. In den Führungsetagen von PiS war ein neuer Aufschwung zu verspüren.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 erreichte PiS die gleiche Abgeordnetenzahl wie die regierenden Wirtschaftsliberalen – 19. Der Erfolg wog umso schwerer, weil auf ähnlichen rechtskonservativen Positionen, wie sie die von Kaczyński angeführte PiS vertritt, weitere Gruppierungen noch einmal zusammengerechnet 7% der abgegebenen Wählerstimmen holten. Bereits im Juli 2014 wurde mit diesen Kräften eine Verständigung unterschrieben. Sie sollte den konservativen Block einigen, der nötig sei, um eine Alternative zu schaffen zu der in den Augen vieler Millionen Polen kompromittierten und dem Land schadenden Regierung unter Führung der Wirtschaftsliberalen. Zbigniew Ziobro und Jarosław Gowin unterschrieben mit Jarosław Kaczyński diese konservative Verständigung, in der gemeinsame Starts bei den Selbstverwaltungswahlen auf der Regional- und Lokalebene und vor allem bei den Parlamentswahlen 2015 vereinbart wurden. Ziobro wurde im Herbst 2015 Justizminister, Gowin Hochschulminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Bei den Selbstverwaltungswahlen im Herbst 2014 lag PiS bereits wieder in sechs Wojewodschaften vorne, auch ganz im Südosten, in der traditionellen Hochburg. Zwar hatte PiS nur in zehn von 106 Städten, in denen der Stadtpräsident direkt gewählt wird, die Nase vorn, indes wurden bei diesen Wahlen wichtige Brückenköpfe ausgebaut und die Basis auf den Regional- und Lokalebene gefestigt, die ein ganz besonderer Gradmesser sind für die Stimmungen auf dem flachen Land und in den für die Wählerstruktur Polens so wichtigen Klein- und Mittelstädten.

Doch die entscheidenden Auseinandersetzungen folgten erst 2015 – im Frühjahr die Direktwahl des Staatspräsidenten, im Herbst die Parlamentswahlen. Dieser Ablauf wurde weithin als besonders günstig für die regierenden Wirtschaftsliberalen angesehen, denn das aus deren Reihen hervorgegangene amtierende Staatsoberhaupt galt lange Zeit als eine sichere Bank. Im November 2014, als PiS mit der Wahlkampagne für das Präsidentenamt begann, verbuchte Komorowski in einer Wählerumfrage einen Vertrauensbonus von über 80%, wohingegen Jarosław

Kaczyński nur einen Wert von 33% vorweisen konnte. Und umgekehrt lehnten bei derselben Umfrage lediglich 9% Komorowski entschieden ab, während dies bei Kaczyński immerhin 47% taten.

Angesichts dieser Konstellationen entschied Jarosław Kaczyński frühzeitig, nicht anzutreten, da nach der Stimmungslage in der Bevölkerung eine Revanche für die Wahlniederlage, die er 2010 kurz nach dem Tod des Zwillingbruders einstecken musste, ausgeschlossen schien. Das hätte mit Sicherheit Auswirkungen gehabt auf die als entscheidender angesehenen Parlamentswahlen wenige Monate später, zudem wäre seine eigene Position innerhalb von PiS wieder angreifbarer geworden. Er suchte also nach einem Kandidaten, dessen Aufgabe nicht unbedingt der Sieg beim Rennen um das höchste Staatsamt sein sollte, vielmehr sollte er dazu beitragen, das eigene Wählerpotenzial rechtzeitig zu mobilisieren und wachzurütteln, womöglich auch neue Wählerschichten aufzuschließen.

Bei PiS bot sich allerdings kaum jemand an, der den Kampf mit Komorowski hätte aufnehmen können. Ein Kandidat, der nicht aus den PiS-Reihen kam, hätte ein zusätzliches Risiko bedeutet, denn es wäre unklar geblieben, ob dessen Wählerzuspruch anschließend auch in einen Zuspruch für PiS umgemünzt werden könnte. Außerdem hätte Kaczyński im Falle eines Sieges – der zu diesem Zeitpunkt noch für ausgeschlossen galt – entscheidenden Einfluss in der Partei verlieren können.

Der PiS-Vorsitzende stand vor der Alternative, entweder einen ihm ergebenen und gegenüber PiS vollkommen loyalen Professor oder einen jüngeren, noch weniger bekannten Politiker aus den eigenen Reihen in den Wahlkampf zu schicken. Gegen die erste Option sprach die schlechte Erfahrung, die man im PiS-Lager 2013 mit einem Schattenkabinett gemacht hatte, dem der Soziologieprofessor Piotr Gliński vorgestanden hatte. Damals war im Sejm ein Misstrauensantrag gegen die Tusk-Regierung eingebracht worden, dem auch jene konservativen Abgeordneten ihre Zustimmung verweigerten, die nach den Parlamentswahlen 2011 PiS verlassen hatten. Beata Kempa, eine namhafte Vertreterin dieser abtrünnigen Richtung, hatte es folgendermaßen auf den Punkt gebracht: Nötig wäre ein wirklicher politischer Kopf gewesen, der – so wie Orbán in Ungarn – das rechte Lager führen könnte. 2015 traten dann sowohl Kempa als auch Gliński erfolgreich auf PiS-Listen an: Er wurde zum Minister für Kultur und nationales Erbe, sie zur Kanzleichefin von Ministerpräsidentin Beata Szydło.

Nach dem Verzicht auf die Professoren-Variante blieb nur, einen deutlich jüngeren Politiker aus dem eigenen Stall ins Rennen zu schicken, der außerdem den Erwartungen in der Öffentlichkeit und in den Medien entgegenkam, die dringend nach neuen Gesichtern auf der politischen Bühne verlangten. Kaczyńskis Wahl fiel auf den in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten Andrzej Duda, der zunächst häufig mit Piotr Duda verwechselt wurde, dem gleichnamigen Chef der »Solidarność«-Gewerkschaft. Schnell machten Kommentare die Runde, wonach Komorowski die zweite Amtsperiode praktisch bereits in der Tasche habe, sei doch der wichtigste Herausforderer eine den Wählern kaum bekannte Persönlichkeit. Jacek Żakowski, einer der führenden linksliberalen Publizisten in Polen, schlug bei einer Fernsehsendung ohne zu zögern in eine Wette ein, in der ein Vertreter des PiS-Jugendverbands symbolisch einen kleinen Polski-Fiat auf Andrzej Duda als künftigem Staatspräsidenten wettete.

Im engeren PiS-Lager überraschte die Auswahl Andrzej Dudas viel weniger. Für den Kandidaten sprachen das junge Alter (Jahrgang 1972), zugleich aber seine Erfahrungen als Abgeordneter im Sejm und im Europäischen Parlament, zudem die Arbeit in der Präsidentenkanzlei bei Lech Kaczyński. Sich selbst bezeichnete Duda beflissen als einen politischen Schützling des ehemaligen Staatspräsidenten, was dessen Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński natürlich als besonderen Treuebeweis verstehen musste. Das war umso wichtiger, als Andrzej Duda zeitweilig durchaus auf gewisse Distanz zur PiS-Partei geachtet hatte, nachdem sein enger politischer Freund Zbigniew Ziobro wegen Meinungsverschiedenheiten mit Jarosław Kaczyński aus der Partei geworfen worden war.

Innerhalb von PiS wurde Andrzej Duda schnell akzeptiert und als Kandidat angenommen. Das war ein weiterer Vorteil, den die Kandidatur eines PiS-nahen Professors womöglich nicht gebracht hätte, denn so war es keine Frage mehr, ob der Parteiapparat sich voll und ganz hinter die Kandidatur stellte. Ohne das ungewöhnlich fleißige und aufopferungsvolle Engagement der vielen tausend Helfer, die PiS aus den eigenen Reihen für den Wahlkampf mobilisieren konnte, hätte sich Andrzej Duda kaum durchsetzen können. Das betraf z.B. solch schwierige Bereiche wie den Wahlkampf unter der Landbevölkerung und im Internet, wo die PiS-Mannschaft dem Amtsinhaber ganz klar den Schneid abkaufen konnte. Überhaupt machte die Kampagne von Bronisław Komorowski einen viel behäbigeren und weit weniger engagierten Eindruck. Hier

rächte sich die Tatsache, zu früh bereits allzu sicher gewesen zu sein. Während bei PiS alles dem Ziel untergeordnet wurde, Andrzej Duda zu einem Resultat zu führen, das PiS anschließend erlauben würde, die weinige Zeit später anstehenden Parlamentswahlen aus aussichtsreicher Position bestreiten zu können, erlaubten sich führende PO-Leute sogar den Luxus, in der Zeit der Wahlkampagne interne Streitigkeiten und Konflikte offen in die Medien zu tragen.

Komorowski nahm lange Zeit die wachsende Gefahr kaum wahr, die ihm von seinem fast 20 Jahre jüngeren Herausforderer drohte. Die stabilen Rekordwerte auf der Beliebtheitskala bei den Umfragen lullten ihn ein, zudem zelebrierte er 2014 die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Wende, bei denen sich am 4. Juni vor dem Warschauer Königsschloss die Großen dieser Welt ein Stelldichein gaben, allen voran US-Präsident Barack Obama. Komorowski versuchte danach die Bürger davon zu überzeugen, die sogenannte dritte Republik, also das Polen nach 1989, sei gewissermaßen die Krönung der polnischen Geschichte, sie brauche lediglich hier und da verbessert und weiterentwickelt zu werden. Damit manövrierte er sich von vornherein in eine Ecke, in der ihn die PiS-Wahlstrategen tatsächlich haben wollten – als Vertreter des satten und zufriedenen Teils der Gesellschaft.

Zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichwahl leistete sich Komorowski vor laufender Kamera einen schlimmen Fehler, den seine politischen Gegner genüsslich ausschlachteten. Er war von einem jungen Warschauer ins Gespräch gezogen worden, der berichtete, dass seine Schwester erst drei Jahre nach ihrem Studienabschluss überhaupt eine bezahlte Arbeit gefunden habe, und deren Gehalt für die Aufnahme eines dringend benötigten Wohnungskredits viel zu niedrig sei. Auf die Frage des Jungen, was in dieser Situation zu machen sei, antwortete Polens Präsident: Er rate, eine bessere Arbeit zu finden und dann den Kredit aufzunehmen. Der Politiker mit den höchsten Zustimmungswerten der zurückliegenden Jahre entpuppte sich vor aller Öffentlichkeit als jemand, der losgelöst von den millionenfachen Alltagsorgen seiner Landsleute lebt. Nun wurde er vor allem in der Internet-Welt zum Gegenstand von Hohn und beißendem Spott.

In der Wahlschlacht trat Komorowski noch einmal entschieden als Verteidiger der nach 1989 herausgebildeten demokratisch-liberalen Ordnung auf, während Andrzej Duda sich als Fürsprecher dringend nötiger Veränderungen gerierte, die von höchstem Interesse für jene so-

zialen Gruppen und Milieus seien, die in diesen Jahren ins Hintertreffen gelangt und häufig durch die Regierenden ignoriert worden seien. Der PiS-Kandidat erwähnte nichts von der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, nichts von einer Beschneidung der Rechte demokratischer Institutionen, vielmehr konzentrierte er sich auf soziale Fragen. Bei jedem öffentlichen Wahlkampfauftritt versprach er die Senkung des gesetzlichen Renteneinstiegalters auf 60 Altersjahre für Frauen und 65 Altersjahre für Männer, ein gesetzliches Kindergeld in Höhe von umgerechnet etwa 120 Euro generell ab dem zweiten Kind und bei einkommensschwachen Eltern auch ab dem ersten Kind, die deutliche Erhöhung des Steuerfreibetrags für Einkommensschwache, kostenlose Kindereinrichtungen, kostenlose ärztliche und zahnärztliche Betreuung in den Schulen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rahmen eines »Wiederaufbaus der polnischen Industrie«.

Jarosław Kaczyńskis verkniffenes und zorngefaltetes Gesicht wurde ersetzt durch das strahlende und freundliche Gesicht Andrzej Dudas. Ihm ist es zu verdanken, dass PiS in dieser Wahlkampagne den Zugang zu neuen Wählerschichten fand. Bei der Stichwahl erhielt er über 500.000 Stimmen mehr als der Amtsinhaber – die Überraschung war perfekt. Und PiS hatte nun bewiesen, dass es entgegen der Auffassung zahlreicher Experten keine »gläserne Decke« gab, die verhindern könnte, dass die Partei alleine die nötigen Stimmen für eine regierungsfähige Mehrheit findet.

Andrzej Dudas Sieg brachte die Dämme zum Einsturz, das aufgestaute Wasser überwand das Hindernis, und nichts war mehr in der Lage, es auf seinem Weg aufzuhalten oder es gar ins alte Bett zurückzuführen. Die Chefin des Wahlkampfstabs, Beata Szydło, wurde kurzerhand von Kaczyński zur Spitzenkandidatin ausgerufen. Trotz ihrer formal hohen Position im PiS-Parteifüge – sie war immerhin die stellvertretende Parteivorsitzende – hatte sie nicht zum inneren Zirkel des Parteichefs gehört.

Die PiS-Kampagne zu den Parlamentswahlen war die Wiederholung der Präsidentenwahl. Beata Szydło griff die sozialen Versprechungen Andrzej Dudas auf, erweiterte sie sogar. Auf den Kundgebungen verwies sie immer wieder auf eine dicke Mappe, in der fertige Gesetzesvorschläge lägen, mit denen nach einem Wahlsieg die Lebensbedingungen der Bürger schrittweise verbessert würden. Die PO versuchte, die zahlreichen Wahlversprechen von PiS aus finanzieller Sicht durchzurechnen,

doch fiel hierdurch Ewa Kopacz, die Ministerpräsidentin, in den Medien deutlich blasser aus als die frech-forsch auftretende Herausforderin. Die PiS-Kandidatin sprach klar, mit Nachdruck und fester Stimme, während die Stimme von Ewa Kopacz zitterte und sie selbst nicht recht in der Lage war, die programmatischen Eckpunkte der Regierungspartei für die kommenden vier Jahre an den Mann oder die Frau zu bringen. Außerdem tobte hinter ihrem Rücken der Kampf zwischen einzelnen Richtungen in der Partei unentwegt weiter.

Wieder bestritt die mit sich selbst beschäftigte PO den Wahlkampf nur halbherzig. Überall war zu spüren, dass PiS das Heft des Geschehens in der Hand hielt. Offen blieb nur noch die Frage, ob PiS es nicht sogar schaffen werde, eine absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze zu erlangen, wofür aus der Erfahrung aber deutlich über 40% der abgegebenen Stimmen vonnöten zu sein schienen. Andernfalls brauchte es einen Koalitionspartner, was viele Beobachter für noch schwieriger hielten.

Die PO hoffte zwar weiterhin, wieder stärkste Partei werden zu können, zumindest aber beruhigte sie sich mit der Aussicht, im anderen Fall eine breitere Front gegen PiS anführen zu können, auch wenn diese dann insgesamt aus drei oder vier Koalitionspartnern bestehen müsste. In den letzten Wochen vor dem Wahlgang versuchte die PO immer nachdrücklicher, die schlechten Erfahrungen mit der PiS-geführten Regierung in den Jahren von 2005 bis 2007 ins Spiel zu bringen. Doch das Schreckgespenst machte weniger Eindruck als die von der Kaczyński-Partei ausgegebene Verlockung des »guten Wandels«.

Am Wahlabend wandte sich Staatspräsident Duda an Kaczyński, den er unumwunden zum Vater des Erfolgs erklärte: »Jeder, der aufmerksam die politische Szene betrachtet, wird heute in einer Hinsicht keinen Zweifel hegen: Sie haben sich als großer Politiker und großer Stratege erwiesen. Ich will aber noch hinzufügen, dass Sie sich auch als ein großer Mensch erwiesen haben.« Allerdings wäre es ein Fehler, den PiS-Sieg allein auf Jarosław Kaczyński zurückführen zu wollen. Denn die Partei hatte die Parlamentswahlen 2007 und 2011, als man unter seiner unumstrittenen Führung mit einer ähnlichen Taktik angetreten war, also die soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund gestellt hatte, allzu deutlich verloren. Viele Jahre lang hatten sich außerdem viele geschämt, sich öffentlich zu ihrer Sympathie für PiS zu bekennen. 2015 dagegen genierte man sich eher, sich zur PO zu bekennen.

Der Erfolg von PiS lässt sich nicht allein damit erklären, dass das Wahlvolk der acht Jahre lang von der PO geführten Regierung überdrüssig geworden wäre. Zum Sieg trug im entscheidenden Maße bei, dass Jarosław Kaczyński die gesamte Transformationszeit seit 1989 einer so harten Kritik unterzog wie sonst kaum jemand vor ihm. Für alle, die grundsätzlich etwas an der Ausrichtung dieses tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Wandels auszusetzen hatten, wurde PiS zur ersten Wahl. Auf dem linken Spektrum gab es diesbezüglich keine ernsthafte Konkurrenz, allerdings tauchte rechts von PiS urplötzlich ein Konkurrent auf, der noch viel radikaler gleich alles von der Bühne wegfeigen wollte, was sich seit 1989 dort aufgebaut hatte. Die klare Antisystem-Bewegung von Paweł Kukiz, einem Veteran der polnischen Rockszene, hatte bereits bei den Präsidentschaftswahlen einen Achtungserfolg erzielt, entfiel doch jede fünfte der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang auf den Politclown. Bei den Parlamentswahlen erlangte die zusammengewürfelte Kukiz-Liste fast 9% der abgegebenen Stimmen. Zusammengerechnet entfallen somit auf die beiden rechten Gruppierungen, die sich von einer scharfen Kritik oder völligen Ablehnung der nach 1989 herausgebildeten gesellschaftlichen Wirklichkeit leiten lassen, 277 Abgeordnetensitze im 460-köpfigen Parlament. Jene Parteien, die die jetzige Ordnung akzeptieren – neben der PO die liberale Partei »Die Moderne« von Ryszard Petru und die moderate Bauernpartei PSL –, besetzen hingegen zusammengerechnet lediglich 182 Abgeordnetensitze (ein Mandat ist für die deutsche Minderheit reserviert).

PiS triumphierte 2015 nicht, weil an der Spitze ein ungewöhnlich begabter Strategie gestanden hatte. Vielmehr war es der Partei gelungen, die Unzufriedenen und Frustrierten aller Couleur anzuziehen. Auffallend viele WählerInnen sehnten sich nach einer starken Hand, die zur Lösung der angestauten sozialen Probleme in der Lage war und die die Verantwortlichen für diese Probleme abstrafen konnte – gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf Geist und Buchstaben der demokratischen Prozeduren.

## Polen im Aufbau, Polen im Verfall

»Polen im Verfall«, so lautete die entscheidende Botschaft von PiS während der beiden Wahlkampagnen des Jahres 2015. Das war die taktisch gekonnte Entgegensetzung zur erfolgreichen Wahllosung von PO bei den Parlamentswahlen 2011: »Polen im Aufbau«.

Die Situation von PiS schien viel schwieriger zu sein als die von Fidesz in Ungarn 2010, wo die die Rückkehr zur Regierungsmacht durch das dramatisch gefallene Ansehen der von den Sozialisten geführten Regierung programmiert war. Die Propaganda der Regierungssozialisten, Ungarn sei der sprunggewaltigste Tiger unter den mitteleuropäischen EU-Beitrittsländern, es sei das sich am schnellsten entwickelnde Land der Region, hatte sich vor dem Hintergrund der tiefen Wirtschaftskrise kräftig blamiert. Ungarn wurde durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 ausbrach, sehr viel heftiger in den Abwärtsstrudel gezogen als beispielsweise die Slowakei oder Tschechien – ganz zu schweigen von Polen. 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr um 6,6%. Im Jahr 2014 überholte Polen Ungarn in der kaufkraftbereinigten Prokopfrechnung des Bruttoinlandsprodukts.

Überhaupt hatte Polen die Rezession vergleichsweise blendend überstanden. Von 2008 bis 2014 stieg das BIP um 24%. Als der damalige Ministerpräsident Donald Tusk die wirtschaftlichen Erfolge des Landes herausstellte, verglichen das die Bürger Polens mit den Situationen und Vorgängen in Ungarn, Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland. Nach acht Jahren Regierungszeit von PO lagen die Ergebnisse der Modernisierung auf der Hand: 900 Kilometer neue Autobahnen, 1.200 Kilometer autobahnähnliche Schnellstraßen, zahlreiche Straßenumgehungen, Flughäfen, Brücken, moderne Sportstätten auf höchstem internationalen Niveau, so die drei völlig neugebauten Stadien für die Fußballeuropameisterschaft 2012, neue Kulturhäuser und Bibliotheken, Schulen, Hochschuleinrichtungen, sanierte wertvolle Altbausubstanz, erneuerte Plätze und Stadtparks. Dazu kommen noch Dinge, die kaum jemand auf Anhieb sieht: tausende Kilometer erneuerte oder überhaupt neue Kanalisation, Wasserleitungen, Wärme- und Gasleitungen, Lichtleiterkabel usw. Das Land wurde in kurzer Zeit ansehnlicher und attraktiver.

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Wende im Juni 2014 hatte Komorowski erklärt, Polen habe seit 1989 seine Wirtschaft

aus Ruinen aufgebaut, wobei er insbesondere auf die gewaltigen Leistungen in der Regierungszeit von PO (seit 2007) verwies. PiS stellte diese Bewertung infrage. In einem Wahlwerbespot sagte Andrzej Duda im Februar 2015: »Wir sind die Söhne unserer Väter, die Enkel unserer Großväter und Urgroßväter. Sie waren es, die Polen aus Schutt und Asche aufgebaut haben, und ich sage heute allen Leuten, auch wir sind dazu in der Lage.« Der Präsidentschaftskandidat sprach also nicht von den Ruinen des Jahres 1989, er suggerierte sogar, das Land befinde sich nach acht Jahren Regierungszeit von PO in einem ähnlichen beklagenswerten Zustand wie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nicht weniger kontrovers wurde ein Auftritt der PiS-Spitzenkandidatin für die Parlamentswahlen aufgenommen: Vor dem Hintergrund der zerfallenen riesigen Fabrikanlagen des einstigen Nähgarnwerks im westpolnischen Nowa Sól, das im sowjetisch dominierten Wirtschaftsbereich zu den modernsten Produktionsstätten dieser Art gehört hatte und in dem seinerzeit mehr als 3.000 Menschen beschäftigt gewesen waren, sprach sie von der Notwendigkeit, die Industrie wieder aufzubauen. Örtliche Politiker mit einem liberalen Verständnis bezichtigten Szydło der Manipulation und verwiesen auf die neuen Investitionen in der Stadt und in der Umgebung. Doch PiS erwies sich hier als stärker, die Partei von Jarosław Kaczyński konnte in Nowa Sól erstmals besser abschneiden als PO, wobei ein Vorsprung von 6 Prozentpunkten erreicht wurde. Vier Jahre zuvor lag PiS hier noch mit 23 Prozentpunkten hinter PO schier hoffnungslos zurück.

Die emotionsgeladene Debatte, ob Polen nun aufgebaut werde oder verfallen sei, war eine weitere Ebene in dem grundlegenden Streit über die Bewertung der gesamten Transformationszeit. Das Bild von einem verfallenen Polen widerspricht nicht unbedingt dem Bild von einem Polen im Aufbau, es sind die zwei Seiten einer Medaille – der Systemtransformation. Mit Ausnahme der DDR hatte kein anderes ehemaliges sozialistisches Land in Europa eine so massive Beseitigung der einstigen Industriestruktur erlebt wie Polen. Dem Kahlschlag fielen nicht nur überalterte, unrentabel arbeitende und umweltschädliche Hütten, Zechen, Zellulosefabriken zum Opfer, sondern auch verhältnismäßig moderne Fabrikeinrichtungen, die erst in der Zeit der VR Polen modernisiert und aufgebaut worden waren. Von den 1.615 Industrieanlagen mit mehr als 100 Beschäftigten, die in der Zeit der VR Polen errichtet worden waren und in denen zusammengerechnet etwa 2 Millionen Menschen beschäf-

tigt gewesen waren, wurden 650 mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von über 830.000 geschlossen – was der Gesamtzahl an Industriearbeitern Polens am Vorabend des Zweiten Weltkriegs entspricht. Die Schließung betraf auch innovative Branchen, so wurden beispielsweise 81 Elektronikfabriken geschlossen. Die Unternehmen zu schließen oder zu privatisieren (häufig zum Spottpreis), war gezielte Politik der ersten Regierungen nach 1989, die staatliche Unternehmen generell für ein Relikt aus kommunistischer Vergangenheit hielten, dessen man sich schnell entledigen müsse. Die ab 1990 eingeführten Reformen, die vor allem mit dem Namen von Leszek Balcerowicz verbunden waren, der in der Regierung von Tadeusz Mazowiecki stellvertretender Regierungschef und Finanzminister gewesen war, öffneten den Markt in Polen für alle möglichen Importe und schnitten den eigenen Staatsunternehmen wegen des künstlich gehaltenen Dollarkurses den Zugang zu Krediten ab. Das führte dazu, dass diese Unternehmen, in denen zigtausende Beschäftigte arbeiteten, eines nach dem anderen aufgeben mussten. Die Zahl neuer Arbeitsplätze konnte längst nicht mehr Schritt halten mit dem Abbau bisheriger Industriearbeitsplätze. Tadeusz Syryjczyk, Industrieminister unter Tadeusz Mazowiecki, wurde durch das Statement berühmt, die beste Industriepolitik einer Regierung sei überhaupt das Ausbleiben jeglicher Industriepolitik. Auch diese Aussage verdeutlicht, wie planmäßig die industrielle Basis Polens heruntergewirtschaftet wurde.

Die Industrieunternehmen in der VR Polen boten zudem mehr als nur einen Arbeitsplatz und ein regelmäßiges Einkommen. Mit den ökonomischen Aufgaben wurden auch soziale Zwecke erfüllt: Wohnungsbau für die Beschäftigten und ihre Familien, medizinische Betreuung, Kinderbetreuung im Vorschulalter, organisierter Feriendienst usw. Die Schließung des eigenen Industriebetriebs bedeutete für viele tausende Bürger das Ende der Welt, wie sie sie kannten. In der nun anbrechenden neuen Welt kamen längst nicht mehr alle an.

Polen ist also auch ein Land mit den Hinterlassenschaften stillgelegter Fabriken, ein Land mit den Überbleibseln der stillgelegten Staatsgüter, die einst 18% der Gesamtnutzfläche bearbeitet und insgesamt etwa 400.000 Beschäftigte hatten, mit unzähligen niedergegangenen Klein- und Mittelbetrieben, die in kleineren Orten und Städten einst tausendfach Beschäftigung boten.

Für viele Bürger blieben die Symbole der Modernisierung ein unzugänglicher Luxus. Eines dieser Symbole sind die mautpflichtigen Auto-

bahnen. Am symbolträchtigen 4. Juni 2014 hatten der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck und Polens Staatspräsident Komorowski feierlich die Gesamtstrecke der Autobahn Berlin-Warschau ihrer Bestimmung übergeben. Die Autobahn wurde auf den klangvollen Namen »Autobahn der Freiheit« getauft, obwohl die zahlreichen Barrieren, an denen jeweils die Maut entrichtet werden muss, unangetastet blieben. Diese Zeremonie symbolisiert recht gut das liberale Freiheitsverständnis: Freiheit für diejenigen, die es sich leisten können.

### Haltestelle Radom

»Freiheit ist eine feine Sache. Doch wenn man aus Radom nach Warschau fahren muss, fällt es schwer, die Vorzüge von Schengen gebührend zu würdigen, wegen der man andererseits ungestört nach Rom fliegen kann«, so der Soziologieprofessor Jan Sowa im Februar 2016 in »Gazeta Wyborcza«.

Radom ist die Heimatstadt von Ewa Kopacz, der ehemaligen Ministerpräsidentin und PO-Vorsitzenden. In der Wojewodschaft Mazowsze ist sie nach Warschau die zweitgrößte Stadt und liegt 100 Kilometer südlich der Hauptstadt. Radom ist bekannt geworden wegen der Massenproteste streikender Arbeiter, die sich am 30. Juni 1976 gegen die angekündigte Preiserhöhung bei Lebensmitteln richteten. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen die Miliz Gummiknüppel, Tränengas und Wasserwerfer zum Einsatz brachte und eine empörte Menge den Sitz der PVAP im Stadtzentrum in Brand setzte. Als Reaktion auf die Vorgänge in Radom (und in der Ursus-Traktorenfabrik vor den Toren Warschaus) wurde das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) gegründet, in dem unter anderem Antoni Macierewicz (nach den Wahlen 2015 Verteidigungsminister), Piotr Naimski (nach den Wahlen 2015 Regierungsbeauftragter für die energetische Infrastruktur), Jacek Kuroń und Adam Michnik mitwirkten. Bei KOR engagierte sich auch Jarosław Kaczyński. Erklärtes Ziel dieser Organisation war die Unterstützung der von den Behörden verfolgten Arbeiter.

1946 hatte Radom nicht einmal 70.000 Einwohner gezählt, 1989 waren es über 226.000. Im Rahmen der verstärkten Industrialisierung des Landes wurden die bestehenden Fabriken der Stadt ausgebaut und völlig neue Produktionsanlagen errichtet. Radom wurde zu einem der wich-

tigen Industriezentren Polens, die Stadt sicherte Arbeit, sozialen und beruflichen Aufstieg für viele tausende Menschen aus den umliegenden Dörfern. Neue Wohnviertel wurden gebaut, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Kinos sowie ein Theater. Die Bedeutung Radoms stieg noch einmal, als 1975 im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform die Wojewodschaft Radom gebildet wurde (sie bestand bis zur nächsten umfassenden Verwaltungsreform im Jahre 1999).

Während der letzten Jahre der VR Polen hatte die Stadt ungefähr 50.000 Beschäftigte in der Industrie. Laut der Volkszählung von 2002 wurden in Radom unter der Kategorie »Industriearbeiter und Handwerker« nur noch 11.500 Personen verzeichnet, weniger als vor 1989 allein in den Metallwerken »Łucznik«, in denen u.a. Waffen und Rasierapparate hergestellt worden waren. Nach der Wende wurden die Metallwerke schnell geschlossen, so erging es auch anderen wichtigen Unternehmen der Stadt – der bekanntesten Telefonfabrik Polens sowie der Lederfabrik »Radoskór«, in der Schuhe hergestellt wurden und in der Ewa Kopacz' Vater sein gesamtes Berufsleben zugebracht hatte. Zwischen 1990 und 2000 wurden in Radom insgesamt 200 Unternehmen geschlossen. Trotz einiger Investitionen auch im industriellen Bereich ist die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren weiter zurückgegangen (derzeit liegt sie bei 210.000). Ende 2015 betrug die offizielle Arbeitslosenquote in der Stadt über 18% und war damit doppelt so hoch wie der Durchschnitt im Land.

In einem Bericht des Statistischen Hauptamtes von 2013 wird ausgeführt, dass die zweitgrößte Stadt in Mazowsze die geringste natürliche Zuwachsrate, die höchste Arbeitslosenquote und den niedrigsten Einkommensschnitt unter allen größeren Städten der Wojewodschaft aufweist. In einer für den Stadtpräsidenten von Radom vorbereiteten Strategie 2014-2020 heißt es: »Die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt in Radom, die Verarmung der Bewohner und in der Konsequenz die verstärkt auftretenden komplexen sozialen Probleme führen dazu, dass in Radom eine immer größer werdende Personenzahl nicht mehr in der Lage ist, die wichtigsten Existenzgrundlagen und die Lösung der Alltagsaufgaben selbständig zu sichern. Zugleich ist seit vielen Jahren eine Abwanderung von Bewohnern der Stadt zu beobachten (in andere Teile Polens und ins Ausland) – um Arbeit zu finden, um eine Entlohnung zu bekommen, die ein einigermaßen anständiges Le-

ben gewährleistet. Auch das fällt auf den weiteren Desintegrationsprozess von Familien zurück.«

Tagtäglich fahren etwa 10.000 Pendler aus Radom zur Arbeit nach Warschau. Es wären ganz sicher noch mehr, wenn die Fahrt mit dem Zug in die Hauptstadt nicht mindestens zwei Stunden und elf Minuten dauern würde – fast eine Stunde länger als 1989. Den Einwohnern von Radom wurde seit Langem eine Modernisierung der Schienenverbindung versprochen, die spätestens 2013 beendet sein sollte. Jetzt zeigt sich, dass es noch Jahre dauern wird.

Die Modernisierung der Eisenbahnverbindungen hat nicht nur in Radom gegenüber dem Bau von Autobahn- und Schnellstraßen den Kürzeren gezogen. Die größten Investitionen im Bereich der Infrastruktur, die in der Region Radom seit Polens Beitritt zur EU 2004 durchgeführt wurden, waren die vierspurige Schnellstraße in Richtung Warschau und die südliche Umgehungsstraße (beides kostete über 180 Millionen Euro und wurde hauptsächlich aus EU-Mitteln bestritten). 2014 wurde in Radom ein Flughafen eröffnet. Der Bau hatte 30 Millionen Euro gekostet und ging auf die Initiative des früheren Stadtpräsidenten zurück, der von PiS gestellt wurde.

Die erste reguläre Verbindung nach Riga wurde am 1. September 2015 von einer lettischen Fluggesellschaft aufgenommen. Im November wurde die Verbindung bereits wieder eingestellt, weil es an Passagieren mangelte. Die 133 Beschäftigten am Flughafen hatten 2015 ganze 738 Passagiere abgefertigt.

Andrzej Duda und Beata Szydło fuhren während ihrer Wahlkampagnen mit dem Bus kreuz und quer durch Polen. Ewa Kopacz nutzte, um sich darin zu unterscheiden, meistens den Zug, womit sie sich der Gefahr aussetzte, wegen der vielen Streckenstilllegungen den einen oder anderen gewünschten Ort gar nicht mehr zu erreichen. Laut Angaben des Zentrums für nachhaltige Entwicklung hatten im Jahre 2014 100 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern (und zusammengerechnet 2,1 Millionen Einwohnern) keine funktionierende Schienenanbindung mehr (im Nachbarland Tschechien gibt es nur eine einzige Stadt dieser Größenordnung, die nicht mit dem Zug zu erreichen ist). Die größte unter diesen Städten ist die Bergbaustadt Jastrzębie-Zdrój im schlesischen Steinkohlenrevier mit 90.000 Einwohnern.

Viele Jahre lang wurde die Beseitigung von Schienenverbindungen überdies nur ungenügend durch die Modernisierung der verbliebenen

Strecken aufgewogen. Erst die Vergabe der Fußballeuropameisterschaft 2012 an Polen und die Ukraine änderte hier das Herangehen, wobei fast alle Vorhaben mit erheblicher zeitlicher Verspätung umgesetzt wurden. Beim Eisenbahnnetz wurde in erster Linie auf den Komfort bei den Reiseverbindungen zwischen den großen Zentren geachtet, als gutes Beispiel kann auch hier der Vergleich mit Radom dienen. Um von Warschau nach Kraków oder Katowice zu kommen, die ungefähr 300 Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegen, braucht der Zug heute genauso lange wie in das nur 100 Kilometer entfernte Radom.

Zwei Tage vor der Parlamentswahl tauchte Jarosław Kaczyński in Radom auf und versprach einen beschleunigten Ausbau der Bahnstrecke nach Warschau sowie überhaupt ein industrielles Entwicklungsprogramm für die Stadt – ein »Silicon Valley der Rüstungsindustrie« sollte sie werden. In Radom erhielt PiS fast 42% der abgegebenen Stimmen, die von Ewa Kopacz angeführte PO hingegen kam nur auf 26%. Die gemäßigten Linkskräfte der Vereinigten Linken erhielten hingegen nicht einmal 6%. Noch 2001 hatten die Linksdemokraten der SLD hier den heutigen Wert von PiS erzielt – 42%. Am Ende der Legislaturperiode betrug die Arbeitslosenquote in Radom 27,7%, nur jeder dritte Einwohner im erwerbsfähigen Alter hatte noch eine Arbeit. In einer Stellungnahme des Stadtrats hieß es damals, hinter diesen Zahlen verberge sich »eine dramatische Situation für unsere Bürger und ihre Familien«. Nach 2005 hat Polens gemäßigte Linke in dieser Stadt jegliche Bedeutung verloren. Auch anderswo war dies der Fall, wie noch ausgeführt wird.

## **Abseits des Wandels**

Nahezu jeder zweite Wähler auf dem Land hat am 25. Oktober 2015 die Kaczyński-Partei gewählt – laut den Meinungsforschern von IPSOS waren es 46,8%. Der Anteil derjenigen, die in Polen auf dem Land leben, beträgt immer noch ungefähr 40% der Gesamtbevölkerung. Das ist für mitteleuropäische Verhältnisse ein sehr hoher Wert, in Deutschland oder Tschechien sind es beispielsweise nur 25%. In mancher Hinsicht ist dieser Wert auch ein Ergebnis langer wirtschaftlicher Zurückgebliebenheit, deren Wurzeln mindestens bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen. Das Niederringen der Reformation und die damit einhergehende grundlegende Expansion des Katholizismus fielen zeitlich zusammen mit der Ent-

wicklung des Feudalgutes, das sich auf die kostenlos geleistete Arbeit landloser, leibeigener Bauern stützte. Die gewaltige Mehrheit der Bewohner Polens besaß kein Recht, ihren Wohnort zu verlassen, und verfügte über keinerlei Geldmittel, da der Landadel, der die Feudalprivilegien verteidigte, sich einer Auszahlung der Bauern widersetzte.

Die starken Begrenzungen der Bewegungsfreiheit und der Mangel an Einkommen bei den Bauern hemmten die Entwicklung der Geld- und Warenwirtschaft, schließlich wurde das einst riesige Land zwischen Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Nach der Wiedererlangung der eigenen Staatlichkeit im Herbst 1918 wohnte etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung Polens in den Städten, ein Wert wie ausgangs des 16. Jahrhunderts. Dieser historisch bedingte strukturelle Rückstand wurde in der 2010 von der damaligen Regierung angeregten Studie über die Entwicklung der Städte als eine zivilisatorische Besonderheit Polens gegenüber anderen Ländern Europas, insbesondere Westeuropas, herausgestellt.

Der für große Teile des Landes erst in den 1930er Jahren einsetzende Industrialisierungsprozess wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gestoppt. 1946 betrug der Anteil der Stadtbevölkerung dennoch 33,1%. Er war damit höher als vor dem Krieg und vor dem Völkermord an den Juden, was zunächst verwundern mag, denn die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Polens hatte in Städten gewohnt, überhaupt war der Verlustgrad unter der städtischen Bevölkerung deutlich höher als auf dem Land. In erster Linie war das eine eigentümliche Folge der geographischen Verschiebung Polens von Ost nach West im Schnitt um 200 bis 300 Kilometer – im Osten mussten eher weniger urbanisierte Gebiete an die Sowjetunion abgetreten werden, dafür gewann man im Westen ehemalige deutsche Gebiete, die einen höheren Urbanisierungsgrad hatten.

Nach 1950 begann die Stadtbevölkerung enorm zu wachsen, und das ganze Land wurde von einer forcierten Industrialisierung geprägt. Im Jahr 1989 wohnten 61% aller Menschen in den Städten. Der Weg der Nachkriegsentwicklung vom Land in die Stadt war zugleich ein Weg des sozialen Aufstiegs. Diesen legten Millionen Polen zurück, unter ihnen auch Lech und Danuta Wałęsa, die beide in ärmlischeren Verhältnissen in kinderreichen Familien auf dem Land großgeworden waren. Danuta Wałęsa erinnerte sich später, dass es in ihrer Behausung nicht einmal elektrisches Licht gegeben habe.

Eine Konsequenz aus der nach dem Ende der VR Polen einsetzenden Transformation war der Niedergang der Industriebetriebe, mit denen die Stadtentwicklung in den Jahrzehnten zuvor vorangetrieben worden war. Noch 1989 wohnten in der Textilindustriestadt Łódź, die einst stolz das Manchester des Ostens genannt wurde und wohl eines der größten Zentren ihrer Art im sowjetisch geprägten Wirtschaftsbereich gewesen war, knapp 900.000 Menschen, jetzt sind es fast 200.000 Menschen weniger. Die einstigen großen Textilfabriken der Stadt wurden nach 1990 bald geschlossen, was zu einem enormen Verlust an Arbeitsplätzen führte, da die neuen Dienstleistungs- und Handelsfirmen nur einen Teil der freiwerdenden Arbeitskräfte aufnehmen konnten. Auf dem Gelände der einstigen gigantischen Baumwollfabrik von Izrael Poznański, in deren Produktionshallen, also noch an Originalschauplätzen, der Filmregisseur Andrzej Wajda in den 1970er Jahren den berühmten Film »Gelobtes Land« über die Gründerzeit der Stadt drehen konnte, befindet sich heute das größte Einkaufs- und Vergnügungszentrum Polens, das sich, um wenigstens noch ein wenig an die legendäre Vergangenheit zu erinnern, »Manufaktur« nennt.

1990 gab es in Polen 43 Großstädte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern, derzeit sind es noch 37. Nach der Wende hat sich die Einwohnerzahl der großen Städte im früheren Oberschlesien, dem wichtigsten Industriezentrum, um 10 bis 20% verringert. Die Verteidiger der Deindustrialisierung führen gerne an, dass die aus der VR Polen stammende Industrie eine Überbeschäftigung gehabt, mit veralteter und umweltschädlicher Technologie produziert habe sowie vor allem auf den Markt der Sowjetunion ausgerichtet, also ohnehin nicht wettbewerbsfähig gewesen sei. Leszek Balcerowicz, als Finanzminister unter Tadeusz Mazowiecki gewissermaßen der geistige Vater der Schocktherapie, gibt unumwunden zu, dass die Regierung 1990 keinerlei Programm für die Industriezentren und für die sozialen Folgen des gewaltigen Strukturwandels gehabt habe. Im Vordergrund standen andere, vor allem finanzpolitische Prioritäten – nicht die Rettung von Industrie und Arbeitsplätzen. »Wir wollten so schnell wie möglich aus der Katastrophe herauskommen, die der Sozialismus mit einer galoppierenden Inflation hinterlassen hatte«, so Balcerowicz in der Zeitung »Dziennik Łódzki« im November 2014. Bis 1989 kannte man in der VR Polen Arbeitslosigkeit eigentlich nicht, doch bereits 1993 waren in den staatlichen Arbeitsämtern 2,3 Millionen arbeitslose Menschen registriert.

Die Schwierigkeiten, in den Städten eine existenzsichernde Arbeit zu finden, begrenzen bis heute den Zustrom vom Land. Der Anteil der Stadtbevölkerung ist gegenüber dem Stand von 1989 in etwa gleich geblieben, sogar ein wenig zurückgegangen. Nur sechs Großstädte – darunter Warschau und Kraków – haben ein stärkeres Bevölkerungswachstum.

In der Zeit der VR Polen überwogen in der Landwirtschaft der Zahl nach kleine Bauernhöfe, die nur wenige Hektar bewirtschafteten, auf denen einfachstes Gerät zum Einsatz kam und vielfach noch Handarbeit anzutreffen war. Doch die ständige Nachfrage nach Lebensmitteln, die auch mit Importen nicht gestillt werden konnte, sicherte den Landwirten ein sicheres Einkommen, oftmals sicherer als das heutige. Außerdem hatten die kleinen Landbesitzer die Möglichkeit, in den umliegenden Betrieben noch einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Auf diese Weise entstand eine spezifische Berufsgruppe – die Bauern-Arbeiter. Nach der Wende 1989 verschwand diese Gruppe sehr schnell, auch deshalb, weil die Besitzer kleiner Höfe, die noch auf eine andere Einkommensquelle zurückgreifen konnten, in der Regel als erste die Arbeit verloren hatten.

1989 begann auch in der Landwirtschaft die Zeit der freien Marktwirtschaft, administrativ geregelte Preise für die Produktionsmittel gehörten von nun der Vergangenheit an. Polen wurde mit subventionierten Agrarprodukten aus den EG- bzw. später aus den EU-Ländern überschwemmt, die Preisschere öffnete sich – die Landwirte erhielten für ihre Produkte weniger Geld, mussten dafür aber bedeutend mehr an finanziellen Mitteln ausgeben für Dünger, Gerät und Maschinen. Besonders dramatisch sah es in den Jahren vor dem EU-Beitritt Polens aus. Nach dem Beitritt ging ein Teil der Landbewohner ins EU-Ausland, um Arbeit zu finden.

Die Landbesitzer aber erhielten von nun an die Ausgleichszahlungen, die nach Schätzungen der Regierungsbehörde für Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft knapp die Hälfte der Einkommen aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit ausmachen. Außerdem wurden auf dem Land mit kräftiger Unterstützung aus den EU-Strukturfonds viele Investitionen getätigt, mit denen die Lebensqualität der Landbewohner in Sachen Infrastruktur und Umweltschutz spürbar verbessert wurde – es entstanden neue Schulgebäude, Straßen, Fußwege, Kläranlagen, Wasserleitungen, Telekommunikationsnetze. Doch das wirkt nur bedingt auf eines der gravierendsten Probleme ein – auf das Fehlen bezahlter Arbeit.

Nur Rumänien hat unter den EU-Ländern einen ähnlich hohen Wert beim Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigtenzahl. Die Landwirtschaft Polens gehört noch immer zu den am meisten zurückgebliebenen und weniger effektiven innerhalb der EU. Eine übergroße Mehrheit der 1,4 Millionen Landwirtschaftsbetriebe bewirtschaftet weniger als zehn Hektar, sodass nur geringe Entwicklungsperspektiven bestehen. Zudem fehlen ringsum Arbeitsplätze – der größte Arbeitgeber in den Landgemeinden ist gewöhnlich die lokale Selbstverwaltung. Die Programme zur Förderung privaten Unternehmertums werden häufig von der fehlenden Kaufkraft der Einwohner gebremst.

»Auf dem Land in Polen gibt es ein Überangebot an Arbeitskräften in der Landwirtschaft bei gleichzeitigem Fehlen von Arbeitsplätzen für die nicht in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung«, so der 2013 vorbereitete Rapport des Ministeriums für Arbeit und Soziales. In einer im Februar 2015 vorgestellten Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts CBOS, in der die Meinung der Polen zum Leben auf dem Land untersucht wurde, meinten 30% der befragten Landbewohner, in der Umgebung keinerlei Arbeit finden zu können. In der Stadt betrug dieser Wert nur 13%.

Auf dem Land ist der Anteil derjenigen höher, die sich mit Rente und anderen Transferzahlungen sowie mit den Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland über die Runden schlagen. 2014 lebten zwölf Prozent aller Landbewohner in bitterer Armut, die Einkommen reichten nicht, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. In den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern beträgt dieser Anteil nur ein Prozent. Vom geringen Lebensstandard auf dem Land zeugt häufig genug die sogenannte Energiearmut, also die Tatsache, die grundlegenden Dinge wie Heizung, Kochen und Beleuchtung nicht sichern zu können. »Auf dem Land sind ungefähr 50% aller Einwohner energiearm, während in den städtischen Zentren mit über 500.000 Einwohnern dieser Anteil lediglich 12% ausmacht«, so die Autoren einer Studie, die das Institut für Ökowachstum 2013 veröffentlicht hat.

Vor 1989 sicherten die Einkommen aus der Landwirtschaft und aus anderer Arbeit eine wirtschaftliche Sicherheit auf niedrigem Niveau, wobei die Einkommensunterschiede nicht allzu groß waren. Heute wiederum entstehen auf der einen Seite große Landgüter, auf der anderen Seite steigt die Zahl landloser Personen, die kein festes Einkommen haben und bei denen das Gefühl vorherrscht, sozial und wirtschaftlich ab-

gehängt zu sein, keinen Einfluss mehr auf die Dinge zu haben, die sich in Polen entwickeln. Keine Frage, dass PiS auch hier ein dankbares Wählerpotenzial findet.

In der 2011 durchgeführten allgemeinen Volkszählung wurde erneut die Kluft zwischen der Ausbildungsstruktur auf dem Land und in der Stadt deutlich. Der Anteil von Menschen mit Hochschulbildung war auf dem Land zweimal niedriger als in der Stadt. Der größte Unterschied besteht bei Fremdsprachenkenntnissen und insbesondere bei Kenntnissen der englischen Sprache. Diese sind zu einem wichtigen Kriterium bei Untersuchungen der sozialen Ungleichheit in Polen geworden, wer sie vorweisen kann, ist beim Zugang zu den begehrten Hochschulen begünstigt und hat bessere Karrierechancen. Einer Untersuchung von Soziologen der Universität in Toruń zufolge ist der Anteil von Studierenden aus den Dörfern am höchsten bei Theologie, am niedrigsten bei Medizin.

Die Armut auf dem Land hat auch außerökonomische Folgen: Sie schränkt die Mobilität ein, macht Erholungsaufenthalte an anderen Orten unmöglich, erschwert den Zugang zu Kultur und Bildung. Laut einer Untersuchung der Nationalbibliothek in Warschau liest lediglich ein Drittel der Landbewohner mindestens ein Buch pro Jahr. Eine Verfestigung konservativer Haltungen und Einstellungen ist da schnell auszumachen.

»Das polnische Dorf unterscheidet sich sowohl von den Städten in Polen als auch von den Dörfern anderswo in der EU. [...] Trotz der Änderungen, denen das polnische Dorf seit Jahren unterliegt, bleibt es auch weiterhin ein Hort traditioneller Werte, der Lebensstil unterscheidet sich nach wie vor stark von dem in der Stadt«, schrieben die Autoren der 2013 von CBOS durchgeführten Studie »Das polnische Dorf – Einstellungen, Lebensstil«, in dem u.a. nachgewiesen wurde, dass die Dorfbewohner wesentlich stärker als die Stadtbewohner Ehescheidungen, Abtreibungen und die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ablehnen. Laut CBOS lag 2014 der Anteil von Personen, die regelmäßig zur Kirche gehen, um 13,3 Prozentpunkte höher als in der Stadt. In vielen Dörfern ist die Pfarrgemeinde seit Jahrhunderten die wichtigste Einrichtung, die selbstverständlich auch einen Einfluss hat auf das Wahlverhalten. In östlich und südöstlich gelegenen Wahlkreisen, in denen der Anteil der Landbevölkerung sowie die religiöse Aktivität am höchsten sind, erreichte PiS den höchsten Stimmenanteil, der sogar die Marke von 60% übertreffen konnte.

## Die Welt der Arbeit

Über die Hälfte der zur Wahl gegangenen Arbeiter hat bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 PiS gewählt (52,3%), nur 7% wählten eine der beiden angetretenen linksorientierten Formationen.

Nach der Regierungsübernahme durch die Wirtschaftsliberalen im Herbst 2007 wurden zunächst Befürchtungen entkräftet, Donald Tusk sei nicht mehr an der Sozialpartnerschaft interessiert, also an der sogenannten Dreierkommission aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die bis dahin die wichtigste Institution für den sozialen Dialog gewesen war. 2009 wurde gemeinsam ein »Antikrisenpaket« auf die Beine gestellt, in dem u.a. zeitlich begrenzt flexiblere Arbeitszeitregelungen sowie staatliche Beihilfen für Arbeitnehmer vereinbart wurden, die im Gefolge der Krise in materielle Schwierigkeiten geraten waren.

Doch nach 2011, als PO den Wahlsieg von 2007 wiederholen konnte (fast 40% der abgegebenen Wählerstimmen entfielen auf die Tusk-Partei) brauchte es die gesonderte Rücksicht auf die Gewerkschaften nicht mehr, weil das starke Wählervotum als ausreichend angesehen wurde. Die sogenannte Gewerkschaftsdichte weist in Polen mit knapp 10% ohnehin einen der niedrigsten Werte in der EU auf.

Jetzt schien die Zeit gekommen, wieder stärker auf Haushaltsdisziplin zu achten und das deutlich über 3% des Bruttoinlandsprodukts liegende Defizit drastisch zu senken. Die Sorge um die öffentlichen Haushalte ging einher mit der Suche nach allen möglichen Einsparungsvarianten, die häufig genug auf dem Rücken der Bürger abgeladen wurden.

In seiner Regierungserklärung nach den gewonnenen Parlamentswahlen von 2011 machte Donald Tusk die Öffentlichkeit mit den Plänen für eine Rentenreform bekannt, deren Kern die Erhöhung des gesetzlichen Renteneinstiegsalters für beide Geschlechter auf einheitlich 67 Lebensjahre war. Völlig überrascht zeigten sich die Gewerkschaften, denn im Wahlprogramm von PO hatte davon nichts gestanden, auch waren solche Reformpläne der Regierung nie Gegenstand von Erörterungen in der Dreierkommission gewesen. Ein offener Konfliktstoff war gegeben, bei dem die Gewerkschaften zunächst eine überdeutliche Mehrheit in der Bevölkerung auf ihrer Seite hatten. Als die Regierung im Frühjahr 2012 mit einer breit angelegten Informationskampagne für die beabsichtigte Rentenreform zu trommeln begann, waren

laut CBOS-Umfrage noch immer 86% gegen die Anhebung des gesetzlichen Renteneinstiegsalters.

Die weitverbreitete Unzufriedenheit ausnutzend, sammelte »Solidarność«, ein zuverlässiger politischer Verbündeter von PiS, 1,4 Millionen Unterschriften, um ein Volksbegehren zur beabsichtigten Rentenreform durchzusetzen. Ende März 2012 wurde dieser Antrag im Sejm mit der Regierungsmehrheit abgewiesen, im Mai 2012 dann das neue Rentengesetz verabschiedet. Die Regierungskoalition gab dem Druck der Gewerkschafter nicht nach, die zur gleichen Zeit unweit des Parlaments demonstrierten und dabei Protestlieder aus der Zeit des Kriegsrechts von 1981/82 sangen.

Im Juni 2013 verließen die Gewerkschaften die Dreierkommission, weil die Tusk-Regierung ein nicht mit ihnen abgestimmtes Gesetzkpaket durch das Parlament gebracht hatte, mit dem neue, flexiblere Arbeitszeitregelungen im Interesse der Arbeitgeberseite durchgesetzt wurden. Im September 2013 kam es in Warschau zu einer großen Protestdemonstration gegen die Regierungspolitik, die von den großen Gewerkschaftszentralen gemeinsam als ein gesamtpolnischer Protesttag vorbereitet wurde und an der weit über 100.000 Menschen teilnahmen. Gefordert wurde die Rücknahme der Heraufsetzung des gesetzlichen Einstiegsalters bei den Renten, die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von 40 auf 50% des Durchschnittslohns und die Einführung eines gesetzlichen Minimalstundenlohns, der auch für Werk- und Dienstverträge gelten sollte. Die Demonstration in Warschau war einer der größten Arbeitnehmerproteste seit der Wende. Die vereint auftretenden Gewerkschaften demonstrierten ihre Stärke und die Fähigkeit, größere Menschenmengen für ihre Ziele in der Öffentlichkeit mobilisieren zu können. In Umfragen unterstützte eine Mehrheit von 60% der Bevölkerung das Vorgehen der Gewerkschaften und deren gemeinsame Forderungen.

Der zwiespältige Ruf der Tusk-Partei, eine gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Kraft zu sein, zementierte sich. In dieser Zeit kristallisierte sich ein Stimmungsbild heraus, das PiS dann zwei Jahre später in dem entscheidenden Wahljahr konsequent und geschickt auszunutzen verstand: Die Regierung stelle sich taub gegenüber den Sorgen und Nöten des kleinen Mannes, sie verweigere den sozialpartnerschaftlichen Dialog usw. Der sich intensiv mit Stimmungen unter den Industriebeschäftigten befassende Soziologe Juliusz Gardawski sagte damals

dem linksliberalen Wochenblatt »Przeгляд«: »Die Stimmung gleicht der Angst vor dem Gewitter, wenn es keinen Blitzableiter gibt. Immer öfter wird also ein Blitzableiter gefordert, die sozialpolitische Funktion des Staates.«

Im Wahljahr 2015 nahmen die Beschäftigtenproteste deutlich zu. Die PO-Regierung ließ im Februar 2015 sogar Polizeikräfte gegen streikende Bergarbeiter ausrücken, die gegen geplante Zechenstilllegungen protestierten. Im Steinkohlenbergbau gibt es mit über 90% die mit Abstand höchste Gewerkschaftsdichte. Zu dieser Zeit kamen die Kampagnen für die Präsidentschaftswahlen bereits ins Rollen. Zwar versuchte die Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, die Tusk im Herbst 2014 abgelöst hatte, als dieser zum EU-Ratspräsidenten berufen worden war, schnell die Wogen mit Zugeständnissen an die Bergarbeiter zu glätten, doch änderte das wenig an der kritischen Bewertung der Regierung in der Industriearbeiterschaft.

Das nutzte Andrzej Duda offen aus, indem er bei jedem Wahlkampfauftritt die Forderungen der Arbeitnehmerseite aufgriff und sie zu unterstützen versprach. Der Dialog mit der Gewerkschaftsseite müsse wieder aufgenommen, die Rentenreform zurückgenommen, der gesetzliche Mindestlohn und der Steuerfreibetrag für Bezieher geringer Einkommen angehoben werden. Neben der traditionell mit den Nationalkonservativen verbundenen »Solidarność«-Gewerkschaft bekam er zunehmend auch die Unterstützung der zweitgrößten, sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaftszentrale OPZZ. Kurz vor den Parlamentswahlen im Oktober 2015 berief der frischgebackene Staatspräsident Duda einen Rat für den sozialen Dialog, der die frühere Dreierkommission ersetzen und künftig die höchste Plattform für die Zusammenarbeit von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern bilden soll.

Mit einer ganz anderen Botschaft trat indes Ewa Kopacz auf: Sie kündigte an, bei einem Wahlsieg einige gesetzlich verbriefte Rechte der Gewerkschaften anzutasten, womit sie insbesondere die Beseitigung der von den Arbeitgebern finanzierten Anstellungen für Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben meinte. Das war eine populistisch gemeinte Warnung an die Gewerkschaftsseite, denn diese Regelung gilt in weiten Kreisen der Bevölkerung als ungerechtes Privileg und insbesondere dort, wo ein Verständnis für den Gewerkschaftskampf nicht oder noch nicht ausgeprägt ist – beispielsweise bei jüngeren Wählerschichten. Übrigens hatte das Flaggschiff des liberalen Lagers, die Tageszeitung »Ga-

zeta Wyborcza«, in den Jahren zuvor kräftig gegen dieses vermeintliche Privileg der Gewerkschaften polemisiert.

## Das schmale Portemonnaie

In der achtjährigen Regierungszeit von PO stiegen die Einkommen der Menschen in Polen, allerdings betraf das längst nicht alle. Die Wirtschaftsliberalen führen gerne die für sie günstigen statistischen Werte an. So lag die offizielle Arbeitslosenquote im Frühjahr 2015 bei unter 10%, der niedrigste Wert seit Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise 2008. Beim Regierungsantritt 2007 hatte der gesetzliche Bruttomindestlohn umgerechnet 230 Euro betragen, 2015 aber 440 Euro; der Durchschnittslohn stieg in dieser Zeit umgerechnet von 620 Euro auf 1.025 Euro. Vor dem Regierungsantritt 2007 betrug das statistische Durchschnittseinkommen pro Person umgerechnet 220 Euro, 2014 aber 330 Euro.

Diese Durchschnittswerte können mit anderen konfrontiert werden. Laut Angaben der Nationalbank von 2015 besitzen die zehn Prozent der reichsten Haushalte in Polen zusammengerechnet 37% des gesamten Vermögens, die 20% der ärmsten Haushalte kommen zusammengerechnet aber nur auf ein Prozent. 2014 lebten in Polen 2,8 Millionen Menschen in bitterer Armut, das heißt unter dem errechneten Existenzminimum von umgerechnet 130 Euro pro Kopf im Monat, das ausreichen soll, die dringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Das sind 700.000 Menschen mehr als 2008! Von den im Oktober 2015 auf den Arbeitsämtern registrierten 1,5 Millionen Menschen ohne bezahlte Arbeit hatten 85% keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen.

Die faktische Zahl der Arbeitslosen ist zudem seit jeher auch in Polen höher, da nicht alle sich registrieren lassen, vor allem jene, bei denen ohnehin keine Aussicht auf Lohnersatzleistung besteht. Zudem gehen Schätzungen von mindestens zwei Millionen Menschen aus, die im EU-Ausland einer Beschäftigung nachgehen (hauptsächlich in Großbritannien und in Deutschland).

Laut staatlichem Statistikamt sind in der Wojewodschaft Opole im Süden des Landes 10% der Einwohner von Arbeitsmigration ins EU-Ausland betroffen, andere Wojewodschaften im Osten und Südosten des Landes kommen hier auf 8 bis 9%.

Das staatliche Statistikamt veröffentlicht monatlich die Angaben für die Durchschnittslöhne, die bei Millionen von Arbeitnehmern eher verwundert aufgenommen werden, weil dabei nur die Betriebe mit mehr als neun Beschäftigten erfasst werden. Nur alle zwei Jahre werden Angaben vorgelegt, die sämtliche Beschäftigte umfassen, zuletzt geschah das im Dezember 2015. Danach erhalten 66% aller Beschäftigten weniger als den Landesdurchschnitt, aber das landesweite Durchschnittseinkommen bei allen Beschäftigten liegt umgerechnet bei nicht einmal 800 Euro.

Doch selbst diese Zahlen ergeben noch kein vollständiges Bild, denn die Zahl derjenigen Menschen, die gänzlich ohne Arbeitsverträge und lediglich auf der Basis von Werk- oder Dienstleistungsverträgen beschäftigt sind, soll laut Sozialversicherungsträgern über zwei Millionen betragen. Bei diesen Beschäftigungsverhältnissen greift unter Umständen noch nicht einmal der gesetzliche Mindestlohn, weshalb die Gewerkschaften seit Jahren die Einführung eines gesetzlichen Stundenmindestlohnes fordern, der alle Tätigkeiten gleichermaßen betrifft. Die PO-Regierung ließ sich auf diese Diskussion erst kurz vor den Parlamentswahlen ein.

Einige Wochen vor den Parlamentswahlen im Herbst hatte die renommierte Wochenzeitung »Polityka« eine Untersuchung veröffentlicht, aus der hervorging, dass die größte Gruppe von Beschäftigten monatlich umgerechnet etwa 550 Euro brutto verdient und 1,3 Millionen von den insgesamt 14 Millionen Beschäftigten nur den gesetzlichen Mindestlohn bekommen.

Die vergleichsweise niedrigen Löhne und die fehlende Arbeitsplatzsicherheit erhöhten das Gewicht des wichtigsten sozialen Wahlversprechens von PiS – des Familienprogramms, bei dem die Einführung eines gesetzlichen Kindergeldes generell ab dem zweiten Kind und bei einkommensschwachen Familien bereits ab dem ersten Kind in Höhe von umgerechnet etwa 120 Euro pro Kind herausstach. Seit dem 1. April 2016 ist dieses finanziell umfassendste sozialpolitische Projekt seit der Wende gesellschaftliche Wirklichkeit. Der Anteil dieser Sozialleistung am gesamten Familieneinkommen ist im Durchschnitt wesentlich höher als etwa in Deutschland oder Frankreich. Die vom Staat garantierte Leistung hat insbesondere dort natürlich ein enormes Gewicht, wo die Zukunftsängste und die Befürchtungen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes am größten sind. Eine entschiedene Mehrheit unter den

Menschen in Polen spricht sich auch für die Rücknahme der Rentenreform bezüglich des gesetzlichen Renteneinstiegsalters aus, selbst wenn dadurch die ausgezahlten Renten um einige Prozentpunkte gekürzt werden müssten. Denn die Beschäftigtenquote bei Menschen mit 64 Lebensjahren beträgt weniger als 40%, sodass eine Entlassung von Arbeitnehmern im fortgeschrittenen Alter mit dem hohen Risiko dauernder Arbeitslosigkeit verknüpft ist.

In einer vom CBOS-Institut im Februar 2016 durchgeführten Umfrage wird nachgewiesen, dass eine entschiedene Mehrheit die sozialpolitischen Maßnahmen der PiS-Regierung befürwortet: 87% der Befragten halten es für richtig, Menschen ab dem 75. Lebensjahr von Medikamentenzahlungen zu befreien, 78% stimmen der Einführung des gesetzlichen Kindergeldes zu, 73% befürworten eine Rücknahme der Erhöhung des gesetzlichen Renteneinstiegsalters, 70% befürworten die Einführung eines gesetzlichen Stundenmindestlohns für alle Tätigkeiten, 68% unterstützen die Anhebung des Steuerfreibetrags bei niedrigen Einkommen.

Seit 1989 stehen alle Reformen für noch mehr Liberalisierung, für Privatisierung und Deregulierung, also meistens für Einschnitte bei Beschäftigung, Arbeitnehmerrechten und Sozialausgaben. PiS ist es nun gelungen, diese Bedeutung umzukehren, während die PO-Regierung konsequent der Maxime gefolgt war, jede Sozialausgabe bedeute eine zusätzliche Belastung für den ohnehin angespannten Haushalt.

## Kapital und Vaterland

Der Arbeitnehmer im VW-Werk in Poznań verrichtet ungefähr die gleichen Tätigkeiten mit gleicher Arbeitsproduktivität wie sein Kollege im Stammwerk in Wolfsburg, muss aber drei- bis viermal länger arbeiten, um sich das von ihm hergestellte Auto leisten zu können. PiS hatte vor den Wahlen versprochen, die Wirtschaft zu nationalisieren, damit die polnischen Arbeitnehmer das gleiche Einkommen wie die Arbeitnehmer anderer EU-Länder erhalten.

Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt gehört in Polen zu den niedrigsten in der EU. Von 1992 bis 2014 ist er von 63% auf 48% gefallen. Die Arbeitskosten liegen bei einem Drittel des EU-Durchschnitts: Laut Eurostat betragen die Kosten für eine Arbeitsstunde in Polen im

ersten Quartal 2015 8,4 Euro, während sie in Deutschland 31,4 Euro und im EU-Durchschnitt 24,6 Euro ausmachten.

Polen ist zu einem großen Reservoir billiger Arbeitskräfte in der EU geworden. Ausländische Firmen werden auch mit Steuernachlässen und weiteren geldwerten Unterstützungen ins Land gelockt, damit sie in dringend benötigte Arbeitsplätze investieren.

Die PO – wie zuvor die SLD – negierte die Bedeutung der nationalen Herkunft des Kapitals und konzentrierte sich im harten Wettbewerb um bezahlte Arbeitsplätze darauf, dem großen Business die bestmöglichen Bedingungen zu bieten. Die Verfasser der Untersuchung »Auslandskapital in Polen: Sind wir eine Zulieferwirtschaft?«, die von der Michał-Kalcecki-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Nationalbank durchgeführt wurde, verwiesen darauf, dass die Arbeitsproduktivität in Polen in den Jahren 2001 bis 2013 fast viermal stärker angewachsen sei als die entsprechende Lohnentwicklung, sodass ein immer größerer Gewinnanteil in den Taschen der ausländischen Investoren verbleiben würde. »Für viele ausländische Firmen ist Polen zu einer Quelle gutqualifizierter und gleichzeitig billiger Arbeitskräfte geworden. Neben den relativ niedrigen Arbeitskosten werden die ausländischen Investoren durch Nachlässe und die anderswo in der EU unbekanntenen Sonderwirtschaftszonen angelockt«, so die Autoren der Untersuchung, die eine Bevorzugung des Auslandskapitals herausstellen. Einerseits nutze es die staatliche Unterstützung, andererseits zahle es niedrigere Steuersätze als vergleichbare polnische Betriebe.

In Firmen mit Auslandskapital sind etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer in Polen beschäftigt, auf sie entfallen zwei Drittel des polnischen Exports. Ein Teil der Wirtschaftsexperten neigt deshalb der Auffassung zu, Polen habe sich zu einer großen Montagewerkstatt gewandelt, die abhängig sei vom Auslandskapital und dem woanders entwickelten technologischen Know-how. Ein passendes Beispiel für diese These sind die Unternehmen zur Herstellung von Haushaltstechnik – von Kühlschränken, Waschmaschinen, Küchenherden, Staubsaugern usw. In der VR Polen wurden eine ganze Reihe solcher Betriebe errichtet, die meistens zugleich mit entsprechenden Berufsschulen ausgestattet waren. Beliefert wurden neben dem eigenen Markt auch die Länder im sowjetisch geführten Wirtschaftsgefüge, ein Teil der Produktion wurde in den Westen exportiert. Mit der nach der Wende verabreichten Schocktherapie verschlechterte sich meistens die wirtschaftliche Situation, dem

Wettbewerbsdruck ausländischer Firmen konnte nicht lange standgehalten werden.

Qualifizierte Arbeitnehmer mit mehrjähriger Berufserfahrung, die niedrigen Löhne, ein liberales Arbeitsrecht, die Perspektive des EU-Beitritts und die günstige geographische Lage sowie weitere Lockmittel der entsprechenden Körperschaften vor Ort lockten schnell ausländische Investoren aus dieser Branche an. Sie übernahmen die potenzielle polnische Konkurrenz zu äußerst günstigen Bedingungen, beherrschten bald den gesamten polnischen Markt und teilten ihn unter sich auf. Heute ist das Land der größte Produzent von Haushaltstechnik in der EU, was selbst den meisten Polen nicht bekannt ist, denn die Waren stammen ja von den weithin bekannten Weltmarken in diesem Sektor. Hier wird ein kräftiger Gewinn erzielt aus der vergleichsweise billigen Arbeit in Polen, auch bleibt die Distanz bei den Löhnen gegenüber den Mutterländern der Firmen meistens erhalten, sodass die Beschäftigten deutlich genug erfahren, dass auch das Kapital immer ein Vaterland besitzt.

Seit einiger Zeit wird in der wirtschaftspolitischen Debatte Polens immer wieder auf die sogenannte Falle des mittleren Einkommens verwiesen, die jenen Ländern drohe, die der ausländischen Geschäftswelt billige Arbeitskräfte bei gleichzeitig hoher Rückführungsrate der aufgewendeten Investitionen versprechen. Elżbieta Mączyńska, die Vorsitzende der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft, warnt seit Langem vor den Gefahren, die mit dem Modell der »Montagewerkstatt« verbunden seien: Es entstehe ein Innovationsrückstand, wobei das Fundament der eigenen Volkswirtschaft weiter untergraben werde, sodass die Gefahr der Verlagerung von Produktionsstandorten in andere, noch günstiger erscheinende Länder bestehen bleibe.

In seinem 2015 veröffentlichten Buch »Inna Rzeczpospolita jest możliwa« [Eine andere Republik ist möglich] hat der linksorientierte Soziologieprofessor Jan Sowa aufgezeigt, dass 2020 die Reserven aus einer auf billigen Arbeitskräften gestützten Entwicklung bei allmählichem Ausbleiben der jetzt noch üppig sprießenden EU-Förder- und Ausgleichsgelder zu einem Niedergang der Wirtschaft in Polen führen können, was derzeit noch kaum für möglich gehalten werde. Auch dieser Gedanke wurde im Wahljahr von den PiS-Wahlstrategen geschickt aufgenommen und entsprechend eingemeindet.

Mateusz Morawiecki, seit 2015 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für wirtschaftliche Entwicklung, seinerzeit Chef der zur

Santander-Gruppe gehörenden Bank Zachodni, nahm Sowas Gedanken fast wortwörtlich auf und warnte vor einer Wiederholung der Situation im 17. Jahrhundert: Damals sei man sich in der polnischen Adelsgesellschaft sicher gewesen, das übrige Europa werde, um sich ausreichend zu ernähren, auch weiterhin auf die Getreidelieferungen aus den Tiefen des polnisch-litauischen Reiches angewiesen sein. Den Druck, die bereits rückständig gewordenen Produktionsverhältnisse zu ändern, die auf der kostenlosen Landarbeit der leibeigenen Bauern basierten, habe also kaum jemand unter den einflussreichen Kräften im Lande verspürt. Aus Sicht Morawieckis droht Polen, wenn das ausländische Kapital plötzlich in Länder weiterziehe, die bessere Bedingungen offerierten, eine Katastrophe ähnlichen Ausmaßes wie damals, als in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf den europäischen Märkten die Getreidepreise plötzlich in den Keller fielen.

Im Jagiellonen-Klub in Kraków, einer konservativen Denkfabrik, ist man ohnehin überzeugt, die größte Herausforderung Polens bestehe darin, den Status eines neokolonialen Landes zu überwinden: »Nach 1989 wurden wir auf einen abhängigen Entwicklungsweg gedrängt. Abhängig in einer viel zu großen Bedeutung vom äußeren Kapital – wobei das Gegenteil natürlich nicht die Autarkie ist, sondern eine modern verstandene nationale Volkswirtschaft – und abhängig von den wirtschaftlich-politischen Entscheidungszentren, aus denen es stammt. Solche wie Berlin, Washington oder Paris. Allein 2013 führten ausländische Einrichtungen aus Polen 82 Milliarden Złoty [ca. 20 Mrd. Euro] als Gewinn ab.« Im Laufe der letzten zehn Jahre, so die Autoren dieser Studie, sei der Gewinnabfluss von 1,7% am Bruttoinlandsprodukt Polens auf nun über 5% angestiegen. Das nationalkonservative Spektrum hat sich 2015 ganz klar einer gegen das Auslandskapital gerichteten Sprache bedient, die traditionell eher bestimmten linksgerichteten Positionen zugetraut worden wäre. Ein gravierendes Problem dabei ist, dass von links tatsächlich kaum noch kritische Stimmen an diesen Zuständen in die Öffentlichkeit dringen, sodass PiS 2015 nahezu unbehelligt die Monopolstellung ausspielen konnte.

Auf dem alljährlichen Wirtschaftsforum im Heilbad Krynica-Zdrój in den Beskiden, das mitunter auch als polnisches Davos bezeichnet wird, wurde Jarosław Kaczyński noch im September 2015 zum Mann des Jahres titulierte. Ohnehin gaben in dem Jahr die PiS-Vertreter den Ton vor und waren unisono davon überzeugt, dass das Kapital immer eine Na-

tionalität habe und also letztlich auch stets nationaler Politik verpflichtet sei. Deshalb wurde hier vehement von einer Rückführung der Wirtschaft in polnische Hände schwadroniert, von einer nötigen Begrenzung des ausländischen Kapitals in Industrie und Handel. Es müsse eine industrielle Wiedergeburt angepeilt werden, die auf polnisches Kapital und polnische Technologie gestützt sei.

Im Februar 2016 stellte Minister Morawiecki, der wichtigste Wirtschaftsexperte in der Regierung von Beata Szydło, ein Programm vor, mit dem polnische Firmen in den Bereichen der Hochtechnologie und in umweltschonenden Branchen (hier meint er z.B. Luftfahrt, Werften, den Schienenfahrzeugbau und die Stadtbusproduzenten) künftig in besonderer Weise unterstützt werden sollen. Er sicherte zu, dass die Menschen in Polen in 15 Jahren so viel verdienen würden wie anderswo in EU-Europa, also den EU-Durchschnitt erreicht haben sollen. Heute erzielen sie erst 69% vom durchschnittlichen EU-Lohnniveau.

## Die Rückkehr des Staates

PiS hat es geschafft, den Wunsch vieler Bürger nach einer stärkeren sozialen Unterstützung durch den Staat, auf die eigenen Mühlen zu lenken. Obwohl seit 1989 alles darangesetzt wurde, war es nicht gelungen, in Polen flächendeckend einen »neoliberal ausgerichteten Menschentyp« durchzusetzen. Die Regierung von Tadeusz Mazowiecki hatte sich 1989/90 entschlossen, die folgenschwerste Variante unter den vom Internationalen Währungsfonds vorgeschlagenen Wegen zu wählen: den freien Markt und basta! Die ganzen 1990er Jahre hindurch wurde die öffentliche Debatte von neoliberaler Ideologie beherrscht. Der Staat habe dem Bürger die Freiheit zu garantieren, und die Avantgarde des Fortschritts machten die Unternehmer aus, die ja schließlich diejenigen seien, die Arbeitsplätze schafften und das Bruttoinlandsprodukt entwickelten, sodass alles, was nützlich für die Unternehmens- und Geschäftswelt sei, auch nützlich für die Gesellschaft als Ganze sei. In Polens Schulen wurde das Unterrichtsfach »Grundlagen des Unternehmertums« eingeführt, das nach Ansicht von Bildungsexperten der Gewerkschaft OPZZ die heranwachsenden Menschen frühzeitig im Sinne eines neoliberalen Egoismus ausrichtet. Diejenigen, die den vorherrschenden neoliberalen Zug infrage stellten, wurden schnell in eine rückständige Ecke

gestellt, sie seien doch nur neidisch auf die Erfolgreichen oder selbst sowieso nur die verwaisten Nachkommen der VR Polen, auch das Etikett des Homo Sovieticus machte hin und wieder die Runde.

Andrzej Walicki, der zu den bekanntesten Ideenhistorikern des Landes zählt und viele Jahre in den USA gelebt hat, verglich im Dezember 2013 in »Przeгляд« den Neoliberalismus mit dem Kommunismus: Das »neoliberale Projekt ist eine Utopie, so wie auch das kommunistische eine ist. Der Kommunismus hatte es auf den Sprung ins Reich der Freiheit mittels der völligen Beseitigung des Marktes angelegt. Der neoliberale Sprung ins Reich der Freiheit basiert hingegen auf der völligen Unterordnung der Welt unter den Markt. Das wird nicht zu realisieren sein, sollte es aber doch gelingen, so wäre es das völlige Ende von Freiheit. Denn diese wird durch die andauernde Angst und den Mangel an Sicherheiten in Abrede gestellt, wie sie mit einer völligen Vermarktung, mit Deregulierung, Privatisierung, allgemeiner Rivalität und mit einem Kampf des Menschen gegen den Menschen gegeben wäre, weil das angeblich die Produktivität steigern.«

Während der zweiten Tusk-Regierung nahmen die Zukunftsängste zu, damit zusammenhängend das Gefühl von Unsicherheit und der Frust, weil viele immer mehr davon überzeugt waren, die Regierung mache zu wenig für die normalen Bürger, begünstige dafür die ohnehin Privilegierten, sich noch mehr zu bereichern. In einer im Sommer 2013 vom CBOS-Institut durchgeführten Erhebung »Was der Staat dem Bürger, was der Bürger dem Staat zugestehen sollte« sprachen sich 95% der Befragten dafür aus, dass der Staat jedem seiner Bürger ein Mindesteinkommen und eine kostenlose medizinische Betreuung zusichern sollte, 84% meinten immerhin, er müsse ein Dach über dem Kopf gewährleisten, 81%, der Staat müsse für Arbeitsplätze entsprechend der Qualifikation sorgen.

Diese klare Abkehr von der neoliberalen Freiheit und der unsichtbaren Hand des Marktes hin zu der stärker eingreifenden und spürbaren Hand des Staates war wiederum Wasser auf die Mühlen der Kaczyński-Partei, noch dazu begünstigt durch das Fehlen einer als wählbar angesehenen linksgerichteten Alternative zur PO-Politik. Für Kaczyński war auch der Hinweis erfreulich, dass unter Umständen eine nichtdemokratische Regierung als bessere Variante angesehen wurde als eine sich strikt an demokratische Regeln haltende. Zwei Wochen nach den Parlamentswahlen im Oktober 2015 stimmten in einer Umfrage 40% der

Befragten dieser Auffassung zu (darunter überdurchschnittlich viele Menschen aus kleineren Wohnorten, mit geringerer Bildung und niedrigeren Einkommen).

## Die Jugend schaut nach rechts

Noch im Herbst 2007 kursierte unter den jüngeren PO-Wählern der Slogan, dass man der eigenen Großmutter den Personalausweis wegnehmen solle, damit sie erst gar nicht zur Wahl gehen könne, weil PiS damals im Ruf stand, vor allem die ältere Generation anzusprechen. Diese Ansage ist 2015 völlig gegenstandslos geworden.

Der liberal-konservative Staatspräsident Bronisław Komorowski behauptete während seiner Amtszeit regelmäßig, dass von den Veränderungen in Polen seit der Wende in erster Linie jene Generation begünstigt werde, die nach 1989 geboren worden sei. Emphatisch nannte er sie die zweite Freiheitsgeneration, mit der garantiert sei, dass die 1989 begonnene Erfolgsgeschichte des Landes fortgeschrieben werde. Bei der feierlichen Ansprache, die Komorowski aus Anlass des 25. Jahrestags der Wende im Juni 2014 vor dem Parlament hielt, unterstrich er, dies sei die am besten ausgebildete Generation in der Geschichte Polens. Ihre übergroße Mehrheit habe eine entschieden positive Einstellung zum Unternehmergeist, sodass die eigenen Perspektiven für die Zukunft positiv bewertet würden und der Erfolg ihr sowieso sicher sei. Dieses neoliberale Selbstlob blamierte sich bereits bei den Wahlen 2015. In der Stichwahl für das Präsidentenamt kam Amtsinhaber Komorowski in der Wählergruppe der 18- bis 29-Jährigen nur noch auf einen Wert von 39,1% der abgegebenen Wählerstimmen, während der nationalkonservative Herausforderer hier stolze 59,9% einheimste. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 wählten zwei von drei Wählern in dieser Altersgruppe entweder PiS oder zwei weitere Gruppierungen, die noch weiter rechts stehen als die Kaczyński-Partei. Sowohl die Liste des früheren Rockmusikers Paweł Kukiz als auch die Partei von Janusz Korwin-Mikke, der im EU-Parlament regelmäßig mit fremdenfeindlichen und anderen skandalösen Auftritten auffällt, schnitten bei den jüngeren Wählern besser ab als die bisherige Regierungspartei PO, die noch vor wenigen Jahren ihre dominierende Stellung insbesondere dieser gleichermaßen schwierigen wie wichtigen Wählergruppe zu verdanken hatte. Jetzt gab es ei-



»Lieber aufrecht sterben als auf Knien betteln«

nen eindeutigen Ausschlag für patriotisch-nationalistische und stramm rechts ausgerichtete Optionen.

Noch bei den vorangegangenen Parlamentswahlen 2011 hatten die Wähler aus dieser Altersgruppe zu 36% PO gewählt, dahinter folgte mit 20% die linksliberale Bewegung von Janusz Palikot, der den Geist der Verfassung in tatsächliche gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen versprach. Das betraf vor allem die von ihm heftig kritisierten Privilegien, die der katholischen Kirche in den Fragen der öffentlichen Moral zugestanden werden. Damals unterstützten jüngere Wähler noch Forderungen nach Liberalisierung des rigiden Abtreibungsrechts, nach rechtlicher Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften sowie nach Legalisierung des Marihuana-Konsums. Doch bereits in dieser Zeit wies das Bild einer entschieden auf den liberalen Wirtschaftsgeist eingeschworenen Jugend kräftige Risse auf. Auf der einen Seite stand

die Tatsache einer quantitativ noch nie so gut ausgebildeten Generation: Der Anteil von Hochschulabsolventen stieg von 13% 1990 auf 53% 2011. Auf der anderen Seite war gerade diese Altersgruppe am meisten betroffen von Arbeitslosigkeit und geringfügiger Beschäftigung im Rahmen von Werk- und sonstigen Dienstverträgen. Regierungsexperten ließen einen Bericht erstellen: »Junge Menschen 2011«.

Der Chef der strategischen Berater von Donald Tusk, Michał Boni, gab im April 2016 in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« zu, sich beim Lesen der Untersuchung nachdenklich an den Kopf gefasst zu haben: »Alles stand darin. Die ungesicherte Beschäftigung, die Unsicherheit, das ganze Gefühl, vernachlässigt worden und nur noch unbedeutender Staub zu sein, das anschließend dann Kukiz hervorgebracht hat. [...] Es entstand ein ganzes Heer, das vom System nicht mehr beachtet wurde. Wohnungskredit? Wird nicht genehmigt, weil die elastischen Arbeitsverträge für die Banken wertloser Nachweis ungesicherter Einkünfte sind. Krankheitsfall? Sie dürfen nicht krankwerden, weil sie für die Krankheitszeit kein Geld bekommen. Urlaub? Bezahlen Urlaub kennen sie nicht. Kinderwunsch? Ohne materielle Stabilisierung wird er auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.« Doch die damalige Regierung hatte den Bericht in der untersten Schublade versteckt, wie Boni in dem Interview zugab. Man sei überzeugt gewesen, die Modernisierung Polens im materiellen und technischen Sinne (Autobahnen, Flughäfen, Stadions usw.) sei viel wichtiger und ergiebiger als eine Modernisierung der Sozialpolitik.

Im Juni 2013 veröffentlichte CBOS die Ergebnisse einer Untersuchung mit dem Titel »Hat sich der Systemwechsel gelohnt?« Am kritischsten zeigte sich völlig überraschend die Gruppe der jüngeren Erwachsenen, die in den Jahren 1990 bis 1995 zur Welt gekommen waren. Aus den Untersuchungen ergab sich, dass lediglich 46% der Befragten in dieser Altersgruppe der Meinung waren, der Systemwechsel habe sich gelohnt. In keiner anderen Zielgruppe gab es einen so geringen Zustimmungswert. Nur jeder fünfte aus dieser Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zählte sich und seine Familie zu jenen, die durch den Systemwechsel begünstigt worden seien, während zwei Drittel von ihnen meinten, Polen entwickle sich in eine falsche Richtung.

Noch vor den Parlamentswahlen im Oktober 2015 veröffentlichte CBOS die Zusammenfassung einer Untersuchung mit dem Titel: »Interesse an Politik und politische Einstellungen in den Jahren 1989 bis 2015. Die Haltungen junger Menschen im Vergleich zu allen Befragten«. Be-

stätigt wurde die Verschiebung zu politisch rechten Ansichten bei den jüngsten Wählern (Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen): »2014 begann die Häufigkeit rechter politischer Anschauungen unter den Jugendlichen enorm zuzunehmen (was einherging mit einem starken Rückgang linksgerichteter Anschauungen) und 2015 hatten die rechten politischen Anschauungen bereits eine Mehrheit. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres stimmte jeder dritte Befragte (33%) im Alter von 18 bis 24 Jahren rechten politischen Anschauungen zu.«

Während also Staatspräsident Komorowski das 25-jährige Jubiläum der polnischen Freiheit feierte, empfand sich jeder vierte unter den befragten jungen Polen einer verlorenen Generation zugehörig. Nach 1989 war eine regelrechte Bildungsrevolution ausgebrochen, die Zahl der Studierenden war von 400.000 im Jahr 1900 auf 1,8 Millionen im Jahr 2005 gestiegen. Doch garantierte die Hochschulbildung, anders als es die Politiker oft genug behauptet hatten, weder eine feste Arbeitsstelle noch einen stabilen Karriereweg. Die Arbeitslosenquote unter den jungen Menschen ist doppelt so hoch wie in anderen Altersgruppen, die unsicheren Arbeitsverhältnisse auf Werkvertragsbasis, die weder bezahlten Urlaub noch Lohnfortzahlung im Krankenfall beinhalten, sind zu einer üblichen Erscheinung bei jungen Absolventen geworden, was deren Lebensplanung blockiert und den Erwerb von Wohneigentum erschwert. In Polen ist der Mietsektor kaum entwickelt, auch junge Menschen müssen, um an eigenen Wohnraum zu gelangen, einen teuren Wohnungskredit aufnehmen. Dieser ist aber an Bedingungen gebunden, wie z.B. den Nachweis einer gut bezahlten oder meistens sogar unbefristeten Arbeitsstelle. Das wirkt sich generell auf die Familienplanung aus. Von 2006 bis 2015 sind in Polen 3,8 Millionen Kinder auf die Welt gekommen, im vergleichbaren zeitlichen Rahmen wurden in der VR Polen 6,6 Millionen Kinder geboren. Laut staatlichem Statistikamt wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 von derzeit 38,5 Millionen auf 34 Millionen schrumpfen.

26% der befragten Schüler oberer Klassenstufen gaben 2013 bei einer CBOS-Befragung an, Angst vor Arbeitslosigkeit zu haben. Einen so hohen Wert hatte es letztmals 2003 vor dem Beitritt Polens zur EU gegeben, als die Jahrgänge aus einem demografischen Hoch auf den Arbeitsmarkt kamen. 2013 meinten 60% der Befragten, darüber, ob man einen guten Arbeitsplatz bekomme, würde nicht die erreichte Qualifikation, sondern gute Beziehungen entscheiden. Ein Drittel gab zudem

an, bereit zu sein zur Auswanderung in ein anderes EU-Land, um nach Arbeit zu suchen.

Die zweite Generation der Transformationsphase bewertet die eigene Situation sehr viel schlechter als die erste, die in den 1990er Jahren ins Berufsleben trat. Jetzt glaubt eine Mehrheit nicht mehr, das Schicksal liege in den eigenen Händen, sie verlangt wieder stärker, dass der Staat sich um grundlegende soziale Belange kümmern müsse, vor allem bei Fragen des Arbeitsplatzes und des Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum. Dass die eigenen Erwartungen oft genug an der harten Wirklichkeit zerschellt sind, hat womöglich den scharfen politischen Kurswechsel nach rechts befördert. Bei den rechten Parteien meinen viele eine richtige Antwort zu finden, weil sich die Angebote – allerdings abgestuft – klar gegen die jetzt herrschenden gesellschaftlichen Zustände richten. Glaubwürdiger erscheinen dabei offenkundig jene Angebote, die sich eindeutig gegen das etablierte politische System richten. Im Januar 2015 sprach Juliusz Gardawski im »Przegląd« über die Zunahme autoritärer Grundmuster unter jungen Menschen: »Meiner Meinung nach gibt es eine immer größere Erwartungshaltung nach einem polnischen Orbán – nach einem rechtsgerichteten, autoritären Politiker, einem guten »Hausherren«, der den Leuten die Angst vor dem unsicheren Morgen nimmt. [...] Das ist eine Herausforderung, mit der eine Regierung, so sie auf eine marktgestützte, liberale und demokratische Perspektive schwört, immer schlechter zurechtkommen wird.«

Bei den Wahlen 2015 kam die sich vertiefende kritische Einstellung junger Menschen gegenüber der Funktionsweise von Demokratie in Polen den rechtskonservativen Kräften entgegen, was vor allem die Partei von Jarosław Kaczyński zu nutzen verstand. Bereits ein Jahr vor den Wahlen bemerkte der Soziologe Krzysztof Wielecki (in »Przegląd« vom 8. September 2014), dass jüngere Menschen sich immer weniger vor PiS fürchteten bzw. sich nicht mehr schämten, sich zu dieser Partei zu bekennen: »Sie meinen, es könne gar nicht mehr schlechter, dafür aber womöglich besser kommen. Klar, Kaczyński werde einige wenige Kommunisten jagen, einige Prozesse anzetteln, auch sei womöglich in der PiS-Ideologie viel zu viel Gott und Vaterland, doch wenigstens würden die Leute Arbeit haben, es werden Ordnung und Gerechtigkeit herrschen. Ein besorgniserregender Anteil unter den jungen Menschen meint bereits, dass sie sich, wenn die Dinge in Polen ohne Demokratie gelöst werden könnten, darauf einlassen würden. Das ist auch nicht verwun-

derlich, denn bei vielen verbindet sich Demokratie mit einem brutal mit den Menschen umgehenden wirtschaftlichen System.«

Ein klarer Beweis für die von nationalkonservativen Positionen heraus aufgebaute Ablehnung des polnischen Entwicklungswegs seit 1989 war der Erfolg, den Paweł Kukiz mit über 20% der abgegebenen Wählerstimmen in der ersten Runde der Präsidentenwahlen einstreichen konnte. Dieser Rockmusikveteran, der sich mit Symbolen des Widerstands gegen die deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg und des bewaffneten antikommunistischen Untergrundkampfes in den Anfangsjahren der neuen, sowjetisch gestützten Macht in Polen bekleidet, gibt als sein Ziel unumwunden den Sturz des seit 1989 herrschenden politischen Systems aus, weil es, so behauptet er, Ergebnis einer antipolnischen Verschwörung sei. So heißt es etwa in dem von ihm geschriebenen Lied »4. Juni« (das sich auf die Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 bezieht, deren Durchführung am Runden Tisch vereinbart wurde): »Am 4. Juni besagten Jahres / versammelte sich die Bande der Rundtischregierung / Kiszczak, Jaruzelski, die Moskauer Büttel / mit den Volksverrättern teilten sie die Posten / die Nation ließen sie in Unfrieden zurück, Polen ruinierten sie / vor Gott fürchten sie sich nicht und werden es auch niemals tun.« Paweł Kukiz führte im Herbst 2015 42 Abgeordnete in den Sejm, darunter offen bekennende Rechtsnationalisten. Einer von diesen, Robert Winnicki von der Nationalen Bewegung, sagte 2012: »Wir drängen auf den Sturz der Republik. Wir werden eine Kraft aufbauen, die die Linken und Schwulen das Fürchten lernen wird.«

Auffallend bei den ansonsten hohen Zuspruch findenden Manifestationen für die Verteidigung der Verfassung, die seit dem Antritt der PiS-Regierung in vielen großen Städten regelmäßig stattgefunden haben, ist das weitgehende Fehlen junger Menschen. Es dominieren Menschen im mittleren Alter und ältere Jahrgänge, insbesondere aus Kreisen der Intelligenz, die die Rückkehr von PiS an die Machthebel als schmerzhaft erleben. Sie stellten sich als erste und sehr entschieden gegen die Gefahren, die von der Partei Jarosław Kaczyńskis ausgehen.

## »Flüchtlinge, haut ab!«

Vor den Wahlen schürte PiS die Angst vor einer Flüchtlingswelle.

In der 2011 durchgeführten Volkszählung deklarierten sich fast 95% als Bürger polnischer Nationalität, lediglich 1,55% (knapp 600.000) als Bürger mit einer nichtpolnischen Nationalität. Laut den dabei erhobenen Daten gehören zudem über 87% der Bürger Polens der katholischen Kirche an. Polen gehört somit im Hinblick auf Nationalitätenzusammensetzung und Religionszugehörigkeit zu den einheitlicheren Ländern innerhalb der EU. Die konservative Rechte möchte diesen Zustand beibehalten, sie gibt vor, die Idee des Nationalstaats vor den Zumutungen aus Brüssel zu verteidigen, indem die offene demokratische Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten beruht, ersetzt wird durch eine nationale Gemeinschaft, die sich in allererster Linie aus den zur katholischen Kirche gehörenden Polen zusammensetzt.

Diese Einheitlichkeit ist eine in der Geschichte Polens neuere Erscheinung, die sich erst aus den Folgen des Zweiten Weltkriegs ergeben hat. Die Einwanderer und Siedler aus deutschen Ländern hatten einen hohen Anteil an der Entwicklung polnischer Städte – beispielsweise wurden im 13. Jahrhundert die Protokolle der Sitzungen des Stadtrats in Krakau in Deutsch abgefasst. 1334 erließ König Kazimierz Wielki für das gesamte Land das sogenannte Privileg von Kalisch, mit dem die Juden rechtlichen Schutz bekamen und unter Obhut gestellt wurden, was den Weg öffnete für die Ansiedlung von Juden, die vor Verfolgungen in den deutschen Ländern, in Frankreich, Spanien, Portugal oder Ungarn flüchteten.

Seit 1385 setzte sich die polnisch-litauische Union, angeführt von einer gemeinsamen Monarchie, aus Polen, Ruthenen (den späteren Ukrainern und Belorussen) sowie Litauern zusammen. Nach der Umgestaltung der Union zu einem Staatswesen durch die Lubliner Union von 1569 (neben der gemeinsamen Monarchie wurde ein gemeinsames Wappen, ein gemeinsamer Sejm, eine gemeinsame Währung sowie eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik eingeführt) nannte man das Land die Republik der beiden Nationen – der polnischen und litauischen, wobei mit dieser Bezeichnung die Millionen von Ruthenen und Juden allerdings geschnitten wurden. Im 16. Jahrhundert wurde diesem Polen der Ruf zuteil, das toleranteste Land in Europa zu sein, was sich im darauffolgenden Jahrhundert änderte, waren doch die Verfechter der Gegenreformation überzeugt, die Toleranz spiele dem antipolnischen und



»Linke der Welt,  
Finger weg von  
Polen!«

vor allem antikatholischen Wirken in die Hand, was den Feinden Polens entgegenkomme. Damals wurde das Klischee vom katholischen Polen als dem eigentlichen Bewohner des Landes geboren, das nachfolgend in den späten Zeiten der Dreiteilung kräftig Karriere machen konnte. Diese vereinfachte Vorstellung dient bis heute den Rechtskonservativen zur Selbstidentifikation und zur Abgrenzung zwischen »den Anderen« und »den Eigenen«.

Nach 1918 entstand ein regelrechter Vielvölkerstaat, in dem viele unterschiedliche Kulturen zu Hause waren. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wohnten in Polen 23 Millionen ethnische Polen und 12 Millionen Menschen anderer Nationalität – hauptsächlich Ukrainer, Juden, Belorussen, Deutsche und Litauer.

In den Jahren nach der Wende 1989 – diesbezüglich tatsächlich die Zeit weitgehender Hegemonie einer liberal gestimmten öffentlichen Debatte – verkroch sich die Losung »Polen den Polen« zurück in die Köpfe hartleibiger Nationalisten und aus der Zeit gefallener Fußball-Hooligans. Als Polen in diesen Jahren zehntausenden Tschetschenen, die vor dem Krieg in ihrer Heimat fliehen mussten, eine Heimstatt gab, war nichts zu hören von einer Gefahr der Islamisierung des öffentlichen Lebens. Die Zugehörigkeit zur Gesellschaft schien wichtiger zu sein als die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft, die außerdem noch in einem besonderen Maße religiös untersetzt war. Das nach 1989 starke Gefühl einer sogenannten Rückkehr nach Europa und die baldige Perspektive eines EU-Beitritts förderten die Ausbreitung einer über den engen Rahmen des Nationalstaats hinausgehenden Identität – der Bewohner Polens als Europäer. Allerdings brach die erste Welle der liberalen Hegemonie, die weitgehend neoliberal zugerichtet war, noch vor dem EU-Beitritt zusammen, hatte das Land an der Schwelle zur EU-Mitgliedschaft doch mit einer fast 20-prozentigen Arbeitslosenquote zu kämpfen. In dieser Zeit regierten die Linksdemokraten der SLD, die sich in einem durchaus mühsamen Prozess aus der einstigen Staatspartei PVAP herausgeschält hatten und sich als moderne Sozialdemokraten gerierten, die es mit Sozialpolitik nicht mehr allzu genau nehmen mussten. Wirtschaftspolitisch folgten sie einfach dem neoliberalen Gang, der bereits in den stürmischen 90er Jahren in Polen eingeleitet worden war. Auch das half später den Nationalkonservativen, das Klischee eines katholischen Polens wiederzubeleben, natürlich mit kräftigster Unterstützung einflussreicher Kräfte der katholischen Kirche, die sich von der EU-Integration unter Druck gesetzt sahen. Schnell waren die Verdächtigen ausgemacht, die sich an der Substanz der nationalen Gemeinschaft schadlos zu halten suchten: Die aus der VR Polen kommenden Linksdemokraten, allesamt unsichere Kantonisten, hatten sie doch ungeniert vom Bruderbund mit der Sowjetunion gezehrt, und die Wirtschaftsliberalen in den Diensten des ausländischen Kapitals. Bereits 2005 wurde von den Kanzeln des Landes zum damaligen Duell der Spitzenkandidaten für das Präsiden-

tenamt allzu oft verkündet, dass Christus jene geißeln werde, die ihre Stimme Donald Tusk geben würden. Und Jarosław Kaczyński half im Interesse seines Zwillingsbruders Lech kräftig nach, als er Tusk vorwarf, dessen Großvater habe in der Wehrmacht bei den Deutschen gedient.

Die Parlamentswahlen 2005 sahen ebenfalls die Nationalkonservativen vorne, die schnell eine Koalition zusammensetzen konnten, waren doch die Erzkonservativen der Liga der Polnischen Familien, die noch schwärzer als die Kaczyński-Truppe daherkam, und die radikale Bauernpartei »Samoobrona« (Selbstverteidigung) bereit, mit den Kaczyński-Brüdern in das Regierungsbett zu steigen. Erkennungszeichen für die »Samoobrona« waren weiß-rot-gestreifte Krawatten, Polens Nationalfarben, und Straßenproteste gegen den EU-Agrarmarkt.

Nach der Niederlage bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 warfen führende PiS-Leute dem Wahlsieger Donald Tusk vor, er diene vor allem den Interessen Deutschlands. Und nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 tauchte die irrwitzige Behauptung auf, Polen sei ein russisch-deutsches Kondominium, damit die Verantwortung für den Unfalltod Lech Kaczyńskis der Tusk-Regierung zugeschoben werden konnte. Bronisław Komorowski, ein enger Tusk-Vertrauter, der sein Amt im Sommer 2010 antrat, nachdem er Jarosław Kaczyński knapp hatte schlagen können, wurde geschnitten und in aller Öffentlichkeit Komoruski genannt (Wortspiel, das in polnischen Ohren wie »Komorussisch« in deutschen klingt), um dessen angebliche Verbindungen zum Kreml herauszustellen.

PiS legitimierte sich immer mehr als eine betont nationale Partei, die polnische Tradition, polnisches Nationalinteresse und den guten Ruf Polens verteidigen wolle. Andrzej Duda und Beata Szydło wiederholten auf den Wahlkampfauftritten 2015 immer wieder, welche stolzen Polen sie seien. Eine der ersten Entscheidungen der frischgebackenen Regierungschefin bestand darin, aus den Räumlichkeiten der Regierungskanzlei die EU-Flagge demonstrativ zu entfernen und das Christenkreuz hereinzuholen.

Weil die Nationalkonservativen sich im politisch angespannten Wahljahr so ausdrücklich als polnisch-katholische Kraft spreizten, konnte es nicht ausbleiben, dass sie sich im Sommer 2015 sofort entschieden gegen die Flüchtlingsaufnahme in Polen aussprachen. Die Verteidigung vor dem Anmarsch der Flüchtlinge, die ja noch nicht einmal an die Pforten des Landes geklopft hatten, wurde zur patriotischen Pflicht erhoben.

Polen und das Polentum sollten vor den Gefahren bewahrt werden, die ihnen wegen der fremden Herkunft, der anderen Werte und der anderen Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge bevorstünden. Die Kaczyński-Partei warf der amtierenden PO-Regierung vor, dem Druck Brüssels und Berlins nachgegeben zu haben. Sie beschwor eine regelrechte Flüchtlingswelle, denn wenn 10.000 Menschen ins Land geholt würden, kämen bald weitere 100.000 hinterher. Die Terrorakte in Frankreich im November 2015 waren den PiS-Leuten Beweis genug, dass eine Politik, die auf Multikulturalität setzt, vollständig gescheitert sei, weshalb es nun darum gehe, den nationalen Charakter Polens zu stärken. Statt Flüchtlinge aus Nahost und weiteren islamisch geprägten Gegenden aufzunehmen, solle das Land in erster Linie jene Polen zurückholen, die auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion wohnten.

Die fremdenfeindlichen Grundlinien der PiS-Politik gewannen an Schärfe, als rechts von PiS noch zwei weitere Gruppierungen kräftig Stimmung gegen die potenziellen Einwanderer machten – die Kukiz-Liste und die Parteigänger von Korwin-Mikke. Aus einer im Dezember 2015 veröffentlichten Untersuchung geht hervor, dass sich im selben Jahr der Prozentsatz jener Befragten, die sich strikt gegen die Flüchtlingsaufnahme in Polen aussprachen, von 21% im Mai auf 53% im Dezember unübersehbar erhöht hat. Unter den PiS-Anhängern betrug dieser Anteil im Dezember 74%, bei den Kukiz-Wählern sogar 85%. Eine radikale Wendung hat sich laut CBOS insbesondere bei jungen Menschen vollzogen. Nur noch jeder vierte Befragte in dieser Altersgruppe befürwortet die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten.

## Zweiter Teil

### Dem »großen Polen« verpflichtet

Ein tief in der polnischen Gesellschaft verwurzelter ritterlicher Adels-ethos ist der fruchtbare Boden, auf dem nationalkonservative Ideologie und Politik gedeihen.

»Ein Junge aus dem zurückgebliebenen Dorf, das erst an der Schwelle der 1960er Jahre an das Stromnetz angeschlossen wurde, und der großgeworden ist in einer Welt ohne Bücher und Perspektive. Ein typischer Vertreter der Landgeneration, die die heimische Scholle verließ und sich in die ferne Stadt aufmachte, um das großindustrielle Proletariat zu stärken« – so schrieb der Publizist Artur Domosławski über Lech Wałęsa (»Gazeta Wyborcza« vom 26. August 2000). Wałęsa selbst führt seine Herkunft aber nicht auf die eines Bauern zurück, sondern auf einen entfernten Vorfahren, den Landadligen Mateusz Wałęsa, einstiger Besitzer des Dorfes Popowo, in dem der spätere »Solidarność«-Führer zur Welt kam. In einer frühen Autobiografie beschrieb er seinen Vorfahren so: »Der Herr von Popowo war allgemein geschätzt; er verstand mit den Leuten zu reden, gab Ratschläge und erledigte Geschäfte, ohne seine Stellung zu missbrauchen. [...] In der Familienerinnerung lebt Mateusz als ernster, gottesfürchtiger Mann fort. Er errichtete ein hölzernes Landhaus mit Säulengang, dem Zeichen des Wohlstands. [...] Auf dem Hof halfen Bedienstete seiner Frau bei der Hauswirtschaft und der Erziehung der Kinderschar.« (Wałęsa 1987: 18)

Das Zitat verdeutlicht: Der weltweit für seinen Kampf um Demokratie, Gerechtigkeit und die Rechte der arbeitenden Menschen bekanntgewordene Lech Wałęsa ignoriert vollkommen die Antagonismen der Feudalgesellschaft, die Grundmängel des Systems, das dem Bauern bereits aus Gründen der Geburt alle politischen Rechte vorenthielt und den Menschen zur persönlichen Abhängigkeit vom Gutsherrn verurteilte. Die Feudalordnung ist aus Sicht Wałęsas harmonisch, gleichsam idyllisch. So auch in der Beschreibung der Dorfschenke: »Diese Gastwirtschaft war damals eine Art kleiner Laden mit Ausschank. Man konnte dort Kredit bekommen und sich ein Bild von der Stimmung in der dortigen Bevölkerung machen. Sie diente als Kontaktstelle zwischen Gutshof und Dorf, zwischen Gutsherr und Bauer.« (Ebd.) Die Funktionsweise

der Dorfschenke hing indes gänzlich ab vom Schankrecht, das die Bauern zwang, eine bestimmte Menge des in der Gutsbrennerei produzierten Hochprozentigen zu erwerben, was zu einer noch größeren Verarmung und Abhängigkeit vom Gutsherrn führte, außerdem die Trunksucht unter den Dorfbewohnern kräftig befeuerte.

Seiner adligen Herkunft rühmte sich auch Bronisław Komorowski. Auf der offiziellen Website hieß es während seiner Amtszeit, er stamme aus einer Familie mit starker Grundbesitzer-Tradition. In zahlreichen Interviews kam Komorowski auf seine Vorfahren zu sprechen, die jahrhundertlang Landeigentümer im Gebiet des heutigen Litauen gewesen waren. Geblieben sind ihm von der einstigen Herrlichkeit einige Ölgemälde mit den Porträts der Vorfahren, ein goldener Siegelring mit Familienwappen, den er auch regelmäßig trägt, sowie die Jagdleidenschaft. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte er im Weißen Haus dem staunenden Barack Obama erklärt, dass ein Mann, wenn er zur Jagd rüste, zuvor sein Haus, seine Frauen und seine Kinder vor den überall lauern den Gefahren sichern müsse. Unter dem Eindruck öffentlicher Kritik verzichtete Komorowski als Präsident schließlich auf die Jagd und ließ sich außerdem den typischen polnischen Schnurrbart stutzen, der neben dem Siegelring der sichtbare Hinweis auf die edle Herkunft gewesen war. Noch als Verteidigungsminister 2000/2001 ist er mit der bemerkenswerten Äußerung aufgefallen, dass von allen Offizieren in den NATO-Armeen einzig die Polen solche Schnurrbärte vorzuweisen hätten!

Die Bauern, die in den Gebieten Polens jahrhundertlang die gewaltige Mehrheit der Bewohner ausgemacht hatten, waren lediglich ein Objekt der Geschichte, die Grenzen der ihnen offenstehenden Welt überschritten selten die paar Quadratkilometer, die ihnen vom Gutshof, der Pfarrgemeinde und dem Marktplatz zugemessen waren. Eine Mehrheit konnte bis ins 20. Jahrhundert hinein weder lesen noch schreiben, eine gegenläufige Kultur konnte nicht ausgebildet werden, stattdessen begnügten sich die meisten mit ihnen zugänglichen Bruchstücken der Adelskultur – so wurden verschiedene Verhaltensweisen sowie die Kleidung und natürlich der obligatorische Schnurrbart nachgeahmt. Für einen tatsächlichen sozialen Aufstieg, den Übergang in eine andere gesellschaftliche Schicht bestand keinerlei Chance. Das leibeigene Feudalsystem machte es den Bauern unmöglich, in die Stadt überzusiedeln. Auch aus diesem Grund war die Nationalitätenszusammensetzung in der Stadt eine völlig andere als auf dem Land. Einer der frühen Wegberei-

ter des polnischen Sozialismus, Kazimierz Dłuski, beschrieb die Situation vor der Teilungszeit so: »Die Stadt, die in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung im Westen eine so große Rolle gespielt hat, hatte bei uns, angefüllt mit jüdischen und deutschen Elementen und bar aller politischen Rechte, keinerlei Einfluss auf den Verlauf des politischen Lebens gehabt.« (Dłuski 1962b: 394) Erst die Aufhebung der Leibeigenschaft, die im russischen Teil Polens allerdings erst 1864, nach der Niederlage des letzten nationalen Aufstands, erfolgte, eröffnete den Landbewohnern den Weg in die Stadt, ermöglichte ihnen den Übergang zu anderen Gesellschaftsschichten und machte sie mit einer anderen Lebensart und einer anderen Wahrnehmung der Welt bekannt.

Die städtischen Traditionen in Polen sind vergleichsweise jung, in einem nicht unerheblichen Teil setzten sie tatsächlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Die Mehrheit der jetzigen Stadtbewohner Polens stammt aus Familien, die noch vor zwei oder drei Generationen auf dem Land lebten. Das ist nicht nur mit dem schnellen Wachstum der Städte in der Zeit der Volksrepublik Polen zu erklären, sondern auch mit der Tatsache, dass unter den mehr als sechs Millionen Opfern, die der Zweite Weltkrieg kostete, über 80% aus der Stadt stammten. Das wiederum hing zusammen mit dem Holocaust – allein in Warschau hatten vor Kriegsausbruch 360.000 jüdische Menschen gewohnt –, mit den Verfolgungsaktionen gegen die städtische Intelligenz und mit dem brutalen Vorgehen gegen die Untergrund- und Widerstandsbewegung. Außerdem verblieb nach den gewaltigen Grenzveränderungen infolge des Kriegsausgangs ein Teil der nichtpolnischen Landbevölkerung in Litauen, in der Belarus und in der Ukraine schlagartig außerhalb Polens, wohingegen die polnische Bevölkerung aus den stärker ländlich geprägten Gebieten im Osten nun in die früheren deutschen Gebiete im Westen zog.

Da das Dorf historisch eher mit Zurückgebliebenheit und Armut assoziiert wird, hat das Bekenntnis zur eigenen dörflichen Herkunft im gesellschaftlichen Bewusstsein weiterhin etwas Beschämendes. Junge Polen, die nach dem Wochenende von ihrem Heimatdorf zur Arbeit nach Warschau zurückkommen, werden von den Altersgenossen spöttisch oft die »Einweckgläser« genannt, weil sie angeblich körbeweise Lebensmittel mitbringen. Mit noch größerer Verachtung wurden die Ankömmlinge vom Dorf in der Vorkriegszeit und in den Zeiten der VR Polen empfangen. Als Gegenreaktion stärkte sich die Eigenart, eine mythologisierte, idealisierte und geschönte Familiengeschichte als die eigene auszuge-

*»Wir stammen alle aus weißen Herrenhäusern.«  
Immobilienagentur in Nadarzyn bei Warschau*



ben, in der natürlich die Adelslinie mal gekonnter, mal weniger gekonnt herausgestellt wurde.

In dem 2009 erschienenen Roman »Sandberg« von Joanna Bator schaut sich eine Großmutter mit ihrer Enkelin ein Fotoalbum mit Bildern einer Adelsfamilie an. Das Album hatte die Großmutter seinerzeit in einer herrenlosen Tasche aus jenem Zug mitgenommen, der sie nach Kriegsende aus den nunmehr sowjetischen Gebieten ins neue Polen gebracht hatte. Das Mädchen zeigt auf ein Foto und fragt, wer da auf dem Bild abgebildet sei. Die Großmutter erzählt ihr eine ausgedachte Geschichte: »Das habe ich Dir doch schon gesagt, Leokadia Großherr, geborene Reich, jeder hat sie Leosia genannt. In einem großen schönen Herrenhaus haben sie gewohnt.« (Bator 2012: 152)

Der Literaturwissenschaftler Tomasz Żukowski interpretierte diese Szene so: »Bator zeigt, wie wir unsere Identität zusammensetzen, die sich ja tatsächlich aus ganz verschiedenen Elementen zusammenfügt,

denn da wird etwas hinzugenommen, was uns gar nicht gehört, anderes wird wiederum verschwiegen. Wir sind Bastarde und Mischlinge, doch fragt man ringsherum, dann stammen wir alle aus weißen Herrenhäusern.« (»Przełąd« vom 20. März 2011)

Die heutigen konservativen Einstellungen in der polnischen Gesellschaft wurzeln auch im Sarmatentum, dieser spezifischen Ausrichtung der Adelskultur Polens seit dem 16. Jahrhundert, die eine Reaktion auf die Reformation war. Der Adel (das Rittertum) stammt demzufolge von den Sarmaten ab, die ihren Ursprung von Jafet, Sohn des Noah, herleiten, die Bauern hingegen sind Nachfahren von Ham, einem weiteren Sohn Noahs. Die Sarmaten ließen sich nach diesem Mythos in den Schwarzmeersteppen zwischen Don und Wolga nieder, wo sie den Nachfahren von Ham die gottgewollte Rolle des Dienens beibrachten.

Dieser sarmatische Mythos, der sich auf das Alte Testament beruft, deutet die soziale Teilung, er heiligt sie mit der Autorität Gottes, auf dass sie ewig bestehen bleibe. Die gleiche Überlieferung wurde von den Kanzeln verkündet – der Diener Gottes setzte den Landbesitzer gleichsam mit Gott ins Verhältnis und befahl den Bauern die unbedingte Gefolgschaft. Der Adelsmann wurde traditionell mit Herr angeredet, der Mensch ohne Landbesitz aber abschätzig Cham (nach der polnischen Schreibweise für Ham) genannt. Noch heute ist diese Bezeichnung im Alltag gebräuchlich, wenn es gilt, einen Menschen als ungehobelt, ungebildet, beschränkt, grob usw. herabzustufen, als jemanden, der der eigenen höheren und viel feineren Sphäre nicht zugehörig sei. Auf der anderen Seite gilt das Beiwort »edel« für Menschen, die als großzügig und uneigennützig herausgestellt werden sollen.

Die sarmatische Ideologie lieferte auch die Handhabe für die Eingrenzung des Begriffs Nation ausschließlich auf den Adel, denn nur er verfügte über politische Rechte, und für das Abwürgen ungewollter gesellschaftlicher Änderungen. Das bestehende System galt als vollendet, eine Überzeugung, die 1669 bei der Königswahl im Sejm ihren Ausdruck als Warnung vor allen Neuerungen erhielt, weil daraus die Gefahr eines »großen Umsturzes« erwachse. Der Adel fürchtete die Gefahren sowohl im Innern – seitens des Bürgertums und der Bauern – wie von außen, sei es durch fremde Staaten oder durch neue geistige Strömungen, neue Sitten und Gebräuche, neue Moden und ein neues Äußeres. Janusz Tazbir, einer der besten Kenner der Zeit des Sarmatentums, beschrieb es so: »Aus Angst um die Privilegien und um die Adelsfreiheiten

bildete sich die Scheu vor allem Fremden heraus, die in jedem Fremden gleich einen Feind sah. Die Tatsache, dass die Fremden in Polen im 17. Jahrhundert immer öfter mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden, weckte diesen gegenüber feindselige Gefühle. Es nimmt also nicht Wunder, wenn sich die Befürchtungen vor den Fremden in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, also nach den Schwedenüberfällen, innerhalb des Adels beinahe zur Obsession auswuchsen. Der Provinzadel lebte noch 100 Jahre später in der ständigen Angst vor den Gefahren für seinen Besitzstand, der von den Fremdlingen und Plebejern ausging.« (Tazbir 1969: 822)

Die sarmatische Geisteshaltung beförderte auch den starken Widerstandsgeist gegen den letzten Polenkönig Stanisław August, der versuchte, in Polen Vorstellungen der Aufklärung durchzusetzen. Um seine privilegierte Position unangetastet zu lassen, hintertrieb der Adel die Versuche, den Staat zu reformieren. Als Reaktion auf die 1791 verkündete Verfassung (an sie wird heutzutage mit dem Staatsfeiertag für die Verfassung vom 3. Mai gedacht), die dem Bürgertum politische Rechte zugestand und die Lage der Bauern zu verbessern vorgab, wurde die gegen den König gerichtete Konföderation von Targowica gebildet. Der Unterstützung von Zarin Katharina II. gewiss, schrieben die Aufrührer in ihrem Manifest, dass mit der Verfassung alle Freiheiten des Adelsstands weggewischt würden. Indem sie große Worte machten für Patriotismus und die Verteidigung Polens, unterstützten sie faktisch die Aufteilung des Landes. Polen verschwand tatsächlich von der Landkarte Europas, doch die Privilegien sowie die soziale und politische Position des Adels blieben unangetastet. Das erschwerte der nichtadligen Bevölkerung die nationale Identifikation. 1846 kam es in dem zu Österreich gehörenden Westgalizien zu einem fürchterlichen Blutbad polnischer Bauern an den Landeigentümern, die von ihnen hasserfüllt als Polen bezeichnet wurden. Obwohl sie selbst welche waren und dieselbe Sprache gebrauchten, verstanden sie sich nicht als Polen. Im russischen Teil sahen sich 1870, also bereits nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, lediglich 30 bis 35 Prozent aller Einwohner, die polnisch sprachen, auch als Polen an.

Das Nationalbewusstsein entfaltete sich zusammen mit der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die fehlende staatliche Unabhängigkeit Polens in Zeiten, in denen sich die modernen Nationen und Nationalstaaten herausbildeten, begünstigte und konservierte die Mythen, die als nationales Bindemit-

tel dienten, indem sie sich auf den eigenen Staat beriefen. Der frühe Sozialist Kazimierz Dłuski schrieb 1879: »Der polnische Patriotismus hat seine Hauptquelle im Verlust der staatlich-politischen Existenz gefunden, weshalb das Streben nach der Rückkehr zum Vaterland zum stärksten Antrieb wurde. Diese Haupteigenschaft verdrängte die anderen Eigenschaften, die dem Patriotismus allgemein eigen sind, weshalb er so verschieden ist vom französischen, deutschen u.a. Patriotismus.« (Dłuski 1962a: 103f.).

In den 1880er Jahren erschienen die drei Historienromane von Henryk Sienkiewicz, deren Handlungen im 17. Jahrhundert spielen, als der Zuspruch zum Sarmatentum seinen Höhepunkt erreichte. In »Sintflut« wird beschrieben, wie die polnischen Rittersleute den Einfall der Schweden abwehren, und in »Der kleine Ritter«, geht es darum, wie sie die Türken zurückschlagen. In »Mit Feuer und Schwert« schlagen sie den Kosaken-Aufstand unter Führung von Bogdan Chmielnizki nieder, dem Nationalhelden der Ukraine. Nach der Lektüre der Sienkiewicz-Romane bleibt beim Leser das Bild eines Landes zurück, das stark in Europa verankert ist, das wie eine Großmacht auftritt, deren Einflüsse vom einen Meer bis zum anderen (von der Ostsee bis ans Schwarze Meer) reichen. Der patriotische Landadel steht allzeit bereit, um mit der Waffe in der Hand das in Bedrängnis geratene Vaterland sowie den katholischen Glauben zu verteidigen, denn alle diese Feinde Polens bekennen sich zu anderen Religionen – zum Protestantismus, zum Islam oder zum orthodoxen Glauben.

Zwar warf der Kulturphilosoph Stanisław Brzozowski zu Beginn des 20. Jahrhunderts Sienkiewicz in aller Öffentlichkeit mutig vor, ein Klassiker der polnischen Rückständigkeit und der Adelsbeschränktheit zu sein, doch konnte das der Popularität solcher Bücher wenig anhaben, die, so Sienkiewicz freimütig, vor allem zur Erbauung der Herzen geschrieben worden waren. Wenn in der Teilungszeit auf ein großes und prächtiges Polen angespielt wurde, so sollte das die Sehnsucht nach einem eigenen Staat und die Unterstützung für die Unabhängigkeitsbestrebungen stärken. Die enorme Popularität der Sienkiewicz-Romane begünstigte die Befestigung der Adelsideologie als Nationalideologie. Das erfolgte eigenartigerweise gerade in der Zeit, als insbesondere in dem so wichtigen russischen Teil Polens eine stürmische industrielle, also kapitalistische Entwicklung einsetzte, die der auf dem Gutshof basierenden Feudalwirtschaft gründlich den Boden entzog und schließlich den Landadel,

wie seinerzeit treffend gesagt wurde, kräftig aus dem Sattel warf. Die Adelsprösslinge verließen die heimischen Gefilde und suchten in den Städten nach einer anderen Form der Betätigung. Unter ihnen waren z.B. Józef Piłsudski und Feliks Dzierżyński, die aus Adelsfamilien im historischen Litauen stammten und künftig der Arbeiterbewegung kräftig ihren Stempel aufdrücken werden.

Die Historienbücher von Sienkiewicz waren einfach konkurrenzlos, nichts konnte ihrem Erfolg etwas anhaben, weder das große Romanepos »Die Bauern«, für das Władysław Reymont 1924 der Literaturnobelpreis verliehen wurde, noch der Roman »Die Puppe« von Bolesław Prus, der einen Einblick in das zeitgenössische Bürgertum bot, noch der geradezu naturalistische Einblick in den entfesselten Gründerzeitkapitalismus in »Das gelobte Land« von Reymont, auch nicht die eigenartige Hymne auf die Zarenattentäter in »Flammen« von Stanisław Brzozowski. Sienkiewicz wurde immer wieder massenhaft gelesen – in der Teilungszeit ebenso wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und in der VR Polen, in der die Auflagen schließlich schwindelerregende Höhen erreichten. Außerdem rissen sich die Filmregisseure um den Stoff, der mit den besten Schauspielern auf die Leinwand gebannt zum unverwüstlichen Straßenfeger wurde. Das so geschaffene Bild des sarmatischen Polens wurde für viele Generationen zur lebendigen Geschichtserzählung, in der tiefgreifende soziale, wirtschaftliche, kulturelle Veränderungen immer wieder aufgewogen wurden mit Schlachtenlärm, Säbelgerassel, Pferdegetrampel und dem Schmerzensgeschrei der Rittersleute.

Polens bekanntestes Gemälde stammt von Jan Matejko aus den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, es hängt im Nationalmuseum von Warschau und ist eine monumentale, vier Meter Höhe und fast zehn Meter Länge umfassende Darstellung der Schlacht bei Grunwald (Tannenberg), in der 1410 dem deutschen Kreuzritterheer von einer vereinten polnisch-litauischen Streitmacht eine in ihren Auswirkungen empfindliche Niederlage beigebracht wurde. Die wahren Helden sind nicht Nikolaus Kopernikus, Andrzej Frycz Modrzewski, ein großer reformerischer Geist aus dem 16. Jahrhundert, der bereits damals aufrief, Adel, Bürgertum und Bauern vor dem Gesetz gleichzustellen, und auch nicht die Physikerin und Chemikerin Marie Skłodowska-Curie. Die wahren Helden sind jene, die bereit sind, ihr teures Leben für das Vaterland zu opfern. Der Hauptheld Pan Wołodyjowski aus »Der kleine Ritter« sprengt sich

– anders als im historischen Vorbild – in die Luft, um nicht in die Hand der Türken zu fallen. Konstanty Julian Ordon, der im Novemberaufstand von 1831 schwer verletzt worden war, wurde später immer vorgehalten, nicht gefallen zu sein – wie es Adam Mickiewicz im Nachhinein dichterisch gestaltet hatte –, denn der wirkliche Ordon starb erst 1887. In der VR Polen lernten die Schüler die Verse des Dichters Konstanty Ildefons Gałczyński, in denen die heldenhaften Verteidiger der Westerplatte reihenweise in den Himmel kamen. Vorherrschend war die Überzeugung, von der über 200-köpfigen Besatzung habe niemand den feigen Angriff der Deutschen überlebt, tatsächlich kamen aber die weitaus meisten mit dem Leben davon.

Nach 1989 verstaubten die Sienkiewicz-Romane allerdings, die Herzen der Polen schlugen nun nicht mehr höher bei den Abenteuern der romantischen Helden aus längst verschwundenen Epochen – jetzt lockte der Ausblick auf neuen Wohlstand und allgegenwärtigen Konsum. Außerdem fühlte sich nach dem Ende des Kalten Kriegs kaum noch jemand in Polen bedroht, und die absehbare Westbindung tat ihr Übriges. In den Folgejahren schaffte es keine nationalistische Option, sich mit Positionen durchzusetzen, die Polens Beitrittsperspektiven zur NATO und EU oder das Modell einer liberalen Demokratie infrage gestellt hätten. Die allgemein akzeptierte Westintegration forderte unweigerlich, sich Deutschland oder Frankreich anzugleichen, jeder Versuch indes, mit dem Verweis auf die Verteidigung des nationalen Staatscharakters, auf die besonderen Eigenschaften der Polen oder auf das eigentlich christliche Fundament Polens diesen Prozess zu unterlaufen, musste ins Leere zielen. Selbst das Bild vom Bollwerk des Christentums verblasste.

Erst die zunehmenden Enttäuschungen über die Schattenseiten der radikalen marktwirtschaftlichen Rosskur, die faktisch alle sozialen Sicherheiten beseitigte, die in der VR Polen zumindest einen stabilen Charakter hatten, sowie die nicht mehr zu übersehenden Krisenprozesse innerhalb der Europäischen Union, die insbesondere 2015 mehrmals hochkochten, ließen größere Teile der Gesellschaft einen Rückzug auf die wohlbekanntesten nationalen, kulturellen und religiösen Schanzen wieder angeraten sein. Die Reaktion auf die neoliberale Sturm- und Drangperiode konnte allerdings nur eine nationalkonservative Wende sein, denn die nach 1989 lange Zeit dominierende Linkskraft, die linksdemokratische SLD, war selbst zutiefst eingebunden in den Entwicklungsgang unter neoliberalen Vorzeichen.

In Krisenzeiten, so könnte mit Marx eingeflochten werden, beschwören die Menschen »ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihren Diensten herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen« (MEW 8, S. 115). Die Stärkung der konservativen Kräfte ging einher mit dem Rückgriff auf die heroisch verstandene Vergangenheit: auf das alte Polen vor den Teilungen, auf die Aufstandstradition der Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert, auf die Wiederherstellung Polens 1918, auf den Widerstandskampf im Zweiten Weltkrieg und auf den antikommunistischen Untergrundkampf nach dessen Beendigung. Die Berufung auf Ideen, die ihren Ursprung im Sarmatentum haben, begünstigt die auf Nation und Unabhängigkeit ausgerichtete Identifikation. Dem großen und stolzen Polen komme das Recht zu, sich nach eigenem Gutdünken regieren zu dürfen, sodass keine anderen, der eigenen Tradition fremden Vorbilder nachgeahmt werden müssten. Niemand dürfe dem Land etwas aufdrücken oder vorschreiben. Polens jetziger Verteidigungsminister Antoni Macierewicz wies im März 2016 eine kritische Note aus den USA mit der Spitze zurück, Polen brauche sich nicht von Leuten sagen zu lassen, was Demokratie sei, die aus einem Land mit einer jungen Demokratie kämen. Macierewicz spielte auf die Adelsdemokratie an, die tatsächlich zeitlich weiter zurückreicht als die Gründung der USA. Es klang, als wolle der streng konservativ ausgerichtete Minister noch einmal Rousseau hochleben lassen: In seinem 1770/71 geschriebenen Pamphlet »Über die Regierung von Polen« hatte dieser die Polen beschworen, keine ausländischen Moden nachzuahmen und der Adelsdemokratie unbedingt die Treue zu halten, weil sie ihm dem Vorbild der antiken Demokratie am nächsten zu kommen schien.

Die höchste Bürgertugend kommt nach Ansicht der Nationalkonservativen dem Patriotismus zu. Dazu gehöre, den im Kampf um die Unabhängigkeit Gefallenen die entsprechende Ehre zu erweisen, das Land auch künftig vor den Fremden zu schützen sowie alle Faktoren zurückzuweisen, die nicht der polnischen Tradition und der Lehre der katholischen Kirche entsprechen – worunter Dinge fallen wie ein liberales Abtreibungsrecht, die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften oder Gendergerechtigkeit. Nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk schrieb der Dichter Jarosław Marek Rymkiewicz im Frühjahr 2010: Es gebe zweierlei Polen, das eine wolle in der Welt Gefallen

finden, das andere werde auf der Lafette gefahren. Die wahren Patrioten stünden bei Lech Kaczyński, dessen Sarg auf einer Ehrenlafette auf die Wawel-Burg in Kraków gebracht wurde, die anderen seien keine Patrioten, denn sie wollten das Land nach ausländischem Vorbild verändern. Rymkiewicz rief Jarosław Kaczyński, den hinterbliebenen Zwilling Bruder des Staatspräsidenten, auf, nicht zuzulassen, dass das Land in die Hände derjenigen falle, die es den Polen wegnehmen und der Welt verkaufen wollten. Keine Veränderungen – so das Motto im Sarmatentum.

In den letzten Jahren ist es in bestimmten rechtsgerichteten Kreisen Mode geworden, sich patriotisch zu kleiden, also Mützen, Jacken, Blusen und T-Shirts zu tragen, die mit den Abbildungen aller möglichen Ritter, Soldaten, Partisanen und Flügelhusaren verziert sind und außerdem mit Aufschriften wie »Ehre den Helden« oder »Tod den Vaterlandsfeinden« glänzen. Staatspräsident Andrzej Duda kleidet sich auch bei offiziellen Staatsbesuchen gerne in feines Tuch der polnischen Firma »Red is Bad«, deren Eigentümer sich auf ihrer Website der jahrelangen Bekanntheit mit dem Staatsoberhaupt rühmen: »Wir kennen uns noch aus der Oberschulzeit, damals wurde in einem Referendum über den Beitritt Polens zur EU abgestimmt. Wir schwammen bereits damals gegen den Strom [...]. Als einzige aus der Klasse waren wir gegen Polens Beitritt zur EU, was damals schon als verwegener Jugendstreich angesehen wurde.« Viele Menschen, die sich nun als Patrioten begreifen, verbinden mit dem Bezug auf das Sarmatentum das Gefühl, einem höheren Stand anzugehören, sie sind überzeugt, edles Blut fließe in ihren Adern. Die nationalkonservative Abgeordnete und Journalistin Joanna Lichocka sagte bei einer Parlamentsrede, Sienkiewicz erhebe die Polen in den Adelsstand, ganz gleich welcher sozialen Herkunft sie seien, und mache aus ihnen eine ritterliche Nation. Es reicht also, einen patriotischen Aufkleber ans Auto zu kleben, um in den höheren Stand zu wechseln. Kurz nach den Parlamentswahlen im Herbst 2015 betonte der Soziologe Waldemar Urbanik, dass es PiS sehr gut gelungen sei, die unverkennbar anwachsende Welle eines rechtsgerichteten Patriotismus, die seit einigen Jahren immer mehr junge Menschen erfasst habe, in die eigenen politischen Bahnen zu lenken.

Polens Verteidigungsminister Macierewicz will territoriale Selbstverteidigungskräfte schaffen, die im Krisenfall das Land sichern sollen, wobei er nach Ausflüchten sucht, wenn er den Krisenfall bestimmen soll. Eine wichtige Stütze dabei ist der allerjüngste Kult um die sogenannten

ausgestoßenen Soldaten, also um jene Untergrundkämpfer, die nach der Niederlage des Warschauer Aufstands 1944 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 weiterhin militärisch oder bewaffnet gegen die neuen Behörden vorgegangen und in teilweise brutal geführten Auseinandersetzungen schließlich besiegt worden waren. Diese eingefleischten antikommunistischen Kämpfer hatten fest mit dem baldigen Ausbruch eines weiteren Weltkriegs zwischen den Siegermächten der Anti-Hitler-Koalition gerechnet.

Inzwischen wird Henryk Sienkiewicz wieder kräftig entstaubt: Das neugewählte Parlament erklärte das Jahr 2016 rasch zum Sienkiewicz-Jahr. Im Beschluss des Sejms wurde hervorgehoben, das Erbe des Schriftstellers sei Grundlage für die patriotische Erziehung der jungen Generationen. In der liberalen Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« wurde in einer längeren Polemik gegen diesen Beschluss darauf verwiesen, dass Sienkiewicz bei den Rechten so gelesen werde, als ob alle Minderwertigkeitskomplexe der Polen auf diese Weise getilgt werden könnten. Es werde damit der Mythos einer stolzen, unerschütterlich die Freiheit verteidigenden Adelsnation aufgebaut und mit der Legende vervollständigt, Polen komme die geschichtliche Mission eines Bollwerks der Christenheit zu. Die heutige Rechte benutze Sienkiewicz wie einen Dichter-Propheten, sehe in ihm den Ahnherrn für das völlig aus der Zeit gefallene Verständnis solcher Begriffe wie Ehre, Patriotismus und Nationalstolz. Bei dieser Gelegenheit werde dann der Typ des Kämpfers aus dem 17. Jahrhundert zum Vorbild genommen – als ob es immer noch gelte, der heidnischen Flut die Stirn zu bieten.

## Im Zeichen des Kreuzes

Ja, Polen, aber welches? So fragte einst der Nationaldichter Juliusz Słowacki, dem der bloße Aufruf zur Wiederherstellung Polens nach den Teilungen des Landes nicht ausgereicht hatte. Kaczyńskis Partei antwortet heute: ein nationales und christliches Polen. Es gebe in Polen keinerlei Wertesystem, das es ernsthaft mit demjenigen aufnehmen könnte, welches die Kirche verkünde – so Kaczyński während des Wahlkampfes.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hoben die Behörden Volkspolens das Konkordat auf, mit dem 1925 die Aufteilung zwischen Staat und Kirche



*Im Zeichen des Kreuzes. Das Heiligtum der Göttlichen Vorsehung in Warschau*

festgeschrieben worden war. Ein Teil des Kirchengüterbesitzes, vor allem der Landbesitz, wurde konfisziert, die allermeisten katholischen Schulen wurden aufgelöst, 1961 wurde auch der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen abgeschafft. 1966 beging die katholische Kirche die Tausendjahrfeier der historischen Taufe Polens in Person von König Mieszko I., die weltlichen Behörden aber feierten in deutlicher Konkurrenz den 1.000-jährigen Staat.

Für die Staatspartei PVAP war die tief ins Nationalbewusstsein eingewurzelte katholische Kirche tatsächlich die eigentliche ideologische Herausforderung. Dennoch läuteten am Sonntag auch in der VR Polen im ganzen Land die Kirchenglocken, riefen die Gläubigen zum Gottesdienst. Zu denen, die in die Kirche eilten, gehörte auch ein Großteil der PVAP-Mitglieder, vor allem jene, die vom Land stammten. Auch sie ließen ihre Kinder weiterhin taufen und schickten sie in die Kirche, um den Katechismus zu lernen, sie selbst ließen sich kirchlich trauen und wurden nach dem Ableben dem eigenen Wunsch gemäß auf den Friedhöfen der Pfarr-

gemeinden beigesetzt. Die Behörden tolerierten katholische Presse und Verlage, Kirchenseminare, katholische Hochschulen und Vereinigungen. Im Sejm gab es eine katholische Abgeordnetengruppe, in der Tadeusz Mazowiecki elf Jahre lang als Abgeordneter tätig war.

Als gewaltige Stärkung der Position der katholischen Kirche in Polen erwies sich 1978 die Wahl von Karol Wojtyła zum Papst, der sich nun Johannes Paul II. nannte. Als er im Jahr darauf in Warschau an den Himmel gerichtet forderte, »möge Dein Geist auferstehen und das Antlitz der Erde, dieser Erde hier ändern«, wurde das als Auftrag an die Gesellschaft verstanden, tiefgreifende gesellschaftlich-politische Änderungen vorzunehmen. Die Streikenden der Lenin-Werft in Gdańsk, die zumeist aus einstigen Bauernfamilien stammten, hissten keine roten Fahnen mehr, sie standen treu zum weiß-roten Nationaltuch. An den Werktoeren hingen keine Porträts des Namensgebers Lenin, der den Werftarbeitern völlig fremd war, sondern die Bilder von Johannes Paul II. Während des Okkupationsstreiks auf dem Werftgelände wurden tagtäglich Messen zum gemeinsamen Gebet abgehalten, auch konnte jeder, der es wollte, zur Beichte gehen. Am 31. August 1981 unterschrieb Lech Wałęsa im Namen der protestierenden Werftarbeiter die mit der Regierung ausgehandelte Verständigung mit einem übergroßen Kugelschreiber, auf dem das Bild Johannes Pauls II. zu sehen war. Sein Jackenrevers zierte ein Marienbild aus Częstochowa, vor dem der polnische König 1656 die Gottesmutter zur Königin Polens erklärt hatte. Einer der Punkte in der ausgehandelten Übereinkunft betraf die Übertragung der Sonntagsmesse im staatlichen Rundfunk.

»Solidarność« arbeitete im Zeitraum ihrer legalen Tätigkeit eng mit der katholischen Kirche zusammen, unter den einflussreichen Beratern waren Vertrauensleute des Episkopats zu finden. Die Anwesenheit von Geistlichen in den Industriebetrieben wurde zur alltäglichen Erscheinung. Einer der »Solidarność«-Kaplane, der 1984 von Geheimdienstlern umgebrachte Jerzy Popiełuszko, wurde 2010 zum Patron der heutigen »Solidarność«-Gewerkschaft erhoben, die derzeit noch etwa 600.000 Mitglieder umfasst. Jedes Jahr nehmen tausende Gewerkschafter von »Solidarność« an den Wallfahrten nach Jasna Góra in Częstochowa teil, eine Tradition, die auf Jerzy Popiełuszko zurückgeht. Es werden Kirchenlieder gesungen und auf den mitgeführten Bannern steht »Gott, Ehre, Vaterland«. Auch am Maifeiertag steht für »Solidarność«-Gewerkschafter der Kirchenbesuch oben an. In der Kirche und bei der Predigt des

Geistlichen findet ein beträchtlicher Teil der Arbeitnehmerschaft Besinnung und Anregung – die sozialistischen Traditionen indes sind ihnen längst fremd geworden.

In den stürmischen »Solidarność«-Jahren nach 1980 hatte die katholische Kirche einerseits die Opposition unterstützt, konnte aber andererseits der immer mehr unter Druck geratenen Regierungsmacht ein ums andere Mal Zugeständnisse abtrotzen. Innerhalb der zehn Jahre von 1981 bis 1990, in denen Wojciech Jaruzelski die Geschicke des Landes prägte, wurden ungefähr 1.200 neue Kirchen erbaut. Eine beeindruckende Zahl, denn nie zuvor in der tausendjährigen Geschichte Polens konnten unter einer Regierung oder unter einem Regenten mehr Kirchen errichtet werden. Die Bischöfe waren faktisch die starke dritte Seite in dem Kräftespiel zwischen Regierung und Opposition.

Die katholische Kirche war auf die Systemveränderungen am besten vorbereitet. Während draußen die alte Gesellschaftsordnung endgültig zusammenbrach und die neue unter Schmerzen geboren wurde, blieb die materielle, organisatorische und geistige Macht der katholischen Kirche nicht nur erhalten – sie wurde noch stärker. Die Geistlichen nutzen die Gelegenheit, um den Einfluss auf den Staat entscheidend zu vergrößern. In erster Linie betraf das jetzt Fragen nach den Werten in der Gesellschaft und nach der sogenannten gesellschaftlichen Moral, unter die insbesondere Bereiche wie Familie, Erziehung, Bildung sowie Medien fielen.

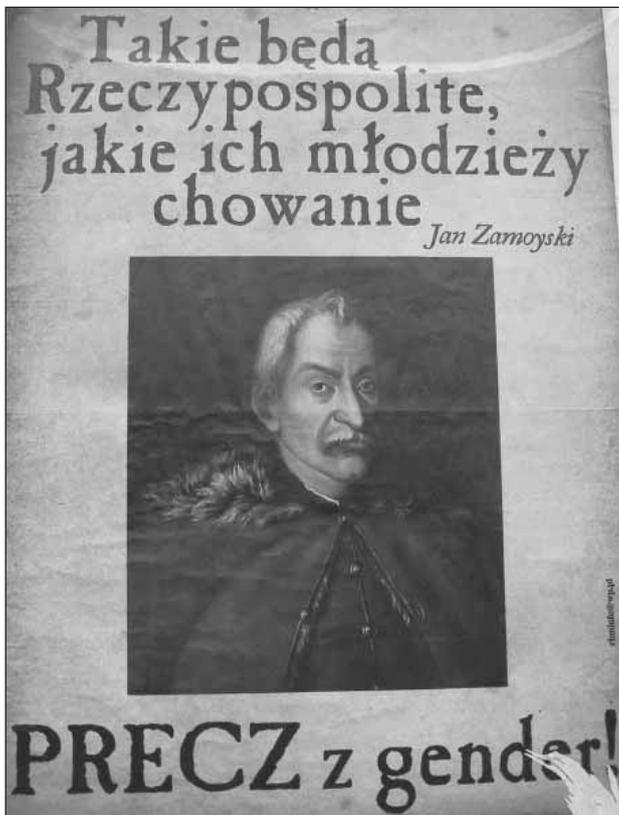
Die neuen Regierungen, in denen die früheren »Solidarność«-Berater eindeutig den Ton angaben, meinten nun, sie stünden in der Schuld der katholischen Kirche. 1990 kehrte der Religionsunterricht in die Schulen zurück – für ihre Dienstleistung werden die Geistlichen aus den öffentlichen Kassen bezahlt. Der Religionsunterricht trägt Glaubenscharakter, mit öffentlichen Geldern wird also der Standpunkt der Kirchenhierarchie in Familien- und Geschlechterfragen, zur Abtreibung sowie zur Haltung gegenüber sexuellen Minderheiten verbreitet. Viele Schulen tragen Namen von Geistlichen – allein Johannes Paul II. ist Namensgeber von über 1.300 Schulen. Auch das hat natürlich Konsequenzen, z.B. wenn es im Unterrichtsgespräch um Fragen der Sexualerziehung gehen soll. An vielen Hochschulen wurden neue oder erweiterte Studienprogramme für Theologie eingeführt, dafür die Lehrpläne für Philosophie beschnitten. In den öffentlichen Schulen und Hochschulen sind – wie in den staatlichen Institutionen und Behörden – die Kreuze omni-

präsent. Staatsfeiern erhalten eine kirchliche Einrahmung, in der Regel werden sie von Gottesdiensten unter Beteiligung der wichtigsten Persönlichkeiten im Staat begleitet.

1993 unterschrieb die damals liberal geführte Regierung von Hanna Suchocka (die später auch Botschafterin Polens im Vatikan war) ein Konkordat und unterstützte die Forderungen der Kirchenseite nach einem restriktiv ausgerichteten Abtreibungsrecht. Die gesetzlichen Regelungen von 1956, die eine Abtreibung in schwieriger Lebenssituation erlaubten, wurden aufgehoben. Nunmehr war Abtreibung nur noch gestattet, wenn das Leben der Schwangeren selbst gefährdet ist, wenn eine schwere Behinderung des Neugeborenen abzusehen oder wahrscheinlich ist und wenn die Befruchtung infolge eines Verbrechens erfolgt ist. Die Regierung, die ansonsten mit der Losung, den Einfluss des Staats so weit wie möglich zu begrenzen und die Wirtschaftsfreiheit zu garantieren, ein umfassendes Privatisierungsprogramm umsetzte, erlaubte die weitgehende staatliche Kontrolle über die Leibesfrucht und die spürbare Eingrenzung der Frauenrechte. Die Behörden ignorierten 1,7 Millionen Unterschriften, mit denen Bürger die Durchführung eines Referendums zur Frage der Abtreibung forderten. Die angenommenen Gesetzesänderungen wurden als »Abtreibungskompromiss« bezeichnet. Das restriktive Abtreibungsgesetz wurde zwar in der Regierungszeit der Linksdemokraten (SLD) 1993 bis 1997 wieder zurückgenommen, auch erklärte 1997 der Verfassungsgerichtshof, es stehe im Widerspruch zum Grundgesetz. Doch als die SLD 2001 erneut die Regierung übernahm, verzichtete sie bewusst auf die Liberalisierung des in den Jahren zuvor wieder verschärften Abtreibungsrechts, weil sie – wie offen zugegeben wurde – die wohlwollende Neutralität der Kirchenhierarchie zum bevorstehenden EU-Beitritt Polens nicht unnötig belasten wollte.

Ähnlich verhielt sich die SLD-Regierung auch auf anderen Gebieten, die von der katholischen Kirche als Sphäre der für sie so überaus wichtigen sogenannten öffentlichen Moral angesehen wird, etwa in der Frage der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. In einflussreichen Parteikreisen machte das geflügelte Wort die Runde, dass es politisch in Polen aussichtslos sei, mit Gottvater im Clinch zu liegen.

Nach dem Tod von Johannes Paul II. im Frühjahr 2005 konnte sich der konservative Flügel in der katholischen Kirche Polens weiter stärken. Ganz offen wurde nun von den Kanzeln regelmäßig zur Wahl von



Mit der Adels-  
tradition  
gegen Gender.  
»Das Gemein-  
wesen wird so,  
wie wir die  
Jugend  
erziehen«

PiS aufgerufen, weil nur diese Partei in grundlegenden Fragen glaubhaft die Position der Kirche unterstütze. Die Bischöfe protestierten, als unter der PO-geführten Regierung im Sejm ein Gesetz gegen die häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen angenommen wurde – man befürchtete eine Verbreiterung der »Genderideologie«. Die Kirchenleute protestierten auch, als die PO-Regierung staatliche Unterstützung für künstliche Befruchtung in Aussicht stellte. Inzwischen hat die PiS-Regierung allen derartigen Absichten einen Riegel vorgeschoben. Die jetzige Bildungsministerin versprach zudem, keine Sexualerziehung in den höheren Klassenstufen zuzulassen: Der Gegenstand sei viel zu intim, um als Schulstoff behandelt werden zu können. Auch hier folgte sie lediglich den langjährigen Forderungen einflussreicher Kreise der Kirchenhierarchie.

Ein Bollwerk des Einflusses der Kirche bleibt das Dorf. »Ich wohne auf dem Dorf. Nach 1989 verschwand zuerst die Schule, danach die Krankenschwester, die regelmäßig vorbeigeschaut hatte, schließlich verschwand auch noch der Lebensmittelladen. Geblieben ist nur noch die Kirche«, so Agnieszka Dziemianowicz-Bąk, Leitungsmitglied in der Partei Razem (in »Gazeta Wyborcza« vom 13. April 2016). Die Stärkung des kirchlichen Einflusses, die Nachgiebigkeit des Staats ihr gegenüber sowie das Fehlen entsprechend starker politischer Kräfte, die sich für die Einhaltung der in der Verfassung festgeschriebenen weltanschaulichen Neutralität des Staates einsetzen, haben im Laufe der letzten Jahre zu einer allmählichen Veränderung der Einstellungen der Polen in die konservative Richtung geführt. Das zeigt z.B. die Einstellung zum Abtreibungsrecht. 75% der Befragten gaben in einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts CBOS im März 2016 an, gegen eine Abtreibung aus materiellen Gründen oder wegen einer schwierigen Lebenslage zu sein. Auffallend ist zudem, dass die höchste Zustimmung für eine Verschärfung des Abtreibungsrechts mit 65% (!) in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zu finden ist, also unter Menschen, die bereits nach dem Ende der VR Polen geboren wurden.

Nach den Wahlen im Herbst 2015 ist PiS schnell daran gegangen, umfassende Personaländerungen in den öffentlich-rechtlichen Medien durchzusetzen, die seit Juli 2016 per Gesetz »nationale Medien« genannt werden und ausdrücklich verpflichtet sind, das christliche Wertesystem zu respektieren. Unter den neu eingestellten Journalisten hatten viele zuvor jahrelang in dem von Ordensbruder Tadeusz Rydzyk in Toruń geleiteten katholischen Medienzentrum gearbeitet. Auch das wurde als eine Art Danksagung für die offene Wahlkampfunterstützung durch Tadeusz Rydzyk verstanden. Dieser findet mit seinen erzkatholischen Radio- und Fernsehprogrammen insbesondere in ländlichen Gegenden eine große Resonanz. Der von ihm gegründete Sender *Radio Maryja* ist seit vielen Jahren eine geistige Zufluchtsstätte für diejenigen, die bei dem radikalen Schwenk in die neoliberal ausgerichtete Marktwirtschaft unter die Räder gekommen sind, die sich benachteiligt fühlen und kaum noch einen Einfluss auf das öffentliche Leben haben.

Im Dezember 2015 sagte Jarosław Kaczyński bei feierlicher Gelegenheit in diesem Radiosender, das Fundament des Polentums sei die Kirche und deren Lehre – jeder, der die Kirche anzugreifen suche, greife Polen an. Zwar heißt das nicht, Kaczyński wolle einen theokratischen Staat

errichten und die staatlichen Behörden der Kirchenhierarchie unterordnen, doch er sucht eine pragmatische Allianz von »Thron und Altar«, die ihm in einem immer stärker konservativ ausgerichteten Land einen strategischen Vorsprung vor der unliebsamen politischen Konkurrenz aus dem liberalen Spektrum einräumen soll. Denn die Kirche, so das Kalkül, sollte sicher sein, unter keiner anderen Regierung so viel für sich durchsetzen und erreichen zu können wie unter Führung der Kaczyński-Partei. Als Gegenleistung rechnet Kaczyński mit der aktiven Unterstützung seiner Politik durch die Geistlichen.

### **Carl Schmitt in Polen**

Im Jahr 2000 wurde in Polen ein dicker Sammelband mit Arbeiten von Carl Schmitt unter dem Titel »Politische Theologie und andere Schriften« herausgegeben. 2003 begründete der Übersetzer und Herausgeber Marek A. Cichoński (später wurde er Berater bei Staatspräsident Lech Kaczyński) das Jahrbuch »Teologia Polityczna«, in dem sich seither Wissenschaftler, Publizisten und Politiker aus dem nationalkonservativen Spektrum ein regelmäßiges Stelldichein geben. Sie eint die Überzeugung, die Menschen würden Fremde stets als Freund oder Feind einordnen, weshalb auch die Politik entsprechend verfahren müsse. Einen Feind zu haben, sei in der Politik nicht zu vermeiden, deshalb gehöre der Kampf gegen den Feind zum Wesen der Politik. Ein wichtiges Kampfmittel ist dabei die Geschichtspolitik: Nach außen hat polnische Geschichtspolitik sich erfolgreich gegen die Geschichtspolitiken in Russland und Deutschland zu stellen, nach innen geht es indes darum, dem politischen Gegner die Spielräume bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Bewusstseins zu beschneiden. Bereits seit 2004 rücken die Nationalkonservativen Geschichtspolitik ganz in den Vordergrund der programmatischen Vorstellungen.

Die Geschichtspolitik im Verständnis von PiS stützt sich auf eine schlichte Einteilung, deren einziges Kriterium die Einstellung zur Unabhängigkeit Polens ist. Diejenigen, die dafür gekämpft haben, sind die Helden, selbst wenn sie sich Verbrechen schuldig gemacht haben sollten. Andere, für die es außer oder neben der Unabhängigkeit Polens weitere wichtige Ziele gegeben hat, z.B. soziale Gerechtigkeit oder die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, werden in die Ecke der

Verräter gestellt, selbst wenn sie, wie beispielsweise Ludwik Waryński oder Rosa Luxemburg, ihren Kampf mit dem Leben bezahlen mussten. Aus dieser Sicht kann es auch bei linksgerichteten Kräften nur entweder Gute oder Verräter geben, je nachdem, ob sie sich entschieden für die Unabhängigkeit eingesetzt oder – was allein übrig bleibt – fremden Interessen gedient haben.

Die Einteilung in Patrioten und Verräter ist nach vorherrschender Überzeugung im PiS-Lager dem Menschen nahezu eingeboren, so wie früher die Einteilung in Adlige und Bauern. In Polen, so Kaczyński im Dezember 2015, als die ersten öffentlichen Proteste gegen die PiS-Politik in Warschau und anderen Großstädten erheblichen Zulauf fanden, gebe es eine fatale Tradition des Nationalverrats, sie sei in den Genen mancher Menschen eingeschrieben, und diese gehörten zur schlimmsten Sorte der Polen, die nun sehr aktiv werde, weil sie sich bedroht sehe. Zu diesen Polen »schlimmster Sorte« gehören laut Kaczyński nicht nur jene, die mit dem Staatsapparat in der VR Polen verbunden gewesen waren, sondern auch deren Nachkommenschaft. Bereits 2006 hatte Jarosław Kaczyński den Führungsleuten der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« vorgehalten, sie seien doch nur die Kinder von Eltern, die in der Kommunistischen Partei Polens (KPP) aktiv gewesen seien. Er behauptete damals, die Kontinuität zeige sich, weil sie die nationalen Werte missachteten. Kaczyński verstieg sich zu der Behauptung, die KPP sei überhaupt das Schlimmste gewesen in der tausendjährigen Geschichte Polens (»Polityka« vom 25. März 2006).

Ende 2013 erschien ein Titel auf dem Buchmarkt, in dem PiS-freundliche Publizisten über die angeblichen »Ministerkinder« schrieben, die als Nachkommen einstiger Amtsträger nun mit »Gazeta Wyborcza« verbandelt seien. Ausgegraben und ausgewertet wurden mithilfe des staatlichen Instituts für Nationales Gedenken (IPN) alle möglichen Dokumente, mit denen insbesondere die jüdische Herkunft, die kommunistische Tätigkeit und die Funktionen in der VR Polen nachgewiesen werden sollten. Das Buch erreichte eine Auflagenhöhe von 130.000 Exemplaren.

Einem der Organisatoren des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (KOD) wurde in aller Öffentlichkeit zunächst vorgeworfen, er habe keine Alimente gezahlt. Als sich das als Falschmeldung herausstellte, wurde umso kräftiger nachgelegt. Dokumente aus dem IPN bewiesen, so wurde nun behauptet, dass sein Großvater nach dem Zweiten Weltkrieg

gegen die »ausgestoßenen« Soldaten gekämpft habe, also gegen die neuentdeckten Freiheitskämpfer, die sich nach 1944 der sowjetischen Okkupation widersetzt hätten. Selbst der Hochschulminister und Stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Gowin, der einst den konservativen PO-Flügel angeführt und schließlich noch rechtzeitig die Fahne gewechselt hatte, war sich nicht zu schade, vor laufender Fernsehkamera und zu bester Sendezeit diese Anschuldigung zu verbreiten.

Auch der Patriotismus, so die PiS-Leute, vererbe sich. Als EU-Kommissar Günther Oettinger die Szydło-Regierung wegen des neuen Mediengesetzes kritisierte, erinnerte ihn Justizminister Zbigniew Ziobro in einem Antwortschreiben daran, dass Oettinger wohl doch ein Deutscher sei, weshalb Ziobro ihm nun mitteile, selbst Enkel eines polnischen Offiziers zu sein, der im Zweiten Weltkrieg im Untergrund in den Reihen der Armia Krajowa (Landesarmee) gegen die deutschen Okkupanten gekämpft habe.

Ein anderes PiS-Aushängeschild gab bereits 2006 zum Besten, aus welchem Holz die PiS-Kandidaten eigentlich geschnitzt sein sollten: Die Familie müsse für Polens Unabhängigkeit gekämpft haben, der Großvater sollte im günstigen Fall bei der Armia Krajowa, der Urgroßvater aber im Januar 1863 unter den Aufständischen gewesen sein – erst so sei der Patriotismus garantiert, dessen es heute bedürfe.

Allerdings wären die Kaczyński-Brüder selbst bei einer solch harten Prüfung glatt durchgefallen, dienten doch zwei der Urgroßväter als hohe Offiziere in der Zarenarmee. Das eifrige Bestreben, die moderne patriotische Vererbungslehre nun richtig unter die Leute zu bringen, behindert ein weiterer unliebsamer Konstruktionsfehler: Zum PiS-Chef des öffentlich-rechtlichen (jetzt nationalen) Fernsehens wurde Anfang 2016 Jacek Kurski ernannt, ein wackerer Nationalkonservativer, an dessen »richtiger« Gesinnung kaum Zweifel bestehen kann, doch ist dessen leiblicher Bruder Jarosław Kurski Stellvertretender Chefredakteur von »Gazeta Wyborcza«, dem roten Tuch für die hartgesottenen PiS-Streiter.

Die Verfasser von »Teologia Polityczna« haben auf die Notwendigkeit verwiesen, einen Gründungsmythos und darauf gestützt eine Gemeinschaftsidentität zu schaffen. Sie vertreten offensiv und ungeniert die Ansicht, den Umgang mit Geschichte als Waffe im Machtkampf zu gebrauchen. Erinnerung und Politik entschieden gemeinsam über Sieg oder Niederlage eines jeden politischen Vorhabens, das auf gründliche Veränderung abziele – so Marek A. Cichocki.



»Ehre und Ruhm für die Helden«: Der Warschauer Aufstand als Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs

Die sich auf Carl Schmitt berufenden polnischen Historiker und Politiker waren aktiv beteiligt bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Konzeption für das Museum des Warschauer Aufstands von 1944, das 2004, pünktlich zum 60. Jahrestag, unter maßgeblicher Beteiligung Lech Kaczyńskis, dem damaligen Stadtpräsidenten Warschaus, eröffnet wurde. Der Warschauer Aufstand wurde als eine Art politischer Theologie in Szene gesetzt: Der heldenmütige und gleichermaßen tollkühne militärische Angriffsschlag gegen die deutschen Okkupanten, der aber unerlässlich gewesen sei, weil sich zu der Zeit mit der herannahenden Roten Armee bereits der nächste Besatzer praktisch in Sichtweise herangeschoben habe. Zwar sei die polnische Seite gegenüber der deutschen hoffnungslos unterlegen gewesen, sodass der Kampf von vornherein mehr als riskant gewesen sei, doch sei das gebrachte Opfer nicht umsonst gewesen – es öffnete den Weg zur Unabhängigkeit, den sonst niemand gewiesen hätte.

Der Aufstand dauerte 63 Tage. Mit seiner unbeschreiblichen individuellen Aufopferung glich er dem Kampf der Aufständischen im Warschauer Ghetto im Frühjahr 1943. Auf polnischer Seite fielen über 20.000 Kämpfer, meistens blutjunge Menschen. Im Zusammenhang mit dem Aufstand kamen zudem über 180.000 Warschauer um, die nicht unmittelbar an den Kampfhandlungen beteiligt gewesen waren und meistens in blindwütigen Strafaktionen von SS und Wehrmacht massenweise umgebracht wurden. Als Lech Kaczyński 2004 das Museum seiner Bestimmung übergab, verkündete er vor der versammelten Öffentlichkeit, der Aufstand sei der Anfang gewesen, der über die zweite Hälfte der 40er Jahre, über 1956 und 1968, über 1970 und 1976 schließlich zu »Solidarność« geführt habe. Seiner Auffassung nach waren die Tage des Aufstands für die Zeit bis 1989 die letzte Periode der Freiheit. Aber, so mahnte er hintergründig, auch nach 1989 sei die Erinnerung an den Aufstand überaus wichtig, seien doch auch weiterhin mächtige Kräfte am Wirken, denen die polnische Unabhängigkeit egal sei, obwohl sie so tief und fest in den Herzen und Gedanken der Polen verankert sei. Damals regierten die Linksdemokraten der SLD, die zu großen Teilen aus der einstigen Staatspartei PVAP hervorgegangen waren, so auch der damalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, der zu dieser Zeit seine zweite Amtsperiode ausübte.

Als er sich für den raschen Aufbau eines Museums des Warschauer Aufstands einzusetzen begann, kalkulierte Lech Kaczyński noch, dass die Linksdemokraten auch 2005 die Hauptkonkurrenten für das nationalkonservative Lager sein würden. Die Kaczyński-Brüder versuchten also, die Hauptachse in der geschichtspolitisch angelegten Polarisierung auf den Mythos um die Armia Krajowa zu gründen, die den Ausbruch des Warschauer Aufstands zu verantworten hatte. Doch machten sie die Rechnung insofern ohne den Wirt, als Donald Tusk von der wirtschaftsliberalen PO 2005 zum wichtigsten Konkurrenten aufgestiegen war – die Linksdemokraten spielten hinfort nur noch eine Nebenrolle. Die Tusk-Mannschaft konnte nun schlecht mit dem Verweis auf den Warschauer Aufstand und die Armia Krajowa ins geschichtspolitische Abseits geschoben werden, denn sie waren aus dem gleichen Holz.

Aber das Museum des Warschauer Aufstands erfüllte in geschichtspolitischer Hinsicht zunächst eine andere wichtige Aufgabe: Es gab den Anstoß zu einer bis dahin in diesen Ausmaßen auch im neuen Polen noch nicht erlebten antikommunistisch-patriotischen Modewelle unter jun-

gen Menschen, die womöglich immer noch nicht ihren Scheitelpunkt erreicht hat. Sie reißt auch jene Jugendlichen mit, deren Vorfahren gar nicht selbst im Aufstand gekämpft hatten, sondern erst nach dem Krieg vom Dorf in die Hauptstadt zogen. Sich dazu zu bekennen, scheint indes kaum noch ehrenwert, ein besseres Bild ergibt es, wenn man sich als waschechter Warschauer – mit in der Hauptstadt geborenem Groß- und Urgroßvater – zu erkennen gibt, die Erkennungszeichen des Aufstands ans Auto klebt und seinem Kind ein T-Shirt mit Aufstandsmotiven überstreift. Das alles bedeutet, selbst zur großen Aufstandsfamilie zu gehören, mit der von den Behörden so wohlwollend geförderten und gewünschten Aufstandstradition unmittelbar zusammenzuhängen. Falsch ist nur die Gegenüberstellung von Warschauer Aufstand und Volksrepublik Polen. Am Aufstand nahmen auch die Partisanen der Armia Ludowa (Volksarmee) teil, die sich bereitwillig dem Kommando der Armia Krajowa unterstellten hatten. Die Deutschen, so sie ihrer habhaft wurden, behandelten die Volksarmisten als Kommunisten – Gefangene wurden nicht gemacht. Tausende Soldaten der Armia Krajowa, die am Aufstand beteiligt waren, schlossen sich nach dem Krieg den Kräften an, die die Stadt und das Land wiederaufbauten, das nun zur VR Polen wurde – unter diesen war auch der Vater der Kaczyński-Brüder zu finden.

Während seiner Amtszeit als Staatspräsident ließ Lech Kaczyński einen neuen Mythos in Umlauf bringen, mit dem ein wahrhaft freies und unabhängiges Polen noch auffälliger der VR Polen entgegengesetzt werden sollte – den Mythos vom ausgestoßenen, unerschütterlichen Soldaten. Er wurde nun zum Symbol erhoben für den bedingungslosen, kompromisslosen Kampf gegen das kommunistische Polen. Der stärkste Beweis für deren Heldenmut ist der Tod. Sofort nach der Regierungsübernahme 2015 ging PiS daran, die Tätigkeit der staatlichen Geschichtsbehörde IPN zu intensivieren: Nun werden vor allem die sterblichen Überreste solcher versprengter antikommunistischer Untergrundsoldaten aus der Zeit nach der Niederlage des Warschauer Aufstands aufgespürt, exhumiert und – als Staatsakt – begraben. Die Frage, ob diese zu allem entschlossenen Kämpfer auch schlimme Verbrechen an völlig unschuldigen Zivilisten zu verantworten haben, wird dabei ignoriert.

Das idealisierte Bild vom »ausgestoßenen Soldaten«, in dem die räuberischen Überfälle und die Verbrechen komplett ausgeblendet werden, ist mittlerweile in die »politische Theologie« eingegangen. Staatspräsident Duda erklärte am 1. März 2016, an dem wie jedes Jahr seit



*Kein Widerspruch mehr: Bekenntnis zu der gleichermaßen antikommunistischen wie antideutschen Untergrundstruktur im Zweiten Weltkrieg an einer Luxuslimousine aus deutscher Produktion*

2010 der Tag des Erinnerns an den ausgestoßenen Soldaten gefeiert wird, etwas unstimmig, aber sehr pathetisch: Es gäbe weder diesen Tag, noch »uns heute« an dieser Stelle und auch nicht die heutige unabhängige Republik, die jetzt an Kraft gewinne und um ihre Rechte kämpfe, wenn es nicht diese Opfer, diesen Heldenmut und dieses unbeschreibliche Martyrium gegeben hätte. Ihm sprang Verteidigungsminister Macierewicz eifertig bei: Die unerschütterlichen Soldaten hätten den Einsatz für die Unabhängigkeit an die nachfolgenden Generationen, an die nachfolgenden Protestwellen weitergegeben, denn ohne diesen hätte es keine »Solidarność« gegeben.

Laut den von »Teologia Polityczna« aufgestellten Forderungen hat die Geschichtspolitik auch ein scharfes Werkzeug in den Außenbeziehungen zu sein. Bereits kurz nach der Eröffnung des Museums des War-

schaer Aufstands fand eine wissenschaftliche Tagung statt, auf der die Auffassung vertreten wurde, die Geschichtspolitik Polens befinde sich zwischen den Geschichtspolitiken Russlands und Deutschlands, und sie müsse aus der nur defensiven Haltung herauskommen. Im Januar 2016 verkündete Außenminister Witold Waszczykowski im Sejm eine Stärkung der polnischen Geschichtsdiplomatie.

Kurz darauf berief Präsident Duda einen Nationalen Entwicklungsrat ein, der sich mit Geschichtspolitik befassen soll. Seine Aufgabe besteht darin, der Herabwürdigung der polnischen Nation entgegenzutreten, vor allem aber die historische Größe Polens herauszustellen. Die Polen hätten als Nation eine lange, beeindruckende Geschichte, auf die sie stolz sein könnten. Sie hätten Europa nicht nur vor großen Krisen, sondern geradezu vor katastrophalen Niederlagen bewahrt – zum Beispiel 1683, als ein polnisches Heer die Wien belagernden Türken schlug, oder 1920, als die polnische Armee unter Führung von Marschall Józef Piłsudski kurz vor Warschau die anrückende Rote Armee schlug, die damals das russische Sowjetsystem ganz Europa überzustülpen versucht habe. In der polnischen Geschichte gebe es viele Elemente, die es den Polen heute einfach erlaubten, ohne Minderheitskomplexe auf den Rest Europas zu schauen. Soweit Polens Staatspräsident im Jahr 2016.

### Im Zeichen Piłsudskis

Auch die entschiedenen innenpolitischen Gegner von Jarosław Kaczyński, die sich als Verteidiger der Demokratie verstehen, verehren Józef Piłsudski, der 1926 die Verfassung brach und einen Staatsstreich inszenierte.

Während draußen im Land der Wahlkampf für die Stichwahl zum Präsidentenamt lief, verabschiedete der Sejm am 15. Mai 2015 eine Resolution, in der an Piłsudskis 80. Todestag erinnert wurde. Man erweise dem Staatsmann, dem Vater der Unabhängigkeit, dem legendären Erschaffer der Polnischen Legionen, dem Staatsef und dem siegreichen Heerführer von 1920 die Ehre. Nur vier Abgeordnete stimmten gegen diese Erklärung. Zur gleichen Zeit wurde im Parlamentsgebäude eine Piłsudski-Ausstellung eröffnet, bei der Bogdan Borusiewicz von der PO, einst einer der Anführer der streikenden Werftarbeiter auf der Lenin-Werft in Gdańsk und zu dieser Zeit Senatspräsident, im Brustton der

Überzeugung erklärte, das geistige Erbe Piłsudskis werde in Polen von allen akzeptiert.

In unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes befindet sich im Warschauer Stadtzentrum der Piłsudski-Platz mit einem entsprechend herausgestellten Piłsudski-Denkmal. Ein zweites Denkmal gibt es in der Hauptstadt vor dem Belvedere, der Privatresidenz des polnischen Präsidenten. 2011 hat die Tusk-Regierung ein umfangreiches Projekt zum Aufbau eines Piłsudski-Museums in Sulejówek bei Warschau abgesehen, wo Piłsudski nach 1923 mit seiner Familie wohnte.

Die Denkmäler zu Ehren Piłsudskis werden nicht aufgestellt, um an den Mann zu erinnern, der eine wichtige Rolle bei der Bildung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) gespielt und diese Partei viele Jahre angeführt hatte. Gemeint ist ausschließlich der Verfechter der Unabhängigkeit und der Staatsgründer, der dann 1920 erfolgreich die entscheidende Schlacht zur Verteidigung des von Osten bedrohten Staatswesens geschlagen habe. In den zahlreichen offiziellen Würdigungen findet sich aber nichts darüber, wie entschieden sich Piłsudski gegen die im März 1921 angenommene Verfassung positionierte, die zu den liberalsten im damaligen Europa gehörte und die er öffentlich mit einer Prostituierten verglich. Seine Politik der Wiedergesundung des Staats führte einen eigenwilligen Kampf gegen die »Sejmokratie«, also gegen die parlamentarische Demokratie und ihre Spielregeln. Bei dem von ihm allein zu verantwortenden Staatsstreich vom Mai 1926 kamen fast 400 Menschen ums Leben. Bis zu seinem Tod 1935 spielte Piłsudski de facto die Rolle eines Diktators, ohne dabei ab 1928 noch ein offizielles höheres Staatsamt innezuhaben. Alle Parlamentswahlen, die unter seiner Aufsicht abgehalten wurden, entsprachen nicht dem Standard von freien, gleichen und geheimen Wahlen.

Unter den Verfolgten der Piłsudski-Zeit befanden sich auch ehemalige Kampfgefährten aus der PPS. Eine Antwort auf die Beschneidung der demokratischen Rechte war die Gründung eines Mitte-Links-Blocks, der neben der PPS auch Parteien aus dem Bauernspektrum und dem christdemokratischen Milieu umfasste. 1930 rief dieser Mitte-Links-Block in Kraków öffentlich zum Sturz der Piłsudski-Diktatur auf, konnte sich aber in keiner Weise durchsetzen. Noch 1935 wurde ganz im Piłsudski-Geist eine neue Verfassung verabschiedet, die Polen zur präsidentialen Republik erklärte. Der für sieben Jahre gewählte Staatspräsident war nur noch vor »Gott und der Geschichte« verantwortlich, in seinen Händen aber

lag die »einheitliche und ungeteilte Staatsmacht«. Gesellschaftliche und politische Tätigkeiten, die mit den Staatszielen in Widerspruch gesehen wurden, waren faktisch verboten, der Einsatz von Gewaltmitteln zu deren Bekämpfung verpflichtend.

Dieses Verfassungsdokument entspricht in vielen wichtigen Aspekten den heutigen Vorstellungen in PiS-Kreisen. Noch in der Opposition, 2004 bzw. 2010, legte PiS Entwürfe für eine neue Verfassung vor. Beide Entwürfe sprachen sich für einen Übergang zum Präsidialsystem aus, in welchem dem Präsident das Recht zukommt, das Parlament auflösen und die Gesetzgebung kontrollieren zu können. Jarosław Kaczyński meinte bereits 2010, es müsse ein System hergestellt werden, in dem der Präsident über Instrumente verfüge, die ihm die Rolle eines Hüters über die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit des Landes und über dessen strategische Entwicklung verschaffe. Immer wieder betonte er, dass die geltende Verfassung von 1997 die bestehende »Pathologie der dritten Republik« am Leben halte und letztlich nur eine neue Verfassung hieran eine Änderung bewirken könne. Laut Aleksander Hall, Historiker und liberaler Politiker, besteht Kaczyńskis Ziel in »einer Verfassung, mit der die Vorherrschaft der zentralen politischen Macht über alle staatlichen Strukturen und über die Zivilgesellschaft garantiert wird« (»Gazeta Wyborcza« vom 3. März 2016).

Piłsudski trug gewöhnlich einen Soldatenmantel, was an den Bauernrock erinnern sollte, den Tadeusz Kościuszko während des antirusischen Aufstands von 1794 trug. Kościuszko, der Held der Unabhängigkeitskriege in den USA und Verfechter der Verfassung vom 3. Mai 1791 in Polen, verband den Kampf um die Unabhängigkeit Polens mit dem Kampf um grundlegende Änderungen der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen, um die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Durchsetzung politischer Rechte auch für die Bauernmassen. Piłsudski sah sich, dem Beispiel Kościuszkos folgend, als Oberbefehlshaber – in dieser Rolle blieb er bis 1922 an der Spitze des Staates. Zum Ministerpräsidenten der ersten Regierung im neuen Polen ernannte er das PPS-Mitglied Jędrzej Moraczewski. Ende 1918, Anfang 1919 unterschrieb er eine ganze Reihe von Dekreten, mit denen die Situation der Fabrikarbeiter enorm verbessert wurde: Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Einrichtung der Sozialversicherung und der staatlichen Arbeitsinspektion, Erlaubnis freier gewerkschaftlicher Tätigkeit. Wenige Tage nach dem Erreichen der Unabhängigkeit unterzeichnete Piłsudski das



*Piłsudski an der Haltestelle »Unabhängigkeit«. Vorträge, Debatten, Konzerte – mit Ungarn verschwisertes Polen*

Wahlgesetz zum Sejm, mit dem auch den Frauen das Wahlrecht zugesprochen wurde. Er setzte die demokratische Ordnung durch, die er 1926 im Maiumsturz wieder umwarf. Doch es dauerte nicht lange, dann verlagerte das oberste Interesse am Staatserhalt Piłsudskis Zuneigungen immer mehr in die rechte Richtung. Der frühere Sozialist vertrat immer offener die Interessen der Grundbesitzer und der Bourgeoisie. Außerdem

ließ er emanzipatorische Bestrebungen der nationalen und ethnischen Minderheiten unterdrücken, was heute noch die politische Bewertung seiner Persönlichkeit in den Augen von Ukrainern, Belorussen und vor allem Litauern überschattet.

Lech Kaczyński, der sich 2005 auf den Wahlplakaten als Präsident der vierten Republik abbilden ließ, erwies Józef Piłsudski kurz nach der Übernahme des höchsten Staatsamtes seine Ehrerbietung, als er zur Wawel-Gruf nach Kraków eilte, in der – neben den polnischen Königen – Piłsudski beigesetzt ist. Bereits als gewähltes Staatsoberhaupt gab er öffentlich zu verstehen, dass er Piłsudskis Maiumsturz unterstützt hätte, wenn er damals gelebt hätte, dass er im historischen Sinne überhaupt ein Piłsudski-Mann sei. Unter den Passagieren, die am 10. April 2010 beim Absturz der Präsidentenmaschine in Smolensk ums Leben kamen, befand sich auch ein Schauspieler, der Piłsudski an wichtigen Staatsfeiertagen auf den Straßen Warschaws täuschend echt gedoubelt hatte. Seine letzte Ruhestätte fand Lech Kaczyński – höchst umstritten übrigens – in der Wawel-Gruf neben Piłsudski.

Tadeusz Kościuszko blieb bis zum Ende seinen demokratischen Anschauungen, seinem Freiheitsideal und der Unabhängigkeit Polens treu. Er wird heute als Nationalheld in den USA verehrt und ist Ehrenbürger Frankreichs. Der höchste Berg auf dem australischen Festland ist nach ihm benannt. In der Belarus gibt es Straßen mit seinem Namen, 2004 wurde dort in seiner Geburtsstadt ein Kościuszko-Museum eröffnet, auch russische Demokraten erinnern an Kościuszko. In Polen ist es nach 1989 stiller um ihn geworden, was auch damit zusammenhängt, dass Kościuszko im Unterschied zu Piłsudski in der VR Polen als Nationalheld gefeiert wurde. In Warschau wurde 2010 ein Kościuszko-Denkmal enthüllt, das eine originalgetreue Kopie des Denkmals aus Washington ist und von einer US-amerikanischen Bank finanziert wurde. Kościuszkos Erbe würde ohne Zweifel sehr gut passen zum heutigen demokratischen Polen, während Piłsudski aus dieser Perspektive durchaus fragwürdige Seiten aufzuweisen hat. So sieht es auch der bekannte Publizist Jacek Żakowski: »Der dritten Republik würde es heute besser ergehen, wenn wir das zurückliegende Vierteljahrhundert genutzt hätten, uns an die Wahrheit über den Diktator zu gewöhnen, statt weiter an der Legende von Marschall Piłsudski zu stricken.« (»Gazeta Wyborcza« vom 11. April 2016)

## Verbotener Kommunismus

Nach verbreiteter Auffassung unter polnischen Rechten darf selbst der Tod durch die Hand der Naziverbrecher eine Person nicht historisch rechtfertigen, sobald sie als Kommunist angesehen wird.

Eine der wichtigsten Determinanten für die Identität Polens nach 1989 war die schroffe Entgegensetzung zur VR Polen, die von nun an als kommunistische Diktatur und als ein nichtpolnisches Staatswesen hingestellt wird, das weder souverän noch demokratisch gewesen sei. Am 31. Dezember 1989 wurde die Bezeichnung Republik Polen wieder eingeführt. In der 1997 verabschiedeten Verfassung findet sich neben dieser Bezeichnung auch der Begriff der dritten Republik, denn in der Präambel wird darauf verwiesen, dass sich die Republik Polen auf die besten Traditionen der ersten und der zweiten Republik beziehe, also auf das Polen vor der Teilung von 1795 und auf die Zeit zwischen 1918 und 1939. Damit wurde auch im Verfassungstext die VR Polen aus der Geschichte polnischer Staatlichkeit getilgt.

Allerdings ist das in der Praxis außerordentlich schwer, denn das heutige Polen ist in territorialer Hinsicht haargenau identisch mit der VR Polen, indes hatte die Republik Polen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine andere territoriale Lage und einen völlig anderen Grenzverlauf. Auch hat das heutige Polen 1989 die Sozialstruktur geerbt, die sich als Ergebnis der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hatte: mit der Beseitigung der großen Landgüter und der Übertragung der Ländereien an die Bauern, der Verstaatlichung der Industrie, der Urbanisierung, dem Aufbrechen festgefügter sozialer Strukturen, dem allgemeinen Zugang zu Bildung und Kultur, dem gesellschaftlichen Aufstieg junger Menschen, die vom Land in die Stadt geströmt waren.

Die ersten von den einstigen »Solidarność«-Eliten geführten Regierungen nahmen sehr schnell Abstand von allen Vorstellungen, das Recht der VR Polen generell für ungültig zu erklären und zur Rechtslage aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückzukehren. Bis heute gelten Rechtsakte, die einschneidende Veränderungen nach Kriegsende bewirkten: das Dekret über die Landreform und das Dekret über die Verstaatlichung der Industrie. Die ehemaligen Eigentümer oder ihre Nachfahren haben nur dann einen Anspruch auf Rückübertragung oder Entschädigung, wenn das Gericht befundet, dass eine Verletzung der geltenden Gesetzeslage vorliegt. Im neuen Polen wurden auch Institutionen über-

nommen, die bereits in der VR Polen unter Jaruzelski eingerichtet worden waren, so der Verfassungsgerichtshof, das Staatstribunal und der Ombudsmann der Regierung für Bürgerangelegenheiten.

Trotz dieser handgreiflichen und wichtigen Elemente von Kontinuität hörten seit 1989 die Versuche nicht auf, die VR Polen nachträglich zu delegitimieren und mit »Kommunismus« gleichzusetzen. Der Artikel 13 der Verfassung untersagt die Tätigkeit von politischen Parteien, die sich in ihren Programmen zu den totalitären Methoden und Praktiken von Nazismus, Faschismus und Kommunismus bekennen. 1997 wurde im Sejm die VR Polen in jenes halbe Jahrhundert eingeordnet, in dem die freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen der Polen durch die hitlerdeutschen und die sowjetischen Okkupanten und anschließend durch eine den eigenen Traditionen fremde, der Sowjetunion unterstellte kommunistische Herrschaft erstickt worden seien. 1998 stellte das Parlament fest, die VR Polen sei eine kommunistische Diktatur gewesen, die Polen gegen den Willen des Volkes durch die Sowjetunion und Stalin aufgedrückt worden sei. Das System sei mit Gewalt, Lüge und der Androhung eines sowjetischen Einmarsches aufrechterhalten worden und habe fremden Interessen gedient. Deshalb verurteile das Hohe Haus dieses System.

So wurde die Auffassung verfestigt, wonach der Sozialismus überhaupt etwas Fremdes, von außen Aufgedrücktes sei, das dem Patriotismus und der polnischen Nationaltradition widerspreche, außerdem eine tödliche Gefahr für die Unabhängigkeit darstelle. Bereits 1879 war in der im Exil herausgegebenen sozialistischen Zeitschrift »Równość« zu lesen: »Wenn die Presse bei uns auch von Zeit zu Zeit einräumen muss, dass es bei uns Sozialisten gibt, so fordert sie, deren Abstammung nachzuweisen, und tauft diese Unruhestifter, ohne noch auf die Dokumente zu warten, indem sie sie zu Moskowitern oder Verrätern stempelt (das übliche Vokabular unserer Patrioten). Polnische Sozialisten werden als importierte Polen oder als polnische Agenten der russischen Regierung angesehen, also als Polen ohne polnisches Herz und ohne polnische Tasche.« (Echa 1962: 129) Ähnliche Meinungen kamen auf, weil der polnische Sozialismus in den ersten Jahren enger mit den revolutionären Verschwörern in Russland verbunden war, es gab sogar eine Vereinbarung über gegenseitige Unterstützung. Selbst Józef Piłsudski hatte in Litauen Kontakte zur »Narodnaja Wolja« gehabt. Er war mit seinem Bruder involviert in das Attentat auf Zar Alexander III. im Jahre 1887, weswegen

sie für mehrere Jahre in die Verbannung nach Sibirien geschickt wurden. Im Zusammenhang mit dem geglückten Attentat kam Lenins älterer Bruder Alexander Uljanow an den Galgen.

Die Unabhängigkeitsfrage war dann 1892/93 die wohl wichtigste Ursache für eine tiefe Spaltung in der polnischen Arbeiterbewegung, die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nie richtig überwunden wurde. Auf der einen Seite bildete sich die Polnische Sozialistische Partei (PPS) heraus, der ab 1894, nach seiner Rückkehr aus der Verbannung, Józef Piłsudski einen Stempel aufdrückte, auf der anderen Seite gründeten Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und ihre Freunde die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP, später SDKPiL), die den alten Unabhängigkeitsgedanken – an dem Karl Marx und Friedrich Engels festgehalten hatten – für überholt hielten. Stattdessen setzten sie auf die gegen die Zarenherrschaft gerichtete politische Revolution im gesamten Russischen Reich.

Der Drang nach der nationalen Unabhängigkeit führte Piłsudski im Laufe des Ersten Weltkriegs zur Schaffung der Polnischen Legionen. Sein Hauptgegner blieb Russland, wobei er zunächst dachte, man könne ein selbständiges Polen wiederherstellen mit Hilfe der Kriegsgegner Russlands – Deutschland und Österreich. Im Kriegsverlauf änderte er seine Meinung, aber nicht bezüglich des Hauptgegners für die Unabhängigkeit Polens – dieser blieb Russland. Andererseits kämpften tausende Polen für die russische Revolution 1917, viele schlossen sich den Bolschewiki an. Die Wiederherstellung Polens Ende 1918 wurde von ihnen, soweit sie davon Kenntnis nahmen, mit großer Skepsis betrachtet. In Polen selbst hatte Piłsudski die Führung übernommen, der an der Haltestelle Unabhängigkeit, wie später immer wieder gerne kolportiert wurde, aus der Straßenbahn mit dem Namen Sozialismus ausgestiegen sei.

Ende Dezember 1918 entstand auch in Polen eine kommunistische Partei – die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (KPRP), später nur Kommunistische Partei Polens (KPP). In ihr schlossen sich die frühere Partei Rosa Luxemburgs und der größere Teil der PPS zusammen, die sich in der Revolution 1905/06 gespalten hatte. Die Haltung der Kommunisten zum neuentstandenen Polen war eine negative, lange Zeit ablehnende. Das bürgerliche Polen, so ihre Auffassung in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, sei ein schweres Hindernis der europäischen Revolution, die kommen werde, wenn der russische Funke hinüberschlage zur deutschen Revolution. Nach der schnellen Niederlage der deutschen

Revolution 1919 blieb nur noch die Hoffnung, den Revolutionsfunken gewaltsam nach Deutschland zu tragen, was den Weg durch das neue Polen erforderlich machte. Diese aus dem polnisch-sowjetrussischen Krieg 1919/20 sich ergebende Möglichkeit sollte im Sommer 1920 beim Schopf gepackt werden, als der Durchbruch der Roten Armee über die Weichsel hinweg nach Deutschland versucht wurde. An der Seite der sowjetrussischen Armeeführer standen polnische Kommunisten bereit, ein Sowjetpolen durchsetzen zu helfen. Darunter waren auch ehemalige enge Mitstreiter und Kampfgefährten von Piłsudski aus der einst gemeinsamen Zeit in der PPS. Piłsudski wiederum war der Anführer des entscheidenden, siegreichen Waffengangs gegen die Rote Armee vor den Toren Warschaws. Die polnischen Kommunisten blieben fortan im neuen Polen über die meiste Zeit eine illegale Partei, weil sie als Abteilung Moskaus und als Verräter am unabhängigen Polen angesehen wurden. Wie sehr die Kommunisten Polens nun in die Tretmühle der Geschichte geraten waren, mag die Tatsache verdeutlichen, dass die Verfolgung und Vernichtung der KPP durch Stalin und Helfershelfer bis 1938 unter dem Vorwand erfolgte, die führenden Mitglieder der Partei seien nahezu allesamt Verräter und geheime Parteigänger Piłsudskis. Wer von den führenden KPP-Genossen diese irrwitzige Verfolgung überlebte, konnte das meistens nur, weil er in polnischen Gefängnissen gesessen hatte, was eine Ausreise in die Sowjetunion praktisch unmöglich machte. Zu ihnen gehörten auch Władysław Gomułka und Bolesław Bierut, die nach dem Krieg in der VR Polen eine große Rolle spielten. Wer jedoch in die Fänge der Sowjetorgane kam, bezahlte das meist mit dem Leben. Laut Ryszard Nazariwicz wurden fast 5.000 Kommunisten Polens in den Terrorjahren in der Sowjetunion umgebracht – darunter alle führenden und exponierten Köpfe, soweit sie sich in der Sowjetunion aufhielten oder sich in den blutigen Jahren nach Moskau riefen ließen, um, wie sie glaubten, noch rettend eingreifen zu können.

1942 wurde im okkupierten Polen mit tatkräftiger sowjetischer Unterstützung eine Polnische Arbeiterpartei (PPR) ins Leben gerufen, die zunächst eigene Partisanenabteilungen bildete – die Gwardia Ludowa (Volksgarde), aus der 1944 die Armia Ludowa (Volksarmee) entstand. In der Sowjetunion wurden polnische Divisionen aufgestellt, die ab Herbst 1943 an der Seite der Roten Armee gegen die Deutschen und deren Verbündete kämpften. Hierauf war das Konzept gegründet, Polen unter dem Beistand der Sowjetunion zu befreien und wiederzugründen, was soziale

und politische Änderungen wahrscheinlicher machte. Und umgekehrt konnten diese Kräfte die politische Macht in Polen nach der Niederlage Hitlerdeutschlands nur gestützt auf die gewaltige militärische und politische Macht der Sowjetunion übernehmen – niemand hatte da Illusionen. Für die meisten politischen Gegner glich dieses Szenario natürlich einer Wiederholung von 1920.

Allerdings setzte sich zunächst das von Władysław Gomułka getragene Konzept durch, mit dem ein polnischer Weg zum Sozialismus gesucht und umgesetzt werden sollte. Er schaffte es, diesen Weg bis 1948 durchzuhalten, und wurde auf Geheiß Moskaus kurze Zeit nach der durchgesetzten Vereinigung von PPR und PPS zur Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) wegen »rechtsnationalistischer Abweichungen« entmachtet und festgenommen, wobei ihm ein Schauprozess erspart blieb. Polen erlebte in den Folgejahren den Versuch, das Land in vielerlei Hinsicht nach sowjetischem Vorbild zuzurichten, was allerdings gründlich schiefging. 1956 ermöglichte der gewachsene gesellschaftliche Druck die gleichsam triumphale Rückkehr Gomułkas an die Macht. Dieser versprach erneut, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu suchen. Verzichtet wurde auf die Kollektivierung des Landeigentums, zugelassen wurde Privateigentum in der Dienstleistungssphäre und bei kleinerer Produktion, schließlich wurde der Druck auf die katholische Kirche spürbar abgeschwächt. Wichtige Zeichen waren eine kontrollierte Öffnung von Wissenschaft und Kultur nach Westen, was auch die Massenkultur einschloss – so traten z.B. 1965 die »Rolling Stones« in Warschau auf, am selben Ort, wo sonst immer die Parteitage abgehalten wurden. Arbeiterunruhen an der Küste im Dezember 1970, die blutig niedergeschlagen wurden, erzwangen Gomułkas Rücktritt, doch Edward Gierek setzte den eingeschlagenen spezifischen Weg grundsätzlich fort. Mittels westlicher Kredite wurde nun versucht, eine forcierte Modernisierung der industriellen Basis durchzusetzen, westliche Technologie und Lizenzen wurden gekauft. Nirgends sonst im sowjetischen Machtbereich spielte die offizielle Staatsideologie des Marxismus-Leninismus eine so eingeschränkte und schwache, geradezu defensive Rolle wie in Polen. Dass sich auch die Außenpolitik selbständig zu behaupten suchte, hatte noch Gomułka im Dezember 1970, kurz vor dem Ausbruch der Arbeiterunruhen, gezeigt, als es ihm gelang, einen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland über die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze abzuschließen. In den Jahren zuvor hatten die sowjetische und

die DDR-Diplomatie versucht, Polen von diesem Alleingang abzubringen mit dem Argument, dass die Sicherheit der polnischen Westgrenze durch die Existenz der DDR und die Stationierung von Hunderttausenden Sowjetsoldaten auf deren Boden garantiert werde.

15 Monate lang hielten die Behörden der VR Polen 1980/81 dem Druck der Sowjetunion und anderer Verbündeter stand, die Ordnung im Land wiederherzustellen und »Solidarność« zu verbieten. Im Dezember 1981 wurde von der Regierung das Kriegsrecht ausgerufen, um der drohenden Gefahr eines sowjetischen Einmarsches zuvorzukommen. Ab 1982 suchte die PVAP-Führung unter Wojciech Jaruzelski nach einem neuen sozialpolitischen Modell, auf dessen Basis ein Ausweg aus der schweren inneren gesellschaftlichen Krise gefunden werden sollte. Als Michail Gorbatschow 1985 in der Sowjetunion das Zepter übernahm, eröffneten sich einerseits neue Spielräume für die Suche nach einer grundlegenden Alternative zur bisherigen Entwicklung, andererseits verlor ein Großteil der PVAP-Elite grundsätzlich den Glauben an eine Reformierbarkeit des bestehenden Systems. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis Marktprinzipien, Privatisierung großer Teile des Staatseigentums und politischer Pluralismus sich durchsetzen konnten. Die Tür dahin stießen die Gespräche am Runden Tisch weit auf, die ab Februar 1989 zwischen Regierung und Opposition bei Vermittlung der katholischen Kirche geführt worden waren und schließlich die Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 ermöglicht hatten, aus denen eine nicht mehr von der PVAP geführte Regierung unter Tadeusz Mazowiecki hervorging. Anfang 1990 löste sich die PVAP auf, anderntags wurde die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) gegründet, die sich für die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, für politischen Pluralismus und für eine schnelle politische und wirtschaftliche Westintegration aussprach. Federführend für diese sozialdemokratische Ausrichtung war Mieczysław F. Rakowski, der viele Jahre lang, insbesondere in der Sowjetunion und der DDR, als (gefährlicher) Reformist angesehen worden war und schließlich infolge der stürmischen, sich überschlagenden Ereignisse des Jahres 1989 zum letzten PVAP-Chef gewählt wurde. Er übergab nun den kräftig angebrochenen Staffstab an den wesentlich jüngeren Aleksander Kwaśniewski.

Obwohl die VR Polen sehr unterschiedliche Gesichter hatte, wird sie in der seit der Wende herrschenden Sichtweise eindeutig als eine kommunistische Diktatur, die ununterbrochen von 1944 bis 1988 geherrscht habe, und als ein nichtpolnischer Staat, gewissermaßen als sowjetische

Okkupation, gewertet. Festgezurret wurde dieses schiefe, ungerechte und insgesamt völlig falsche Geschichtsbild 1998 in den Gesetzen für die staatliche Geschichtsbehörde IPN. Seitdem gehört das Bestreben, Polens öffentlichen Raum vom Kommunismus zu säubern, zu den tragenden Säulen offizieller Regierungspolitik, wobei es einen gravierenden Unterschied macht, ob nichtkommunistische Linksliberale oder eingefleischte Antikommunisten das Steuer in der Hand halten.

2001 kam es zur letzten Regierungsübernahme der politischen Kräfte, die zu erheblichen Teilen aus der PVAP hervorgegangen waren. Wenige Jahre zuvor war aus dem linksdemokratischen Bündnis SLD, in dem die SdRP immer eine tragende und entscheidende Rolle gespielt hatte, eine neue politische Partei hervorgegangen, die nun 2001 fast die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erringen konnte. In der Regierungszeit bis 2005 gab es andere Prioritäten als die Säuberung des öffentlichen Raums vom Kommunismus, in erster Linie den Beitritt zur Europäischen Union. In Opposition zur übermächtig scheinenden SLD fanden die stärker wirtschaftsliberal ausgerichtete PO und die nationalkonservativer ausgerichtete PiS an dieser Flanke zusammen – eine angestrebte rasche Säuberung des öffentlichen Raums vom Kommunismus war jene Klammer, die beide, sich immer tiefer zerstreitenden Parteien noch eine Weile leidlich zusammenhielt.

Selbst nachdem PiS sich 2005 durchsetzen konnte, arbeiteten Abgeordnete beider Parteien an entsprechenden Gesetzesvorlagen und Projekten einvernehmlich zusammen. Auch die Ablösung von Jarosław Kaczyński bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 und die Regierungsübernahme durch Donald Tusk änderte nichts an den ehrgeizigen Vorgaben bezüglich der raschen Säuberung Polens. Um mit seinen nationalkonservativen Konkurrenten geschichtspolitisch gleichzuziehen – die ja bereits das Museum des Warschauer Aufstands vorzuweisen hatten –, engagierte sich Tusk für den Aufbau eines Museums des Zweiten Weltkriegs in seiner Heimatstadt Gdańsk. Mit dem Museum, dessen Eröffnung nun 2017 erfolgen wird, sollte ursprünglich herausgestrichen werden, dass der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begonnen habe, aber erst am 4. Juni 1989 beendet worden sei, dass also der Kalte Krieg zwischen den einstigen Siegermächten der Anti-Hitler-Koalition auch in die Betrachtung und Bewertung des Zweiten Weltkriegs einzufließen habe. 2009 wurde von PO eine Novellierung des Strafgesetzbuches durch das Parlament

gebracht, mit der für die Herstellung, Verbreitung, Lagerung usw. von Gegenständen, die Träger faschistischer, kommunistischer und weiterer totalitärer Symbole seien, eine deutliche Strafverschärfung droht. Der Verfassungsgerichtshof ließ die Novelle passieren. Das Tragen eines T-Shirts mit dem Abbild von Karl Marx ist zwar in Polen auch weiterhin nicht verboten, doch wurde Adrian Zandberg, einer der Spitzenkandidaten für die linksalternative Partei Razem, während der Wahlkampagne im Herbst 2015 von einem Journalisten in der Öffentlichkeit angegriffen, der ein älteres Bild vorzeigte, auf dem Zandberg ein T-Shirt mit Karl Marx getragen hatte.

In Polen wurde nach 1989 erfolgreich die eigene faszinierende und gewiss komplizierte Geschichte der Arbeiterbewegung aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. In dem Land gibt es heute keine hochschulgestützte oder akademische Forschung mehr zu diesem wichtigen Teil der eigenen Zeitgeschichte – das Erbe liegt völlig brach. Der 1. Mai ist zwar weiterhin ein arbeitsfreier Feiertag, doch ist kaum noch jemandem bewusst, welche historische Bewandnis es mit diesem Feiertag hat – die meisten würden bei einer Umfrage meinen, er stamme aus kommunistischen Zeiten. 2006 gelang es der PiS-Regierung, dem 1. Mai gesetzeseffizient einen spezifischen Nationalcharakter zu verpassen: Er sei nun allen denen gewidmet, die mit ihrer Arbeit die Größe der polnischen Nation geschaffen, die ihre Entwicklung gefördert und somit an der Zukunft für die künftigen Generationen gebaut hätten. Das frühere Museum zur Geschichte der polnischen revolutionären Bewegung in Warschau heißt heute Unabhängigkeitsmuseum, das frühere Museum der revolutionären Bewegung in Łódź nennt sich jetzt Museum für die Unabhängigkeitstradition, das frühere Museum der Arbeiterbewegung in Poznań ist ein Museum für die Unabhängigkeitskämpfe in der Region und das frühere Museum zur Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung im einstigen Textilindustriezentrum Żyrardów, in dem überhaupt die ersten Massenstreiks in der Geschichte Polens stattfanden, ist ein Provinzmuseum für den Westteil von Mazowsze. Es gibt landauf, landab keine Einrichtung mehr, in der die Geschichte der Arbeiterbewegung noch angemessen präsentiert wäre – die einzige Ausnahme betrifft die »Solidarność«-Zeit, doch auch diese wird komplett der Unabhängigkeitstradition untergeordnet.

Die sogenannte Säuberung des öffentlichen Raums von den Hinterlassenschaften des Kommunismus fand nach 1989 zunächst auf den un-

teren Entscheidungsebenen statt, denn über die Änderungen von als unliebsam und nicht mehr zeitgemäß erachteten Straßennamen entschieden zunächst die lokalen Körperschaften. Im ganzen Land wurden Straßen, Plätze, Schulen, Kulturhäuser, Bibliotheken usw. tausendfach umbenannt.

Besonders konsequent erfolgte das beispielsweise in Kraków, wo folgende Straßennamen verschwanden: Ludwik Waryński (Mitbegründer der ersten polnischen sozialistischen Partei »Proletariat«, der 1889 im Zarengefängnis auf der Festung Schlüsselburg starb), Cezaryna Wojnarowska (die 1911 verstarb und Mitglied der SDKPiL gewesen war, allerdings Rosa Luxemburg und Leo Jogiches wegen deren Haltung in der polnischen Frage vielfach kritisiert hatte), Rosa Luxemburg, Jan Tyszka (Pseudonym von Leon Jogiches), Julian Leński (Mitglied der SDKPiL und KPP, der 1937 der Stalinschen Repression zum Opfer fiel), Maxim Gorki, Wladimir Majakowski, Marian Buczek (PPS-Mitglied, später KPP, fiel im September 1939 beim Angriff deutscher Truppen auf Warschau, neuerdings will man herausgefunden haben, dass er ein Agent des polnischen Geheimdienstes gewesen sei), Gwardia Ludowa (Volksgarde), Vier Panzersoldaten (bezieht sich auf die auch in der DDR sehr populäre Fernsehserie »Vier Panzersoldaten und ein Hund«, in der die vier Haupthelden Soldaten der an der Seite der Roten Armee kämpfenden Polnischen Armee waren), Ernst Thälmann, Sowjetarmee, Helden Stalingrads, 18. Januar (an diesem Tag wurde Kraków von der Roten Armee befreit), Iwan Konjew (befohligte die Truppen der Roten Armee, die Kraków befreiten), Julimanifest (bezieht sich auf das Programm vom 22. Juli 1944, das als Gründungsdatum der VR Polen in die Geschichtsbücher einging), Traktoristen (die Traktoristen werden als Symbol für die Kollektivierungsversuche in der Zeit zwischen 1948 und 1956 gewertet). Im Herbst 2015 reichte die IPN-Abteilung aus Kraków eine Initiative ein, mit der alle Straßennamen verschwinden sollen, die nach Mitgliedern der kommunistischen Widerstandsbewegung benannt sind, die von den Deutschen umgebracht worden waren.

PiS wollte bereits beim ersten Regierungsantritt 2005 die Säuberung des öffentlichen Raumes vom Kommunismus von oben vorantreiben, schaffte es allerdings wegen der vorgezogenen Wahlen 2007 nicht mehr, entsprechende Gesetzesvorhaben durchzubringen. Allerdings gab es von der staatlichen Geschichtsbehörde IPN Anweisungen an die lokalen Körperschaften, welche Straßennamen angeblich den Kommunis-



*Der 22. Juli 1944 gilt als Gründungsdatum der VR Polen, weshalb Straßennamen mit dem 22. Juli nun auf dem Index stehen. Ein Schelm hat hier kurzerhand den 22. Juli 1807 ins Spiel gebracht, an dem im Herzogtum Warschau Napoleons Zivilgesetzbuch eingeführt worden war.*

mus propagierten. Dabei wurden Erklärungshilfen gegeben, die keinen Zweifel lassen: Straße der Dąbrowski-Brigade (polnische Spanienkämpfer 1936–1939) – die Mehrheit habe sich eingesetzt für die Durchsetzung eines Staates Stalinscher Prägung in Spanien; Straße der Verteidiger von Stalingrad – die Schlacht sei ein Zusammenstoß gewesen zwischen zwei totalitären Mächten, die 1939 Polen unter sich aufgeteilt hätten; Straße der Roten Armee – der Weg der Roten Armee durch Polen sei von vielfachen Vergewaltigungen und vielfachem Unrecht gesäumt gewesen; Straße des 40. Jahrestags der VR Polen – Ausdruck für die Glorifizierung des totalitären Systems und der Stalinschen Unterdrückung Polens; Straße der Bestarbeiter – beziehe sich auf den stalinistisch geprägten sozialistischen Wettbewerb.

Seit der erneuten Regierungsübernahme im Herbst 2015 gibt PiS den scharfen Ton vor: Mit dem am 1. April 2016 angenommenen Gesetz über die Säuberung des öffentlichen Raums vom Kommunismus legt nun die IPN-Behörde fest, welche noch vorhandenen Straßennamen und Namen öffentlicher Einrichtungen den Kommunismus propagieren sollen. Für die Umsetzung der Änderungsprozeduren sind gesetzliche Fristen gesetzt, außerdem werden Geldmittel zur Verfügung gestellt, mit denen entstehende Kosten für Anwohner und Einrichtungen ausgeglichen werden können. Nicht selten und durchaus treffend wird die IPN-Behörde nun als Kaczyńskis Polizeibehörde für Geschichte bezeichnet.

Dieses neue Gesetz ist ein weiterer Meilenstein auf dem langen Weg, um die Erinnerung an die soziale Befreiung aus dem öffentlichen Bewusstsein zu tilgen. Der Sozialismus ist moralisch erledigt worden, ihm wurde erfolgreich und allumfassend die Unabhängigkeit Polens entgegengesetzt. An die blutig niedergeschlagenen Bauernaufstände und Arbeiterstreiks in der Zeit zwischen 1918 und 1939 erinnert kaum noch etwas, von den Arbeiterprotesten in der VR Polen, die bis zur Gründung von »Solidarność« geführt haben, sind in der Erinnerung fast nur noch die Unabhängigkeitsbestrebungen übrig geblieben, die sozialen Forderungen indes sind meistens völlig in Vergessenheit geraten. Die protestierenden Arbeiter, so heißt es jetzt offiziell, hätten einen Meilenstein gesetzt auf dem Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit. Auch wenn laut Meinungsumfrage des CBOS-Instituts im Jahre 2014 noch knapp 42% der Befragten überwiegend positive Bewertungen für die VR Polen finden, ist das Verdikt bei den herrschenden politischen Eliten eindeutig – nämlich vernichtend.

Jarosław Kaczyński hatte kurz vor den Wahlen noch einmal in diese Kerbe gehauen: Die neue Verfassung müsse anders als die bestehende klar herausstellen, dass der polnische Staat eine antikommunistische Identität habe. Bronisław Łagowski, einer der namhaften unabhängigen Publizisten des Landes, stellt dazu resigniert fest: »Wir befinden uns im Tunnel, an dessen Ende kein Licht zu sehen ist.« (»Przegląd« vom 9. November 2015)

## Republik der Verschwörer

Zu den wichtigsten Achsen im politischen Kräftespiel Polens gehört die Einstellung zur Systemtransformation nach 1989. Jene Bürgerinnen und Bürger, die die am Runden Tisch ausgehandelten Kompromisse zwischen Regierung und Opposition für den richtigen, seinerzeit angemessenen Weg aus der Krise halten, bewerten in der Regel auch die nachfolgenden tiefgreifenden Veränderungen positiv oder eher positiv. Doch diejenigen, die meinen, die Veränderungen hätten von Anfang an viel entschlossener und kompromisloser durchgeführt werden müssen, neigen eher zu einer ablehnenden Sicht auf die Prozesse seit 1989. In diesen Kreisen gilt die dritte Republik häufig als das Polen von Kiszczak und Michnik. General Czesław Kiszczak gehörte als Innenminister zu den Mitinitiatoren der Gespräche am Runden Tisch, Adam Michnik hingegen, der vor den Wahlen am 4. Juni 1989 die Zeitung »Gazeta Wyborcza« – übersetzt Wahlzeitung – herausgab und seither ihr Chefredakteur ist, symbolisiert in rechts- und nationalkonservativen Kreisen wie niemand sonst das angeblich antinationale liberale Lager, dessen biografische Wurzeln zudem in das kommunistische Milieu zurückreichen.

Sobald PiS nach den Wahlen im Herbst 2015 die öffentlich-rechtlichen Medien unter die eigene politische Kontrolle gebracht hatte, wurden Programme über den Fernsehbildschirm gejagt, mit denen nachgewiesen werden sollte, wie weit Lech Wałęsa in die Machenschaften des Geheimdienstes der VR Polen verstrickt gewesen sei und wie sehr die Gründung der dritten Republik auf einen Kreis von Verschwörern aus Regierung und Opposition zurückzuführen sei.

Zu besonderer Berühmtheit gelangte hierbei Magdalena, ein kleiner Vorort von Warschau, idyllisch im Kiefernwald gelegen, in dem es damals eine Regierungsvilla gab. Dort trafen sich im September 1988 und im Januar bzw. März 1989 Regierungsvertreter zu vertraulichen Gesprächen mit Oppositionellen, an denen auch Kirchenvertreter teilnahmen. Beim letzten Treffen, am 7. März, sollten aufkommende Schwierigkeiten bei den Gesprächen am Runden Tisch aus dem Weg geräumt werden. Die Gespräche in Magdalena endeten mit einem Erfolg, der mit einem gemeinsamen Abendessen abgerundet wurde. Im Fernsehen liefen nun, fast 27 Jahr später, die Bilder, auf denen zu sehen ist, wie Kiszczak, Michnik und Wałęsa gemeinsam das Glas erheben und sich gegenseitig zu-prosten, was den Verrat von Magdalena beweisen soll.

Jarosław Kaczyński ist bereits seit Langem überzeugt, in Magdalenka sei es neben den abgeschlossenen Vereinbarungen auch zu einer nicht schriftlich festgehaltenen Übereinkunft gekommen, denn das verrieten die Körpersprache, das Lächeln, die Gesten und überhaupt die Atmosphäre der Verbrüderung. In dieser Übereinkunft ging es ihm zufolge im Wesentlichen um die Garantie für die Unversehrtheit der kommunistischen Eliten nach der Machtübergabe und um die privilegierte Position bei der Aufteilung des Staatseigentums.

Allerdings ist der PiS-Vorsitzende doch ein wenig in der Klemme, denn Zwillingsbruder Lech, der damals eine recht hohe Position im »Solidarność«-Führungszirkel innehatte, war selbst an den Gesprächen in Magdalenka beteiligt. Er sollte also aus erster Hand wissen, wie unwahrscheinlich die Hypothese einer geheimen Übereinkunft ist.

Für einen ausreichenden Hinweis auf den Verrat hält Jarosław Kaczyński die frühzeitige Entscheidung von Tadeusz Mazowiecki, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, sie also im Großen und Ganzen ruhen zu lassen. Laut Kaczyński führte Mazowieckis Schlussstrich dazu, dass die VR Polen gar nicht gestürzt worden sei, weil die dritte Republik nur ihre Fortsetzung mit anderen Vorzeichen sei: Die Revolution nach 1989 sei eine komische Revolution gewesen: Sie habe stattgefunden, ohne allerdings revolutionäre Taten zu vollbringen – so Jarosław Kaczyński 2005 vor der renommierten liberalen Stefan-Batory-Stiftung.

Nach Kaczyńskis Lesart wurde kein neuer Staatsapparat aufgebaut, denn der bestehende sei eine bloße Mutation des Staatsapparats aus der Zeit der VR Polen, was am leichtesten daran zu erkennen sei, welche exponierten Positionen ehemalige Funktionsträger der VR Polen bislang weiterhin besetzen könnten. Nach den Wahlen 2015 legte er nach: Es gehe jetzt um den erfolgreichen Kampf gegen den »Postkommunismus« und um die Beseitigung dessen, was dieser »Postkommunismus« in Polen angerichtet habe.

Die Kaczyński-Brüder traten bei den am Runden Tisch ausgehandelten Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 in der Oppositionsliste an, für die Lech Wałęsa das zugkräftige Aushängeschild war. Beiden gelang es, in den Senat einzuziehen, das neugebildete Oberhaus des Parlaments, das sich aus den Wahlkreissiegern zusammensetzt. Im weiteren Sinne gehörten sie einer Fraktion an, in der Befürworter des Schlussstrichs wie Adam Michnik, Jacek Kuroń, Karol Modzelewski, Bronisław Geremek, An-



*Abrechnung mit den Akteuren am Runden Tisch. Gefordert am Rande der Begräbnisfeier für Wojciech Jaruzelski im Mai 2014*

drzej Szczypiorski und Andrzej Wajda saßen. Jarosław Kaczyński war im Sommer 1989 auch als Vertreter von Lech Wałęsa an den Gesprächen beteiligt, in deren Ergebnis schließlich die Sejm-Mehrheit für die Mazowiecki-Regierung gefunden werden konnte. Einen Widerspruch gegen die Beteiligung von PVAP-Ministern und politisch engen Jaruzelski-Vertrauten, die allesamt eine wichtige Rolle bei der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 gespielt hatten, hatte er nicht eingelegt, jedenfalls ist nichts dergleichen aktenkundig geworden. General Kiszczak wurde Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister, General Florian Siwicki Verteidigungsminister.

Die Kaczyński-Brüder hatten es also damals für günstig erachtet, der am Runden Tisch ausgehandelten Richtung grundsätzlich zu folgen. Noch 2006, damals war er bereits amtierendes Staatsoberhaupt, hatte Lech Kaczyński die Beweggründe so erklärt: Das System habe noch Kraft gehabt, in der Sowjetunion sei die Situation unentschieden gewesen. Nie-

mand habe die Gewissheit haben können, was kommen werde, allein die günstige Situation musste genutzt werden, auch wenn die Änderungen von 1988/89 im starken Maße durch sowjetische oder weitergefasst durch kommunistische Kreise beeinflusst gewesen sein konnten. Außerdem seien die Polen die Vorreiter für das gewesen, was anschließend in Berlin und Prag passiert sei.

Bereits Anfang 1990 spürte Jarosław Kaczyński allerdings, dass sich nach dem Regierungsantritt von »Solidarność« die am Runden Tisch abgeschlossene Verständigung erschöpft hatte, sodass auch die Zeit verstrichen war, in der größere Rücksichten auf die Funktionsträger aus der VR Polen genommen werden mussten. Er warf nun der Mazowiecki-Regierung vor, die Systemveränderung zu verzögern, und setzte auf Beschleunigung, worunter er damals die möglichst schnelle Einführung des Kapitalismus und eine Säuberung verstand – die Entfernung von Vertretern des früheren Systems aus dem öffentlichen Leben und einen vollständigen Elitentausch. Seitdem wiederholte der spätere Führer der Nationalkonservativen immer wieder, dass der Runde Tisch nur sinnvoll gewesen sei, weil die Opposition nicht selbst in der Lage gewesen sei, die Macht im direkten Kampf zu erobern. Da nun die Macht auf anderem Weg in die Hände der »Solidarność«-Opposition gefallen sei, müssten alle Festlegungen aufgehoben werden und alle Überbleibsel des kommunistischen Systems zerstört werden, damit endlich das neue System aufgebaut werden könne.

Im Mai 1990 gründete Jarosław Kaczyński die rechtskonservative Partei Porozumienie Centrum (PC, Zentrumsverständigung) und forderte vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Im Juli 1990 traten Kiszczak und Siwicki von ihren Regierungsposten zurück, kurz darauf erklärte Wojciech Jaruzelski, der ein Jahr zuvor vom Parlament für sechs Jahre ins Präsidentenamt gewählt worden war, seinen Rücktritt. Der Nachfolger wurde im Herbst 1990 in Direktwahlen bestimmt.

Inzwischen war es zum scharfen Konflikt zwischen der von Adam Michnik geleiteten, liberal ausgerichteten Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« und dem Lager von Lech Wałęsa gekommen, in dem die Kaczyński-Brüder eine immer stärkere Rolle spielten. Sichtbarer Ausdruck für diesen Konflikt war zunächst Wałęsas Festlegung, dass die Tageszeitung neben ihrem Titel nicht mehr das Emblem von »Solidarność« nutzen dürfe. Schließlich zogen beide Lager ins Gefecht um das vakante Präsidentenamt – Lech Wałęsa traf auf Regierungschef Tadeusz Mazowiecki.

Während dieser mit der »Kraft in der Ruhe« die Wähler in ohnehin turbulenten Zeiten zu überzeugen suchte, setzte Wałęsa wie die Kaczyński-Brüder auf »Beschleunigung« – und gewann haushoch. Er kündigte in seiner unnachahmlichen, gleichermaßen derben wie direkten Art an, künftig »mit dem Beil durch das Land zu fahren, um den Dieben den Hieb zu versetzen«.

In der Präsidentenkanzlei nahmen die Kaczyński-Brüder eine Schlüsselrolle ein: Jarosław wurde Kanzleichef, Lech beaufsichtigte die Arbeit des Nationalen Sicherheitsbüros. Natürlich wollten sie den politischen Kurs des Präsidenten bestimmen, womit sie sich aber schnell übernahmen, denn bereits im November 1991 warf Wałęsa beide in demonstrativer Deutlichkeit aus der Kanzlei.

Im Jahr darauf führte Jarosław Kaczyński eine Demonstration vor den Präsidentenpalast, bei der eine Puppe verbrannt wurde, die Wałęsa darstellte. Dem Staatspräsidenten wurde nun öffentlich vorgeworfen, Agent des Geheimdienstes der VR Polen gewesen zu sein. Kaczyński sagte zu seinen Anhängern: Er habe unsere Präsident sein sollen, doch habe er sich als Präsident der Roten entpuppt. Damals begann Kaczyńskis Kreuzzug gegen den angeblich in Magdalenka ausgehandelten Verrat der »Solidarność«-Elite.

Viele Jahre später zeichnete der frischgebackene Staatspräsident Lech Kaczyński in einem seiner ersten Staatsakte Anna Walentynowicz und Andrzej Gwiazda mit Polens höchstem Orden aus. Beide waren bereits seit den 1970er Jahren in den oppositionellen Gewerkschaftsstrukturen an der Küste tätig und gehörten zur aktiven Gründungsgeneration von »Solidarność«. Und beide hatten bereits vor dem Ende der VR Polen dem legendären »Solidarność«-Chef die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften der anderen Seite vorgeworfen. Bis zu seinem Rauswurf aus der Präsidentenkanzlei im Herbst 1991 war dieses Thema für Jarosław Kaczyński allerdings weniger interessant, im Gegenteil. Großzügig meinte er damals noch, die Frage der möglichen Zusammenarbeit von Wałęsa mit den Sicherheitsstrukturen der VR Polen sei ein ausgeleuchtetes Thema.

Zu den ersten Handlungen der staatlichen IPN-Geschichtsbehörde nach dem Regierungsantritt von PiS im Herbst 2015 gehörte die Durchsuchung der Wohnung von Czesław Kiszczak, der Anfang November 2015 verstorben war. Dabei wurden mehrere Dokumente beschlagnahmt, die sich auf Wałęsas Zusammenarbeit mit den Geheimpolizeistrukturen der



*Abschied von der VR Polen – Begräbnis von Wojciech Jaruzelski im Mai 2014*

VR Polen in den Jahren 1970 bis 1976 beziehen. Die Dokumente wurden durch die IPN schnell der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, kräftig aufgewärmt wurde die Legende, das neue Polen sei nach 1989 im Einvernehmen und mit starker Beeinflussung durch die Sicherheitsbehörden der VR Polen entstanden. Damit soll die vom PiS-Chef verkündete Notwendigkeit untermauert werden, den bestehenden Staat gründlich umzubauen.

## **Der Mythos von Smolensk**

Nach dem klaren Wahlsieg seiner Partei im Oktober 2015 machte Jarosław Kaczyński vor laufenden Fernsehkameras dem toten Zwillingbruder Meldung: »Herr Präsident, ich melde – Befehl ausgeführt!« Damit spielte er auf Lech Kaczyński an, der sich im Oktober 2005, nachdem sein Wahlsieg feststand, vor laufender Kamera mit folgenden Worten

an seinen Zwillingenbruder gewandt hatte: »Herr Vorsitzender, ich melde – Befehl ausgeführt!«

1962 hatte ein Kinderfilm mit dem schönen Titel »Von zweien die auszogen, den Mond zu stehlen« die polnischen Kinos erobert. Die beiden Helden sind faule Zwillingenbrüder, die den Nachbarn zur Last fallen und schließlich auf die entzückende Idee kommen, den Mond zu stehlen und zu verkaufen, um reich zu werden, ohne noch einen Handschlag tun zu müssen. Niemand konnte damals wissen, dass die beiden Taugenichtse aus dem Film eines Tages das Land regieren würden – die Kaczyński-Brüder waren die Hauptdarsteller gewesen.

Die Zwillingen beendeten im wirklichen Leben indes das Jurastudium an der Warschauer Universität. Jarosław blieb in der Hauptstadt, Lech nahm eine Tätigkeit an der Universität in Gdańsk als Arbeitsrechtler auf. Diese Umstände führten dazu, dass Jarosław die Zusammenarbeit mit dem 1976 gegründeten illegalen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) suchte, während Lech frühzeitig in die Arbeit der illegalen Gewerkschaftsstrukturen an der Küste eintauchte, wobei er natürlich Lech Wałęsa kennenlernte. Da Gdańsk zur Wiege von »Solidarność« wurde, ist erklärlich, weshalb von den Zwillingenbrüdern zunächst vor allem Lech eine größere Rolle dort spielte. Deshalb wurde er nach der Verkündung des Kriegsrechts interniert, während Jarosław in Warschau völlig unbehelligt blieb. Dessen vom Ehrgeiz angetriebene politische Rolle wurde erst augenscheinlicher, als er im Frühjahr 1990 mit der von ihm begründeten konservativen Partei PC urplötzlich als ein selbständiger Faktor auf der noch neuen politischen Bühne auftauchte. Aus diesem Keim sollte sich später PiS entwickeln.

Im September 2005 gewann PiS die Parlamentswahlen vor PO mit der Losung von einem »solidarischen Polen«, das einem »liberalen Polen« entgegenstände. Der wichtigste Mann der Wirtschaftsliberalen – Donald Tusk – wollte dennoch wenige Wochen später Präsident werden, da er in Umfragen immer noch vorne lag. Sein härtester Konkurrent war Lech Kaczyński, der schließlich in der Stichwahl mit der Losung einer neuen Republik, der vierten, einen Vorsprung von deutlich über eine Million Stimmen vor Tusk erzielte, der sich im Sommer 2005 bereits vorzeitig als Polens neuer Präsident hatte plakatieren lassen. Allerdings sank der Stern des neuen Staatspräsidenten auffallend schnell, denn nur in den ersten drei Monaten der Amtszeit überwog bei Befragungen die Anzahl der positiven Meinungsäußerungen, danach wurde die Tendenz

immer negativer. Erst der tragische Unfalltod am 10. April 2010 änderte das schlagartig, denn im Mai 2010 bewerteten 65% der vom CBOS-Institut Befragten die Amtszeit von Lech Kaczyński positiv. Eine wirkliche Chance zur Wiederwahl hatte Lech Kaczyński zu Lebzeiten zwar nicht, doch nach der Flugzeugkatastrophe ist er bei den rechts- und nationalkonservativen Kreisen zum Helden aufgestiegen.

Die Präsidentenmaschine, eine modernisierte Tupolew 154M sowjetischer Bauart, zerschellte beim Landeanflug auf den Militärflughafen in Smolensk. Lech Kaczyński befand sich auf dem Weg zu den offiziellen Staatsfeierlichkeiten zum 70. Jahrestag von Katyn. In den Wäldern von Katyn hatten Sicherheitsbehörden der Sowjetunion auf Befehl Stalins im April 1940 4.500 polnische Offiziere hingerichtet, die im September 1939 auf damals polnischem Gebiet in die sowjetische Gefangenschaft geraten waren. Nachdem die Deutschen diese Gebiete erobert und okkupiert hatten, stießen sie im Frühjahr 1943 auf die Massengräber, in denen die getöteten polnischen Offiziere verscharrt worden waren. Der einheimische Förster, von dem die sowjetischen Behörden später annahmen, er habe den Hinweis geliefert, wurde später in der Sowjetunion zu 25 Jahren Haft verurteilt. Die sowjetischen Behörden behaupteten schnell, dass die Deutschen im Herbst 1941 dieses Verbrechen verübt hätten. Die Deutschen aber lieferten den erschütternden Beweis, dass für dieses Kriegsverbrechen die sowjetische Seite allein verantwortlich gewesen war. Die polnische Seite wurde damals von den verbündeten Westalliierten im Stich gelassen, die zumindest offiziell und aus diplomatischen Rücksichten der sowjetischen Lesart folgten, um die mühsam zusammengezimmerter Anti-Hitler-Koalition nicht zu gefährden. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1945/46 hatte die sowjetische Staatsanwaltschaft die Ermordung der polnischen Offiziere durch die Deutschen zwar als einen gesonderten Anklagepunkt eingebracht, doch wurde im Urteil von Nürnberg die Sache stillschweigend fallengelassen. Ab dieser Zeit wurde die Katyn-Frage zur schwersten Belastung für die sowjetisch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, denn die VR Polen teilte offiziell die sowjetische Lesart, obwohl nahezu jeder ihrer Verantwortlichen wusste, auf welcher Seite die tatsächlichen Täter zu finden waren. Eine schizophrene Situation, wie sie kein anderes Land innerhalb des sowjetischen Machtbereiches kannte. Erst im Frühjahr 1987 vereinbarten Gorbatschow und Jaruzelski, die sogenannten weißen Flecken in der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen auf-

zuarbeiten, 1988 fanden noch einmal gesonderte Gespräche beider zu Katyn statt. Im März 1989 meinte man in Moskauer Führungskreisen, es sei nicht möglich, die Führung der VR Polen und die polnische Öffentlichkeit länger hinzuhalten, die Zeit sei in dieser Hinsicht nicht der Verbündete. Dennoch ging im Februar 1990 von Walentin Falin an Gorbatschow die Empfehlung, Jaruzelski – der inzwischen Staatspräsident der Republik Polen war – wissen zu lassen, dass es lediglich Indizien der Verantwortung für den Massenmord gebe, aber keinerlei direkte Beweise. Erst im April 1990 bekannte sich die sowjetische Seite in einer Mitteilung der staatlichen Nachrichtenagentur TASS offiziell zur Verantwortung für die Verbrechen, wobei allerdings ganz allgemein der Stalinismus vorgeschoben wurde. Für die polnische Seite sei an Folgendes erinnert: Am 31. Juli 1981 wurde auf dem Warschauer Powązki-Friedhof ein Kreuz errichtet, das an das Katyn-Verbrechen erinnerte. Dieses wurde in der Nacht darauf von Sicherheitskräften weggeschafft. 1985 ließen die Behörden der VR Polen an gleicher Stelle ein Kreuz errichten, dessen Inschrift die deutsche Seite verantwortlich machte – die Inschrift wurde erst 1988/89 abgeschliffen, wenig später wurde dieses Kreuz durch das 1981 errichtete Kreuz ersetzt. Insgesamt hatten die Sowjetfunktionäre im Frühjahr 1940 fast 22.000 polnische Offiziere, die meistens im Sommer 1939 mobilisiert worden waren und dann im Osten Polens in sowjetische Gefangenschaft geraten waren, an verschiedenen Orten hinrichten lassen. (Die vielleicht beste deutsche Darstellung dieses Verbrechens stammt von Gerd Kaiser, dessen 2002 veröffentlichtes Buch für den obigen Abschnitt zugrunde gelegt wurde.)

Drei Tage vor dem geplanten Staatsakt am 10. April 2010 im Wald von Katyn hatte Ministerpräsident Tusk dort in Anwesenheit seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin gesagt, dass Katyn im tiefsten Sinne des Wortes zu einem Mythos geworden sei. Es habe der verlogene Gründungsmythos des kommunistischen Staats sein sollen, doch hätten diejenigen, die auf dieser Lüge Nachkriegspolen gründen wollten, gegen die Wahrheit verloren, denn der von Mund zu Mund durch mehrere Generationen wiedergegebene Mythos habe sich als stärker erwiesen – immer wenn selbst im Flüsterton über Katyn gesprochen worden sei, hätten die Polen gewusst, dass sie nicht zu bezwingen sein würden.

Die Flugzeugkatastrophe 70 Jahre später, bei der alle 96 an Bord befindlichen Personen ums Leben kamen, darunter das Präsidentenpaar, hochrangige Offiziere, Sejm- und Senatsabgeordnete, Geistliche sowie

weitere hochrangige Vertreter des öffentlichen Lebens, brachte einen weiteren Mythos hervor, der nun insbesondere in nationalkonservativen Kreisen kursiert. Die Katastrophe wird als ein zweites Katyn bezeichnet, denn ähnlich wie im Frühjahr 1940 seien die Kämpfer für die Unabhängigkeit Polens aus dem Leben gerissen worden. Jarosław Kaczyński gab die Richtung bereits wenige Tage nach dem Absturz vor: Die Polen müssten das so plötzlich unterbrochene Wirken Lech Kaczyńskis fortsetzen und ein Zeugnis geben – denen, die im Wald von Katyn erschossen worden seien, und denen, die 70 Jahre später gestorben seien, als sie den Erschossenen ihre Ehre erweisen wollten.

Das Verbrechen von Katyn wurde heimtückisch und unter allergrößter Geheimhaltung verübt. Nach Lesart des Smolensk-Mythos soll die Flugzeugkatastrophe vom 10. April 2010 das Ergebnis eines mysteriösen Anschlags sein, den Kreise in Moskau in Absprache mit ihren polnischen Helfershelfern in Auftrag gegeben hätten. Die Bilder von Tusk und Putin, die sich am Ort der Katastrophe noch am 10. April 2010 die Hände reichten und sich dabei anlächelten, sollen als Beweis genügen. Der Katyn-Lüge folge nun die Smolensk-Lüge. Die Smolensk-Lüge solle verhindern, dass die polnische Regierungsmacht in Hände falle, die sich gegen den Druck aus Russland und Deutschland zu Wehr setzten. Der Kampf um die Wahrheit von Smolensk wurde schließlich zum Kampf für das wahrhaft freie Polen erklärt. Bereits im Oktober 2010 zeigte sich Jarosław Kaczyński überzeugt, dass die PO-Kreise und deren Helfershelfer nur zu gut wüssten, wie wenig ein Polen, welches Lech Kaczyński ehre, zu dem Polen passte, welches sie anstrebten. Wie Piłsudski nicht Sinnbild in der VR Polen habe werden können, so könne nun auch Lech Kaczyński nicht zum Symbol im deutsch-russischen Kondominium werden!

Die veröffentlichten Ergebnisse der staatlichen Untersuchungsbehörden in Russland und Polen zum Unfallhergang, wonach die Katastrophe in erster Linie auf schwerwiegende Fehlentscheidungen der Besatzung zurückzuführen sei, werden von den meisten PiS-Leuten nicht anerkannt. PiS hatte bereits lange vor der Regierungsübernahme eine eigene Untersuchungskommission ins Leben gerufen, die unter Leitung von Antoni Macierewicz stand, dem jetzigen Verteidigungsminister. Von Anfang an wurde dort die Anschlagsversion vertreten. Zunächst war von einem mysteriösen Nebel die Rede, der urplötzlich aufgetaucht sei, später wurden mehrere kleinere, geheimnisvolle Bombenexplosionen an Bord ausgemacht. Im Februar 2016 berief Minister Macierewicz eine

neue staatliche Untersuchungskommission, zu der nun die Mitglieder der einst von ihm geleiteten Kommission gehören.

Den Mythos von Smolensk stärkte auch die Beisetzung Lech Kaczyńskis in der Königs-Gruft auf dem Wawel in Kraków. Hier ruhen dessen sterbliche Überreste nun in unmittelbarer Nachbarschaft zu denen von Józef Piłsudski, Tadeusz Kościuszko und vielen Königen Polens. Das Staatsbegräbnis für Lech Kaczyński erinnerte an die Begräbnisfeier für dessen großes politisches Vorbild – Józef Piłsudski.

Auch wenn Lech Kaczyński während seiner Amtszeit weithin als ein schwacher Präsident galt, wurde er nach seinem Tod in den national-konservativen Kreisen zum Muster für Standhaftigkeit und zum großen Staatsmann stilisiert, dessen Vermächtnis eine große politische Formation zusammenhalten könne. An jedem 10. eines Monats sichert Jarosław Kaczyński seinen Anhängern zu, die Wahrheit von Smolensk werde siegen, auf ihrem Fundament werde ein neues, freies und unabhängiges Polen aufgebaut. Am 10. April 2016 enthüllte Jarosław Kaczyński in Warschau eine neue Gedenktafel für Lech Kaczyński, auf der geschrieben steht, er sei fürs Vaterland gefallen.

2011 wurde von PiS ein sogenanntes politisches Testament von Lech Kaczyński veröffentlicht, wobei versichert wurde, dass dessen Ideale weiterlebten. Er habe sie ausgearbeitet, damit sie in Polen verwirklicht würden und die Zukunft gestalteten. Im April 2012 erklärte Jarosław Kaczyński bereits unumwunden: PiS müsste die Macht übernehmen, um Lech Kaczyńskis Testament umsetzen zu können. Dieses angebliche Testament aber wird von niemand anderem geschrieben als von Jarosław Kaczyński. Nachdem PiS Ende 2014 Andrzej Duda zum Präsidentschaftskandidaten erhoben hatte, wurde sogleich herausgehoben, der Kandidat teile die Ansichten Lech Kaczyńskis, dem er nachfolge und dessen Testament er in seiner Politik umsetzen wolle. Später hatte Duda selbst vielfach Gelegenheit, auf die Fortsetzung des politischen Werkes von Lech Kaczyński hinzuweisen. Nach seinem Wahlsieg besuchte Duda die Gruft auf dem Wawel, gleiches tat Beata Szydło, die jetzige Ministerpräsidentin, nach dem PiS-Sieg bei den Parlamentswahlen. Auch sie kam am Wahlabend nicht umhin zu bekräftigen, dass PiS die Wahlen gewonnen habe, weil die Partei unter Führung Jarosław Kaczyńskis konsequent den Spuren Lech Kaczyńskis folge.

Seitdem bei PiS alle Machtfäden zusammenlaufen, wird alles unternommen, um den Rest der Gesellschaft zu überzeugen, Lech Kaczyński

– und nicht Lech Wałęsa – habe die entscheidende Rolle für die Veränderungen von 1989 gespielt. Später sei er zum großen Staatsmann erwachsen und aus seinem Amt gerissen worden. Um den gewünschten Lech-Kaczyński-Kult wirkungsvoll in Szene setzen zu können, braucht es feierliche Namensgebungen von Straßen, Plätzen, öffentlichen Gebäuden. Die per Gesetz geforderten Säuberungen haben diesem Ziel zu dienen. Lech Kaczyński soll der Patron heißen, der über dem nun von PiS zu bauenden Polen thronen wird.

## Dritter Teil

### Welche Kraft könnte PiS in die Schranken weisen?

Der angestrebte nationalkonservative Umschwung wäre kaum möglich, wenn es nicht gleichzeitig zum katastrophalen Niedergang der sozialdemokratisch ausgerichteten Linksdemokraten und zur Krise des von PO geführten liberalen Lagers gekommen wäre.

Als PiS im September 2005 erstmals an die Regierungsruder gelangte, hielt sich das Wahlergebnis in bescheidenen Grenzen – knapp 3,2 Millionen Wählerstimmen reichten bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 40,57%, um mit 27% Stimmenanteil 155 Sitze im 460-köpfigen Sejm zu erlangen, also zahlenmäßig die stärkste Fraktion zu werden. Jarosław Kaczyńskis Partei war gezwungen, eine Regierung mit zwei kleineren Koalitionspartnern einzugehen. Die Konflikte innerhalb der Koalition führten bereits zwei Jahre später zu vorgezogenen Neuwahlen, die PiS dann klar verlor, obwohl die Partei bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung (53,88%) ihre absolute Stimmenzahl noch einmal merkbar steigern konnte. Die Wahlstrategen von PiS hatten zuvor errechnet, dass fünf Millionen Wählerstimmen ausreichen müssten, um die Regierungsmacht zu verteidigen, doch blieb PiS mit knapp 5,2 Millionen Wählerstimmen klar hinter dem Konkurrenten von PO mit 6,7 Millionen Wählerstimmen. Das Mandat, das PiS zehn Jahre später, im Herbst 2015, bekam, war deutlich stärker als 2005, auch die Stimmenzahl lag über der von 2007. Die Kaczyński-Partei wurde von 5,7 Millionen Wählern favorisiert, was ausreichte, um im Sejm die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze zu erlangen.

Bei den Parlamentswahlen 2007 waren auf jene Parteien, die sich grundsätzlich positiv zu den Gesprächen am Runden Tisch 1989, zur Verfassung von 1997 und zur weitergehenden EU-Integration aussprachen, zusammengerechnet 63,57% entfallen, bei den Parlamentswahlen 2011 waren es sogar 65,8% der abgegebenen Wählerstimmen gewesen. Im Herbst 2015 aber stimmten die zur Wahl gehenden Bürger zu 51,15% für jene politischen Kräfte, die den Runden Tisch und die Verfassung von 1997 glattweg ablehnen und sich strikt gegen eine weitergehende EU-Integration aussprechen. Da außerdem 65% unter denjenigen Wählern, die erst nach dem Ende der VR Polen geboren worden

sind, solche Positionen unterstützen, scheint es verständlich, dass der bekannte Soziologe Henryk Domański im April 2016 von einer 20- bis 30-jährigen Dominanz rechtskonservativer Positionen ausgeht, die dem Land nun drohe.

In den 1990er Jahren hatte sich schnell die Aufteilung der politischen Szene vollzogen, sodass die aus der alten Staatspartei PVAP hervorgegangenen Kräfte grundsätzlich denjenigen Kräften gegenüberstanden, die sich auf die legendäre »Solidarność« berufen konnten. Programmatische Fragen waren dabei weniger entscheidend, wichtiger schien die Zugehörigkeit zum »Ethos«-Lager, wie das breitgefächerte und in sich zerstrittene, sich aber unisono auf »Solidarność« berufende Spektrum etwas hochtrabend genannt wurde. Die wohl einzige zusammenhaltende Klammer war die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den »Postkommunisten«, weil argumentiert wurde, dass sich diese angesichts der moralischen Verpflichtungen gegenüber der historischen »Solidarność« verbiete. Das liberale Spektrum machte später eine eventuelle Zusammenarbeit abhängig von einem Kniefall, mit dem die »Postkommunisten« zuvor die politische und moralische Überlegenheit des »Solidarność«-Lagers anzuerkennen hätten. Fast schien es, als ob die »Postkommunisten« ins Büßergewand gezwungen werden sollten – für viele Jahre.

Diese ausgrenzende Behandlung der sozialdemokratisch ausgerichteten Kräfte, die aus der PVAP hervorgegangen waren, erwies sich aber zunächst als ein ungeahnter Glücksfall: Sie machte sie in den Augen vieler Menschen erst recht wählbar, weil sie nun als eine Kraft wahrgenommen wurde, die in klarer Opposition zu stehen schien zu den neoliberalen Konzepten, derer sich die »Ethos«-Regierungen befleißigten. 1995 gab es einen zugespitzten Wahlkampf, wie ihn das neue Polen bis dahin noch nicht gesehen hatte. Im Ergebnis schlug Aleksander Kwaśniewski, der seinerzeit noch junge Spitzenmann der »Postkommunisten«, in der Stichwahl knapp den Amtsinhaber Lech Wałęsa, der wie kein anderer für die Arbeiterlegende von »Solidarność« stand. Fünf Jahre später erhielt Kwaśniewski bereits in der ersten Wahlrunde über 50% der abgegebenen Stimmen. Wałęsa hatte es noch einmal versucht, scheiterte aber mit nur einem Prozent der abgegebenen Wählerstimmen kläglich.

Das 1991 wesentlich von Kwaśniewski zusammengezimmerte linksgerichtete Bündnis SLD (Demokratische Linksallianz), in dem die aus der PVAP hervorgegangenen Sozialdemokraten die dominierende Rolle in-

nehatten, konnte in vier aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen sein Stimmenergebnis jeweils verbessern, um bei den Parlamentswahlen 2001 als erste Formation in Polen nach 1990 die 40%-Marke zu reißen, was allerdings nicht für die absolute Mehrheit der Sejm-Sitze reichte. Zwei Jahre zuvor war die SLD zu einer Partei umgewandelt worden, auch mit der Maßgabe, den Ruf des »Schmuddelkindes« wegen »falscher Herkunft« endgültig ablegen zu können. Das Wahlergebnis schien diese Hoffnung eindrucksvoll zu bestätigen.

Allerdings wandelte auch die SLD-Regierung im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik trotz des großen Wählerzuspruchs auf den bereits angelegten Pfaden. Ministerpräsident Leszek Miller, in grauen Vorzeiten selbst höherer PVAP-Funktionär, beschwor immer wieder die unsichtbare Hand des Marktes. Begründet wurde das in der Öffentlichkeit mit den Zwängen und Bedingungen des für 2004 avisierten EU-Beitritts. Im Ergebnis dieser Regierungsjahre wurde die SLD in weiten Teilen der Öffentlichkeit zunehmend als ein Bestandteil des breit verstandenen liberalen Lagers angesehen – die Linksdemokraten galten nun allerhöchstens noch als linksliberal. Den Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit konnten auch die wechselnden Führungsmannschaften nicht mehr abwenden.

Dem Niedergang der SLD folgte allerdings keine Neugeburt einer anderen linksgerichteten Kraft, die die anspruchsvolle Aufgabe hätte übernehmen können, dem Verlangen nach mehr sozialer Gerechtigkeit eine wählbare politische Stimme zu verleihen. 2005 wurde der Kampf um die Parlamentssitze erstmals nicht mehr zwischen den »Postkommunisten« und dem »Ethos«-Lager entschieden, sondern zwischen zwei Gruppierungen, die sich parallel zum Siegeszug der SLD im Jahr 2001 aus dem in Trümmern liegenden »Ethos«-Lager herauszuschälen begannen – PO und PiS. Nach einem kurzen Intermezzo von PiS in den Jahren 2005 bis 2007 übernahm PO das Heft des Handelns und konnte 2011 sogar stolz darauf verweisen, als erste Gruppierung nach 1989 bei Parlamentswahlen im Regierungsamt bestätigt worden zu sein. Erst 2015 wurden die Wirtschaftsliberalen von den Nationalkonservativen geschlagen, wobei festzuhalten bleibt, dass als einzige nennenswerte oppositionelle Gegenkraft zur PiS-Regierung das bisher überwiegend wirtschaftsliberal ausgerichtete Lager übriggeblieben ist. Die organisatorische Spaltung dieses wirtschaftsliberalen Lagers in nun zwei Formationen, die in Umfragen derzeit häufig gleiche Werte aufweisen, ändert daran nicht viel.

Neben der PO setzt nunmehr auch die junge wirtschaftsliberale Partei »Die Moderne« die Akzente.

## **Im Zeichen der Freiheit**

So wie Piłsudski einst an der Haltestelle »Unabhängigkeit« aus der Straßenbahn in Richtung Sozialismus ausgestiegen sein will, so wechselten auch die auf Arbeiterdemokratie setzenden Kräfte in »Solidarność« an der Haltestelle »Freiheit« wie selbstverständlich die Richtung.

Nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde die Tätigkeit von »Solidarność« durch die Behörden der VR Polen untersagt. Im Oktober 1982 verabschiedete der Sejm ein neues Gewerkschaftsgesetz, mit dem die Gewerkschaft »Solidarność« faktisch für aufgelöst erklärt wurde. Daran änderte auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Wałęsa im Herbst 1983 nichts, obwohl das Osloer Nobelpreiskomitee ausdrücklich hervorhob, dass das Recht der Arbeiter, ihre eigene Organisation zu gründen, Teil der universellen Menschenrechte sei. Die Behörden in der VR Polen sprachen über »Solidarność« von nun an ausschließlich in der Vergangenheitsform, Wałęsa galt nur noch als Privatperson, mitunter wurde er auch als Vorsitzender der ehemaligen »Solidarność« bezeichnet. In der Auseinandersetzung mit dieser offiziellen Linie fanden die sporadischen, später auch heftiger werdenden Widerstandsaktionen unter der Losung statt, dass es keine Freiheit ohne »Solidarność« gebe, was sich im Polnischen reimt: Nie ma wolności bez »Solidarności«.

Während des »Solidarność«-Karnevals 1980/81, wie die Zeit der legalen Existenz der Gewerkschaft in Polen schmückend genannt wird, hatte sie sich sehr stark für eine künftige Arbeiterdemokratie eingesetzt – das heißt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsbeziehungen bis hin zu einer weitgefassten Arbeiterselbstverwaltung. Im September 1981 verabschiedete der Sejm ein Gesetz zur Selbstverwaltung von Staatsbetrieben, mit dem den Arbeiterräten erhebliche Entscheidungsbefugnisse bei der Besetzung der Betriebsdirektoren eingeräumt wurden. Die Ausrufung des Kriegsrechts rückte die ökonomischen und sozialen Forderungen aber in den Hintergrund, denn von nun an dominierten ganz klar die politischen Forderungen. Unter den Bedingungen eines autoritären und repressiven politischen Systems begann sich der

Begriff von Freiheit vor allem um die Einforderung von bürgerlichen Freiheiten und die Respektierung der Menschenrechte zu drehen.

In der Zeit der legalen Betätigung von »Solidarność« wurden die abgeschotteten Fabrikgelände mit ihren abgeriegelten Werktores sowie den an Schornsteinen, Fabrikkränen und Schächten angebrachten Transparenten, die weithin vom »Okkupationsstreik« kündeten, zum Zentrum der Arbeiterproteste. Die Verteidiger dieser Protestfestungen waren die Arbeiter in ihrem Zwillich, die sich gegenseitig Mut machten mit Gesängen, deren Helden Arbeiter wie sie selbst gewesen waren. Vor allem wurde an die Arbeiterproteste angeknüpft, die es bereits zuvor in der VR Polen gegeben hatte. Insbesondere war die blutige Niederschlagung der Proteste von Werftarbeitern an der Ostseeküste im Dezember 1970 immer wieder ein Thema.

Besungen wurde der Kampf um Brot, Freiheit und ein neues Polen, dessen Opfer nicht umsonst gewesen seien. Nun wüssten die Arbeiter, so klang es stolz in den Liedern, wie zu streiken sei, um mit der Regierung verhandeln zu können. Der Stolz auf die eigene Klasse und die führende Rolle, die ihr bei den gewünschten Veränderungen in Polen zukam, war überall herauszuhören: »Wir erinnern uns an die durchwachten Nächte / An die Fabrikture inmitten eines Blumenmeeres / Als die Worte aufhörten, nur Slogan zu sein / Diktatur des Proletariats.« (Andrzej Waligórski, August 1980) Diese Stimmung war weit verbreitet, der verächtlich gemeinte Ausdruck »Prolo« verschwand fast gänzlich, nun wurde respektvoll vom Herrn Arbeiter gesprochen. Vor den Kinokassen bildeten sich lange Schlangen, um den neuesten Film des Starregisseurs Andrzej Wajda zu sehen – einen Film mit einem Arbeiterhelden, dem »Mann aus Eisen«.

Die Arbeiter kamen nicht auf den Gedanken, die Säuberung des öffentlichen Raums von angeblich unliebsamen Namen zu verlangen – die Fabriken, Hütten, Werften und Zechen, in denen gestreikt wurde, blieben nach Ludwik Waryński, Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Adolf Warski oder Lenin benannt. Und wie vertraut klang eine andere Losung, die in Gdańsk die Werft schmückte: Proletarier aller Betriebe, vereinigt euch! 1981 unterzeichneten die »Solidarność«-Organisationen aus den größten Industriebetrieben eine Vereinbarung: Es ging um die Vorbereitung eines Programms der Arbeiterselbstverwaltung, das auf die Umwandlung der Staatsbetriebe in genossenschaftliche Unternehmen zielte, die von den Arbeiterräten geleitet werden sollten. Mitautor

des Projektes war Leszek Balcerowicz, damals stellvertretender Direktor der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft und Chef der Parteiorganisation an der renommierten Hochschule für Planung und Statistik in Warschau (heute Handelshochschule SGH). Die Ausrufung des Kriegsrechts machte die Weiterarbeit an dem Projekt unmöglich, Balcerowicz trat als Zeichen des Protestes aus der Partei aus.

Das Verbot von »Solidarność« und das Streikverbot verlagerten den Widerstand von den Fabriken wieder auf die Straße, wo die Staatsmacht gegebenenfalls mit Wasserwerfern und Tränengas die Grenzen aufzeigen konnte. Nun spielten nicht mehr die Arbeiter die erste Rolle, sondern Jugendliche, Studenten und Angehörige der akademischen Intelligenz. Sie waren bereit, in kämpferischer Pose gegen die Polizeiketten vorzugehen, denn sie fühlten sich eingeschränkt durch die fehlenden bürgerlichen Freiheiten, durch mangelnde Karriereaussichten innerhalb des Systems der Volksrepublik und überhaupt durch fehlende unternehmerischen Freiheiten. Sie verstanden »Solidarność« nicht mehr als eine Bewegung der Arbeiteremanzipation, sondern als eine Bewegung für die bürgerliche Emanzipation, um das repressive System des Staatssozialismus nach dem Vorbild der westlichen Demokratie umzugestalten. Die bisherige Trennungslinie zwischen der staatlichen Parteibürokratie einerseits und der Welt der Arbeiter andererseits wurde ersetzt durch eine andere – zwischen der Diktatur hier und der Freiheit dort. Die Überzeugung aus der Zeit des legalen Wirkens von »Solidarność«, wonach der Aufbau eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz doch noch möglich sei, wurde nach Verhängung des Kriegszustands durch die Ansicht verdrängt, der Sozialismus sei nicht mehr reformierbar. Während der Proteste wurde gerufen: Nieder mit dem kommunistischen System! Zu Helden der Straße wurden die entschiedensten Antikommunisten mit US-Präsident Ronald Reagan an der Spitze. Ihm zu Ehren wurde nach 1989 in Warschau ein Denkmal errichtet, wurden Straßen und Plätze benannt, so auch in Nowa Huta, einer riesigen Stahlarbeitersiedlung am Rande Krakóws, die einst vom Sieg des sozialistischen Aufbaus und der sozialistischen Industrialisierung künden sollte.

Die Rolle der politischen Bildung übernahmen illegale Kleinstverlage, die mit dem aus dem Ausland geschmuggelten Gerät druckten und ihr Angebot anschließend gezielt unter die Leute brachten. Die Protestwelle zog von der Straße weiter in die Theatersäle, in die Kabarets, zu den Rockveranstaltungen unter freiem Himmel. In den Liedtexten wurde

der einstige Arbeiterheld nun von einem anderen Helden abgelöst, der die Wirklichkeit der Volksrepublik rundweg ablehnt und der allein über sein Leben bestimmen will: »Ich will ich selbst sein, ich will endlich ich selbst sein.« (Gruppe Perfect) Zum obersten Wert wurde die persönliche Freiheit: »Ich hatte nicht viel / Ich habe nicht viel / Ich kann alles verlieren / Ich kann alleine zurückbleiben / Freiheit liebe und verstehe ich / Auf die Freiheit kann ich nicht verzichten.« (Gruppe »Die Jungen von der Paulstraße«, *Chłopcy z Placu Broni*, benannt nach dem weltberühmten Jugendroman des Ungarn Ferenc Molnár) Die Fabrik, die Arbeiten im Kollektiv erfordert, entpuppte sich nun als Feind des freien Individuums, geradezu als Instrument seiner Knebelung: »Das Förderband bewegt sich / Du stehst davor / Du bist ein Staubkorn im Spiel / Ein Rädchen in der Maschine.« (Gruppe Lady Punk) Für das undemokratische System hat das Individuum keine Bedeutung mehr: »Du denkst vielleicht, dass du etwas bedeutest / Denn du hast ja Verstand, zwei Hände und den Willen / Deinen Platz auf der Erde bestimmt / Das mit einem Sehr gut gebaute Abitur / Es gibt aber welche, das ist kein Witz / Denen bedeutest Du etwas.« (Gruppe Lady Punk)

Mitte der 80er Jahre wirkten zwei von Lech Wałęsa geleitete Strukturen, auch wenn sie formal nicht zugelassen waren: die Landeszentrale der Gewerkschaft »Solidarność« und das Bürgerkomitee unter Führung von »Solidarność«, in dem sich oppositionelle Intellektuelle und Experten zusammengeschlossen hatten. Diese beiden Strukturen widerspiegelten bereits die sich vertiefende Spaltung zwischen der Arbeiter-»Solidarność«, der eigentlichen Gewerkschaft, und der Intelligenz-»Solidarność«, die bereits weitgehend bürgerlich-freiheitlich ausgerichtet war. Beide Teile drängten auf die Beseitigung, auf den Sturz des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems, allerdings unterschieden sie sich bezüglich der Vorstellungen von einem künftigen Polen. Den Gewerkschaftern stand die von Arbeitern »selbstverwaltete Republik«, wie sie im Herbst 1981 in den Vorstellungen von »Solidarność« immer mehr Gestalt angenommen hatte, viel näher. Doch in den Intelligenzkreisen wuchsen die Vorbehalte gegenüber den Überlegungen zu einer neuen Gemeinschaftsstruktur, in den Vordergrund rückte die Vorstellung von einem neuen Polen, das in erster Linie auf die bürgerlichen Freiheiten gestützt war. Die Gewerkschafts-»Solidarność« strebte die Umwandlung des Staatseigentums in Genossenschaftsstrukturen an, die Intelligenz-»Solidarność« setzte auf die umfassende Privatisierung.



*Auf der Suche nach der einen »Solidarność«, Gdansk, ehemalige Leninwerft*

Die Unterschiede zwischen den Anhängern eines gleichermaßen sozialstaatlich wie katholisch verstandenen »Solidarismus« und den Verfechtern eines ungeschminkten Marktliberalismus waren während der Verhandlungen am Runden Tisch noch nicht manifest geworden, denn die Opposition hatte gar nicht damit gerechnet, in Kürze selbst die volle Verantwortung für die Geschicke Polens übernehmen zu müssen. Das Vorbringen zugespitzter ökonomischer Forderungen ist unter den Bedingungen einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise ein probates Mittel gewesen, die Regierungsseite noch mehr unter Druck zu setzen und zu schwächen. Die Vereinbarungen auf ökonomischem Gebiet hatten sich größtenteils auf die Vorstellungen der Gewerkschafts-»Solidarność« gestützt. Vorgesehen waren u.a. eine vierteljährliche Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung, wobei die Löhne schneller steigen sollten als die Preise und die allgemeinen Lebenshaltungskosten, eine spürbare Rentenerhöhung sowie die Beibehaltung der Vollbeschäftigung durch staatliche Garantien.

Später gab Balcerowicz unumwunden zu, dass die sozialen Vereinbarungen des Runden Tisches gar nicht zu halten gewesen seien, keine Regierung – egal in welchem Land – wäre in der Lage gewesen, solche Verpflichtungen auch umzusetzen. Er behauptete, niemand auf

der »Solidarność«-Seite hätte an diese Versprechungen geglaubt, es sei nur darum gegangen, die Regierung zusätzlich unter Druck zu setzen. Mieczysław F. Rakowski, damals Ministerpräsident, schrieb am 28. März 1989 in sein Tagebuch über die Arbeit der Kommission für Wirtschaft und Sozialpolitik, da seien Postulate aufgestellt worden, »die, sobald sie umgesetzt werden sollten, bedeuteten, dass wir aufhören müssten zu regieren« (Rakowski 2005: 403).

Sechs Wochen vor den Wahlen vom 4. Juni 1989 bekräftigte der Zweite Gewerkschaftstag von »Solidarność«, hier konsequent den Festlegungen des Runden Tisches folgend, dass das Hauptziel der Gewerkschaft in der Schaffung würdiger Lebensbedingungen in einem wirtschaftlich und politisch souveränen Polen bestehe. Es werde ein von Armut, Ausbeutung, Angst und Lüge befreites Leben in einer demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft angestrebt. Vieles klang noch einmal wie auf dem Ersten Gewerkschaftstag im Oktober 1981, als die Arbeiterdemokratie und die Arbeiterselbstverwaltung im Zentrum standen.

Am 8. Mai 1989 war, ebenfalls entsprechend den Festlegungen des Runden Tisches, die erste Nummer der »Gazeta Wyborcza« (Wahlzeitung) in einer Auflagenhöhe von 150.000 erschienen. Herausgeberin war das Bürgerkomitee »Solidarność« – mit diesem Namen zogen Lech Wałęsas Anhänger in die Wahlen vom 4. Juni. Zum Chefredakteur der »Gazeta Wyborcza« war wie schon angesprochen Adam Michnik ernannt worden, der gemeinsam mit Journalisten der einstigen »Solidarność«-Untergrundpresse die Redaktionsarbeit aufgenommen hatte. Adam Michnik hatte einst zu den aktivsten Mitgliedern von KOR gehört, dem 1976 gebildeten Komitee zur Verteidigung streikender Arbeiter.

Der englische Publizist und Historiker Timothy Garton Ash, der über engste Kontakte zu einflussreichen »Solidarność«-Leuten verfügte, beschrieb viele Jahre später in »Gazeta Wyborcza« (vom 10. Mai 2014) einen bemerkenswerten Vorgang, der nicht untypisch für das »Solidarność«-Polen ist. Als stellvertretende Chefredakteurin stand in der Redaktion bis 2009 die studierte Ökonomin Helena Łuczowa Adam Michnik zur Seite – seinerzeit eine schillernde Persönlichkeit der »Solidarność«-Untergrundpresse. Sie hatte den »Robotnik« (Der Arbeiter) herausgegeben, der im Titel bewusst an die Tradition der legendären PPS-Zeitung angeknüpft hatte. Das geschah auch deshalb, weil es Piłsudski 1894 gelungen war, unter diesem Titel die erste illegale Arbeiterzeitung im Russischen Reich

überhaupt zu drucken – bis dahin mussten die im Ausland gedruckten Zeitungen immer erst ins Zarenreich geschmuggelt werden.

Timothy Garton Ash, der 1980 Helena Łuczowo kennenlernte, habe sie seinen Lesern als die Rosa Luxemburg der »Solidarność« zu beschreiben versucht. In den Jahren nach der Wende habe er sie darauf einmal angesprochen, worauf er schroffen Widerspruch geerntet habe: Helena Łuczowo habe sich verboten, mit Rosa Luxemburg verglichen zu werden, sie gleiche eher Margaret Thatcher.

»Gazeta Wyborcza« hatte keine Vergesellschaftung der Staatsbetriebe mehr gefordert, sondern ganz offen die Meinung vertreten, der Staat müsse sich durch Privatisierung vom Eigentum befreien. Er sei nicht berufen, sich mit Wirtschaft zu befassen, diese sollte der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen bleiben. Die Zeitung rührte nicht mehr an dem Versprechen, Ausbeutung und Armut zu beseitigen, jetzt wurde Freiheit mit freiem Markt gleichgesetzt, auf dem es zwangsläufig auch zur Teilung in Reiche und Arme kommen müsse. »Gazeta Wyborcza« wurde unter Führung der beiden einstigen Fürsprecher der Arbeitersache Adam Michnik und Helena Łuczowo zur Speerspitze des radikalen Privatisierungsprogramms, das der neue Finanzminister und Stellvertretende Ministerpräsident Leszek Balcerowicz selbstbewusst als Schocktherapie verkaufte, die nötig sei, um den schwerkranken Körper gesunden zu können. Die ersten schweren Schläge wurden gegen Großunternehmen geführt, deren Arbeiter einst bei dem »Solidarność«-Aufstand in der vordersten Reihe gekämpft hatten. Nur wenige Jahre brauchte es, um aus den einstigen stolzen Fabrikfestungen der Arbeiterproteste verlassene Fabrikgelände werden zu lassen. Ganz im Geiste Margaret Thatchers wurden in der »Gazeta Wyborcza« von nun an die Gewerkschaften attackiert: Ihre Führer seien populistisch, demagogisch, strebten nach Etatismus und wollten die Beibehaltung der Arbeiterprivilegien aus den Zeiten der VR Polen.

Der Weg von einem Bezug auf Rosa Luxemburg (und überhaupt auf alle Theoretiker des Sozialismus) hin zu Margaret Thatcher war durchaus typisch für den einst linksorientierten Flügel der »Solidarność«-Bewegung. Dessen Entstehung reicht bis ins Jahr 1956 zurück, als der Druck der Ereignisse im Oktober so angewachsen war, dass Władysław Gomułka nach mehreren Jahren in Haft an die Machthebel zurückkehren konnte. In dem von Gomułka beabsichtigten polnischen Weg zum Sozialismus sollten die Arbeitervertretung auf der Betriebsebene zu-

nächst eine größere Rolle spielen, was auch unterstrichen wurde durch die spontane Entstehung von Arbeiterräten in größeren Industriebetrieben, die kühn verlangten, nicht nur für höhere Löhne streiten zu können, sondern auch regieren zu können. Unter den Teilnehmern waren die jungen PVAP-Mitglieder Karol Modzelewski und Jacek Kuroń.

Bereits Ende der 50er Jahre waren die Kompetenzen der Arbeiterräte beschnitten worden, sodass sich das staatlich-bürokratische Modell von Betriebsverwaltung durchsetzen konnte. Die diesen Prozess ablehnenden Parteimitglieder Kuroń und Modzelewski wurden aus der Partei geworfen und schrieben als Reaktion einen offenen Brief an die Mitgliedschaft, für den sie anschließend ins Gefängnis wanderten. In dem offenen Brief hatten sie ausgeführt, dass die reale Macht in Polen nicht von der Arbeiterklasse, sondern von der zentralen Parteibürokratie ausgehe. Letztere sei faktisch die Eigentümerin des Staatseigentums und beute die Arbeiter aus, die wie im Kapitalismus zur Rolle als bloße Arbeitskräfte verdammt seien. Die Ausbeutung der Arbeit zu beseitigen, bedeute aber, »eine solche Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die organisierte Arbeiterklasse in der Lage ist, über ihre Arbeit und deren Produkt selbst zu bestimmen; in der sie die Produktionsziele festlegt, über Aufteilung und Verwendung des Volkseinkommens entscheidet; in der es ihre Sache ist, Höhe und Richtung der Investitionen, Höhe und Zweck der Ausgaben für soziale Leistungen, für das Gesundheits- und Bildungswesen, für Wissenschaft und Kultur sowie die Höhe der Ausgaben für den Staatsapparat und dessen Aufgaben zu bestimmen. Das ist nur möglich auf dem Boden einer Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiterklasse die ökonomische, gesellschaftliche und politische Macht im Staat ausübt« (Kuroń/Modzelewski 1969: 101). Der Staat sollte also ganz wie einst bei Lenin in »Staat und Revolution« von der herrschenden Klasse, dem Proletariat, geleitet werden. Wird tiefer in die Geschichte von »Solidarność« geschaut – der Name wurde übrigens von Karol Modzelewski vorgeschlagen –, dann zeigt sich sehr schnell, dass ein großer Teil der Gewerkschaftsaktivisten 1980/81 von dieser Vorstellung beseelt gewesen war.

Trotz der tiefen Krise hatte in den letzten Jahren der VR Polen immer noch eine Mehrheit der Gesellschaft die grundlegenden Eingriffe in den gesellschaftlichen Organismus für grundsätzlich richtig erachtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt worden waren und zu verstaatlichten Produktionsmitteln, zur Beseitigung von Arbeitslosig-

keit und zu kostenloser Gesundheitsbetreuung und Schulbildung usw. geführt hatten. Selbst 1989 gab es noch keine breite gesellschaftliche Basis für die Durchführung radikaler marktwirtschaftlicher Reformen, dennoch konnten diese bereits wenige Monate nach der im Sommer 1989 erfolgten Regierungsübernahme durch »Solidarność« durchgesetzt werden.

Während in der Gewerkschaft »Solidarność« eine Entscheidung erst nach vielstündigen, beharrlichen und meist peinlich genauen Diskussionen gefällt wurde, erinnerten Vorbereitung und Beginn der von Balcerowicz befürworteten Marktreformen wegen des schnellen Verfahrens eher an einen Staatsstreich. Jerzy Baczyński, seit 1994 Chefredakteur der Wochenzeitung »Polityka« und ein strikter Befürworter des von Balcerowicz eingeschlagenen marktradikalen Wegs, schätzte rückblickend ein: »Von September bis Silvester 1989 kam es in Polen zu Vorgängen, die [...] als stille Revolution bezeichnet werden könnten. Der damals wenig bekannte 42-jährige Ökonom Leszek Balcerowicz, der völlig überraschend zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten und zum Finanzminister berufen worden war, hatte zusammen mit einer Gruppe von Mitarbeitern in aller Stille ein Gesetzespaket vorbereitet, das später als Balcerowicz-Plan bezeichnet wurde. Damals war noch nicht klar, warum es gehen sollte, nur mehr oder weniger um die Änderung der Gesellschaftsordnung in Polen. [...] Einige wenige Leute (der Hauptstab des Stellvertretenden Ministerpräsidenten umfasste nicht mehr als sechs Personen) führten Polen vom Sozialismus in den Kapitalismus. Die Polen wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt.« (»Polityka« vom 11. Dezember 2004)

Der an Köpfen überschaubare Beraterstab von Balcerowicz ging von vornherein davon aus, die Gesetzesänderungen, mit denen das noch bestehende Gesellschaftssystem von Grund auf umgewälzt wurde, spätestens zum 1. Januar 1990 rechtskräftig werden zu lassen. Das vorbereitete Paket von zehn Gesetzesvorschlägen wurde am 17. Dezember 1989, einem Sonntag, dem Sejm vorgelegt, wobei die vorgeschlagene Variante der Reformen als alternativlos beschrieben wurde, da Polen nur so vor dem wirtschaftlichen Kollaps bewahrt werden könne. Für die inhaltliche Diskussion blieb keine Zeit, die Gesetze passierten gleich nach Weihnachten, am 27. Dezember 1989, den Sejm. Der Senat, das neugebildete Oberhaus, das sich aus den Wahlkreissiegern und somit fast ausschließlich aus Leuten des Bürgerkomitees der »Solidarność« zusam-

mensetzte, ließ die Gesetze ohne Widerspruch passieren. Wojciech Jazuzelski, dem vom Parlament gewählten Staatspräsidenten, wurden die Papiere am 30. Dezember 1989 vorgelegt – er unterschrieb sofort, ohne die Gesetzespapiere noch einer weiteren Prüfung zu unterziehen. Die Atmosphäre, in der der Balcerowicz-Plan so übereilt angenommen worden war, beschrieb Karol Modzelewski viele Jahre später so: »Der Senat, dessen Mitglied ich gewesen war, ging aus den freien Wahlen hervor und wurde absolut von [...] ›Solidarność‹ beherrscht. Von den 100 Senatoren hatten 99 das Bild von Lech Wałęsa und das Logo des Bürgerkomitees ›Solidarność‹ am Jackenrevers. [...] In dieser Kammer saßen tatsächlich viele Gewerkschafter, sodass davon ausgegangen werden konnte, das Programm der so ungemein drastisch gegen die Arbeiter gerichteten Politik [...] träfe im Senat auf entsprechend starken Widerstand. In der Diskussion unterzog ich das Regierungsprogramm einer scharfen Kritik und kündigte an, gegen die Projekte der Steuergesetzgebungen zu stimmen. [...] Niemand stellte sich der Diskussion. [...] Die Kritik an ›unserer‹ Regierung machte verlegen und empörte.« (Modzelewski 2014: 399)

Während über die Veränderung des politischen Systems die Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 entschieden, an denen 17 Millionen Bürger teilgenommen hatten, wurden die Veränderungen des Wirtschafts- und Sozialsystems mit der in einem kleinen Kreis und im Geheimen ausgearbeiteten Balcerowicz-Reform auf den Weg gebracht, die mit dem 1. Januar 1990 in Kraft trat. Einige Jahre später gab Balcerowicz auf die Frage, weshalb er damals nicht laut gesagt habe, nun werde der Kapitalismus eingeführt, zur Antwort: Die Bezeichnung Kapitalismus sei durch die Sozialisten in Umlauf gebracht worden und habe überhaupt einen negativen Anstrich. In der Politik, so Balcerowicz weiter, gehe es nicht darum, dem zu folgen, was eine Mehrheit möchte, sondern darum, diese Vorstellungen gekonnt zu ändern.

Diese Überzeugung, einer besser informierten Minderheit anzuhören, die gegen vorherrschende Ansichten in einer nicht so genau Bescheid wissenden Mehrheit Entscheidungen treffen und durchsetzen müsse, war typisch für den liberalen Flügel im einstigen »Solidarność«-Lager. In den Anfangsjahren der neuen Republik hatte sich dieser Flügel formiert in der UW (Freiheitsunion; anfänglich hatte man sich als Demokratische Union bezeichnet), die die laufende Politik in einem entscheidenden Maße mitbestimmen konnte. 1997 führte Balcerowicz die UW

als deren Parteivorsitzender erneut in die Regierung und wurde wiederum Stellvertretender Ministerpräsident sowie Finanzminister. Bei der nächsten Wahl 2001 bekam die UW ihre Quittung – sie erhielt nur noch 3,1% der abgegebenen Stimmen und flog aus dem Parlament. Auf Balcerowicz folgte an der Spitze der Freiheitlichen Władysław Frasyniuk. Dieser war eine »Solidarność«-Legende, die in den 1980er Jahren lange Zeit wegen verbotener Gewerkschaftstätigkeit im Gefängnis gesessen hatte. Doch auch er konnte den endgültigen Untergang der Freiheitsunion nicht mehr aufhalten. Heute ist Frasyniuk Privatunternehmer und gibt in Interviews freimütig zu, kein Interesse mehr an Gewerkschaftstätigkeit zu haben.

Jacek Kuroń war in den 1970er Jahren das bekannteste Gesicht im Arbeiterverteidigungskomitee KOR und dessen inoffizieller Führer. 1990 schenkte er als Arbeits- und Sozialminister in der Mazowiecki-Regierung auf den Straßen Polens heiße Suppe für Bedürftige aus. Am Ende seines politischen Lebenswegs schrieb Kuroń überaus nachdenklich: »Die Menschen schauen auf uns mit Verwunderung und fragen, was mit uns geschehen sei. Wir seien so tüchtig und ehrlich gewesen. Eigenhändig hätten sie uns an die Macht getragen. Und was hätten wir daraus gemacht? Ich weiß natürlich, dass dies eine einseitige Einschätzung ist. Doch ein Recht, solche Fragen zu stellen, haben sowohl die Ideenmenschen, die Gegner des Kapitalismus, und diejenigen, die in Armut leben – die Arbeitslosen, die Beschäftigten in den untergegangenen Staatsgütern, Zechen, Hütten, Fabriken, ein großer Teil der Rentner, die kinderreichen Familien. Diese Menschen machen die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus. [...] Für die hat es sich, soweit von Veränderungen die Rede ist, zum Schlechteren gewendet.« (Kuroń 2002: 145)

Der andere Mitverfasser des berühmten Offenen Briefes von 1965, Karol Modzelewski, hatte als einer der ganz wenigen Senatoren im Oberhaus den Balcerowicz-Gesetzen die Zustimmung verweigert, und anders als Kuroń ist er dem Freiheitsflügel von »Solidarność« als Mitglied der UW nie beigetreten. Im August 2005 erklärte er aus Anlass des 25. Jahrestags der Gründung von »Solidarność« freimütig, er habe nicht für den Kapitalismus gekämpft, er habe in der VR Polen insgesamt achteinhalb Jahre im Gefängnis gesessen, doch für den Kapitalismus hätte er nicht einen einzigen Tag seiner persönlichen Freiheit hergegeben.

## Die verlorene Linke

Die auf die PVAP folgende und aus ihr hervorgehende Sozialdemokratie versuchte vor allem, beim liberalen Flügel des »Solidarność«-Lagers schnell als glaubwürdige politische Kraft anerkannt zu werden. Dabei schien es weniger wichtig, das Bild der Partei als einer Kraft aufzubauen, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und für die Belange der Wendeverlierer einsetzt.

Leszek Miller, der wie kein anderer die Geschichte der SLD mitschrieb, stammt selbst aus einer weniger begüterten Arbeiterfamilie. Der Vater war Schneider, die Mutter Färberin. Die schwierigen Umstände machten es erforderlich, dass Leszek Miller bereits mit 17 Jahren einer geregelten Arbeit in den berühmten Leinenfabriken von Żyrardów nachging, die zu den größten ihrer Art im gesamten sowjetischen Einflussbereich gehörten. Miller steht gleichermaßen für Glanz und Elend der SLD. Er stand an der Parteispitze, als die SLD 2001 mit über 40% der Wählerstimmen alle anderen politischen Kräfte im Land in den Schatten stellte. Und er stand wiederum an der Parteispitze, als sie 2015 den Einzug ins Parlament verfehlte.

1946 wurde Miller in Żyrardów geboren, einer Industriestadt 50 Kilometer südwestlich von Warschau. Einst wurde die Stadt das rote Żyrardów genannt, weil sie von jeher zu den Brennpunkten der Arbeiterbewegung im Königreich Polen gezählt hatte. Heute ist die Stadt eine der am besten erhaltenen Industriesiedlungen in Europa, die an die Zeit des industriellen Aufbruchs in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erinnern. 1833 wurde dort die erste maschinenbetriebene Leinenfabrik errichtet, wobei insbesondere Filip de Girard, ein französischer Ingenieur und Erfinder, Entscheidendes zur Entwicklung der Fabriken und der Industriesiedlung beitrug, weshalb die Stadt schließlich seinen Namen erhielt. Ende des 19. Jahrhunderts arbeiteten etwa 10.000 Menschen in den dortigen Leinenfabriken. Die Arbeiter waren einst Bauern, der Kern der qualifizierten Arbeitskräfte setzte sich aus Siedlern aus anderen Ländern zusammen, die meisten von diesen, auch Leszek Millers Vorfahren, kamen aus Deutschland.

Der Arbeitstag in der Fabrik dauerte oft mehr als den halben Tag, an den Webstühlen standen – auf Hockern, damit sie an die Maschinen heranreichten – auch Kinder ab sieben Jahre. In jeder der kleinen Kammern in dem zur Fabrik gehörenden Wohnhaus, für die oftmals ein Drit-

tel des Arbeitslohns abgegeben werden musste, wohnten mindestens sechs Personen. In einer der Garnfabriken Żyardóws kam es 1883 zum Protest gegen die niedrigen Löhne und schwierigen Arbeitsbedingungen. Es war der Beginn der ersten Massenproteste im Russischen Reich.

Bereits 1891 wurde der 1. Mai mit einem viertägigen Streik begangen. Während der Revolution 1905/06 war die Stadt eines der Zentren, in denen die Arbeitermassen im Königreich Polen für den Sturz der Zarenherrschaft kämpften. 1924 setzte sich ein von Kommunisten geführtes Wahlbündnis bei den Stadtratswahlen durch, dieses wurde zwar bald wieder für aufgelöst erklärt, doch konnte immerhin die Hauptstraße der Stadt in die Straße des 1. Mai umbenannt werden – und heißt bis heute noch so.

Die Jahre zwischen den Weltkriegen waren krisenhaft, denn die Fabriken hatten den russischen Markt verloren, für den sie einst geschaffen worden waren. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zählte Żyardów 28.000 Einwohner, 4.000 weniger als 1914. Als Leszek Miller hier 1946 zur Welt kam, hatte die Stadt 20.000 Einwohner, am Ende der VR Polen lebten hier 42.000 Menschen.

Die forcierte Industrieentwicklung in der VR Polen und der erneute Zugang zu den östlichen Märkten wirkten sich günstig auf Stadt und Industrie aus. Die Fabrikproduktion wurde erweitert und modernisiert, es kamen neue Wohnsiedlungen hinzu. Wie Lech Wałęsa schloss auch Leszek Miller eine Lehre als Elektriker ab. Nach der Ausbildung arbeitete er zunächst in der Fabrik, die nach der Revolution von 1905 benannt war, um – wie damals geschrieben wurde – an die großen revolutionären Traditionen der Textilarbeiter aus Żyardów zu erinnern. Der junge Elektriker Miller beendete anschließend eine technische Abend-schule, gründete eine Familie und wurde Funktionär im sozialistischen Jugendverband und in der Partei. Schließlich füllte die politische Tätigkeit in den Betriebsstrukturen ihn immer mehr aus. Er schien damals an die Helden aus den Propagandafilmen der 50er Jahre zu erinnern – als einer der vorbildlichen Erbauer des Sozialismus. Nach einem Studium an der Parteihochschule wurde er Parteifunktionär, am Ende der VR Polen war er Mitglied des Politbüros und Sekretär im Zentralkomitee der PVAP.

1986 stimmte Miller als Delegierter des 10. Parteitags der PVAP für das – wie sich bald zeigen sollte – letzte Parteiprogramm der PVAP. In ihm wurden noch einmal ausdrücklich das theoretische Erbe von Marx,

Engels, Lenin sowie die Erfahrungen aus den Klassenkämpfen und dem Aufbau des Sozialismus beschworen. Positiv hervorgehoben wurden auch Rosa Luxemburg sowie die Führer der KPP. Das Ziel sei eine klassenlose Gesellschaft, die die allseitige Entwicklung des Menschen erlaube und in der es weitgehende Selbstverwaltung gebe.

Damals gehörten noch über 2 Millionen Mitglieder der Partei an, allerdings verstand sich im Unterschied zu den Mitgliedern in der SED in der DDR kaum noch jemand als Kommunist. In einer im Juli 1989 durchgeführten Befragung unter der Mitgliedschaft gaben 45% an, vor allem aus beruflichen Gründen in die Partei gegangen zu sein. Lediglich 15% führten ideologisch-programmatische Gründe an.

Nach Ausrufung des Kriegsrechts ging der Einfluss der Partei in der Gesellschaft spürbar zurück. Das musste auch Leszek Miller durchleben, der von 1982 bis 1986 die Jugendabteilung im ZK der PVAP leitete. Es gab kaum noch eine Möglichkeit, die junge Generation von den Vorteilen einer sozialistischen Gesellschaft zu überzeugen, im Gegenteil, die in der Zeit zwischen 1981 und 1989 ins Erwachsenenleben tretende Generation war zutiefst antikommunistisch eingestellt. Auch das spielte in die Welle eines nach 1989 immer tiefer werdenden Antikommunismus hinein.

Wojciech Jaruzelski war der einzige PVAP-Führer, der zugleich Ministerpräsident gewesen war (1981 bis 1985). Der General traute der Partei nicht ganz über den Weg, denn er änderte die zuvor übliche Hierarchie, bei der die Partei führte, die Regierung ausführte. Das Entscheidungszentrum wurde unter ihm in die Regierung verlagert, später verschob es sich in den Staatsrat, den er ab 1985 leitete. Die Ausrichtung der Politik wurde nicht mehr den obersten Parteigremien überlassen, sondern einem engeren Beraterstamm um Jaruzelski selbst. Dort aber hörte aller Glaube an eine künftige klassenlose Gesellschaft auf, statt kommunistischer Ideologie wurde eine Demokratisierung des politischen Lebens und die Übernahme einer marktwirtschaftlichen Ordnung erstrebt, die Polen in absehbarer Zeit an die Länder Westeuropas heranführen sollte.

In diesen Jahren setzte sich in der PVAP endgültig die sozialdemokratische Richtung durch, deren wichtigster politischer Kopf Mieczysław F. Rakowski gewesen war. Er war viele Jahre lang Chefredakteur der angesehenen Wochenzeitung »Polityka« gewesen, die sich als eine intelligente und weltoffene Stimme u.a. für die PVAP-Mitgliedschaft, für die

Lehrerschaft und Wirtschaftsfachleute profilieren konnte. Ein wenig erinnerte sie zudem an »Die Zeit« im westdeutschen Blätterwald, auch wenn der Vergleich wegen der andersartigen Bedingungen hinken mag. In den 1960er Jahren wurde dem Manager-Gedanken in der Wirtschaft der Weg bereitet, der in den 70er Jahren von der Partei selbst immer mehr favorisiert wurde. Solche »Offiziere der Wirtschaft« wurden nun ein ums andere Mal zu Helden in Film und Fernsehen, wobei sie bereits von einem Eigenheim, einer Datsche am Meer oder in den Bergen und vom Urlaub in Jugoslawien träumten. Zunehmend begannen sie sich mit den Managern aus dem Westen zu vergleichen, die sie durch teils intensive Arbeitskontakte persönlich kennenlernten. Hier kam – ähnlich wie in Jugoslawien – der Gedanke einer begrenzten Arbeitslosigkeit auf, um den Arbeitern einen zusätzlichen Anreiz zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu geben.

Die Arbeiter, die in der VR Polen zur führenden Klasse erklärt worden waren, nannten sich selbst in der bürokratischen Terminologie die physisch Arbeitenden, während sich die Verwaltungsbeschäftigten – von der untersten Stufe an – die geistig Arbeitenden nannten. Diese Spaltung wurde in den 70er Jahren immer markanter, sodass der Eindruck aufkam, die PVAP sei eine Partei für die geistig Arbeitenden, nicht für die physisch Arbeitenden. Der Schritt, deshalb eine authentische Arbeitervertretung zu suchen oder zu fordern, war fast folgerichtig. Als solche wurde »Solidarność« schnell anerkannt. Das Verbot der Gewerkschaft im Dezember 1981 kappte bei einem Großteil der Industriearbeiter alle noch bestehenden Bindungen an die PVAP. Obwohl das Land mit dem Kriegsrecht vor dem wohl abzusehenden weiteren Zerfall gerettet wurde, war das politische System der VR Polen insbesondere bei den Arbeitermassen endgültig kompromittiert.

Das Umfeld von Jaruzelski glaubte allerdings auch nicht mehr daran, die tiefe Wirtschafts- und politische Krise überwinden zu können, ohne das bestehende gesellschaftliche System grundlegend zu reformieren. Kurz nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion wurden erste Umrisse marktwirtschaftlicher Reformen bekannt, die freie Zölle, eine konvertierbare Währung, die Kommerzialisierung der Banken, die Möglichkeit des Konkurses von Unternehmen, umfassendere Privatisierung und die Einführung einer Börse vorsahen. Schrittweise umgesetzt wurden sie erst, nachdem Rakowski im Oktober 1988 die Regierung übernommen hatte, in der liberal ausgerichtete

Wirtschaftsfachleute mit einem PVAP-Parteibuch das Sagen hatten. Im Dezember 1988 wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dem den Bürgern wirtschaftliche Tätigkeit ermöglicht wurde, soweit die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden. Erlaubt war nun, was nicht durch Gesetz untersagt war. Noch immer wird dieses Gesetz als mustergültig für die Wirtschaftsgesetzgebung angesehen, weil es den polnischen Unternehmen frühzeitig breiteste Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt habe. Am 31. Oktober 1988 wurde zudem die Entscheidung der Regierung bekanntgegeben, die Lenin-Werft in Gdańsk in den Konkurs zu führen, weil der Betrieb unrentabel arbeite.

Der liberale Schwenk der Rakowski-Regierung führte zu keinem Aufstand in den Reihen der PVAP. Die Führungskader unterstützten die Änderungen, glaubten sie doch, damit ihre Position stärken zu können. Marcin Świącicki war damals Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, von 1993 bis 1997 war er Parlamentsabgeordneter für die Freiheitlichen der UW, seit 2011 sitzt er im Parlament für die Wirtschaftsliberalen der PO. Ein anderes Beispiel ist Andrzej Olechowski, einst PVAP-Mitglied und Regierungsvertreter bei den Verhandlungen des Runden Tisches zur Wirtschaft, später einer der Mitbegründer der PO. Der Zufluss der Liberalen aus der PVAP in die neuen bürgerlichen Parteien wäre noch größer gewesen, hätte es nicht die entschiedenen Vorurteile gegenüber PVAP-Kadern gegeben. Aus diesem Grund nahmen die einstigen Partei-Liberalen nun Spitzenpositionen in der neugebildeten Sozialdemokratie ein.

Nach den Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 und dem Regierungsantritt von Tadeusz Mazowiecki war klar, dass die PVAP in ihrem bisherigen Zuschnitt keine Überlebenschance mehr hatte. Im September 1989 wurde eine große Mitgliederbefragung durchgeführt, an der über eine Million Parteimitglieder teilnahmen. 71% sprachen sich für den Aufbau einer neuen Partei mit neuem Programm und Statut aus. Anfang 1990 wurden mehrere Namensvorschläge unterbreitet: Sozialistische Partei Polens, Sozialistische Partei der Arbeitenden, Sozialdemokratische Partei Polens, Polnische Partei der Arbeitenden, Partei der polnischen sozialistischen Linken und Polnische Partei der Arbeit. Auf dem Ende Januar 1990 durchgeführten Gründungskongress der neuen Partei – an ihm nahmen meistens die gewählten Delegierten des letzten PVAP-Parteitages teil, auf dem die Auflösung der Partei besiegelt worden war – wurde jedoch eingeschätzt, dass der Ausdruck »Sozialismus« durch die Entwicklung der VR Polen kompromittiert sei, sodass schließlich die Be-

zeichnung Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) gewählt wurde. Damit wurde der klare Abschied sowohl von der PVAP als auch von der VR Polen besiegelt.

Zum Generalsekretär der neuen Partei wurde Leszek Miller gewählt, den Vorsitz übernahm der neun Jahre jüngere Aleksander Kwaśniewski, der sich von nun an als der unangefochtene Spitzenmann der neuen polnischen Sozialdemokraten durchsetzen konnte. Kwaśniewski hatte einen anderen Weg zurückgelegt als Miller. In einer Ärztfamilie großgeworden, standen ihm alle Bildungswege offen. Seit frühen Jahren beeindruckte er mit seiner Intelligenz, seinem Wissen und seinen Sprachkenntnissen. Bereits mit 26 Jahren übernahm er die Chefredaktion einer populären Wochenzeitung für Studenten. 1985 wurde er mit knapp 30 Jahren zum Minister für Jugendfragen berufen. Anschließend war er leitend im Sportbereich tätig, so von 1988 bis 1991 als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees.

Bei den ersten freien Parlamentswahlen 1991 erreichte die SdRP 12% der abgegebenen Wählerstimmen, ein damals kaum für möglich gehaltenes gutes Ergebnis. Honoriert wurden die klare Zurückweisung des Balcerowicz-Programms und überhaupt die Kritik an den ersten »Solidarność«-Regierungen. Vorwürfe der schier übermächtigen Gegenseite, die SdRP wolle zurück zur VR Polen und sei überhaupt reformunwillig, wurden erfolgreich zurückgewiesen. Das erhöhte schnell die Glaubwürdigkeit in den Augen vieler Wähler, die eine Alternative zum »Solidarność«-Lager suchten. Die sozialdemokratische Rhetorik fasste Fuß und wurde als wichtiger Teil des öffentlichen und politischen Lebens wahrgenommen.

Der 1991 in den Sejm gewählte Leszek Miller kritisierte die »Solidarność«-Regierungen scharf für die katastrophale Wirtschaftspolitik, für die Schließung unzähliger Fabriken, für das Verschleudern des Nationaleigentums oftmals zu einem Spottpreis. Sobald er zum Rednerpult schritt, verließen die meisten Abgeordneten der anderen Fraktionen den Plenarsaal, weil sie ihn für die personifizierte Rückkehr der schlimmsten PVAP-Traditionen hielten. Er galt nun als ein PVAP-Betonkopf, der so gar nicht zu dem eloquent daherkommenden Kwaśniewski zu passen schien. Miller witzelte damals oft, auch in seinen eigenen Reihen gebrauche man ihn als einen Spiegel, denn wer da hineinschäue, glaube sogleich, besser auszusehen als Leszek Miller. Er selbst verstand sich als Vertreter derjenigen, die nach der Wende brutal an den Rand

gedrückt worden waren. Und er wollte allen beweisen, wie sehr solche wie er unter den Bedingungen der freien Wahl erfolgreich sein können. Viermal hintereinander erreichte er bei Parlamentswahlen in seinem Wahlkreis in der einstigen Textilindustriemetropole Łódź das beste Stimmergebnis.

Als Verantwortlicher für die alltägliche, mühevoll politische Kleinarbeit hatte Miller einen großen Anteil an dem Wahlsieg, den das um die SdRP gebildete Linksbündnis SLD im Herbst 1993 erreichte. Mit 20,41% der abgegebenen Wählerstimmen stieg das Bündnis zur stärksten Kraft im Sejm auf und konnte mit der moderaten Bauernpartei PSL (die in großen Teilen aus der Bauernpartei der VR Polen hervorgegangen war) eine Koalitionsregierung bilden. Miller übernahm den unbeliebten Posten des Arbeits- und Sozialministers. Die offizielle Arbeitslosenquote war mittlerweile von 6,1% im Jahr 1990 auf 16,4% im Jahr 1993 gestiegen, erst 1994 gelang es, einen leichten Rückgang zu verbuchen. 1997, am Ende dieser ersten Regierungszeit der SLD, betrug die Quote nur noch 10,3%, was zurückzuführen war auf ein schnelleres Wirtschaftswachstum als in den Vorjahren und auf Korrekturen, die in der Wirtschaftspolitik am Privatisierungsprogramm vorgenommen worden waren. Arbeitsminister Miller hatte auch versucht, die Leinenfabrik in Żyrardów zu retten, in der er einst sein Berufsleben begonnen hatte, doch blieb die Suche nach einem geeigneten Investor erfolglos, der Betrieb meldete 1997 Konkurs an. Die über 100-jährige Geschichte des wichtigsten Arbeitgebers in der Stadt fand damit ihr Ende.

Zur Halbzeit der SLD/PSL-Koalitionsregierung gewann Aleksander Kwaśniewski im Spätherbst 1995 die Stichwahl gegen Amtsinhaber Lech Wałęsa. Als siegreiche Losung erwies sich das Motto »Wir wählen die Zukunft«. Was die Gegner einen unverschämten Verzicht auf die Verantwortung für die Vergangenheit nannten, war in der Sicht Kwaśniewskis der Versuch, sich über alte politische Gräben hinweg den neuen Herausforderungen zu stellen, weil die Vergangenheit ohnehin niemand mehr ändern könne. Gemeint war der Weg Polens in die transatlantischen und EU-Strukturen, adressiert wurde vor allem die jüngere Generation.

Mit Kwaśniewskis Sieg war der stürmische Prozess einer vollen demokratischen Legitimierung der aus der PVAP herkommenden politischen Strukturen weitgehend abgeschlossen. Die Zeit des Fegefeuers, so Miller damals, sei beendet. 1996 verließ er das Arbeitsministerium, übernahm die Kanzlei des Ministerpräsidenten und 1997 das Ministerium für

Inneres und Verwaltung. Nun galt er unter den Vertrauten als der »Kanzler«, d.h. als der geeignete Spitzenkandidat, um bei künftigen Wahlen die SLD erfolgreich führen zu können. Bei den Wahlen 1997 gelang das noch nicht, die SLD musste die Regierung abgeben, obwohl sie noch einmal 7 Prozentpunkte gegenüber dem Ergebnis von 1994 zulegen konnte. Doch schwere Überschwemmungen im Sommer hatten das Ansehen der Regierung zusätzlich beeinträchtigt, weil führende Regierungsleute vor aufgebrachtten Bürgern lieber auf die Versicherungsfrage verwiesen hatten, statt schnell und unbürokratisch staatliche Hilfen in Aussicht zu stellen. Kurz nach den verlorenen Wahlen von 1997 wurde Miller Vorsitzender der SdRP und damit deren erklärter Spitzenkandidat für die kommenden Wahlschlachten.

Um das eigene Gewicht abzusichern, suchte Miller jetzt nach neuen Wählergruppen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Dafür war es aber unerlässlich, sich klar von der VR Polen und der Vergangenheit der PVAP abzugrenzen. In dem 1997 angenommenen Parteiprogramm der SdRP wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass in der Partei das Verhältnis zum realen Sozialismus gründlich geklärt worden sei, dass die Aussichtslosigkeit, diesen zu reformieren, verstanden worden sei und dass die radikale Kehrtwende hin zu einer offenen, demokratischen, auf Marktwirtschaft gegründeten und auf Europa ausgerichteten Gesellschaft vollzogen worden sei. Diese Kehrtwende sollte die Gründung einer neuen Partei beglaubigen, die im Kern aus dem bisherigen Wahlbündnis SLD bestehen sollte. Vorsitzender der 1999 gegründeten Partei wurde Leszek Miller, zu einem seiner Stellvertreter Andrzej Celiński, der einst an führender Stelle zum liberalen »Solidarność«-Lager gehört hatte. Celiński war wesentlich an der Ausrichtung des SLD-Programms beteiligt, insbesondere an den nun gültigen Überzeugungen von der Überlegenheit der Marktwirtschaft und privatisierter Produktionsmittel. Auf dem Gründungsparteitag begrüßte Miller ausdrücklich die Vertreter der Wirtschaft, da die SLD offenstehe für jene polnischen Unternehmer, die sich erfolgreich im Wettbewerb mit dem Auslandskapital behaupteten.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass der Sieger der Parlamentswahlen 2001 nur Leszek Miller und die SLD heißen konnten. Die offizielle Arbeitslosenquote war seit 1998 wieder kräftig nach oben geschneilt, sie erreichte 2001 den Rekordwert von 20%. Während der Wahlkampagne schlug die SLD virtuos die unterschiedlichsten Töne an – den Arbeitslosen

wurde Arbeit versprochen, den ärmeren Einkommensschichten höhere Löhne, den Geschäftsleuten eine entsprechende effiziente Verwaltung usw. usf. Der Triumph am 23. September 2001 konnte nicht größer sein, denn mit über 40% der abgegebenen Stimmen schrammte Millers Partei nur knapp an der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze vorbei.

Gleich nach dem Wahlsieg besuchte Miller das heimatliche Żyrardów, wo die Hälfte der Wählerstimmen an seine Partei gegangen war. Die Kameras zeigten Miller, wie er durch die leeren Fabrikhallen stapfte, in denen er einst als Elektriker gearbeitet hatte. Er kehrte später noch einmal nach Żyrardów zurück, nun bereits als frischgebackener Ministerpräsident, wobei er der Stadt Hilfe in Aussicht stellte, um die Folgen des Niedergangs der Textilfabriken auffangen zu können.

Doch er half nicht. Schnell entdeckte Miller die Reize des »dritten Wegs« von Tony Blair und Gerhard Schröder. Er war nun als Ministerpräsident fest davon überzeugt, dass die unsichtbare Hand des Markts immer Recht habe und dass alles einem schnellen Wirtschaftswachstum unterzuordnen sei, denn erst danach könne verteilt werden. Knapp zwei Jahre nach seinem Wahlsieg sprach er in der »Gazeta Wyborcza« (29. Juni 2003) offen von den drei Hauptzielen seiner Regierung: Das erste sei Wirtschaftswachstum, denn es sei leichter etwas zu verteilen, wenn es mehr zu verteilen gebe. Das zweite sei Wirtschaftswachstum, denn ein höheres Wachstum führe zu fallender Arbeitslosigkeit. Das dritte sei Wirtschaftswachstum, denn der Gesellschaft gehe es besser, je höher dieses Wachstum sei.

Die Miller-Regierung führte eine Kapitalsteuer für die Kleinsparer ein, ohne indes die Banken in gleicher Weise zu belasten. Die Steuerbelastung für Unternehmen wurde gesenkt, nicht jedoch die für geringe Einkommen. Sozialer Schutz wurde eingeschränkt, so im Mietrecht und beim Familien- und Pflegegeld. Polens Teilnahme am Irak-Krieg der USA 2003 wurde u.a. damit begründet, dass man anschließend wohl von den irakischen Ölvorkommen profitieren könne. Zugelassen wurden geheime CIA-Gefängnisse, in denen die des Terrorismus verdächtigen Insassen gefoltert wurden. In kurzer Zeit wurde aus der SLD eine ganz normale Machtpartei, die kaum noch ideellen Linien folgte. Parteitage wurden in exklusiven Hotels abgehalten, die Spitzendelegierten fuhren in teuren Autos vor und zeigten sich im besten Tuch.

Viel wichtiger als die soziale Lage war vielen in der Partei der eigenartige Konflikt zwischen dem »großen Palast« – dem Lager des Staatsprä-

sidenten – und dem »kleinen Palast« – dem Lager des Regierungschefs und Parteivorsitzenden. Ministerpräsident Miller verwies bei Gelegenheit immer auf die »derbe Freundschaft«, die ihn mit Kwaśniewski verbinde. In den programmatischen Vorstellungen glichen sich die beiden Politiker weitgehend. Zusammenfassend drückte es Kwaśniewski einmal so aus: »Nach meiner Überzeugung ist für Polen eine Linke unerlässlich, für die der einzelne Mensch zählt, die sich ganz zur Demokratie bekennt und keine Gefahr für sie darstellt. Eine Linke, in der die wirtschaftliche Rationalität respektiert wird und die keine wirtschaftlichen Experimente verfolgt, sondern an den freien Markt glaubt und dessen Institutionen und Grundsätze achtet – Börse, unternehmerische Freiheit, Unabhängigkeit der Zentralbank und harte Währung. Sie müsste proeuropäisch sein, also ohne Komplexe eine starke Position Polens in der Europäischen Union aufbauen. Im weltanschaulich-sittlichen Bereich [...] sollte die neue Linke hingegen nicht von ihren Überzeugungen lassen. In diesem Bereich könnte sie eindeutiger auftreten und weniger gezeichnet sein von Kompromissen.« (»Rzeczpospolita« vom 2. September 2004)

Bevor Aleksander Kwaśniewski im Dezember 2005 aus dem Amt schied, zeichnete er Leszek Balcerowicz mit dem höchsten polnischen Staatsorden aus. Bei dieser Gelegenheit erklärte er noch einmal unmissverständlich: »Die Liberalisierung der Wirtschaft und die Einführung transparenter, wiewohl harter Regeln haben sich als das beste Rezept erwiesen. [...] Bei Ihren Entscheidungen und in Ihrem Wirken haben Sie sich stets vom Wohl der polnischen Wirtschaft, der polnischen Währung und der öffentlichen Finanzen leiten lassen. Sie haben nicht gezögert, unpopuläre Dinge zu äußern, doch das ist uns allen gut bekommen.« ([www.prezydent.pl](http://www.prezydent.pl))

Auf dem Abschiedstreffen mit der SLD-Führung appellierte der scheidende Präsident daran, die Errungenschaften der Zeit seit 1989 und die entstandene gesellschaftlich-wirtschaftliche Ordnung zu verteidigen.

Bereits 1989 hatte Kwaśniewski die Hoffnung gehabt, ein Bündnis aus Reformkräften der PVAP und liberalen Kräften aus dem »Solidarność«-Lager um Bronisław Geremek, Jacek Kuroń und Adam Michnik bilden zu können. Auch seine Präsidentschaft stand unter dem Zeichen, ein stärkeres Mitte-Links-Bündnis anzuregen. Intensiver wurden diese Versuche nach dem erzwungenen Rücktritt von Leszek Miller gleich nach dem EU-Beitritt Polens. Unter dem neuen Regierungschef Marek Belka, einem Wirtschaftsfachmann, traten auch Vertreter in die Regierung ein,

die zum Kreis der einstigen »Solidarność«-Liberalen gehört hatten. Bei den Parlamentswahlen 2007 führte Kwaśniewski ein Bündnis an, das sich Linke und Demokraten (LiD) nannte und 13,15% der abgegebenen Wählerstimmen holte. Viele in der SLD fassten das als Niederlage auf, weshalb das lockere Bündnis wieder schnell zerfiel und die SLD unter neuer Führung mit dem an Jahren noch jungen Grzegorz Napieralski an der Spitze einen weiteren Anlauf nahm, um künftig als Koalitionspartner der wirtschaftsliberalen PO zurück ans Regierungsruder kommen zu können. Diese Strategie brachte 2011 ganze 8% ein, wodurch Leszek Millers Rückkehr an die Parteispitze begünstigt wurde. Er versprach, die Partei zu retten und wieder zweistellige Wahlergebnisse zu erreichen. Doch leistete er der Partei einen Bärendienst, als ihm im guten Glauben an den sicheren Wahlsieg von Bronisław Komorowski bei den Präsidentschaftswahlen 2015 der wohl folgenschwerste politische Fehler seiner Laufbahn unterlief. Um Kräfte und kostbare Parteifinanzien zu schonen, die besser für die Parlamentswahlen eingesetzt gehörten, schickte er als SLD-Kandidatin die völlig unbekannte Magdalena Ogórek ins Rennen, eine junge Frau, die zu keiner Zeit in der Lage war, sich vor der Wählerschaft als präsiadiabel zu profilieren. Die 2,38% der Wählerstimmen, die auf Magdalena Ogórek entfielen, offenbarten, wie wenig die Stammwählerschaft von Millers Kandidatenvorschlag überzeugt gewesen war.

Die völlig missglückte Ogórek-Kampagne erschütterte die SLD-Strukturen in den Grundfesten, sodass die Parteiführung unter Miller beschloss, nicht mehr mit dem eigenen Namen und eigenen Spitzenkandidaten anzutreten, sondern ein Wahlbündnis ins Rennen zu schicken. Dabei sollten die einzelnen linksgerichteten Parteien aus Gründen der danach erwarteten staatlichen Parteifinanzierungen erkennbar und genannt bleiben, eine Konstruktion, bei der zwingend das Erreichen einer Achtprozenthürde vorgeschrieben ist. Die Spitzenkandidatin der Vereinigten Linken, wie sich das Wahlbündnis nun nannte, wurde Barbara Nowacka. Ihre Mutter war die am 10. April 2010 bei der Flugzeugkatastrophe in Smolensk ums Leben gekommene Izabela Jaruga-Nowacka, die wohl bekannteste linksgerichtete Politikerin Polens seit 1989, wiewohl sie nie Mitglied der SLD gewesen war und politisch aus dem »Solidarność«-Lager stammte.

Izabela Jaruga-Nowacka wurde 1993 erstmals Sejm-Abgeordnete für die UP (Union der Arbeit), eine sich sozialdemokratisch ausrichtende Partei, die vor allem von Anhängern aus dem »Solidarność«-Lager gegründet

worden war, um der aus der PVAP hervorgegangenen SdRP Paroli bieten zu können. Die von Ryszard Bugaj, einem Wirtschaftswissenschaftler und bekannten »Solidarność«-Oppositionellen angeführte UP lehnte das Angebot, der Koalition aus SLD und PSL beizutreten, ab. Die Partei kritisierte in den Folgejahren die SLD scharf, weil sie, so Bugaj, den wirtschaftsliberalen Kurs der Vorgängerregierungen fortgesetzt und die Privatisierungswelle nicht gestoppt habe. 1997 verfehlte die UP den Einzug ins Parlament, näherte sich unter anderer personeller Führung jedoch der SLD an. Vor den Wahlen 2001 schloss sie mit ihr ein Wahlbündnis, das den Einzug einiger UP-Abgeordneter ins Parlament sicherte. Izabela Jaruga-Nowacka wurde zur ersten Gleichstellungsbeauftragten im Ministerrang, in der Belka-Regierung 2004/05 schließlich Stellvertretende Ministerpräsidentin und Sozialministerin. 2007 wurde sie auf den Listen von LiD erneut ins Parlament gewählt.

Barbara Nowacka begann die politische Karriere wie ihre Mutter in den Reihen der UP, im Jugendverband Młodzi Socjaliści (Jungsozialisten), in dem seinerzeit auch Adrian Zandberg – jetzt Vorstandsmitglied der Partei Razem – zu wirken begonnen hatte. Nach den Parlamentswahlen von 2011 engagierte sie sich in der linksliberalen Bewegung von Janusz Palikot, die sich für eine strikte Trennung von Staat und Kirche einsetzte und mit glatten 10% auf Anhieb ins Parlament eingezogen war. Im Sommer 2015 wurde Barbara Nowacka zur Spitzenkandidatin der Vereinigten Linken gekürt, die aus der SLD, den Resten der Palikot-Bewegung und weiteren kleineren linksgerichteten Parteien (darunter die UP) zu den Wahlen gebildet worden war. Allerdings gelang es ihr nicht, das Ruder kräftig herumzureißen – in dem polarisierten und zugespitzten Wahlkampf zwischen den regierenden Wirtschaftsliberalen der PO und den Nationalkonservativen blieb die Vereinigte Linke auf der Strecke. Die notwendigen 8% der abgegebenen Wählerstimmen wurden nicht erreicht, sodass auch die SLD erstmals in ihrer Geschichte ohne Abgeordnetenmandate blieb. Neue Akzente vermochte hingegen die kleine linke Partei Razem (Zusammen) zu setzen, die sich nicht der Vereinigten Linken angeschlossen hatte und auf eigene Faust agierte. Zwar blieb die Partei mit 3,62% der abgegebenen Stimmen deutlich unter der 5%-Hürde, aber sie kommt nun in den Genuss regelmäßiger Zuschüsse aus dem Steuertopf, für die das Überschreiten der 3%-Marke Voraussetzung ist. Von entscheidender Bedeutung war im Wahlkampf der Auftritt Adrian Zandbergs in einer großen Fernsehdebatte mit allen antretenden Parteilisten

gewesen, bei der das hervorragend vorbereitete Razem-Führungsglied allen anderen kräftig den Schneid abkaufen konnte.

Derzeit ist Barbara Nowacka eine der bekanntesten weiblichen Gesichter im Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD), das sich gleich nach den ersten Gesetzespaketen der Nationalkonservativen gebildet hat. Leszek Miller trat als SLD-Vorsitzender zurück, seine politische Laufbahn scheint beendet. Die Partei Razem, die sich auf die Tradition der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) vor Bildung der VR Polen und auf die Geschichte der Arbeiterkämpfe in der VR Polen beruft, beteiligt sich nicht an den Aktivitäten von KOD, weil sie die Meinung vertritt, dass erst die liberal-demokratischen Kräfte durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik den Weg für den Machtantritt der Nationalkonservativen bereitet hätten. Ausgeschlossen wird von führenden Razem-Mitgliedern auch eine Zusammenarbeit mit der SLD, weil diese keine linksgerichtete Partei sei. Razem sucht einen eigenen linksalternativen Weg mit eigener Programmatik, die in Teilen an die aktuelle Programmatik der deutschen Grünen erinnert. Gehofft wird auf größeren Zuspruch in den Reihen der Beschäftigten, weshalb die Unterstützung von sozialen Protesten, von Lohnauseinandersetzungen und anderen Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichsten Arbeitgebern Vorrang hat. Das Ziel ist es, bei den nächsten Parlamentswahlen in den Sejm einzuziehen.

Am 25. Oktober 2015 entfielen in der einstigen Arbeiterhochburg Żyrardów auf die beiden linksgerichteten Listen der Vereinigten Linken und Razem zusammengerechnet nur noch ein Viertel jener Stimmenzahl, die die SLD bei den Wahlen 2001 hier bekommen hatte. Was die politische Stimmung angeht, so unterscheidet sich das einstige rote Żyrardów in nichts mehr von anderen Städten vergleichbarer Größe in der Region.

## Hochmut kommt vor dem Fall

Barack Obama ließ sich im Juni 2014 bei den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 zusammen mit der Schauspielerin Joanna Szczepkowska ablichten. Der US-Präsident hatte mit dieser Geste nicht die bekannte Theater- und Fernsehschauspielerin gemeint, sondern jene Persönlichkeit, die am Wahlabend im staatlichen Fernsehen triumphierend verkündet hatte: »Meine Damen und Herren,

heute am 4. Juni 1989 ist in Polen der Kommunismus beendet worden.« Knapp ein Jahr später spielte diese freundliche Geste des US-Präsidenten für einen erheblichen Teil des Wahlvolks keine Rolle mehr.

Der 4. Juni fiel 2016 auf einen arbeitsfreien Tag, doch mussten die Mitarbeiter der Regierungsbehörden nach Festlegung der Regierungskanzlei an diesem Tag zur Arbeit erscheinen. Das ist möglich, weil der freigegebene Freitag nach Fronleichnam laut geltendem Arbeitsrecht wieder herausgearbeitet werden muss. Eine willkommene Gelegenheit also, um die Einstellung der Regierung zum 4. Juni unterstreichen zu können. Der Tag verstrich, ohne dass von offizieller oder Regierungsseite an den einstigen Wahltag erinnert wurde. Staatspräsident Andrzej Duda weilte bei einem Auslandsaufenthalt in Italien, außerdem meinte er, es gebe nichts zu feiern, seien die Postkommunisten doch davongekommen. Und Jarosław Kaczyński holte bei passender Gelegenheit erneut die vierte Republik heraus, mit deren Errichtung die dritte Republik – deren Gründungsmythos der 4. Juni 1989 ist – überwunden werden solle.

In der geltenden Verfassung von 1997 wird das heutige Polen als ein demokratischer Rechtsstaat beschrieben, in dem die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit beachtet würden. In das Grundgesetz fanden nicht nur zahlreiche bürgerliche Freiheiten und politische Rechte Eingang, sondern auch der Abschnitt »Freiheit und die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte«. Kaum eine Regierung hat seither genügend Rücksicht auf diese Vorgaben genommen, was sich 2015 in bedenklicher Weise gerächt hat. Die Nationalkonservativen konnten viele Wähler mit dem sozialen Zuckerbrot anlocken, wobei in erster Linie das gesetzliche Kindergeld zählt, das für tausende Familien tatsächlich eine erhebliche materielle Hilfe und Unterstützung bedeutet. eingeführt wurde auch die kostenlose Versorgung mit Medikamenten für Personen ab dem 75. Lebensjahr. Versprochen wurde ein großes Wohnungsbauprogramm, um vor allem erschwinglichen Wohnraum im bisher völlig unentwickelten Mietsektor zur Verfügung zu stellen. Die sozialpolitischen Maßnahmen sind, glaubt man den Umfragen, ein wichtiger Rückhalt, mit dem die Nationalkonservativen ihren Wählerzuspruch aus dem Wahljahr aufrechtzuerhalten suchen. Für viele PiS-Wähler stehen die sozialen Momente im Vordergrund, nicht die von den Nationalkonservativen gleichermaßen verordnete patriotische Sicht auf Vergangenheit und Gegenwart.

Insofern zeigt sich darin auch eine Achillesferse der Regierungsgegner, denn die Protestierenden haben keine rechte Antwort auf die sozialen Angebote, die PiS nun umsetzt. Bis dahin schoben Regierungen sich immer gerne aus der Verantwortung mit dem Argument, es gebe für die Umsetzung derartiger Vorhaben in den öffentlichen Kassen kein Geld. Da allerdings auch allzu offensichtlich ist, dass es Jarosław Kaczyński und seinen Leuten nicht um den Aufbau eines Sozialstaats geht, sondern in erster Linie um die Beseitigung des liberalen politischen Systems, sehen sich viele bestätigt, wenn sie der sozialen Frage weniger Beachtung schenken.

Die bestimmenden linksgerichteten Kräfte in Polen hatten es nach 2008/09 auch aus Befürchtungen vor einer Rückkehr der Kaczyński-Richtung sträflich versäumt, die neoliberale Grundrichtung der herrschenden Politik grundsätzlich infrage zu stellen. Erschwerend kam hinzu, dass Polen als eines der ganz wenigen EU-Mitgliedsländer in jenen Krisenjahren noch ein Wirtschaftswachstum aufweisen konnte, was Wasser auf die Mühlen der neoliberal ausgerichteten Kräfte war. Stolz stand damals Ministerpräsident Donald Tusk vor einer Landkarte, in der Polen gleich einer grünen Insel aus einem rotfarbigen Meer herausragte. Alle umliegenden Länder hatten einen Rückgang der Wirtschaftsentwicklung zu verzeichnen – was durch die rote Farbe angezeigt wurde –, allein Polen konnte sich mit der grünen Farbe schmücken, die für Wirtschaftswachstum stand. Angesichts dessen wurden kritische Stimmen zur sozialen Situation eifertig weggewischt, so als ob dabei Dinge angesprochen würden, die Polen nichts mehr angingen. Jan Guz, Vorsitzender der linksgerichteten Gewerkschaftszentrale OPZZ, hatte mehrmals darauf verwiesen, welch hohen sozialen Preis die polnische Gesellschaft für die harte Sparpolitik zahle. Polen, so Guz, stehe bei den EU-Ländern hinsichtlich des Anteils von Kindern, die in völliger Armut leben müssen, mit an der traurigen Spitze. Das Drama setze sich fort, wenn der im Vergleich zu anderen EU-Ländern geringe Anteil an Kinderkrippen- und Kindergärtenplätzen betrachtet werde. Auch auf anderen Gebieten, etwa dem Gesundheitszustand der Bevölkerung, stehe Polen am Ende der Liste.

Der Schock im liberalen Lager sitzt tief – kaum jemand hatte mit einer solch umfassenden Niederlage gegen die Nationalkonservativen gerechnet. Die jahrelange Vernachlässigung der sozialen Frage, die lediglich als unliebsames Anhängsel erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung

gesehen wurde, rächte sich, denn die Nationalkonservativen waren 2015 die ersten, die sich nach 1989/90 trauten, überprüfbare soziale Versprechungen zum Kern ihres Wahlprogramms zu machen. Dass die meisten ihrer Wähler dabei die nationalkonservative Katze mit im Sack kauften, steht auf einem anderen Blatt.

Holger Politt

## Über ein ungleiches Quartett

Wir sind überhaupt keine Gesellschaft. Wir sind ein großes nationales Banner.

Cyprian Norwid

Vier Gestalten ragen heraus in einer Zeit, in der es in Polen an politischen Talenten wahrlich nicht mangelte. Józef Piłsudski, Roman Dmowski, Ignacy Daszyński und Rosa Luxemburg prägten wie niemand sonst in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die politischen Richtungen, denen sie sich verschrieben hatten. Freilich hatten sie allesamt an ihrer Seite glänzende Mitstreiter, ohne die sie womöglich längst im Strudel der Zeit verschwunden und vergessen wären.

Die ersten drei der Genannten werden im öffentlichen Raum des heutigen Polens noch immer gewürdigt, wobei Józef Piłsudski alle überragt. Nur Rosa Luxemburg ist dem Vergessen anheimgefallen, genauer: Sie gleicht einer öffentlichen Unperson. Die Scheidelinie, die hier scharf teilt, ist die Stellung zur Unabhängigkeit Polens. Piłsudski, Dmowski und Daszyński spielten auch nach 1918 eine wichtige politische Rolle, mit der sie sich tiefer einschreiben konnten in die Geschichte des auf den Ruinen der Wiener Dreiteilung von 1815 wiedererstandenen neu-alten Polens. Rosa Luxemburg hatte indes keine Chance, sich zu diesem, von ihr und ihrer politischen Richtung nicht vorhergesehenen Fakt zu verhalten. Zum letzten Mal äußerte sie sich am 3. Januar 1919 zur Frage des unabhängigen Polens, doch blieb sie in der »Roten Fahne« ihrer Vorkriegshaltung treu, denn sie schrieb über das bürgerliche Polen, das sich gerade aufgemacht hatte, die staatliche Unabhängigkeit des Landes durchzusetzen: Es werde bald zerrieben sein zwischen der proletarischen Revolution in Russland und der kommenden proletarischen Revolution in Deutschland. Die Geschichte verlief in anderen Bahnen, die russische Revolution blieb isoliert und verrannte sich in einer geschichtlichen Sackgasse, aus der das Riesenland viele Jahrzehnte später nicht mehr anders herausfand als durch gründliche Umkehr; in Deutschland blieb die proletarische Revolution gleich völlig aus. Das neue – bürgerlich ausgerichtete – Polen blieb bestehen und wurde erst zwei Jahrzehnte später zwischen



*Dem Schöpfer des unabhängigen Polens, Warschau*

Deutschland und der durch Russland geprägten Sowjetunion zerrieben, die selbst nur noch nationalen Machtinteressen folgten. Vor dem Krieg hatte Rosa Luxemburg eine staatliche Unabhängigkeit Polens entschieden ausgeschlossen, weil sie bis fast zuletzt davon überzeugt gewesen war, den Ausbruch eines Weltkriegs in Europa verhindern zu können. Mit diesem großen europäischen Krieg aber rechneten andere.

## An der Schwelle der Unabhängigkeit

Józef Piłsudski (1867-1935) ist heute gewiss der Patron des neuen Polen – manchmal hat es sogar den Anschein, als wäre er dessen eigentlicher Gründervater. Jedenfalls ist er überall im Land gegenwärtig, am auffälligsten wohl in der Hauptstadt – dort ziert sein Name den größten innerstädtischen Platz, den größten Stadtpark und ein populäres Fußballstadion, außerdem wurde er gleich zweimal in Bronze gegossen. Seine politischen Glanzzeiten liegen indes bereits weit zurück. Im Herbst 1918 stieg er zu jenem großen Mann auf, dem spätere Generationen das Hauptverdienst an der legendenbehafteten Wiederherstellung Polens zuschreiben werden – er sei der Schöpfer der Unabhängigkeit, heißt es seither.

Die Gründung der Republik Polen auf den Trümmern der Dreiteilung des Landes wurde möglich, weil Berlin und Wien den von ihnen angezettelten Ersten Weltkrieg verloren geben mussten und das einst übermächtig scheinende Zarenreich noch vor dem Kriegsende von der Bildfläche verschwunden war. Sie sollte im Verständnis Piłsudskis die Fortsetzung der Ende des 18. Jahrhunderts untergegangenen polnisch-litauischen Adelsrepublik sein, denn während diese nun stolz als »erste Republik« apostrophiert wurde, konnte sich das wiederhergestellte Polen als »zweite Republik« einreihen. Piłsudski war überhaupt der Ansicht, es lohne sich, in dem entstandenen Vakuum um den ganzen Einsatz zu spielen, also nicht von vornherein und freiwillig auf den großen Raum zu verzichten, der mehrheitlich nicht von Polen bevölkert war, einst aber den riesigen Osten im polnisch-litauischen Reich ausgemacht hatte. Der Einsatz militärischer Mittel war hier zwangsläufig – so erklärte sich der Vormarsch bis zum Dnepr und die Einnahme von Kiew, nicht anders der handstreichartige Feldzug gegen das neugeborene Nationallitauen, mit dem Wilna (Vilnius) dem neuen Polen angeschlossen wurde, bevor es dafür keine Möglichkeit mehr gab. Im Vordergrund stand zunächst die Schaffung einer Föderation aus Polen, der Belarus (dem historischen Litauen) und der Ukraine. Das Ziel war, ein starkes Bollwerk gegen das neue Russland zu errichten, das – so Piłsudskis feste Annahme – schnell wieder zu Kräften kommen und deshalb zwangsläufig darauf drängen werde, den im Westen verlorenen Raum zurückzuerobern. Polens starker Mann suchte eine Weichenstellung, um die für Polen folgen schweren geostrategischen Entwicklungen im Osten Europas seit dem

17. Jahrhundert grundsätzlich korrigieren zu können. Insbesondere das historische Bündnis der Kosaken-Ukraine mit dem Moskauer Zaren in der Mitte des 17. Jahrhunderts sollte nachträglich aufgehoben werden. Nie hatten solche Pläne in der damaligen Zeit die leiseste Aussicht auf Erfolg, doch das wiederhergestellte Polen richtete sich unter Piłsudskis Führung zumindest in diese riskante Richtung aus, weil ernsthaft geglaubt wurde, die vorübergehende immense innere Schwächung Russlands infolge der Revolutions- und Konterrevolutionswirren erlaube diesen strategischen Raumgewinn im Osten.

Der wichtigste innenpolitische Gegner für Piłsudskis Pläne in der Ostpolitik war Roman Dmowski (1864-1939), der es vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs geschafft hatte, zum unumstrittenen Führer der Nationaldemokraten aufzusteigen. Diesen verordnete Dmowski ziemlich erfolgreich das programmatische Ziel, einen modernen, bürgerlichen Nationalstaat anzustreben, der sich allerdings nicht mehr über den Weg der traditionellen, unmittelbar gegen die russische Herrschaft gerichteten polnischen Nationalaufstände des 19. Jahrhunderts herstellen oder durchsetzen ließ. Die Zeit der politischen Romantik, so Dmowskis tiefe Überzeugung, sei endgültig passé. Er wollte nun alles auf den Prüfstein harter nationaler Interessen stellen. Das hieß für ihn auch, sich im Osten von den historischen Bindungen mit den Belorussen und Ukrainern, von allen Träumen einer Wiederauferstehung Polens in alten Grenzen – und seien sie auch nur angedeutet – zu trennen. In der Frage der Grenzziehung zum künftigen Russland dürfe es keine gefährlichen Zwischenräume geben, das richtig verstandene nationale Interesse Polens müsse im Osten auf eine möglichst eindeutige Situation orientieren, die auch für den großen Nachbarn Russland zu akzeptieren sei. Polen, so Dmowskis harter Schnitt, den er als den Preis für den Eintritt in die Moderne verstand, müsse sich von allen Illusionen gegenüber den Belorussen und Ukrainern verabschieden, in denen davon ausgegangen werde, dass diese beiden Völker in unmittelbarer Weise etwas für das polnische Nationalinteresse ausrichten könnten. Das künftige Verhalten der Belorussen und Ukrainer gegenüber einem polnischen Nationalstaat war für ihn ein schwer ausrechenbarer Faktor, wobei beide Völker für Dmowski von vornherein und aus leicht nachvollziehbaren Gründen sowieso in den russischen Interessenkreis hineingehörten. Jedes strategische Spiel mit ihren gesonderten, nichtrussischen Interessen werde unweigerlich den offenen und scharfen Konflikt mit dem Nach-

barn Russland heraufbeschwören, was nicht im Interesse Polens liegen sollte. Vielmehr müsse sich Polen einstellen auf den deutschen Drang nach Osten, der auch nach der Gründung eines unabhängigen polnischen Staats nicht plötzlich versiegen werde. Deutschland werde zur Revanche rüsten und jeden Vorteil unbarmherzig auszunutzen suchen, den Polen einräumen würde, sollte es sich Hals über Kopf in einen offenen Konflikt mit Russland stürzen, statt seine Westgrenze gegenüber Deutschland zu sichern. Von hier, so Dmowskis Überzeugung, drohe Polen künftig die eigentliche Gefahr für die nationale Existenz, weniger aus einem russisch beherrschten Osten.

Dmowski erstrebte ein ethnisch weitgehend einheitliches Polen – ohne die großen Minderheitengruppen vor allem an der Ostflanke. Allerdings konzentrierte sich sein Augenmerk sehr bald auf eine weitere große Minderheitengruppe – auf die jüdische Bevölkerung. Im Unterschied zu den Belorussen oder den Ukrainern gab es hier keine Möglichkeit, sie territorial auszugrenzen. In Dmowskis Verständnis war damit ein entscheidender, schwerwiegender Nachteil gegeben, denn die Masse der jüdischen Bevölkerung, so seine Überzeugung, könne nicht zum Träger der polnischen Nationalidee werden. Der liberale Gedanke der Assimilation in die polnische Hochkultur sei längst gescheitert, weil ihn nur die wenigsten gehen könnten. In späteren Jahren sah er den Siegeszug der modernen Nationalstaatsidee, der für ihn mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einsetzte, zugleich als notwendigen Niedergang des Judentums an – Hitlers Machtantritt in Deutschland galt ihm diesbezüglich als das letzte Warnzeichen auch für Polen. Im Grunde basierte Dmowskis Konzept in der jüdischen Frage auf einem umgekehrten Zionismus, denn ihm war es gleichgültig, was die jüdischen Auswanderer im Nahen Osten oder anderswo anfangen, was aus ihnen wurde, wichtig war ihm allein der Gedanke, dass sie aus Polen fortzögen. Wie Theodor Herzl hielt er die jüdische Frage in erster Linie für eine nationale Frage, die aber anders als bei Herzl nicht zu einer politischen Weltfrage gemacht werden durfte, denn Vorrang hatte das entschlossene Handeln des Nationalstaats, dessen Interessen zur Geltung zu bringen waren. Deutlich wird, wie sehr in dieser Hinsicht die Vorstellungen des sozialdemokratischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes dem Dmowski-Konzept entgegenstanden, wurde hier doch konsequent das nichtzionistische Konzept einer kulturellen, nicht ans Territorium gebundenen Autonomie verfolgt. Im Jüdischen Arbeiterbund hielt man – ähnlich wie Dmowski und des-

sen Parteigänger – die Assimilation für gescheitert, pochte deshalb auf die nicht an das Territorium gebundene Autonomie, um dem Zionismus das Wasser abzugraben.

Im Unterschied zu den anderen drei Genannten des Quartetts war Dmowski nicht mit der Arbeiterbewegung verbunden, auch wenn seine politischen Anfänge sich mit der sozialistischen Bewegung Polens für kurze Zeit kreuzten. Allerdings war ihm jeder Gedanke an den proletarischen Internationalismus von Anfang an fremd, schon früh bevorzugte er den Weg zur Ausarbeitung der polnischen Nationalidee ohne die Fangstricke der Aufstandstradition. Die große politische Leistung Dmowskis bestand schließlich darin, vor dem Ersten Weltkrieg im bürgerlichen Lager Polens die auf dem Nationalstaat beruhende moderne Nationalidee eingepflanzt und durchgesetzt zu haben. Die Nationaldemokraten unter Dmowskis Führung übernahmen im bürgerlichen Lager die Zügel, ließen dem liberalen Lager keine Chance und drückten es völlig an den Rand. Dmowskis 1903 veröffentlichte »Gedanken eines modernen Polen« und die 1908 herausgegebene Schrift zur Lage Polens zwischen Deutschland und Russland sind Schlüsseltexte für das Verständnis des modernen Nationalismus in Polen. In gewisser Weise sind Dmowski und die Nationaldemokraten Vorläufer der heutigen Nationalkonservativen in Polen, auch wenn diese sich nicht mehr auf Dmowski beziehen, sondern eindeutig Piłsudski bevorzugen und herausheben.

## **Im Bannkreis der Arbeiterbewegung**

Die anderen aus dem Quartett hatten bis zum Ersten Weltkrieg ihre tiefen Spuren in der modernen Arbeiterbewegung Polens hinterlassen. Rosa Luxemburg und Piłsudski waren seit 1893 bzw. 1894 eng mit der polnischen Arbeiterbewegung im russischen Teil verbunden, Ignacy Daszyński (1866-1936) hingegen war der prägende Kopf der polnischen Arbeiterbewegung in dem zu Österreich gehörenden Galizien. Daszyński kommt das Verdienst zu, als erster die Initiative ergriffen zu haben, um eine gleichermaßen alle drei Teile Polens umfassende sozialistische Partei zu gründen. Er hielt die Tatsache, dass seit dem Internationalen Sozialistenkongress 1891 in Brüssel eine gemeinsame, alle drei Teilungsgebiete umfassende polnische Delegation anerkannt war, für den berechtigten Ausdruck der lebendigen Unabhängigkeitsforderungen in

der Arbeiterbewegung Polens. An der Jahreswende 1891/92 regte er an, einen gemeinsamen Kongress aller polnischen sozialistischen Organisationen aus den drei Teilen des Landes und aus dem Ausland abzuhalten, um eine gemeinsame, polenweite Organisation mit dem organisatorischen Zentrum in Krakau ins Leben zu rufen. Genau genommen ging der aus verschiedenen Gruppen und Initiativen recht heterogen zusammengesetzte kleine Parteikongress in Paris im November 1892 auf diese Initiative zurück. Später wird diese Pariser Zusammenkunft als legendärer Gründungskongress der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) in die Geschichtsbücher eingehen, obwohl eigentlich nur ein in London sein Quartier findender Auslandsbund polnischer Sozialisten (ZZSP) ins Leben gerufen wurde – der Sprung aus Westeuropa hinüber zu den immer stärker wachsenden polnischen Industriezentren im Zarenreich blieb aus.

Auch Daszyński wurde nicht zu dieser Zusammenkunft eingeladen, seine Idee, das galizische Krakau zum Organisationszentrum zu machen, um zumindest auf polnischem Grund zu handeln, blieb ungehört. Doch der Stein war ins Rollen gekommen, Polens moderne Arbeiterbewegung verschaffte sich in kurzer Zeit politische Strukturen, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs alle Diskussionen über die Zukunft des Landes in besonderer Weise prägten. Daszyński, Piłsudski und Rosa Luxemburg hatten daran entscheidenden Anteil.

Nur wenige Monate vor der Pariser Zusammenkunft im November 1892 hatte Daszyński eine herausragende Rolle bei der Gründung der sozialdemokratischen Partei in Galizien gespielt, die formal als Landesorganisation der österreichischen Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurde und sich zunächst dem Namen nach noch nicht eindeutig als polnische Partei apostrophierte, sondern eher auf die komplizierte Nationalitätenzusammensetzung in Galizien Rücksichten nehmen musste. Mit der 1897 erfolgten Umbenennung in Polnische Sozialdemokratische Partei für Galizien und Österreichisch Schlesien (PPSD) wurde allerdings der polnische Charakter herausgestrichen, was ganz im Sinne Daszyńskis war. Die Partei sollte eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des Nationalgedankens innerhalb der Arbeiterbewegung Polens spielen, auch wenn es in Opposition zu Daszyński immer wieder starke Tendenzen gab, den gesamtpolnischen Charakter weniger zu betonen, sich dafür in erster Linie als Teil der gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung zu verstehen.

Für Daszyński stand fest, dass eine gesonderte polnische Arbeiterwelt bestehe, mit gesonderten Interessen und gesonderten politischen, gesellschaftlichen und nationalen Idealen, die sich deshalb in einer starken und bewussten gesamt-polnischen Arbeiterpartei organisieren müsste. Daszyński wählte sich bereits 1896 auf dem Londoner Sozialistenkongress der II. Internationale am Ziel, weil er im Vorfeld fest überzeugt war, den Gedanken einer zusammenhängenden, alle drei Teile Polens umfassenden, einheitlichen und zusammenhängenden polnischen sozialistischen Bewegung vor der internationalen Öffentlichkeit endgültig durchsetzen zu können.

Hier nun trat Rosa Luxemburg (1871-1919) in die Arena – London 1896 wird zur wahren Feuertaufe für ihr politisches Konzept, das sie im großen Maße ihrer engen persönlichen Bindung an Leo Jogiches zu verdanken hatte, der es zeitlebens vorzog, im Schatten seiner Weggefährtin zu bleiben und selten das Rampenlicht der offenen Schlachten und Auseinandersetzungen suchte. Umso erfolgreicher schlug sich dort Rosa Luxemburg, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit schnell einen herausragenden internationalen Ruf erarbeiten konnte, wenngleich innerhalb der polnischen Reihen von Anfang an aus vollen Rohren auf sie geschossen wurde. Die erste große, auf internationaler Bühne geführte Bataille zwischen den tief verfeindeten Landsleuten wurde in London geführt. Die Protagonisten der beiden sich bis aufs Messer bekämpfenden und zutiefst verfeindeten Seiten aber waren Daszyński und Rosa Luxemburg.

Während Daszyński siegessicher den internationalen Segen für sein Konzept der Dreiteile-Einheit in der polnischen Arbeiterbewegung erwartete, spitzte Rosa Luxemburg die Alternative gewaltig zu: Das polnische Proletariat in den drei Teilungsgebieten habe sich in erster Linie auf den gemeinsamen Kampf mit den Proletariaten in den jeweiligen Teilungsländern auszurichten, also in den polnischen Provinzen Preußens (Posen und Oberschlesien) auf den gemeinsamen Kampf mit dem deutschen Proletariat, in Galizien auf den gemeinsamen Kampf mit dem österreichischen und tschechischen Proletariat, im zu Russland gehörenden Königreich Polen auf den gemeinsamen Kampf mit dem russischen Proletariat.

Daszyński stützte seine Argumentation auf die Haltung von Karl Marx in der polnischen Frage, die von Friedrich Engels noch einmal 1892 bekräftigt worden war. Im Vorwort zur zweiten polnischen Auflage des »Manifests der Kommunistischen Partei« hatte er unmissverständlich

davon geschrieben, wie die rasche Entwicklung der polnischen Industrie der russischen über den Kopf gewachsen sei, was »ein neuer Beweis für die unverwüsthliche Lebenskraft des polnischen Volks und eine neue Garantie seiner bevorstehenden nationalen Wiederherstellung« sei (MEW 22: 283). Marx und Engels hatten nach den Erfahrungen der Niederlagen, die in den Revolutionen von 1848 eingesteckt werden mussten, den unheilvollen Einfluss der reaktionären Zarenpolitik auf die Vorgänge in Mitteleuropa ausgemacht und seither die Aufstandsbewegung der Polen als das einzige Mittel gesehen, um die Zarenherrschaft entscheidend schwächen und deren politischen Einfluss wieder aus Mitteleuropa hinausdrängen zu können. Diese Überzeugung wurde noch einmal genährt mit dem Ausbruch des Januaraufstands von 1863, den Marx und Engels entschieden befürworteten und unterstützten. Sie hielten den kühnen Kampf der Adelsaufständischen im Zarenreich für die schärfste Waffe, die aus europäischer Sicht angesichts der gesellschaftlichen Umstände überhaupt zur Verfügung stand, um der reaktionären Rolle der Zarenpolitik begegnen zu können.

Daszyński und andere münzten diese Haltung nun konsequent auf die neuen Verhältnisse – die Arbeiterbewegung Polens sei der legitime Erbe der Adelsaufständischen, der entscheidende Stoß müsse zunächst gegen das zaristische Russland gesetzt werden. Noch immer spukte da das Bild von einem Russland herum, in dem selbst keine entscheidenden revolutionären Impulse entstehen könnten, es sei denn ein vergeblicher, individualistischer Terrorkampf, wie ihn die »Narodnaja Wolja« geführt habe. Der aber werde nicht reichen, die Zarenherrschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, was durch die lange Reihe politisch vergeblicher Zarenattentate hinlänglich bewiesen sei. Allein die polnische Insurrektion, die nun allerdings mit den Mitteln der Arbeiterbewegung geführt werden müsse, könne die entscheidenden Breschen schlagen. Auch wenn dabei eher an einen umfassenden Aufbruch zu den politischen und sozialen Veränderungen gedacht wurde, bei dem der bewaffnete Kampf eine zwar wichtige, aber nicht herausragende Rolle spielte, blieb die überkommene Vorstellung an die mit Waffengewalt geführten polnischen Adelsaufstände immanent. In diese Falle geriet Piłsudski, der an der militärischen Aufstandstradition festhielt und sie dem politischen Massenkampf überordnete.

## Nationalaufstand oder Revolution?

Ganz anders trat Rosa Luxemburg auf, denn sie brach in der polnischen Frage mit den sich auf Marx und Engels stützenden Auffassungen, nach denen ein polnischer Aufstand im Zarenreich die einzige Möglichkeit wäre, die Zarenherrschaft ins Wanken zu bringen und deren unheilvollen Einfluss aus Mitteleuropa hinauszudrängen. Sie vertrat entschieden die Ansicht, im Russischen Reich werde eine auf den Massenkampf gestützte Arbeiterrevolution ausbrechen, mit der das System der politischen Unfreiheit gestürzt und eine verfassungsmäßige Ordnung durchgesetzt werde. Demzufolge habe sich die polnische Arbeiterbewegung im Zarenreich in erster Linie mit der russischen Arbeiterbewegung zusammenzuschließen, denn für den Erfolg der Revolution werde entscheidend sein, dass die erwarteten massenhaften Arbeiterproteste in den Industriezentren sich nicht entlang ethnischer oder nationaler Trennlinien aufspalten ließen. Rosa Luxemburg war überzeugt, dass insbesondere der enge Schulterschluss zwischen dem polnischen und dem russischen Proletariat über das Schicksal der bevorstehenden Arbeiterrevolution entscheiden werde. Das aber hatte zur Konsequenz, den gemeinsamen Kampf des polnischen Proletariats in den drei Teilungsgebieten eher als einen Wunschtraum und eine Chimäre zu charakterisieren, der von der entscheidenden Frage und Aufgabe ablenke – dem engen politischen und damit organisatorischen Zusammenschluss des polnischen Proletariats mit den Proletariaten in den jeweiligen Teilungsgebieten.

Nur im russischen Teil des früheren Polens gab es allerdings eine bereits entwickelte maschinelle Großindustrie mit der entsprechenden Konzentration an Arbeitskräften. Warschau und die Textilmetropole Łódź, an deren Beispiel Rosa Luxemburg in ihrer Doktorarbeit die sprunghaften Fortschritte der industriellen Entwicklung in diesem Teil Polens aufzeigen konnte, zählten zu den leistungsfähigsten Industriestandorten im Zarenreich, die zugleich wichtige Zentren der Arbeiterbewegung waren. Allerdings hatte die gnadenlose politische Unterdrückung durch die Zarenregierung dazu geführt, dass die politischen Strukturen, die der Arbeiterbewegung dort Ausrichtung und Profil zu geben suchten, sich immer erst im Ausland ausbilden mussten. So erging es Rosa Luxemburg und ihren Kampfgefährten in Zürich und später in Berlin nicht anders als den sich in London und Paris gruppierenden Gegnern, die sich zu Hause in den polnischen Industriezentren einen hartnäckigen, un-

nachgiebigen Kampf untereinander um den politischen Einfluss unter der Industriearbeiterschaft lieferten. Dort aber schlug die Stunde des Haudegens Piłsudski, der romantisch beseelt war von einer Neuaufgabe der polnischen Aufstandstradition gegen die russische Herrschaft, bei der mit Kanonen und Gewehren bewaffnete Arbeiterabteilungen in die Rolle der Adelsaufständischen schlüpfen.

Tatsächlich hatte nur der russische Teil Polens Anteil an der modernen Industrialisierung, wenngleich hier wiederum alle demokratischen Errungenschaften ausblieben, die in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts anderswo in Europa bis dahin durchgesetzt worden waren. Im österreichischen und preußischen Teil blieb die industrielle Entwicklung eher marginal – wenn man einmal von Oberschlesien absieht, das allerdings auch vor der Dreiteilung nicht zu Polen gehört hatte, wiewohl es von einem großen polnischen Bevölkerungsanteil geprägt war –, dafür waren die politischen Rechte in Österreich und Deutschland aber unvergleichlich fortgeschrittener. Dort konnten auch die polnischen Arbeiterparteien legal existieren, sich an Wahlen beteiligen, Zeitungen herausgeben und anderweitig auf sich aufmerksam machen. Im Russischen Reich aber blieben nur der illegale Kampf, die Untergrundpresse, das illegale Flugblatt und der enge Schulterschluss mit dem unmittelbar auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ausgerichteten Arbeiterkampf.

Das Königreich Polen war ein Kind des Wiener Kongresses, es sollte zum Zarenreich gehören und sich dennoch einer vergleichsweise weitgehenden Autonomie erfreuen. Entsprechende Regelungen wurden nach den niedergeschlagenen Aufständen von 1830 und 1863 erheblich eingeschränkt oder ganz abgeschafft, schließlich wollte die Zarenmacht nach dem letzten Aufstand selbst diese Bezeichnung beseitigen, erinnerte sie doch noch immer allzu sehr an Polen, und durch den verwaltungstechnischen Terminus Weichselland ersetzen. Dennoch blieb das Königreich Polen ein eigener Teil Russlands mit ausgeprägten Besonderheiten, die sich auch durch strengste Russifizierungsversuche nicht tilgen ließen. Ein äußerer Ausdruck solcher Zustände war der gregorianische Kalender, der im Königreich Polen gültig blieb, während in den übrigen Teilen der früheren Adelsrepublik, die zu Russland kamen – z.B. in Litauen –, der julianische Kalender obligatorisch wurde. Das an sich kleine Land, von der Fläche her etwas größer als die heutigen ostdeutschen Bundesländer zusammengenommen, hatte keinen Meereszugang

und eine unverkennbare territoriale Eigenheit: die unmittelbare Nachbarschaft zum riesigen Russland. Daraus wurde für die ersten Industriemagnaten im Königreich Polen alsbald ein unschätzbare Vorzug, als nämlich infolge des unersättlichen Warenhungers in Russland die Zollgrenze zum Königreich Polen aufgehoben wurde. Die Entwicklung erreichte schnell jene Höhe, die Engels meinte, wenn er schrieb, die polnische Industrie sei der russischen über den Kopf gewachsen.

Dieser Vorsprung manifestiert sich zunächst auch in der Arbeiterbewegung, die im Königreich Polen früher zum politischen Kampf fand und die entsprechenden organisatorischen Strukturen schuf. In der kurzen Zeitspanne von Ende 1892 bis Anfang 1894 bildeten sich im Königreich Polen jene Richtungen heraus, die der Geschichte der Arbeiterbewegung des Landes bis weit ins 20. Jahrhundert hinein das entscheidende Gepräge gaben. Der erste Impuls war die bereits erwähnte Gründung des Auslandskomitees ZZSP in London, das sich als eine legitime Fortsetzung von sozialistischen und Unabhängigkeitstraditionen verstand. Sein Sprachrohr nach Polen war die ins Land geschmuggelte Zeitung »Przedświt« (Morgenröte). Im März 1893 bildeten Arbeiterstrukturen im Königreich Polen die Polnische Sozialistische Partei (PPS), sie unterschrieben ihre Flugblätter und Flugschriften immer mit »Polnische Sozialisten« – eine Zeitung hatten sie nicht. Im Juli 1893 gründeten Leo Jogiches, Julian Marchlewski, Adolf Warski und Rosa Luxemburg in Zürich die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP), die auch sofort eine Zeitung unter dem Titel »Sprawa Robotnicza« (Arbeitersache) herausgab. Die PPS im Königreich Polen beschloss nun, sich fortan SDKP zu nennen und »Sprawa Robotnicza« als ihr Organ anzuerkennen. Das Rennen um die Arbeiterschaft im Königreich Polen hatten zunächst die Sozialdemokraten aus Zürich gemacht, die Sozialisten aus London hatten klar das Nachsehen – sie blieben ohne nennenswerte Bindungen zu den polnischen Arbeiterstrukturen im Zarenreich. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Zürich im August 1893 konnte sich indes das Londoner ZZSP-Lager durchsetzen – Daszyński führte in der polnischen Delegation erfolgreich Regie und Zepter. Damit wurde auch der Anspruch auf die Arbeiterstrukturen im Königreich Polen unterstrichen und aufrechterhalten: Mit der Jahreswende 1893/94 tauchte urplötzlich wieder eine PPS auf, von der behauptet wurde, sie bestehe aus den Arbeitern, die im Sommer 1893 nicht in die SDKP gewechselt hätten. Nach anfänglichen Widerständen gaben Rosa Luxemburg und deren Züricher

Freunde den Kampf um den Namen PPS auf, der nun zum Aushängeschild der ZZSP im Königreich Polen wurde. Beim Aufbau der Landesstrukturen spielte Piłsudski eine große Rolle. Er war soeben erst aus der Verbannung in Sibirien zurückgekehrt, hatte in der Umgebung von Wilna (Vilnius) eine Geheimdruckerei angelegt und gab dort die Zeitung »Robotnik« (Arbeiter) heraus. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches bezweifelten zunächst, ob es unter den Bedingungen der entschiedenen Verfolgung sozialistischer Strukturen durch die Zarenpolizei überhaupt möglich sei, eine sozialistische Arbeiterzeitung im Russischen Reich drucken zu lassen. Piłsudski hatte es als Erster bewiesen.

Dennoch blieben die Vorteile bei den Bindungen an die gewachsenen Arbeiterstrukturen im Königreich Polen für die SDKP erhalten. Allerdings erhöhte diese tiefere Bindung an die Arbeiterstrukturen und die strikte Ausrichtung der SDKP auf Arbeiteragitation auch die Möglichkeit für die staatlichen Verfolger, sodass 1896 die Strukturen der SDKP im Königreich Polen tatsächlich weitgehend zerschlagen werden konnten. Es genügten wenige präzise Hinweise, um der entscheidenden Vertrauensleute habhaft zu werden, mit deren Verhaftung die Arbeiteragitation der SDKP zusammenbrach. Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Zürich hatten frühzeitig auf den Massenkampf gesetzt, um den öffentlichen Raum zu gewinnen, der mit bravourösen Einzelaktionen gar nicht herausgebildet werden konnte. Unter den im Zarenreich obwaltenden Bedingungen war dieser Schritt, den Arbeiterkampf auf die Höhe der politischen Erfordernisse zu bringen, ein Wettlauf mit der Zeit, der zunächst verloren ging. Nur mühsam konnte sich die SDKP von den Verfolgungen und Verhaftungen erholen, erst drei Jahre später gelang es, wieder arbeitsfähige Landesstrukturen aufzubauen. Federführend war dabei Feliks Dzierżyński, der wie Piłsudski aus einem polnischen Adelsgeschlecht in Litauen stammte und den Einflussbereich der Partei auf Arbeiterkreise in Industriestandorten Litauens ausdehnte, weshalb die Partei sich von nun an Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) nannte.

Während für die SDKP im Königreich Polen die mühsam aufgebauten Strukturen zusammenbrachen, kehrte Rosa Luxemburg aus London vom Internationalen Sozialistenkongress mit einem großen Sieg zurück nach Zürich. Der polnischen Delegation unter Daszyńskis Leitung war es nicht gelungen, eine Resolution durchzubringen, mit der das internationale Arbeiterparlament sich hinter die Forderung der Wiederherstellung Po-

lens gestellt hätte. Stattdessen wurde als Kompromiss die Erklärung angenommen, wonach der Kongress für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintrete, die gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder einer anderen Form des Despotismus litten. Die Arbeiter all dieser Länder wurden aufgefordert, »in die Reihen der klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und für die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen« (Verhandlungen 1897: 18.). Die Daszyński-Richtung konnte in ihrem Streben nach einem staatlich unabhängigen Polen auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen pochen, Rosa Luxemburgs Richtung indes hatte nun schwarz auf weiß die entscheidende Bedeutung des gemeinsamen Kampfes bestätigt bekommen. Diese Niederlage, die Daszyński in London einstecken musste, wird er einer Person ein Leben lang nie verzeihen – Rosa Luxemburg. Zu gut wusste Daszyński, dass sie ihm den bereits sicher geglaubten Sieg streitig gemacht hatte, insbesondere mit ihren deutschsprachigen Beiträgen zur polnischen Frage, die sie im Vorfeld des Londoner Kongresses rechtzeitig in wichtigen sozialdemokratischen Zeitungen platzieren konnte.

Dieser Sieg auf dem internationalen Parkett, an den ohne die deutschsprachigen Beiträge nicht zu denken gewesen wäre und der immerhin gegen den seit mehreren Jahren in der internationalen Szene geschätzten und weithin als treuer Sachwalter der polnischen Interessen in der internationalen Arbeiterbewegung anerkannten Daszyński errungen wurde, dürfte den Ausschlag gegeben haben für die gemeinsame Entscheidung von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, künftig von Berlin aus für die Belange der Sozialdemokratie im Königreich Polen zu streiten und zu kämpfen. Tatsächlich gelang es Rosa Luxemburg, in der polnischen Frage zwei herausragende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie auf ihre Seite zu ziehen – zunächst Franz Mehring, später auch Karl Kautsky. Mehring folgte ihrer Argumentation bezüglich der nötigen Revision der Haltung von Marx und Engels in der polnischen Frage, die nicht mehr zeitgemäß sei und sich überholt habe. Kautsky indes folgte in erster Linie dem Gedanken, dass die Arbeiterbewegung umso stärker sei, wenn sie innerhalb bestehender staatlicher Strukturen zusammenwirke – trotz nationaler oder ethnischer Besonderheiten, so also im Falle Österreichs, in dem er die Sozialdemokratie bereits als die eigentliche staaterhaltende Partei verstand, weil sie sich einer Zerstückelung des Landes ent-

lang von Nationalitätengrenzen entgegenstelle. Das war nun alles andere als nach dem Geschmack Daszyńskis, dem Rosa Luxemburg öffentlich mehrmals vorhielt, dass er den Polen gegenüber den alten Unabhängigkeitsgedanken aufrechterhalte, während er innerösterreichisch so tue, als schwöre er allen separatistischen Anwandlungen ab.

Mit ihrem Eintritt in die SPD rückte Rosa Luxemburg einer weiteren Stütze des Daszyński-Konzepts kräftig auf den Leib. 1893 hatte sich in Berlin die Polnische Sozialistische Partei im preußischen Teilungsgebiet als eine quasi selbständige Partei gegründet, die also eher auf Daszyńskis Dreiteileinheit abzielte und weniger auf die Arbeitereinheit mit der SPD setzte. Dennoch war die kleine, an sich unbedeutende Partei existenziell angewiesen auf die finanzielle Unterstützung durch die SPD – auch für das Parteiorgan »Gazeta Robotnicza« (Arbeiterzeitung). Rosa Luxemburg stellte die polnischen Genossen vor die Entscheidung: Entweder Teil der SPD und damit Anerkennung des Erfurter Programms, mit dem jeder nationale Separatismus ausgeschlossen sei, oder organisatorische Eigenständigkeit, was jedoch unweigerlich auch die finanzielle Eigenständigkeit bedeuten würde. Zu genau wusste sie, dass niemand in den PPS- und PPSD-Strukturen in der Lage sein würde, das Ausbleiben der SPD-Zahlungen an die Preußen-PPS aufzufangen. Außerdem war sie sich in dieser Auseinandersetzung der konsequenten Haltung der SPD-Spitze sicher. Als entscheidender Gegenspieler trat für die auf Polens Arbeitereinheit zielenden PPS-Ansprüche wieder Daszyński in den Ring, weil dessen internationales Renommee den Einfluss Rosa Luxemburgs auf die SPD-Führung begrenzen sollte.

Als die Preußen-PPS bei Reichstagswahlen darauf bestand, in den Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerungsmehrheit nur Kandidaten – soweit vorhanden – aufzustellen, die zweisprachig agitieren konnten, entzündete sich ein handfester Interessenkonflikt, der schließlich zur Niederlage der kleinen Partei führte, weil sie 1903 die Zugehörigkeit zur SPD verlor. Durchgesetzt hatte sich die Position Rosa Luxemburgs, die auch in den Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerungsmehrheit – also in der Provinz Posen und in Oberschlesien – eine Kandidatur nicht von Sprachkenntnissen abhängig machen wollte, sondern von der klaren sozialdemokratischen Haltung des Kandidaten. Natürlich konnte sich unter den damaligen Bedingungen wohl niemand ernsthaft vorstellen, dass sich die preußischen Gebiete mit polnischer Bevölkerungsmehrheit territorial abspalten könnten, um in den Verbund eines polnischen Nationalstaats

einzugehen. Insofern wurden die eigenwilligen Manöver der Preußen-PPS, dieses Winden und Lavieren in der Nationalitätenfrage, innerhalb der SPD als Sonderbündelei aufgefasst, die dem Prinzip der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs zuwiderlaufe.

## **Russlands Revolution in Polen**

Doch die Probe aufs Exempel wurde nicht in den polnischen Gebieten in Preußen gemacht, sondern im Russischen Reich. Der Ausbruch revolutionärer Unruhen Ende Januar 1905 markierte für die polnische Arbeiterbewegung einen Höhepunkt der bisherigen Entwicklung, der in seinen gewaltigen politischen Ausmaßen am ehesten mit den massenhaften Arbeiterprotesten unter dem »Solidarność«-Zeichen viele Jahrzehnte später verglichen werden kann, auch wenn der Vergleich natürlich hinkt. Dennoch markieren die Jahre 1905/06 und 1980/81 insofern zwei politische Höhepunkte der polnischen Arbeiterbewegung, als aus Massenkämpfen heraus die politischen Forderungen nach Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit gestellt wurden.

Die ersten Massenproteste in den polnischen Industriezentren, die schnell zu wichtigen revolutionären Brennpunkten im Zarenreich wurden, hatten Rosa Luxemburgs Annahmen bestätigt: Der gemeinsame Kampf der polnischen und russischen Arbeiter – unter der roten Fahne des Arbeiterkampfes – war die entscheidende Voraussetzung für den Sturz der Zarenherrschaft. Nachdem sich die Kämpfe Ende 1905 zuspitzten und mit dem bewaffneten Aufstand in Moskau im Dezember 1905 einen weiteren blutigen Höhepunkt gefunden hatten, erwartete Rosa Luxemburg den baldigen Sieg der Revolution. Sie ging selbst illegal nach Warschau, redigierte zusammen mit Leo Jogiches bis zu ihrer gemeinsamen Verhaftung im März 1906 die nun fast täglich erscheinende Zeitung ihrer Partei – der SDKPiL, die in den zurückliegenden Monaten von einer kleinen Kaderpartei zu einer Massenpartei mit mehreren Zehntausend Mitgliedern angewachsen war.

Diese Entwicklung vollzog sich auch in der PPS, die im gleichen Maße in den Revolutionswirren zur Massenpartei aufstieg. Wenig änderte sich allerdings am verbissenen Kampf der beiden Arbeiterparteien gegeneinander. Die entscheidende Frage, die die verfeindeten Brüder so unver-

söhnlich trennte, blieb auch weiterhin die unterschiedliche Haltung in der nationalen, also in der polnischen Frage. Während die Luxemburg-Richtung sich vollkommen bestätigt sah in ihrem Grundsatz, dass das gemeinsame Handeln der Arbeiterbewegung auf dem einen Staatsgebiet Vorrang habe vor allen Überlegungen über ein gemeinsames Handeln einer polnischen Arbeiterbewegung in den drei unterschiedlichen Teilungsgebieten, sah sich die Gegenseite schweren inneren Auseinandersetzungen und Zerreißproben ausgesetzt, die im Verlauf der Revolution an Schärfe zunahmen und schließlich zur organisatorischen Spaltung der PPS führten. Der größte Teil ließ das auf die Unabhängigkeit Polens ausgerichtete Programm fallen, weil es einerseits angesichts der tobenden Revolution keine Aussicht mehr auf erfolgreiche Umsetzung hatte, weil andererseits nun tatsächlich das gemeinsame Wirken mit der russischen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückte. Es war in der Tat ein deutlicher Schwenk in die Luxemburg-Richtung, auch wenn die entscheidenden Differenzen blieben. Denn dieser größere PPS-Teil, der sich schließlich ab 1906 als PPS-Lewica (PPS-Linke) selbständig machte, strebte ein mit dem neuen Russland föderalisiertes Polen an, mit einem eigenständigen Parlament in Warschau und mit einer eigenständigen Verfassung. Dem widersprach Rosa Luxemburg entschieden, sie hielt die *eine* freiheitliche Verfassung für das von der Zarenherrschaft befreite Riesenreich für unerlässlich – mit einem starken Zentralparlament in St. Petersburg als Verkörperung des Souveräns. Den Föderationsanhängern in der PPS warf sie nun unumwunden vor, im neuen Kleid die aufgegebenen Unabhängigkeitsidee doch noch retten zu wollen. Allerdings war sie sich über die besondere Rolle Polens innerhalb des Russischen Reiches im Klaren, weshalb sie eine Autonomieregelung für angemessen hielt, die sie 1908/09 in einer längeren Artikelserie unter dem Titel »Nationalitätenfrage und Autonomie« detailliert begründete. Im Grunde war die Autonomieregelung für den polnischen Teil in einer revolutionierten russischen Republik eine weitergefasste Selbstverwaltungsstruktur mit erheblichen Kompetenzen bis hin zu bestimmten, allerdings immer im Rahmen der Zentralgesetze bleibenden Gesetzgebungskompetenzen, die allerdings nicht auf eine spätere Lostrennung oder Absonderung von Russland angelegt war. Der Föderationsidee unterstellte sie aber genau das, es nämlich auf ein künftiges Ausbrechen aus der einheitlichen russischen Republik geradezu anzulegen, sobald entsprechende Umstände es erlaubten.

Um die vollen politischen Freiheiten im Zarenreich durchsetzen zu können, um die einheitliche demokratische Republik zu gründen, bedürfte es des engen Zusammenwirkens der polnischen und der russischen Arbeiterbewegung – ein Auseinanderbrechen des Kampfbundes entlang ethnischer Linien hielt sie für fahrlässig und gefährlich, weil es nur den politischen Gegnern der Arbeiterbewegung in die Hände spiele. Sie war sich bewusst, dass die russische Arbeiterbewegung losgelöst von der Arbeiterbewegung im Königreich Polen die Zarenherrschaft nicht stürzen könne, dass aber auch die Arbeiterbewegung in den polnischen Industriezentren ohne den engen Bund mit der russischen Arbeiterbewegung keinen Weg finden werde, die Zarenherrschaft abzuschütteln. Ihr Hauptaugenmerk galt den Zuständen in der polnischen Arbeiterbewegung, die kompliziert genug waren, doch sah sie die Entwicklungen während der Revolution diesbezüglich eindeutig in ihre, die sozialdemokratische Richtung ausschlagen. Die Tatsache, dass die Arbeiter in den polnischen Industriezentren unter dem roten Fahmentuch kämpften, wie die Arbeiter in den russischen Industriezentren auch, hatte dabei eine erstrangige politische Bedeutung. Die polnischen Nationalfarben spielten bei den Arbeiterkämpfen keine Rolle, die Forderungen nach einem eigenen Nationalstaat wurden an den Rand gedrückt. Am weiß-roten Fahmentuch hielt in Warschau Dmowski fest, der die in den Arbeiterkämpfen blutig herausgeschlagenen minimalen Freiheiten, die der Gesellschaft von der Zarenherrschaft ab Herbst 1905 tröpfchenweise zugestanden wurden, ausnutzte und in St. Petersburg Abgeordneter der Zarenduma wurde – nach Wahlen im Frühjahr 1906, die von den Arbeiterparteien als Farce bewertet und entsprechend boykottiert wurden.

Innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung waren es nur noch Józef Piłsudski und seine Anhänger, die an der alten Aufstandsidee festhielten. Sie versuchten auch weiterhin, die Revolutionswirren mit bewaffneten Mitteln weiterzutreiben in Richtung einer nationalen Insurrektion, bei der Arbeiterbataillone die entscheidende Rolle zu spielen hätten. Es gibt ergreifende Texte Rosa Luxemburgs, in der sie 1908/09 die fürchterlichen Konsequenzen dieses auf dem Rücken der Arbeiterrevolution durchgeführten Husarenkampfes der Piłsudski-Einheiten aufzeigte. Für die bewaffneten Überfälle auf Postzüge, Postämter, Schnapsmonopoläden – bei denen die benötigten Geldmittel für die Insurrektion aufgetrieben werden sollten – hagelte es vor den Kriegsgerichten tausendfachen Tod am Galgen. Wie gewöhnliche Banditen, so Rosa Luxemburg

entsetzt, seien die Arbeiterkämpfer hingerichtet worden. Als Irrweg wurden diese Arbeiterkampfeinheiten auch von der Mehrheit der PPS-Mitglieder angesehen, sodass schließlich die organisatorische Trennung von den Piłsudski-Anhängern folgerichtig war. Bei Piłsudski blieb etwa ein Viertel der Mitgliedschaft, der überwiegende Teil orientierte sich am tatsächlichen Verlauf der Revolution. Dieser Teil, der als PPS-Lewica in die Geschichtsbücher eingegangen ist, schloss sich im Dezember 1918 mit der SDKPiL, also mit der Partei Rosa Luxemburgs, zur Kommunistischen Partei zusammen, die dem Ende 1918 auf den Trümmern der Dreiteilung neugegründeten Polen zunächst feindlich gegenüberstand.

Auch nach der Niederlage der Revolution von 1905/06 konnte der Piłsudski-Flügel im Königreich Polen kaum Boden gutmachen. Große Unterstützung fand er aber bei der Daszyński-Richtung in Galizien, die weiterhin an der Vision der einheitlichen, alle drei Teile umfassenden polnischen Arbeiterbewegung festhielt. Während die Revolution im Russischen Reich ihrem Höhepunkt zustrebte, hatte Daszyński einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er die PPS davor warnte, sich im Sog der SDKPiL zu sehr in die russische Revolution hineinziehen zu lassen, weil so von der eigentlichen Aufgabe der polnischen Arbeiterbewegung abgelenkt werde. Wieder war es Rosa Luxemburg, die Daszyński scharf in die Parade fuhr und ihm offen den Verrat an den Arbeiterinteressen und an der Revolution vorwarf. Ähnlich deutlich reagierten übrigens diejenigen, die sich wenig später als PPS-Lewica zusammenfanden. Die auf die Dreiteileinheit ausgerichtete Richtung in der polnischen Arbeiterbewegung hatte mit der Revolution 1905/06 eine schwere Niederlage einstecken müssen, die sie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht wettmachen konnte. Während die Luxemburg-Richtung auf ein Wiederaufflammen, auf eine Fortsetzung der Revolution im Russischen Reich setzte, hielt die Dreiteilerichtung an der Kernidee einer bewaffneten Insurrektion im russischen Teil Polens fest. Ein historischer Irrweg, dessen Verfechter allerdings immer entschiedener auf den Ausbruch eines Kriegs zwischen den Teilungsmächten selbst setzten, in dem sie dann bewaffnet eingreifen wollten.

## Krieg, Zarensturz, Unabhängigkeit

Auch nach der Niederlage der Revolution von 1905 hielt Rosa Luxemburg an der Überzeugung fest, dass eine staatliche Unabhängigkeit Polens ausgeschlossen sei, weil erstens aus Sicht der Arbeiterinteressen ein enges Zusammengehen der Arbeiterbewegung innerhalb der jeweils bestehenden staatlichen Strukturen über alle nationalen und ethnischen Unterschiede hinweg erforderlich sei und unbedingten Vorrang habe, weil zweitens aber ein Aufbrechen der Teilungssituation Polens nur erfolgen könne, wenn die Teilungsmächte gegeneinander in den Krieg zögen. Ein militärischer Schlagabtausch zwischen Russland und Deutschland würde den Ausbruch eines großen europäischen Kriegs bedeuten, den aber – so Rosa Luxemburgs feste Überzeugung bis zum August 1914 – werde die europäische Arbeiterbewegung verhindern.

Ihr Irrtum ist bekannt, die Konsequenzen, die sie nun zog, ebenso. Der Abschied von der Sozialdemokratie war unvermeidlich, auch wenn er einer zähen und schweren Geburt glich. Auch der Blick auf die kommende Revolution im Russischen Reich änderte sich, obwohl bei jeder Betrachtung der Arbeiten Rosa Luxemburgs zur russischen Revolution aus den Jahren 1917/18 der Rückblick auf ihre Arbeiten über die Revolution von 1905/06 und zur »Nationalitätenfrage und Autonomie« unerlässlich bleibt. Diese Schriften aus den Jahren 1905 bis 1909 sind die gewichtige Voraussetzung, um das Gefängnismanuskript über die russische Revolution aus dem Spätsommer 1918 verstehen zu können. Doch ein Rätsel gibt auf, weshalb Rosa Luxemburg in der polnischen Frage steif blieb. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, den die europäische Arbeiterbewegung nicht verhindern konnte, war die schreckliche Bedingung tatsächlich gegeben: Die Teilungsmächte Polens waren gegeneinander in den blutigen Krieg gezogen – Russland auf der einen, Deutschland und Österreich auf der anderen Seite. Damit war die Dreiteilung Polens hinfällig, auch die Geschichte des Königreichs Polen war abgeschlossen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte Rosa Luxemburg eisern am Grundsatz festgehalten, dass die Bildung neuer Nationalstaaten in Europa mit der italienischen und deutschen Einheit abgeschlossen sei, sodass sich die Arbeiterbewegungen künftig anders ausrichten müssten – nicht mehr entlang von Nationalitätenlinien, sondern entlang der bestehenden staatlichen Grenzen. Jedem Versuch, mit welcher nationalen Begründung auch immer, die bestehenden Grenzen

Europas zu verändern und zu verschieben, trat sie entschieden entgegen – weil dabei jedesmal mit dem Feuer eines großen europäischen Kriegs gespielt werde.

Vielleicht irrte Rosa Luxemburg ein zweites Mal, so wie sie glaubte, der Ausbruch des großen Kriegs zwischen den europäischen Mächten könne verhindert werden. Wieder sah sie die europäische Arbeiterbewegung als stärker an, als sie tatsächlich war. Es gibt dieses gleichermaßen wunderbare wie naive Bild, das sie in Briefen aus dem Gefängnis zeichnete, wonach der von der Front zurückkehrende Soldat, sobald er sich seines Waffenrocks entledige und in den Arbeitskittel schlüpfe, wieder zu dem Klassenkämpfer von einst werde und der bürgerlichen Gesellschaft die Rechnung in Form des entscheidenden revolutionären Kampfes präsentiere. Wieder ist es ein Wettlauf, so wie 1905/06 in der Revolution.

Noch bis weit in die Zeit der sich bereits deutlicher abzeichnenden Niederlage der Revolution hinein ist Rosa Luxemburg überzeugt gewesen, der Sturz der Zarenherrschaft werde gelingen – sie hatte gute Gründe dafür. Als sie im Frühjahr 1906 in Warschau im Zarengefängnis saß, schrieb sie ihre erste Broschüre zur Revolution im Russischen Reich. In der in der deutschen Rezeption höchstens am Rande reflektierten Schrift »Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung« verwies sie auf den noch längeren Weg hin zu einer sozialistischen Revolution. Die tobende Revolution war für sie erst das letzte Kettenglied in der langen Geschichte der europäischen Revolutionen, mit denen die bürgerlichen und politischen Freiheiten durchgesetzt wurden, die für sie die unabdingbare Voraussetzung gewesen waren für jeden weiteren Weg in Richtung der Überwindung bestehender kapitalistischer Verhältnisse.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs machte einen gewaltigen Strich durch nahezu jede historische Rechnung. Eine russische Revolution brach aber tatsächlich aus, doch setzte sie nicht mehr den Schlusspunkt im Reigen der europäischen Revolutionen, mit denen verbrieft Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit durchgesetzt wurden, sondern sie stieß scheinbar die Tür in eine ganz neue Richtung auf. Rosa Luxemburgs Kritik von 1918 an der von Lenin geführten Revolution mahnte zwar unmissverständlich diese Freiheiten an, doch zugleich war sie überzeugt, dass der Krieg es möglich und erforderlich gemacht habe, der bürgerlichen Gesellschaft die abschließende Rechnung viel schneller ausstellen zu müssen, als bis zum Kriegsausbruch noch geglaubt.

Während Rosa Luxemburg an der Jahreswende 1918/19 einen ganz neuen Revolutionszyklus in Europa erwartete, konsolidierte sich die bürgerliche Gesellschaft Europas in großen Teilen in neuer territorialer und nationaler Gestalt. Am selben Tag kamen im November 1918 Rosa Luxemburg und Józef Piłsudski aus deutschen Gefängnissen frei. Sie zog es nach Berlin in Erwartung einer sozialistischen Weltrevolution, ihn zog es nach Warschau, um die Wiederherstellung Polens – also die staatliche Unabhängigkeit – durchzusetzen. Die Entwicklungen kamen Piłsudski entgegen, Rosa Luxemburgs revolutionsgetränkte Annahmen zerplatzten schnell an der rauen Wirklichkeit. Die Wiederherstellung Polens, die eine große Mehrheit in der Arbeiterbewegung des Landes seit der Revolution von 1905/06 und bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs als praktische Tagesaufgabe ausgeschlossen hatte, wurde Wirklichkeit. Aus dem Desperado wurde der Schöpfer der Unabhängigkeit – Józef Piłsudski steht wie niemand sonst in Polens Öffentlichkeit symbolhaft für die einhundert Jahre, die seit 1918 bald vergangen sein werden.

### **Nationalstaat und offene Perspektive**

Polens Republik sicherte die grundsätzlichen politischen Freiheiten zu, führte auch das Frauenwahlrecht ein. Doch bereits 1926 sah sich der Staatsgründer Piłsudski gezwungen, mit einem blutigen Staatsstreich einen Teil der politischen Freiheiten zu begrenzen und außer Kraft zu setzen. Sein Ziel war nun ein Präsidialsystem mit einem starken Mann an der Spitze, der das Staatsschiff durch schwere Zeiten zu steuern habe und nicht von der Sejmokratie, wie er das parlamentarische System in Polen spöttisch beschrieben hatte, übergebührlich daran gehindert werde. Auch heute finden sich namhafte Historiker, die den Staatsstreich von 1926 als eine notwendige Maßnahme verteidigen, weil so die polnische Demokratie vor dem Untergang gerettet worden sei. In der machtpolitischen Rivalität zwischen Deutschland und der Sowjetunion hatte Polen 1939 keine Chance mehr zu überleben. Es geriet in die Mühlen der Geschichte, wurde wie im 18. und 19. Jahrhundert aufgeteilt – das Land sollte nach dem Willen Hitlers und Stalins für immer von der Landfläche verschwinden. Es war, als hätte Dmowski nachträglich mit seinen frühen Warnungen Recht bekommen, denn die polnische Republik geriet im Osten frühzeitig in einen nicht ausgleichenden Konflikt mit

der an militärischer und politischer Stärke gewinnenden Sowjetunion, im Westen aber hatte sie eine denkbar ungünstige, schwer zu sichernde Grenze gegenüber Deutschland, in dem der Drang nach Osten sich nach 1938 immer unverfrorener Bahn brach.

Der Ausgang des Zweiten Weltkriegs bedingte für Polen zweierlei: Erstens wurde ein mit der Sowjetunion verbündetes Staatsregime durchgesetzt, zweitens aber das Land weit nach Westen verschoben in die Grenzen, die Polen bis heute hat und die ihm diesbezüglich eine Sicherheit und Stabilität geben wie nie zuvor in der neuzeitlichen Geschichte. Ein wenig scheint es, als ob ironischerweise und ausgerechnet Dmowski beim Ziehen der Grenzen für Stalin die Feder geführt habe. Im Osten erledigte sich das neugezeichnete Polen fast aller Nationalitätenkonflikte mit Belorussen und Ukrainern, es existierte also kein Territorialkonflikt mehr mit dem russischen Nachbarn. Und im Westen rückte Polen tatsächlich vor an die geographisch kürzeste Linie, die es von Deutschland trennen konnte – die Grenze an Oder und Neiße.

Auch in einer anderen Hinsicht gab es nach dem Krieg eine auffallende Parallele zu den Vorstellungen Dmowskis. Die polnische Gesellschaft war nun ethnisch nahezu geschlossen, denn der jüdische Bevölkerungsteil, der vor dem Krieg ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatte, war durch die Okkupationspolitik der Deutschen fast vollständig ausgelöscht worden. Damit war übrigens auch die Lebenswelt untergegangen, aus der Rosa Luxemburg herstammte und die immer ein besonderer und wichtiger Kraftquell für linkes Denken und Handeln in Polen gewesen war. Als die Behörden in der VR Polen sich 1968 zu einer entsetzlichen antizionistischen Kampagne verstiegen, weil keine fünfte Kolonne Israels im Lande geduldet werden sollte, war es wieder so, als führte Dmowski hier kräftig Regie. Zu tausenden verließen jüdische Menschen nun ihre polnische Heimat, unter ihnen weltbekannte Intellektuelle wie Leszek Kołakowski oder Zygmunt Bauman.

Und Piłsudski? Auch wenn er öffentlich nicht gewürdigt wurde, nichts im Straßenbild der Städte und Gemeinden auf den einstigen Staatsgründer hinwies, blieb er in den Jahren der VR Polen gleichermaßen angesehen wie still verehrt. Zu den heimlichen Gewinnern des »Solidarność«-Aufstands darf auch er gezählt werden, denn danach war keine politische Gestalt der Zeitgeschichte unter den Polen so populär wie er. Der Schritt hinaus in den öffentlichen Raum nach 1989/90 war nur noch ein kleiner, alles war bereits angelegt und vorbereitet. Nur Johannes Paul II. ist, was

die Würdigungen, Darstellungen und die Präsenz im öffentlichen Raum angeht, mit Piłsudski noch vergleichbar.

Die Massenproteste der Arbeiter in Warschau und Łódź 1905/06 erfolgten unter dem Zeichen der roten Fahne. Die Massenproteste der Arbeiter in Gdańsk, Szczecin oder Radom 1980/81 standen unter dem Zeichen der weiß-roten Nationalfarben. Obwohl die Regieanweisung für die Massenproteste der legendären »Solidarność«-Zeit in gewisser Hinsicht auch aus Rosa Luxemburgs Feder hätten stammen können, besiegelten sie das Schicksal des öffentlichen Umgangs mit Rosa Luxemburg in Polen. Sie wurde fortan immer mehr zu einer Art Unperson, zu einer Außenseiterin, die aus dem öffentlichen Raum herausgedrängt wurde. Völlig unkritisch und kurzschlüssig wurde sie dem untergehenden so-wjetisch geprägten Staatssozialismus zugeschlagen, obwohl ihr Leben und Wirken genügend beweisen, wie wenig sie mit diesem tatsächlich zu tun hatte und zu tun haben konnte.

Den Ausbruch eines einzigen Landes, und sei es noch so riesig, aus der kapitalistischen Ordnung, um fortan den Sozialismus aufzubauen, hielt sie für unmöglich, einen Sozialismus in den aus der bürgerlichen Gesellschaft herkommenden nationalstaatlichen Formen konnte sie sich nicht vorstellen. Die Geschichte ist anders verlaufen, nun steht sie im vorherrschenden öffentlichen Bild in Polen genau an der gegenüberliegenden Stelle, an der Piłsudski hochgeschätzt wird. Er gilt – völlig überzogen – als der Schöpfer der Unabhängigkeit Polens, sie als deren verbissene Gegnerin.

Zwei Dinge lassen aber wieder hoffen. Zu beerben bleiben die aus heutiger Sicht beeindruckenden Forschungsleistungen, die in der Zeit der Volksrepublik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Polen vorgelegt werden konnten. Hier sind die Grundsteine gelegt worden für die moderne Forschungsarbeit zu Rosa Luxemburgs Gedankenwelt, die einen Ausweg aus den Fallstricken des Luxemburgismus weisen konnten, den Stalins Komintern in die Welt setzte mit dem trefflichen Vorwand übrigens, Rosa Luxemburg habe sich in der Nationalitätenfrage vollkommen geirrt. Allen voran ist hier an Feliks Tych zu erinnern, der nach 1956 in Moskau auf über 1.000 Briefe Rosa Luxemburgs an Leo Jogiches stieß, durch deren vorbildliche Veröffentlichung die gesamte Luxemburg-Rezeption vom Kopf auf die Füße gestellt wurde. 1960 hatte er das Konzept einer zehnbändigen polnischen Werkausgabe vorgestellt, die – aus politischen Gründen – aber nie realisiert werden konnte.

Und andererseits befinden wir uns in einer Situation, in der zumindest in Europa die Fragen nach einem Zusammenwachsen unterschiedlicher Gesellschaften über die Grenzen einzelner Nationalstaaten hinweg von höchster Aktualität sind. Auch das heutige Polen bleibt davon nicht verschont, denn die gegenwärtigen politischen Entwicklungen sind in einem sowohl Bestätigung für die Wucht und die Kraft, die das Zusammenwachsen der Gesellschaften in Europa bereits erreicht hat, als auch Warnung, wie verlockend vermeintliche nationalstaatliche Schutzräume für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen wieder geworden sind.

## Glossar

**Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund (Bund)** – 1897 in Wilna (Vilnius) als jüdische Arbeiterpartei für Litauen, Polen und Russland gegründet. Das Programm der Partei gründete auf marxistischen Positionen und orientierte sich an der Sozialdemokratie der II. Internationale. In der Nationalitätenfrage strebte die Partei eine nicht ans Territorium gebundene national-kulturelle Autonomie der jüdischen Bevölkerung auf Basis der jiddischen Sprache an, was das Verhältnis zu den anderen Arbeiterparteien in Polen und Russland erheblich erschwerte. 1898 waren Vertreter der Partei an der Gründung der ersten russischen sozialdemokratischen Partei (SDAPR) beteiligt. Die Partei wirkte zionistischen Tendenzen in der jüdischen Arbeiterbewegung im Russischen Reich entgegen. Nach 1918 in Polen selbständige und wichtige Arbeiterpartei. Nach 1939 aktiv am Widerstand gegen die deutsche Okkupation beteiligt. Die Reste der Partei erklärten sich 1948 vor Bildung der PVP für aufgelöst. In Sowjetrußland und später in der Sowjetunion verboten. Die 1939 in die Sowjetunion geflohenen wichtigen Führungsleute Wiktor Alter und Henryk Erlich wurden verhaftet – Erlich nahm sich 1942 im Gefängnis das Leben, Alter wurde 1943 auf Geheiß Stalins erschossen.

**Armia Krajowa** – Landesarmee. Militärischer Arm der Londoner Exilregierung im okkupierten Polen. Höhepunkt der militärischen Aktivitäten war der am 1. August 1944 begonnene Warschauer Aufstand, der im Oktober 1944 mit der vollständigen Kapitulation der Aufständischen endete. Bei den fast drei Monate währenden Kämpfen und bei den Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen kamen auf polnischer Seite 20.000 Aufständische und über 180.000 Menschen aus der Zivilbevölkerung ums Leben. Die Niederlage besiegelte de facto das militärische und auch politische Ende der Landesarmee.

**Armia Ludowa** – Volksarmee. Bis 1944 Gwardia Ludowa (Volksgarde), militärischer Arm der mit der Sowjetunion verbündeten politischen Kräfte im okkupierten Polen.

**AWS** – Wahlaktion »Solidarność«. 1996 gebildetes konservativ-liberales Wahlbündnis, das von 1997 bis 2001 die Regierung führte. Stützte sich auf die Gewerkschaft P Solidarność. Zusammenhaltende Klammer war

die entschiedene politische Gegnerschaft zur **SLD** und zu Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski. 1997 wurden bei den Parlamentswahlen 33,83% der abgegebenen Stimmen erzielt, 2001 nur noch 5,6%, womit die für Wahlbündnisse aus verschiedenen Parteien obligatorische 8%-Hürde deutlich verfehlt wurde. Zerfiel nach der Wahlniederlage 2001, große Teile gingen in **PiS** und **PO** auf.

**KOD** (Komitet Obrony Demokracji) – Komitee zur Verteidigung der Demokratie. Ende 2015 von Mateusz Kijowski als Sammelbecken für Regierungsgegner ins Leben gerufen. Schaffte es mehrmals, Hunderttausende Regierungsgegner zum Protest auf die Straßen zu bringen. Die Bezeichnung bezieht sich bewusst auf **KOR**.

**KOR** (Komitet Obrony Robotników) – Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. 1976 gebildete illegale Struktur, um streikenden Arbeitern zu helfen. Anlass war das Vorgehen der Behörden gegen streikende Arbeiter im Juni 1976 in Radom und Warschau. Ein polnischer Zeithistoriker bezeichnete KOR treffend als ein Sammelbecken, in dem sich die Kinder der polnischen Kommunisten (**KPP**) mit den Kindern der **Armia-Krajowa**-Kämpfer getroffen hätten.

**Korwin** – rechtsliberale Partei mit starken rechtspopulistischen Zügen, untersteht fast vollständig dem politischen Willen von Parteigründer Janusz Korwin-Mikke, der seit 2014 Mitglied im Europäischen Parlament ist und dort regelmäßig mit EU-feindlichen Ausfällen glänzt. Nicht im Parlament vertreten.

**KPP** (Komunistyczna Partia Polski) – Kommunistische Partei Polens. Im Dezember 1918 aus dem Zusammenschluss von **SDKPiL** und **PPS-Lewica** gebildet. Anfänglich, bis 1925, Kommunistische Arbeiterpartei Polens (KPRP). Schwankende Mitgliedszahlen zwischen 5.000 und 10.000 Mitgliedern. Die Partei kämpfte weitgehend unter den Bedingungen der Illegalität, durchlebte ab 1922 verschiedene Wellen der Bolschewisierung, bei der es darum ging, das freiheitlich-sozialistische Erbe Rosa Luxemburgs zurückzudrängen (sogenannter Luxemburgismus). Im Zusammenhang mit Piłsudskis Staatsstreich im Mai 1926 kam es zu stärkeren inneren Auseinandersetzungen, die aus Moskau zusätzlich angeheizt wurden. 1938 wurde auf Geheiß Stalins die KPP durch Beschluss der

Komintern aufgelöst, die führenden und bekannten Mitglieder der Partei wurden, soweit sie sich in der Sowjetunion aufhielten, liquidiert.

**KPRP** – siehe KPP.

**Kukiz-Bewegung** – rechtspopulistische Sammlungsbewegung mit einem Spektrum von rechtsliberal bis rechtsradikal. Anführer der 2015 gegründeten Bewegung ist der Rockmusiker Paweł Kukiz, der sich aber bisher scheut, der Bewegung festere Strukturen zu geben. Die Bewegung erhielt bei den Parlamentswahlen 2015 fast 9% der abgegebenen Stimmen.

**LiD** (Lewica i Demokraci) – Linke und Demokraten. Zu den Parlamentswahlen 2007 gebildetes Wahlbündnis aus ■ SLD, weiteren kleineren linksgerichteten Parteien und einstigen »Solidarność«-Liberalen unter dem Patronat von Ex-Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, das aber mit 13,2% der abgegebenen Stimmen eher enttäuschend abschnitt und nicht lange hielt.

**LPR** (Liga Polskich Rodzin) – Liga der polnischen Familien. 2001 gegründete nationalkonservative Partei, die sich im Unterschied zu ■ PiS offen auf die Tradition der ■ Nationaldemokratie vor dem Zweiten Weltkrieg bezieht. Von 2001 bis 2007 im Parlament vertreten, 2005 bis 2007 Regierungspartei an der Seite von PiS und ■ Samoobrona. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 wurde der Einzug in den Sejm mit 1,3% der abgegebenen Wählerstimmen deutlich verfehlt. Seither ohne größere politische Bedeutung.

**Moderne** (Nowoczesna) – 2015 gegründete wirtschaftsliberal ausgerichtete Partei, die sich seit dem Machtantritt von ■ PiS als Speerspitze der liberal ausgerichteten Proteste gegen das Regierungslager versteht. Parteivorsitzender Ryszard Petru sieht die Partei als konsequente liberale Alternative zur ■ PO. Die Partei erhielt bei den Parlamentswahlen 2015 7,6% der abgegebenen Stimmen.

**Nationaldemokratie** (Narodowa Demokracja) – Sammelbegriff für ein wichtiges politisches Lager in Polen bis zum Zweiten Weltkrieg, das nationalkonservativ bis nationalistisch ausgerichtet war. Mit dem Aufstieg Roman Dmowskis zur unbestrittenen Führungsfigur der Nationaldemo-

kraten Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgte eine entschiedene Hinwendung zur Nationalisierung des gesellschaftlichen Lebens, ohne aber die Unabhängigkeitsfrage zu stellen, weil entschieden Abstand genommen wurde von der Tradition der Adelsaufstände. Als größte Gefahr für die Nationalisierung Polens wurde die Arbeiterrevolution von 1905/06 angesehen, weshalb selbst der Schulterschluss mit der Zarenmacht gesucht wurde. Nach 1918 wichtigste politische Gegenkraft zum Piłsudski-Lager, mit Unterschieden vor allem in der Ostpolitik, denn für Dmowski war insbesondere Deutschland die große Herausforderung. Die Nationaldemokratie versuchte besonders nach 1918 die »jüdische Frage« auf die Agenda zu setzen. Nach Hitlers Machtantritt sah man sich diesbezüglich zusätzlich herausgefordert, weil Deutschland wegen des harten Vorgehens gegen den jüdischen Bevölkerungsteil nun als Nationalstaat geschlossener auftrete, was den Druck auf Polen erhöhe.

**Nowoczesna** – siehe Moderne.

**OPZZ** (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych) – Gesamtpolnische Gewerkschaftsverständigung. Politisch sozialdemokratisch ausgerichtet, derzeit zweitgrößte Gewerkschaftszentrale des Landes.

**Palikot-Bewegung** – 2011 für die Parlamentswahlen gegründete linksliberale Plattform, die mit glatten 10% der abgegebenen Stimmen einen großen Erfolg feiern konnte. Setzte sich zunächst konsequent und hartnäckig für die Durchsetzung der liberalen Verfassungsgebote in die gesellschaftliche Wirklichkeit ein, was insbesondere Fragen des Frauenrechts und der Rechte sexueller Minderheiten betraf. Janusz Palikot, der der Bewegung zunächst seinen Namen gab, kämpfte bis 2014 hartnäckig mit Leszek Miller (■ SLD) um die Führerschaft im linksgerichteten Spektrum Polens. 2015 Teil des Wahlbündnisses ■ Vereinigte Linke, dessen Spitzenkandidatin Barbara Nowacka war, die seit 2011 zur Palikot-Bewegung gehört. Die Palikot-Bewegung tritt seit 2013 als *Twój Ruch* (Deine Bewegung) auf.

**PC** (Porozumienie Centrum) – Zentrumsverständigung. Von 1990 bis 2002 bestehende christdemokratische Partei mit rechtskonservativem Profil, in der die Kaczyński-Brüder eine führende Rolle spielten. Von 1991 bis 1993 im Sejm, 1993 scheiterte die Partei knapp an der 5%-Hürde. Von

1997 bis 2001 im Rahmen der auf **■ Solidarność** gestützten konservativ-liberalen Wahlaktion (**■ AWS**) im Parlament mit Abgeordneten und in der von der AWS geführten Regierung vertreten. Nach Gründung von **■ PiS** 2001 ohne politische Bedeutung und schließlich aufgelöst.

**PiS** (Prawo i Sprawiedliwość) – Recht und Gerechtigkeit. 2001 von Lech und Jarosław Kaczyński gegründete nationalkonservative Partei, die von 2005 bis 2007 und seit 2015 die Regierungsgeschäfte führte und führt. Unumstrittene Führungsfigur ist Parteivorsitzender Jarosław Kaczyński, der derzeit kein Staats- oder Regierungsamt ausübt.

**PO** (Platforma Obywatelska) – Bürgerplattform. 2001 gegründete wirtschaftsliberal ausgerichtete liberal-konservative Partei, die von 2007 bis 2015 die Regierungsgeschäfte führte. Von 2003 bis 2014 war Donald Tusk Parteivorsitzender und von 2007 bis 2014 zugleich Ministerpräsident.

**PPR** (Polska Partia Robotnicza) – Polnische Arbeiterpartei. 1942 in Warschau mit direkter Unterstützung der Sowjetunion gegründete Arbeiterpartei, die an die Traditionen der 1938 auf Stalins Geheiß vernichteten **■ KPP** anzuknüpfen suchte. Ab 1943 führte Władysław Gomułka die Partei, der für eine Rückgewinnung der in den zurückliegenden Jahrhunderten germanisierten Gebiete im Westen und für einen möglichst breiten Zugang zur Ostsee eintrat, also die gewaltigen Grenzverschiebungen eines künftigen Nachkriegspolens akzeptierte. Am Vorabend des Warschauer Aufstands vom 1. August 1944 hatte die Partei bereits 20.000 Mitglieder. 1945 entwickelte sich die PPR zur Massenpartei (im April 1945 bereits 300.000 Mitglieder). 1948 schloss sich die Partei mit Teilen der **■ PPS** zur **■ PVAP** zusammen.

**PPS** (Polska Partia Socjalistyczna) – Polnische Sozialistische Partei. Älteste noch bestehende politische Partei Polens. Im November 1892 in Paris gegründet, stellte die Partei die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit Polens als eine Hauptforderung für den Arbeiterkampf auf. In der Revolution 1905/06 spaltete sich die Partei, der größere Flügel entwickelte sich als **■ PPS-Lewica** weiter. Der kleinere Teil hielt am Unabhängigkeitsprogramm und an der Vision eines bewaffneten Aufstands gegen die russische Fremdherrschaft fest. Nach 1918 wichtigste Arbeiterpartei im neuen Polen. 1948 erfolgte in der VR Polen die Vereini-

gung eines Teils der PPS mit der **■** PPR zur **■** PVAP. Andere Teile blieben in der Emigration bestehen. Mit der Wende kam es schnell zu einer Wiederbelebung der PPS in Polen, wobei aus Gründen innerer, hartnäckig geführter Machtkämpfe die Partei nie eine Chance hatte, größeren Wählerzuspruch zu erlangen. 1997 im Rahmen des Wahlbündnisses **■** SLD im Parlament vertreten, blieb nach der Umbildung der SLD zur Partei selbständig. Trat 2015 in der **■** Vereinigten Linken zu den Parlamentswahlen an.

**PPS im preußischen Teil** – Polnische Sozialistische Partei im preußischen Teilungsgebiet. 1893 in Berlin als Zusammenschluss polnischer sozialistischer Organisationen in Preußen gegründet. Gehörte von 1893 bis 1903 formal der SPD an und teilte offiziell das Erfurter Programm. Verfolgte jedoch die Linie der Dreiteileinheit der polnischen Arbeiterbewegung (wie sie von **■** PPSD, **■** ZZSP und **■** PPS vertreten wurde), was zu scharfen Konflikten mit der SPD-Führung führte, die mehrmals Verhandlungsgegenstand wurden. Hatte etwa 2.000 Mitglieder. 1919 Zusammenschluss mit der PPS.

**PPS-Lewica** (Polska Partia Socjalistyczna-Lewica) – Polnische Sozialistische Partei-Linke. Auf dem Höhepunkt der Revolution im Russischen Reich von 1905/06 spaltete sich die PPS, der größere Flügel nannte sich PPS-Lewica und befürwortete grundsätzlich das enge Zusammenwirken mit der russischen Bewegung. Anstelle des Unabhängigkeitsprogramms für Polen wurde eine Föderation mit Russland verlangt mit einem eigenen Parlament in Warschau. Im Dezember 1918 ging die Partei in die **■** KPRP auf.

**PPSD** (Polska Partia Socjal-Demokratyczna Galicji i Śląska) – Polnische Sozial-Demokratische Partei Galiziens und Schlesiens. Sozialistische Partei in Galizien, formal auch Landesgliederung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. 1892 in Lemberg gegründet, ab 1897 nach Trennung von ukrainischen Gliederungen als »polnische« Partei bezeichnet. Herausragende Führungspersönlichkeit war Ignacy Daszyński. Enge Beziehungen bestanden zwischen **■** PPSD, **■** ZZSP und **■** PPS, nach der Spaltung zum Piłsudski-Flügel. Im April 1919 ging die PPSD in die PPS auf, zu deren Parteivorsitzendem Daszyński von 1921 bis 1928 und von 1931 bis 1934 wurde. Die Partei hatte vor dem Ersten Weltkrieg etwa 15.000

Mitglieder und 1919, kurz vor dem Zusammengehen mit der PPS, etwa 30.000 Mitglieder.

**PSL** (Polskie Stronnictwo Ludowe) – Polnische Volkspartei. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete Bauernpartei. Seit 1990 tritt sie als moderate Agrarierpartei in Erscheinung und verbucht die größten Erfolge regelmäßig bei den Selbstverwaltungswahlen auf Lokal- und Regionalebene. Von 1993 bis 1997 und von 2001 bis 2003 Koalitionspartner der **■** SLD, von 2007 bis 2015 Koalitionspartner von **■** PO. Das gute Abschneiden in den ländlichen Gebieten bei den Parlamentswahlen 2007 und 2011 hatte entscheidend mitgeholfen, den Wählerzuspruch für **■** PiS in diesem für die großstädtische PO schwierigen Wählerfeld zu begrenzen. Doch 2015 ging diese Rechnung nicht auf, weil PiS gerade unter der Landbevölkerung einen klaren Durchbruch erringen und der PSL entscheidenden Boden abnehmen konnte. Erhielt bei den Parlamentswahlen 2015 nur 5,1% der abgegebenen Wählerstimmen.

**PVAP** – Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. 1948 aus dem Zusammenschluss von **■** PPR und Teilen der **■** PPS gebildete Staatspartei in der VR Polen, der die politische Führungsrolle zugeschrieben war. Im Januar 1990 aufgelöst.

**Razem** – Zusammen. 2015 gegründete linksalternative Partei, die zwar den Einzug in das Parlament verfehlte, jedoch mit über 3% der abgegebenen Wählerstimmen einen Achtungserfolg erzielte. Die Partei ist basisdemokratisch organisiert mit einer kollektiven Leitung, richtet sich programmatisch in einem grün-linken Spektrum aus. Sie strebt einen Neuaufbau der Linkskräfte in Polen an, bei dem die aus der **■** PVAP hervorgegangenen Kräfte keine Rolle mehr spielen sollen.

**Samoobrona** – Selbstverteidigung. Von Andrzej Lepper 1992 zunächst als Gewerkschaft gegründete und geführte radikale Bauernpartei, die ihren größten politischen Erfolg bei den Parlamentswahlen 2001 und 2005 mit jeweils über 10% erreichte. Trat 2005 in die von **■** PiS geführte Koalitionsregierung ein und verlor bei der Landbevölkerung schnell an Zuspruch. 2007 verfehlte sie den Wiedereinzug klar und verlor anschließend an Bedeutung. Andrzej Lepper nahm sich 2011 das Leben.

**SDKP** – siehe SDKPiL.

**SDKPiL** (Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy) – Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. Im Juli 1893 als SDKP (Sozialdemokratie des Königreichs Polen) in Zürich gegründet. Verfügte bis 1896 im Königreich Polen über kampferprobte Arbeiterstrukturen, die aber dann durch die Zarenpolizei wirksam beseitigt wurden, woraufhin ab 1900 der Neuaufbau erfolgte. Politischer Höhepunkt war die Revolution im Russischen Reich von 1905/06, die in den Industriezentren Polens einen ihrer wichtigsten Brennpunkte hatte. Ab 1911/12 lähmten innerparteiliche Machtkämpfe die politische Arbeit der Partei. Im Dezember 1918 ging die Partei in der **PKPRP** auf.

**SdRP** (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej) – Sozialdemokratie der Republik Polen. Im Januar 1990 nach Auflösung der **PKPVAP** gegründete sozialdemokratische Partei unter Führung von Aleksander Kwaśniewski. Die SdRP regte bereits 1991 erfolgreich die Bildung einer linksgerichteten Wahlalternative an, die schnell als **SLD** zum politischen Markenzeichen wurde und sich 1999 zur Partei umwandelte, in der die SdRP aufging.

**SLD** (Sojusz Lewicy Demokratycznej) – Demokratische Linksallianz. 1999 gegründete Partei mit sozialdemokratisch ausgerichtetem Programm. Führte von 2001 bis 2005 die Regierung, seitdem in der Opposition mit immer geringer werdendem Wählerzuspruch. 2015 scheiterte sie mit dem Wahlbündnis **PKVereinigte Linke** an der für Parteienbündnisse obligatorischen 8%-Hürde. Erster Parteivorsitzender (bis 2004) war Leszek Miller, der von 2001 bis 2004 auch die Regierung führte. Miller übernahm nach einem schwachen Abschneiden 2011 erneut den Parteivorsitz, den er Anfang 2016 wieder abgab. Vor der Parteigründung 1999 bestand ein Wahlbündnis unter gleichem Namen, das 1991 unter der Führung der aus der **PKPVAP** hervorgegangenen **PKSdRP** gebildet wurde und von 1993 bis 1997 in der Regierung vertreten war (und zwei Ministerpräsidenten stellte). 1995 wurde ihr Kandidat Aleksander Kwaśniewski in einer Direktwahl Staatspräsident, wobei er in der Stichwahl überraschend Amtsinhaber Lech Wałęsa schlagen konnte.

**Solidarisches Polen** – rechtskonservative Abspaltung von **■ PiS**, die 2012 erfolgte. Wichtigster Politiker ist Zbigniew Ziobro, der die Partei wieder eng an PiS herangeführt hat und seit Herbst 2015 Justizminister in der nationalkonservativen Regierung ist.

**Solidarność** – Gewerkschaft Solidarität. Heute politisch konservativ ausgerichtete Gewerkschaft, größte Gewerkschaftszentrale des Landes. Gegründet wurde die Gewerkschaft im Sommer 1980 nach einer Massenstreikwelle, die große Industriezentren des Landes umfasste. Zu den Kernforderungen der streikenden Arbeiter zählten Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Mit dem im Dezember 1981 verhängten Kriegsrecht wurde die Gewerkschaft wieder verboten. Erst 1989 erfolgte im Zusammenhang mit den Gesprächen am Runden Tisch die erneute Legalisierung. Bei den Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989, die nach einem am Runden Tisch ausgehandelten Schlüssel abgehalten wurden, schnitt die von »Solidarność« unterstützte Liste faktisch als eindeutiger Sieger ab und stellte mit Tadeusz Mazowiecki ab August 1989 den Ministerpräsidenten. Später erfolgte eine schnelle Spaltung des auf die Gewerkschaft gestützten politischen Lagers. Ende 1990 wurde der legendäre »Solidarność«-Führer Lech Wałęsa erster direkt gewählter Staatspräsident Polens (bis 1995). 1997 siegte die auf die Gewerkschaft gestützte konservativ-liberale Wahlaktion **■ AWS** bei den Parlamentswahlen und führte bis 2001 die Regierung. Seitdem nur noch Gewerkschaftsorganisation ohne weitergehende unmittelbare politische Optionen, allerdings überwiegend im Bündnis mit den Nationalkonservativen von **■ PiS**.

**UP (Unia Pracy)** – Union der Arbeit. Kleine linksgerichtete Partei mit sozialdemokratischer Orientierung, die 1992 zunächst als Alternative zu **■ SdRP** bzw. **■ SLD** gegründet wurde. 1997 verfehlte sie knapp den Einzug ins Parlament, was in den Folgejahren die Bereitschaft erhöhte, mit der SLD zusammenzugehen. 2001 im Bündnis mit der SLD erfolgreich und Regierungsbeteiligung bis 2005. Zu den bekanntesten Politikerinnen gehörte Izabela Jaruga-Nowacka, die in der Regierung von Leszek Miller erste Gleichstellungsbeauftragte Polens im Ministerrang gewesen war. Nach 2005 abnehmende Bedeutung, 2015 im Bündnis **■ Vereinigte Linke** am Parlamentseinzug gescheitert.

**UW** (Unia Wolności) – Freiheitsunion. 1994 gegründete liberale Partei, die aus dem Zusammenschluss zweier liberaler Vorgängerparteien entstanden ist, darunter der einst von Tadeusz Mazowiecki angeführten Demokratischen Union (UD). Bis 2001 im Parlament vertreten, spielte eine entscheidende Rolle in der Opposition bis 1997 und als Regierungspartei von 1997 bis 2001. Setzte sich 1997 für die Annahme der Verfassung ein. 2001 verließen u.a. Donald Tusk und Bronisław Komorowski die UW, um ihre politische Zukunft mit der neugegründeten **PO** zu verbinden. Bei den Parlamentswahlen 2001 verfehlte die UW mit 3,1% den Einzug in den Sejm deutlich. 2005 erfolgte die Umwandlung der UW in die Demokratische Partei (Demokraten), die 2007 ein kurzlebiges Bündnis mit der **SLD** einging (**LiD**). Derzeit keine größere politische Bedeutung.

**Vereinigte Linke** (Zjednoczona Lewica) – Wahlbündnis aus mehreren linksgerichteten Parteien für die Parlamentswahlen 2015, in dem die **SLD** die Hauptkraft stellte. Das Bündnis scheiterte mit 7,6% der abgegebenen Stimmen an der für Wahlbündnisse von Parteien obligatorischen 8%-Hürde.

**ZZSP** (Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich) – Auslandsbund der polnischen Sozialisten. Im November 1892 in Paris mit Sitz in London gegründet, dieses Datum gilt heute als symbolisches Gründungsdatum für die **PPS**. ZZSP verstand sich als Auslandsvertretung der PPS und orientierte auf die Dreiteileeinheit der Arbeiterbewegung Polens. Setzte die im November 1892 verfassten programmatischen Eckpunkte mit der Wiederherstellung Polens als einen Kernpunkt des Parteiprogramms der PPS durch. 1900 aufgelöst.

# Literatur

## Zitierte Literatur

- Bator, Joanna (2012): Sandberg, Berlin.
- Dłuski, Kazimierz (1962a): Patriotyzm i socjalizm [Patriotismus und Sozialismus], in: Pierwsze pokolenie marksistów polskich [Erste Generation polnischer Marxisten], Bd. 1, Warschau, S. 103-111.
- Dłuski, Kazimierz (1962b): Mowa obywatela Kazimierza Dłuski [Rede des Bürgers Kazimierz Dłuski], in: Pierwsze pokolenie marksistów polskich [Erste Generation polnischer Marxisten], Bd. 1, Warschau, S. 392-405.
- Echa [Echo] (1962), in: Pierwsze pokolenie marksistów polskich [Erste Generation polnischer Marxisten], Bd. 1, Warschau.
- Engels, Friedrich: Vorwort zur zweiten polnischen Auflage (1892) des »Manifests der Kommunistischen Partei«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 22.
- Kuroń, Jacek (2002): Działanie. Jeśli nie panujemy nad swoim życiem, ono panuje nad nami [Handeln. Wenn wir das Leben nicht beherrschen, beherrscht es uns], Wrocław.
- Kuroń, Jacek/Modzelewski, Karol (1969): Monopolsozialismus. Offener Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Hamburg.
- Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 8.
- Modzelewski, Karol (2014): Zajeżdżymy kobyłę historii. Wyznania poobijanego jeźdźca [Wir reiten den Gaul der Geschichte zu Schanden. Bekenntnisse eines geschundenen Reiters], Warschau.
- Rakowski, Mieczysław F. (2005): Dzienniki polityczne 1987–1990 [Politische Tagebücher 1987–1990], Warschau.
- Tazbir, Janusz (1969): Sarmatyzm a barok [Sarmatismus und Barock], in: Kwartalnik Historyczny, Nr. 4/1969.
- Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896, Berlin 1897.
- Wałęsa, Lech (1987): Ein Weg der Hoffnung, Wien und Hamburg.

## Weitere Literatur

- Brzozowski, Stanisław: Flammen. Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des Michael Kaniowski, Berlin u. a. 1920.
- Daszyński, Ignacy: Pamiętniki [Erinnerungen], 2 Bde., Kraków 1925/26.
- Dmowski, Roman: Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], Florenz 1903.

- Dmowski, Roman: Niemcy, Rosja i kwestia polska [Deutschland, Russland und die polnische Frage], Lemberg 1908.
- Janke, Igor: Viktor Orbán. Ein Stürmer in der Politik, Passau 2014.
- Kaiser, Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis, Berlin 2002.
- Kania, Dorota/Marosz, Maciej/Targalski, Jerzy: Resortowe dzieci. Media [Ministeriumskinder. Die Medien], Warschau 2013.
- Kania, Dorota/Marosz, Maciej/Targalski, Jerzy: Resortowe dzieci. Służby [Ministeriumskinder. Die Dienste], Warschau 2015.
- Lenin, W. I.: Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, S. 393-507.
- Luxemburg, Rosa: Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin 2012.
- Luxemburg, Rosa: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, Berlin 2015.
- Luxemburg, Rosa: Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung, in: Im Lichte der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk, Leipzig 2015, S. 15-54.
- Luxemburg, Rosa: Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich, in: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 14-36.
- Luxemburg, Rosa: Der Sozialpatriotismus in Polen, in: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 37-56.
- Luxemburg, Rosa: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 49-164.
- Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 332-365.
- Nazarewicz, Ryszard: Komintern a lewica polska. Wybrane problemy [Die Komintern und die polnische Linke. Ausgewählte Fragen], Warschau 2008.
- Piłsudski, Józef: Pisma zbiorowe [Gesammelte Schriften], 10 Bde., Warschau 1937/38 (Reprint 1989).
- Reymont, Władysław: Die Bauern, Rudolstadt 1954.
- Reymont, Władysław: Das gelobte Land, München 1916.
- Rousseau, Jean-Jacques: Betrachtungen über die Regierung von Polen und ihre beabsichtigte Reformierung, in: ders.: Kulturkritische und politische Schriften, Berlin 1989, Bd. 2, S. 431-530.
- Schmitt, Carl: Teologia polityczna i inne pisma [Politische Theologie und andere Schriften], Warschau 2000.
- Sienkiewicz, Henryk: Die Kreuzritter, Leipzig 1901.
- Sienkiewicz, Henryk: Mit Feuer und Schwert, Leipzig 1901.
- Sienkiewicz, Henryk: Der kleine Ritter, Leipzig 1902.
- Sienkiewicz, Henryk: Sintflut, Berlin 1890.
- Sowa, Jan: Inna Rzeczpospolita jest możliwa! Widma przeszłości, wizje przyszłości [Eine andere Republik ist möglich! Gespenster der Vergangenheit und Zukunftsvisionen], Warschau 2015.

# VSA: Neuer Kalter Krieg in Europa?



Andrej Hunko  
**Ukraine zwischen Bürgerkrieg,  
Russland und dem Westen**

Vom EU-Assoziierungsabkommen  
in einen neuen Kalten Krieg?

176 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-701-2

Der Konflikt um die Ukraine hat die Ost-West-Beziehungen in die tiefste Krise seit dem Kalten Krieg gestürzt. Andrej Hunko zeichnet die wichtigsten Stationen nach und spürt die Triebkräfte hinter dieser Entwicklung auf. Seine Lösungsvorschläge für eine neue EU-Ost-Politik basieren auf tiefen Hintergrundkenntnissen.



Klaus Busch  
**Das Versagen Europas**

Die Euro- und die Flüchtlingskrise  
sowie die »Brexit«-Diskussion

Eine Flugschrift

96 Seiten | € 9.80

ISBN 978-3-89965-713-5

Die Europäische Union ist trotz verschiedener Anläufe weder in der Lage, die ökonomischen Strukturdefizite zu korrigieren, noch in der Flüchtlingskrise eine gemeinsame humane Politik für Zufluchtssuchende zu entwickeln. Was sind die Gründe, was die Alternativen?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# VSA: Rechtspopulismus & Eliten



Joachim Bischoff/Elisabeth Gauthier  
(1950-2016)/Bernhard Müller

## Europas Rechte

Das Konzept des »modernisierten«  
Rechtspopulismus. Eine Flugschrift

132 Seiten | € 11.00

ISBN 978-3-89965-663-3

Spätestens seit den Europawahlen 2014 ist eine politische Rechtsverschiebung auf dem Kontinent zu konstatieren. Was sind die Gründe für das Erstarken des Rechtspopulismus und was charakterisiert ihn im Unterschied zu rechtstextremistischen Parteien mit offen rassistischen und völkischen Orientierungen?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: info@vsa-verlag.de



Dieter Klein

## Gespaltene Machteliten

Verlorene Transformationsfähigkeit  
oder Renaissance eines  
New Deal?

Dieter Klein

## Gespaltene Machteliten

Verlorene Transformationsfähigkeit  
oder Renaissance eines New Deal?

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-  
Stiftung

288 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-695-4

Gibt es Differenzierungen in den Machteliten und damit Chancen, Teile von ihnen in Distanz zum vorherrschenden Neoliberalismus zu bringen? Die Erfahrungen des New Deal machen deutlich, dass diese Teile erst in Bewegung kommen, wenn eine Richtungsänderung der Politik durch Druck von unten gelingt und die systemüberschreitenden Aspekte als machbar präzisiert werden. Gelingt es auch heute, unmöglich Erscheinendes möglich zu machen, könnte aus einer Defensivlinke eine Offensivlinke werden, die die zukünftige Gesellschaft progressiv gestalten kann.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)